

Friedrich Burschel (Hrsg.)

DURCHMARSCH VON RECHTS

**VÖLKISCHER AUFBRUCH: RASSISMUS,
RECHTSPOPULISMUS, RECHTER TERROR**

17

Durchmarsch von rechts
Völkischer Aufbruch:
Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror

Friedrich Burschel (Hrsg.)

DURCHMARSCH VON RECHTS
VÖLKISCHER AUFBRUCH: RASSISMUS,
RECHTSPOPULISMUS, RECHTER TERROR

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V.i.S.d.P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: April 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Vorwort	7
Felix Korsch Wehrhafter Rassismus Materialien zu Vigilantismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts	15
Volkmar Wölk Kreuzritter für das Abendland Oder: Lutz Bachmann als Katechon der Apokalypse?	55
Andreas Bohne «Die Burschenschaftsfahne ist zurück auf der Straße» Deutsche Burschenschaften in den Reihen der Anti-Geflüchteten-Proteste	68
Christoph Kopke Der III. Weg Personal, Inhalte und Auftreten einer neonazistischen Kleinpartei	79
Verena Grün Neue Unübersichtlichkeit Verschiebung im (extrem) rechten Demonstrationsgeschehen am Beispiel Nordrhein-Westfalen	88

Robert Andreasch « Geflüchtete gefährden Schlittenberg » Unten rechts in Kaltland: Eine Chronik aus dem Land der CSU	93
Kerstin Köditz Vorrevolutionäre AfD Vorläufige polemische Bemerkungen anlässlich einiger Wahlen	102
Sara Madjlessi-Roudi Unsäglicher Rassismus Wie die Köln-Debatte den politischen Diskurs im Land verändert hat	107
Regina Wamper Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung Einblicke in den Fluchtdiskurs 2015	119
Esther Lehnert, Enrico Glaser Verstellter Blick Eine Absage an «Deradikalisierung» im Zusammenhang mit Jugend- und Präventionsarbeit	125
Maximilian Fuhrmann Konjunkturen der Containerbegriffe Das neue Bundesprogramm «Demokratie leben!» in extremismustheoretischer Hinsicht	131
Aktuelle Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema	138
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	140

VORWORT

Dieser Manuskriptband vereinigt die spannenden Beiträge von zwei Treffen des Gesprächskreises Rechts der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das erste fand am 5. Dezember 2015 in Potsdam statt, das zweite am 23. April 2016 in Göttingen. Neu ist, dass die Potsdamer Referate im Nachhinein, die Beiträge für das Göttinger Gesprächskreistreffen vorab veröffentlicht werden. Geschuldet ist diese «Eile» dem Eindruck, dass die Geschehnisse sich überschlagen und der Bedarf an diskussionswürdigen Thesen, Papieren, Einschätzungen und Analysen riesig ist.

In der Einladung zum Treffen in Potsdam Ende 2015 hieß es: «Der Takt der bedrückenden Ereignisse hat noch zugenommen und nach der Aufregung über Pegida, AfD und andere neue und alte reaktionäre Entwicklungen legen wir gerade die Ohren an, wie sich die rassistischen Stimmungen im Lande angesichts der Ankunft Zehntausender Geflüchteter wohl verändern werden.» So ist es leider geblieben, und die Ereignisse, die sich als rechter und rassistischer Dambruch nun auch in Deutschland bezeichnen lassen, überschlugen sich in den zurückliegenden Wochen. Unterdessen liegen erste unfassbare Zahlen zu rassistischen Angriffen auf Geflüchtete und zu Brand- und Sprengstoffanschlägen auf deren Unterkünfte vor: Laut Tagesschau vom 13. Januar 2016 hat es in den Jahren 2014 und 2015 ganze 1.123 Angriffe auf solche Unterkünfte gegeben – häufig auf bereits bewohnte Gebäude. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch TäterInnen zu diesen Verbrechen ermittelt werden, liegt bei kaum 30 Prozent. Das korrespondiert auf erschreckende Weise mit den Befunden, die uns Felix Korsch in Potsdam für die sächsischen Verhältnisse präsentierte: Vielfach nimmt ein Bürgermob «die Sache in die Hand», um die Ansiedlung von Geflüchteten zu verhindern. Polizei und Behörden lassen die «besorgten Bürger» vielfach gewähren, greifen nicht ein oder signalisieren sogar gewisse Sympathien für die entfesselten RassistInnen. Die Bilder von Clausnitz, Bautzen und Löbau illustrieren ein erschreckendes Ausmaß an menschlicher Verwahrlosung großer Teile der Bevölkerung – und das ganz gewiss nicht nur in Sachsen.

Dann kam Köln. Ein bis heute nicht wirklich geklärtes Geschehen in der Silvesternacht, bei dem es massenweise zu Angriffen räuberischer und sexueller Art auf Frauen gekommen war. Unter den Gewalttätern sollen eine ganze Reihe von «nordafrikanischen jungen Männern» und Geflüchtete gewesen sein: Der zum Zeitpunkt des Öffentlichwerdens völlig unklare Sachverhalt verursachte den erwähnten rassistischen Dammbbruch, als hätten HetzerInnen aller Couleur nur auf diesen Moment gewartet. Dieses rassistische und im Kern auch sexistische Getöse war der Soundtrack zur Durchsetzung beispielloser Ausländer- und Asylrechtsverschärfungen, die hart erkämpfte Standards der zurückliegenden Jahrzehnte im Handstreich revidierten. Und dann noch ein wie aus der Zeit gefallenes zweites NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe, das während der mündlichen Verhandlungen Anfang März mehr Aufmerksamkeit absorbierte, als ihm vermutlich zustand. Gedacht als Reaktion auf das Auffliegen des «Nationalsozialistischen Untergrunds» (NSU) im November 2011, hatte der Antrag vier Jahre bis zur Verhandlungsreife gebraucht. Inzwischen geht es um ganz andere Themen, die NPD spielt im bedrohlichen Geschehen nur noch eine untergeordnete Rolle. Eine Entscheidung des BVerfG, die vermutlich auf ein Verbot der Partei hinausläuft, wird in ein paar Monaten erwartet.

Aktuell, im April 2016, verdauen wir gerade schlecht gelaunt die Landtagswahlen in den drei Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, wo die «Alternative für Deutschland» (AfD) auf ihrem erschreckend strammen Weg nach ganz weit rechts zweistellige Ergebnisse aus dem Stand eingefahren hat. Sachsen-Anhalt, wo die AfD ein Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte und mit den Stimmen der NPD fast auf ein Drittel aller WählerInnen kommt, scheint für die kommenden Jahre – wie Sachsen – «für die Demokratie verloren» (so ein Teilnehmer am Treffen des Gesprächskreises in Potsdam): Das nächste Horrorszenerario in einer an Szenarien dieser Art nicht armen Zeit.

Ganz zu schweigen von der «unendlichen Geschichte» des Münchener NSU-Prozesses und den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA). Es hat jetzt mit dem zweiten NSU-PUA im Bundestag das zehnte solche Gremium seine Arbeit aufgenommen. Ein elfter steht nun endlich auch in Brandenburg in den Startlöchern. Wer dem NSU-Prozess nach bald 300 Verhandlungstagen auch noch ins vierte Jahr folgen will, tut sich zusehends schwer, dem Wust an Informationen Herr zu werden. Auch hier hat man, gerade wenn es um die Selbstinszenierungen der Hauptangeklagten Beate Zschäpe geht, zunehmend das Gefühl, im falschen Film zu sein, während draußen der rassistische Mob tobt, der Widerstandsbegriff von der Neuen Rechten okkupiert wird, die Straßen überquellen von zunehmend militanten «besorgten Bürgern» und NSU-ähnliche Gruppe und Zellen sich nach Angaben des BKA auf vergleichbare Terrorakte vorbereiten.

Währenddessen bahnt sich in Griechenland eine humanitäre Katastrophe an: Angesichts wieder geschlossener europäischer Grenzen sorgt der Rückstau von Geflüch-

teten für eine Überforderung des ja erst kürzlich mit vereinten europäischen Kräften zugrunde gerichteten griechischen Staates und für massives Elend unter den neu Ankommenen. Der Name des Ortes Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze, wo Zehntausende unter den Augen der Welt und haarsträubenden Bedingungen im knietiefen Frühjahrsschlamm ausharren müssen, steht dafür emblematisch. Die meisten EU-Staaten weigern sich entsprechend nachvollziehbarer Quoten oder überhaupt Geflüchtete aufzunehmen. Ein verschärfter rassistischer Normalzustand also nicht nur in Deutschland. Das aberwitzige Abkommen der sich – trotz Merkel'scher mütterlicher Flötentöne – beinhart abschottenden EU mit einer in eine AKP-Diktatur abdriftenden Türkei, die ihre kurdische Bevölkerung wieder bombardiert wie seit den 1980er Jahren nicht mehr, die Meinungsfreiheit und freie Presse unterdrückt und mit dem in Syrien mordenden IS rege Geschäfte macht, wird das Drama der Fliehenden noch verschärfen.

Und auch wenn einen bisweilen ein Gefühl des Ausgeliefertseins und der Hilflosigkeit befällt: Mit dem Gesprächskreis Rechts unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung soll weiterhin und gerade deswegen versucht werden, immer einigermaßen aktuell auf das Geschehen einzugehen und sich in diesem Rahmen um Deutungen der Entwicklungen zu bemühen und eigene Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Das soll auch der Zweck dieser Veröffentlichung sein. Als Einstieg in das oben umrissene Panorama des Grauens beschreibt der Leipziger Politikwissenschaftler Felix Korsch die um sich greifende, sich auf ein Widerstandsrecht (aller Deutschen) und den Ausnahmezustand berufende Selbstermächtigung verschiedener Fraktionen der extremen Rechten, deren Resultat an historische Formen des Vigilantismus erinnert. Korsch spricht denn auch von Neovigilantismus. Es geht um die oben beschriebene «enthemmte Mitte» (so voraussichtlich der Titel der nächsten Leipziger «Mitte-Studie» der Forschungsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker, die im Juni präsentiert werden wird), die sich bei Pegida und in der AfD tummelt, die ihren «Frust» im Internet auslebt, jetzt allwöchentlich beim Straßenprotest zu sehen ist und im Begriff ist, auch letzte Barrieren zur Neuen Rechten und zu den Neonazis abzubauen. Die manchmal auch selbst Hand anlegt und «den Worten Taten folgen lässt», etwa beim Organisieren von «Bürgerwehren» oder bei Anschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten.

Um den Konnex zu einer intellektuellen Neuen Rechten herzustellen, ist die Lektüre des Beitrages des diesbezüglich ausgewiesenen Experten Volkmar Wölk hilfreich: Er wirft einen Blick auf die Neue Rechte und lotet das Oberwasser aus, das deren deutsche Protagonisten – darunter «Vordenker» wie Götz Kubischek und Jürgen Elsässer – gerade haben. Wölk: «Kann man tatsächlich von einer konsistenten Pegida-Ideologie sprechen? Oder handelt es sich vielmehr um ein Patchwork rechter Ideologeme? Inzwischen ist nicht mehr zu übersehen, dass in der Szene der diversen *Gidas zumindest Versatzstücke des Denkens der «Konservativen Revolution» an Einfluss gewinnen. Zentraler Ideologietransporteur ist dabei die sich selbst als identitär bezeichnende Strömung, die ihre Ideen wiederum aus der französischen Entsprechung der

«Konservativen Revolution» und aus den Aktionsformen der Nationalrevolutionären bezieht. Also von Georges Sorel zu Lutz Bachmann, vom «Cercle Proudhon» zu den «Identitären», von Renaud Camus und Jean Raspail über die «Sezession» in die Köpfe der Pegidisten.»

In einem Land, in dem Angehörige der erzreaktionären Burschenschaften als ehrbare AkademikerInnen und Intellektuelle gelten, darf der Blick auf deren Umgang mit den aktuellen Entwicklungen nicht fehlen. Der geschätzte Kollege Andreas Bohne von der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich in seinem Beitrag das Reden und Handeln dieser Klientel genauer angeschaut: Es gehört zu einem Gesamtbild der aktuellen politischen Deformationen, Äußerungen, Haltungen und Umtriebe dieser selbsternannten «Elite» im Blick zu behalten.

Aber auch die organisierten Nazis im Land stehen nicht untätig daneben, sondern versuchen auf diese neue Bewegung aufzusatteln. Christoph Kopke, Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, wird uns hier eine erste Einschätzung der Entwicklung der «echten Nazis» geben, die man vor lauter rassistischer Gewalt in der «Mitte der Gesellschaft» fast aus dem Auge zu verlieren droht. Er hat die Partei «Der III. Weg» in Augenschein genommen: «Seit Ende 2013 macht eine neue Struktur innerhalb der extremen Rechten von sich reden: Die Partei «Der III. Weg». Vermutlich wurde die Partei als Ausweichstruktur für das bayerische «Freie Netz Süd» gegründet, dessen inzwischen erfolgtes Verbot durch wiederholte Ankündigung lange vorauszusehen war. Inzwischen fungiert «Der III. Weg» als Sammelbecken ehemaliger Kader aus dem Bereich der «freien Kräfte» und der NPD und agitiert bundesweit mit Kundgebungen und Aufmärschen.» In seinem Beitrag stellt Kopke Personal, Inhalt und Auftreten dieser neonazistischen Kleinpartei vor.

Aus westdeutscher Perspektive und mit einem Fokus auf sich verändernde «Demokulturen» analysiert Verena Grün von der Redaktion der *LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen* die Entwicklungen und Straßenaktivitäten rechter Gruppen in Nordrhein-Westfalen: «Wöchentlich beziehungsweise teilweise fast täglich finden aktuell Kundgebungen und Demonstrationen der extremen Rechten statt. Oft nur mit wenigen Teilnehmenden. Aufmärsche mit 1.000 oder mehr TeilnehmerInnen sind zur Seltenheit geworden. Mit neuen Parteien wie «Die Rechte» und «Der III. Weg», aber auch Formationen wie Pegida und Hogesa einerseits und andererseits den vielen Formen des Gegenprotests, aber auch durch staatliche Verbotspolitik hat sich das Demonstrationsgeschehen merklich verändert.»

Der Journalist Robert Andreasch, seit Langem auch Mitarbeiter der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a.), beschreibt die nicht minder alarmierenden Verhältnisse in Bayern, wo die christliche Einheitspartei des Ministerpräsidenten Horst Seehofer versucht, durch eigene reaktionäre Politik dem Bürgermob den Wind aus den Segeln zu nehmen. Rassistische Massenmobilisierungen haben hier seit 2013/14 genauso zugenommen wie Brandanschläge und andere Gewaltdelikte gegen Geflüchtete. Pegida-Aufmärsche in München und Nürnberg

finden in einer hartnäckigen Kontinuität statt, Neonazis tanken Selbstbewusstsein wie schon lange nicht mehr und die AfD dreht flächendeckend auf. Angesichts der bekannten These vom «salonfähig machen» radikal rechter Positionen durch die Regierenden einerseits und von einer «Extremisierung» des Konservatismus andererseits geht Andreasch der Frage nach, wie eine radikale Rechte in einem Bundesland agiert, dessen Ministerpräsident «bis zur letzten Patrone gegen Zuwanderung» kämpfen will.

Und die «Alternative für Deutschland»? In dieser Broschüre erlaubt sich die LINKEN-Politikerin Kerstin Köditz einen polemischen Ausbruch zu der Frage, wie das Phänomen AfD denn nun einzuschätzen sei. Wo sind die ideologischen Wurzeln dieser rechtspopulistischen Bewegung, deren raketenhafter Aufstieg nach den internen «Häutungen» human orientierte Menschen in diesem Lande das Fürchten lehrt. Es sei so viel verraten: Diesem Denken liegt vorrevolutionäres Denken zugrunde. Um welche Revolution es geht, mag sich beim Lesen erschließen.

Was geschah in der Neujahrsnacht in Köln und welche völlig verblüffende und schauerliche Wirkung hatte das auf die gesellschaftliche Diskussion in diesem Lande? Dieser Frage gehen die beiden Politikwissenschaftlerinnen Sara Madjlessi-Roudi und Regina Wamper mit ihren Beiträgen nach. Sara Madjlessi-Roudi, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Düsseldorf und Redakteurin von *kritischlesen.de*, beschäftigt sich mit den verhängnisvollen Auswirkungen der Kölner Silvesternacht und umreißt ihr Thema so: «Diese Silvesternacht wurde in zahlreichen Medien als Wendepunkt deutscher Flüchtlingspolitik gefasst. In der medialen Auseinandersetzung dominierten unter dem Deckmantel des Arguments der ‚Meinungsfreiheit‘ nur wenige Tage nach dem Jahreswechsel rassistische Klischees über den ‚sexistischen und gewalttätigen Araber‘, die letztlich zur Legitimation restriktiver Flüchtlings- und Sicherheitspolitik herangezogen wurden. Einher gingen sie mit einer Festigung des Selbstbilds westlicher Gesellschaften, die durch das Prinzip der Geschlechtergleichheit geprägt seien. Dieser vermeintliche Wertekanon gerate in jüngster Vergangenheit durch hohe Zahlen ‚krimineller Flüchtlinge‘ in Gefahr, so heißt es. Aus einer feministischen Perspektive ist es notwendig, diese Instrumentalisierung feministischer Diskurse für hiesige rassistische und sexistische Politiken zu benennen und ihr entgegenzuwirken. Ein kritischer Blick in die Presseberichterstattung ist dafür lohnenswert.»

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Regina Wamper, geht in ihrem Beitrag der Diskursverschiebung «von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung» nach: «Ströme, Fluten, Invasionen», auch 2015 bedienen deutsche Leitmedien Bilder von Flucht und Migration, die dazu geeignet sind, weitere Entrechtungen von Geflüchteten zu legitimieren. Zwar wurde im Sommer 2015 in den Leitmedien noch positiv auf eine ‚Willkommenskultur‘ verwiesen, aber bereits zu diesem Zeitpunkt auch die Aufteilung in legitime und illegitime Flüchtlinge bedient. Mit der voranschreitenden Krisenrhetorik änderte sich auch der Fluchtdiskurs. Im Herbst 2015 wurde in der bundesdeutschen Presse die zuvor noch zurückgewiesene Frage nach ‚Belastungs- und Obergrenzen‘ de-

battiert. Auch in politischen Debatten spiegelt sich diese Gleichzeitigkeit wider. Merksels ›Wir schaffen das!‹ korrespondierte mit Seehofers Warnung vor ›massenhaftem Asylmissbrauch‹. Beide Positionen bildeten die diskursive Grundlage für die massive Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl, die mit dem Asylpaket 1 und 2 vollzogen wurde. Eng verknüpft erschien die Debatte um Flucht und Asyl mit der um rassistische Mobilisierungen und Brandanschläge. Zentral war dabei die Aussage, dass die Anwesenheit von Geflüchteten Ursache sei für rassistische Agitationen. Insofern wurde auch eine Beschränkung der Rechte Geflüchteter als Strategie gegen rassistische Gewalt interpretiert. Eine fatale Einschätzung, die an die Ereignisse und Debatten der frühen 1990er Jahre erinnert.»

In den letzten beiden Beiträgen im Buch geht es um «Deradikalisierung», und mancher mag einwenden, dass das ja wohl wenig mit dem Gesamtthema dieser Publikation, nämlich dem dramatischen Rechtsruck in Deutschland, zu tun hat. Allerdings hat sich der Gesprächskreis fest vorgenommen, auch Themen weiterzuverfolgen und Diskussionen fortzusetzen, die uns bereits auf den Nägeln gebrannt haben, noch bevor sich die Ereignisse um den NSU-Komplex ab dem 4. November 2011 zu überschlagen begannen. Mehrfach stand schon die Extremismus-Doktrin auf Tagesordnungen unserer Treffen, und auch hier sollen die jüngsten Entwicklungen unter die Lupe genommen werden, insbesondere die neueste Sau, die in diesem Zusammenhang durchs Dorf getrieben wird, eben die «Deradikalisierung». Ein entpolitisierendes Konzept, das die oben erwähnten rassistischen Pogrome mit antifaschistischen Protesten dagegen nach bewährter extremismustheoretischer Manier in einen Topf wirft und die «Radikalisierten» jeder Couleur gern einer heilenden Kur für Gewaltlosigkeit und recht(s) verstandene Demokratie unterziehen möchte. Im Kontext mit Heidenau etwa titelte *Der Tagesspiegel* am 30. August 2015: «Erika Steinbach: Antifa dasselbe in rot wie NPD.» Das Thema hat also sehr wohl auch mit den aktuellen Verwerfungen zu tun, hat Auswirkungen auf Politik, Behördenhandeln und das Agieren des Verfassungsschutz genannten Inlandgeheimdienstes.

Eine Einführung in das umstrittene Konzept liefern Esther Lehnert, Professorin für Erziehungswissenschaften an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin, und der Sozialwissenschaftler und freie Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung, Enrico Glaser. Sie schreiben: «Begriff und Konzept von ›Deradikalisierung‹ stellen sich auf unterschiedlichen Ebenen, insbesondere der pädagogischen Ebene, als ein Rückschritt in der Rechtsextremismus-Prävention dar. Mehr noch drängt sich doch der Verdacht auf, dass hier die Fehler der ›akzeptierenden Jugendarbeit‹ der 1990er Jahre wiederholt werden. Ungeachtet dessen, dass wichtige Standards in der Präventionsarbeit entwickelt worden sind. Der Einbeziehung der Opferperspektive, Empowerment-Konzepte nichtrechtlicher Jugendlicher und nicht zuletzt eine genderreflektierende Perspektive stellen hier wichtige Grundpfeiler dar. Diese werden mit dem Konzept in keiner Weise bedacht. Zusätzlich kritisch ist es, dass mit der ›Deradikalisierung‹ an die unsäglichen Extremismus-Diskussionen nahtlos angeschlossen wird, neonazisti-

sche Kulturen und rechtsoffene Phänomene entpolitisiert werden und die rassistische Mitte erneut aus dem Blick gerät.»

Den Nexus zur Extremismus-Diskussion verfolgt dann der Soziologe Maximilian Fuhrmann und fragt auch kritisch nach Argumentationsschwächen der KritikerInnen des Konzepts: «In den Fokus rücke ich die Frage, ob das Bundesprogramm ‹Demokratie leben› ein Schritt in die richtige Richtung ist, um von der Extremismus-Prävention loszukommen. Meine Antwort spitze ich auf die Verneinung dieser Frage zu. Erstens möchte ich anhand des vermeintlich alternativen Konzeptes der ‹linken Militanz› zeigen, dass hier die gleichen Problematiken wie in der Linksextremismus-Prävention auftauchen und sich das Feld staatlich-pädagogischer Eingriffe gegenüber linken Gesellschaftsvorstellungen potenziell sogar erweitert hat. Zweitens argumentiere ich, dass die Kritik, wie sie an der ‹Initiative Demokratie stärken› geübt wurde, nicht ausreicht, um das neue Bundesprogramm zurückzuweisen. Thesenhaft möchte ich aufzeigen, wo meines Erachtens angesetzt werden müsste.»

Möge der Diskussion, dem Gespräch, der Analyse und der Kritik nur rasch und entschlossen auch ein politisches und kämpferisches Handeln folgen, damit wir «selber mächtig werden dieses einzigen Griffs, dieser weit ausholenden und schwingenden Bewegung», mit der wir «den furchtbaren Druck», der auf uns lastet, «endlich hinwegfegen können». Natürlich hat der große Peter Weiss, der im kommenden November 100 Jahre alt geworden wäre, das in der «Ästhetik des Widerstands» nicht allein mit Bezug auf Faschismus und Nationalsozialismus so formuliert, sondern mit Blick auf die europäische Arbeiterbewegung und ihre Befreiung. Aber wir können seine Worte, denke ich, mit Blick auf den europäischen Rechtsruck, die fatale soziale und Menschenrechtslage auf dem gesamten Globus und die paralysierte Linke in Deutschland und Europa getrost zitieren, in der Hoffnung, tatsächlich wieder handlungsmächtig zu werden und Zuversicht und Kraft für eine humane linke Politik schöpfen zu können.

Ehe ich die geeigneten LeserInnen in die wirklich spannende und herausfordernde Lektüre entlasse, vielleicht noch ein Wort zum Format des Gesprächskreises: Der Gesprächskreis Rechts lebt von den Orten, an denen er tagt und wo eben jene produktive Stimmung entstehen kann, die wir brauchen, damit der Gesprächskreis weiterhin ein Forum für offene, kritische und auch suchende Auseinandersetzung und Diskussion sein kann, wie wir sie dringend benötigen, um dem horrenden Takt der Unmenschlichkeit und des Rassismus eine laute, streitbare und linke Stimme entgegenzusetzen zu können. Bei unserer Gastgeberin in Potsdam, der geschätzten Kollegin von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Julia Bär, und unseren Gastgebern in Göttingen, der dortigen Roten Hilfe, möchte ich mich an dieser Stelle ebenso herzlich bedanken wie bei den UnterstützerInnen des Gesprächskreises Juliane Lang und Christoph Kopke, die mich bei der Auswahl der ReferentInnen und der inhaltlichen Konzeption unterstützt haben. Und den engagierten und klugen AutorInnen dieses Bandes gilt natürlich ebenfalls großer Dank für ihre Arbeit und Mühe. Ein gründliches Lektorat

und viele wertvolle Hinweise und Korrekturen verdanken wir unseren KollegInnen von TEXT-Arbeit und insbesondere der geschätzten Lektorin Britta Grell. In der Vorbereitung und vor Ort haben mich auch meine PraktikantInnen Marco Schott und Tessa Arsovska unterstützt: Dank auch dafür.

Der Gesprächskreis Rechts ist eine offene, aber nicht öffentliche Veranstaltung, an der teilzunehmen eine Anmeldung erfordert. Wer in unsere Diskussionen in dem beschriebenen, quasi «geschützten Rahmen» miteinsteigen will, mag eine Mail an burschel@rosalux.de mit Angaben zu Person, Hintergrund und Motivation schicken, um in den Verteiler aufgenommen zu werden, über den im Wesentlichen die Einladungen versandt werden. Aufschlussreiche Lektüre wünscht der Herausgeber.

Friedrich Burschel
Berlin, April 2016

Felix Korsch

WEHRHAFTER RASSISMUS

MATERIALIEN ZU VIGILANTISMUS UND ZUM WIDERSTANDS-DISKURS DER SOZIALEN BEWEGUNG VON RECHTS¹

«Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würde sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen, aus den Pressehäusern prügeln.»²

In der politischen Auseinandersetzung um die sogenannte Flüchtlingskrise ist in der Bundesrepublik das erste Mal seit mehr als zwei Jahrzehnten eine soziale Bewegung von rechts hervorgetreten. Das wichtigste Protestvehikel dieser Bewegung sind die Pegida-Demonstrationen, dementsprechend ist die sächsische Landeshauptstadt Dresden ein Zentrum des Protests. So wenig aber Pegida hinreichend erklärt wäre als ein spezifisches Dresdner Problem,³ so wenig ist die neue Bewegung erst mit Pegida entstanden oder geht nun in den montäglichen Demonstrationen auf. Im Hinblick auf die örtliche Verteilung der Protestereignisse liegt zwar ein deutliches Übergewicht im Bundesland Sachsen und hier insbesondere in einem 30 Kilometer messenden Radius um Dresden. Aber maßgebliche Ereignisse haben sich vom örtlichen Versammlungswesen emanzipiert.

- 1 Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den ich am 7. Dezember 2015 auf Einladung des Gesprächskreises Rechts der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Potsdam gehalten habe. Während dort vor allem eine Serie herausgehobener Protestereignisse in Sachsen anhand von Nahbeobachtungen darzustellen war, soll hier mehr auf die dahinterliegende Diskurslage eingegangen werden, ohne den (notgedrungen) sachsenzentrischen Blick aufgeben zu können. Für wertvolle Literaturhinweise danke ich Volkmar Wölk.
- 2 Rede der Pegida-Mitorganisatorin Tatjana Festerling bei Legida in Leipzig am 11. Januar 2016. Zit. n. Transkript des Autors. Festerling sprach aus Anlass des ersten «Geburtstages» des Pegida-Ablegers Legida in Leipzig. Das Jubiläum ebenfalls zum Anlass nahmen etwa 250 nicht mit Mistgabeln, aber teils mit Messern und Äxten bewaffnete Neonazis und Hooligans, um etwa zeitgleich einen Straßenzug im Leipziger Stadtteil Connewitz zu überfallen. In der Neonaziszene wurde die Aktion hinterher durch SA-Abbildungen gebilligt.
- 3 Vgl. zur Frage des räumlichen Verortung Pegidas Korsch, Felix: Pegida – Neue Qualität, örtlich begrenzt. Was in Dresden erfolgreich ist, stockt beim Export in andere Städte, in: analyse & kritik, Heft 601, 20.1.2015, S. 28.

Das dort im großen Maßstab erprobte Protestformat ist im Verlaufe zumindest dreier Zyklen, die im Laufe des Jahres 2015 zu beobachten waren,⁴ vielfach zum Vorbild genommen und mithin erfolgreich disloziert worden: Zu beobachten war neben Nachahmeffekten und der Ausgründung von Ablegern vor allem in Großstädten ein Übergreifen auf mittelgroße Städte wie Freital, eine Wechselwirkung mit «Nein zum Heim»-Kampagnen in Kleinstädten wie Heidenau (in diesen Fällen bei zunehmender Vermengung des organisierenden und teilnehmenden Personenpotenzials) sowie schließlich eine Verstetigung und gewaltförmige Zuspitzung des Protesthandelns – oft anlässlich lokaler Konflikte wie der Unterbringung von Asylsuchenden. Diese in rascher Folge eingetretenen Ereignisse haben gezeigt, dass die TrägerInnen des Protests über die lokale Ebene hinaus aktiv werden, dass sich vor allem auch ihr kollektiver Protestfokus verschoben hat von einer anfänglich problematisierten «Islamisierung» hin zur «Überfremdung». In diesem Sinne wird der Kulturkampf von rechts in erster Linie als ein rassistisch motivierter Verdrängungswettbewerb gegen MigrantInnen geführt, der sich zeitgleich gegen weitere Feindbilder richtet, die genauso dem klassischen Inventar der extremen Rechten entnommen sind.

1. Im Pluriversum des Protests: Strukturwandel der extremen Rechten

Zwei Dinge erscheinen besonders beachtlich: Die extreme Rechte widmet sich erstens über die Grenzen ihrer mitunter sektiererischen Fraktionen hinweg einem gemeinsamen strategischen Projekt, das dabei ist, sich zu einer einheitsstiftenden Klammer zu entwickeln. Dieses Projekt ist zweitens darauf angelegt oder funktioniert womöglich überhaupt nur deswegen, weil der Cordon sanitaire gegenüber der extremen Rechten sowohl innerhalb der Protestbewegung als auch im gouvernementalen und damit dem hegemonialen öffentlichen Blick darauf⁵ aufgehoben scheint. Die vielfachen Eskalationsversuche, die dieser Bewegung zugerechnet werden müssen, sind auf entsprechend geringen politischen, teils nicht einmal auf polizeilichen Widerstand gestoßen. Besser könnten die Voraussetzungen für die extreme Rechte gerade nicht sein: Sie kann sich als Gemeinschaft wohlfeiler «Asylkritiker» gesellschaftlich rehabilitieren, ohne inhaltlich irgendetwas zurückzunehmen.

Die im Protestverlauf zu beobachtenden qualitativen Effekte lassen vermuten, dass mit der weitreichenden Änderung zentraler Handlungsbedingungen nicht weniger als ein Strukturwandel der extremen Rechten einhergehen wird, der sich gerade im Wechselspiel mit der sozialen Bewegung von rechts abzeichnet. Nehmen wir auf

4 Vgl. zu quantitativen Aspekten Korsch, Felix: Pegida – das erste halbe Jahr, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Aufstand der «Wutbürger». AfD, christlicher Fundamentalismus, Pegida und ihre gefährlichen Netzwerke, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers 7/2015, Berlin 2015, S. 58–66. Zur Entwicklung der Protestzyklen im weiteren Zeitverlauf vgl. Korsch, Felix: Das Ende Pegidas ist fern, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Heft 61, Winter 2015/16, i. E.

5 Vgl. anhand der problematischen Rolle der Inlandsgeheimdienste Korsch, Felix: Pegida und der Verfassungsschutz, 2. Auflage, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen Nr. 22, Berlin 2016.

der einen Seite das Spektrum des klassischen Neonazismus: Dessen Gelegenheitsstrukturen haben sich plötzlich verbessert, seine Demonstrationspolitik hat sich grob vereinfacht. Begrenzte Ressourcen müssen nicht mehr dafür aufgebraucht werden, überhaupt erst versammlungsförmige Plattformen zu schaffen, von denen aus öffentlich agitiert werden kann. Diese Plattformen existieren bereits vielfach und werden regelmäßig einberufen, oft vor einem Publikum von beachtlicher Größe. Begrenzte Ressourcen können nunmehr darauf verwendet werden, diese Plattformen inhaltlich zu bespielen und das Publikum nicht vereinzelt, sondern massenhaft und zunehmend professionell zu agitieren. Solange dies im gemeinsamen politischen Bezugsrahmen, also entlang des Topos «Überfremdung» geschieht, bleibt ein öffentlicher Rechtfertigungsdruck weitgehend aus. Im Rahmen des erheblich ausgeweiteten Versammlungswesens ergeben sich ferner auf Dauer gestellte Konvergenzen zu nahestehenden Spektren, etwa durch die Vergrößerung der Schnittmenge zur Hooliganszene.⁶

Von alledem profitiert der Neonazismus fast schon unwillkürlich. Ließ sich nach dem Höhepunkt der «Autonomen Nationalisten» sowie der Annäherung von «Freien Kräften» und NPD eine bewegungsarme Erstarrung ab dem Jahr 2009 beobachten, die ein Nachwuchsproblem nach sich zog, so findet derzeit durch neuen Zulauf ein deutliches personelles Erstarren statt. Das ist die Voraussetzung für eine organisationspolitische Überwindung der Repressionskrise, die Ende 2011 eingesetzt und zu einer drastischen Einschränkung des legalistischen Handlungskorridors geführt hatte. Zwischenzeitlich hatten Kameradschaftsgruppierungen schlichtweg aufgehört, als Kameradschaften in Erscheinung zu treten, in der (teils berechtigten) Sorge, Gegenstand eines vereinsrechtlichen Verbotsverfahrens zu werden. Neuerdings aber ist etwa in den ehemaligen Regierungsbezirken Dresden und Chemnitz eine Reaktivierung und – das erste Mal seit mehreren Jahren – sogar die Neugründung klassischer Kameradschaftsgruppierungen zu beobachten. Sie umfassen sowohl erfahrene Kaderpersonen wie auch junge Kohorten, die bislang nicht politisch eingebunden waren. Im ehemaligen Regierungsbezirk Leipzig werden überdies offenbar klandestin organisierte Aktivitäten nach dem Muster der «Anti-Antifa»-Arbeit der 1990er Jahre registriert, die das Ausspähen von politischen Gegnern und Angriffe auf diese beinhalten. All das ist sicherlich behördenbekannt, aber bisher ohne adäquate Konsequenzen geblieben: Die Neonaziszene sammelt anstelle demotivierender Repressions- nunmehr serienweise Erfolgserfahrungen.

Auf der anderen Seite zeichnen sich auch Auswirkungen auf ein Protestspektrum neben dem klassischen Neonazismus ab, wobei die verstärkte Bedeutung des «apokryphen Neofaschismus» hervorsteht.⁷ Neben einigen Reichsbürger-Gruppierungen sind hier zu nennen das «Netzwerk der Neuen Rechten» samt «Identitärer Bewegung»

6 Vgl. am Beispiel Leipzigs den detaillierten Beitrag des Antifa-Komitee Leipzig: «Mannszucht» in Leipzig, in: Antifaschistisches Info-Blatt, Heft 108, Herbst 2015, S. 26–29.

7 Den Begriff verdanke ich Friedrich Burschel.

(IB),⁸ die neuerdings als «Burschenschaftliche Bewegung» auftretenden Korporierten aus dem Bannkreis der «Deutschen Burschenschaft» (DB),⁹ allerdings auch der ultrarechte AfD-Saum (Höcke-Linie und «Patriotische Plattform») sowie die deutschnationale und verschwörungsideologische Elsässer-Tendenz im Umfeld der Zeitschrift *Compact*. Von all diesen Strömungen, die entweder recht neu oder zumindest bislang weniger bekannt waren, gehen konzertierte Versuche aus, die «Straßenpolitik» zu forcieren. Die beteiligten Akteure sind schon deswegen nicht zu unterschätzen, weil sie ein strategisches Potenzial mitbringen, mit dessen Hilfe es nicht nur möglich ist, ideologische Rechtfertigungen in Umlauf zu bringen, sondern auch inhaltlich auf die Fern- und «metapolitischen» Ziele der Bewegung einzuwirken.¹⁰ Umgekehrt gewinnen solche Strömungen nicht nur an Relevanz für die Bewegung, sondern auch an eigener Protesterfahrung.

Hinzu kommt schließlich, dass das Pluriversum des rechten Protests durch die schiefe Zahl unterschiedlicher Akteure über ein gesteigertes taktisches Potenzial verfügt: Diese Akteure binden professionalisierte «Bewegungsunternehmer» und erleichtern arbeitsteilig eine größere geografische Streuung von Protestereignissen, wie es weiland einer NPD allein nie gelungen wäre. Derzeit steigt die Zahl der Protestakteure noch durch eine zunehmende Ausdifferenzierung der Bewegung wie auch durch örtliche Abspaltungen. Einige davon – beispielsweise die aus Legida in Leipzig hervorgegangene «Offensive für Deutschland» (OfD) – bewegen sich deutlich hin (oder zurück) in Richtung des klassischen Neonazismus und fungieren faktisch als Vorfeldvereine von Schein- und Splitterparteien wie «Die Rechte». Das mag auch als ein Radikalisierungsprozess verstanden werden, dessen Ausgang offen ist und der zumindest nahe der Zentren des Protests eine Basisfaschisierung befürchten lässt.

Da wirksame Interventionen weitgehend ausbleiben, gelingt es den Protestakteuren zumindest punktuell, ganz schnell in die Offensive zu kommen. Davon zeugen medienträchtige Ereignisse wie im Juni und Juli 2015 die aggressive Belagerung des ehemaligen, als Asylunterkunft umgenutzten Hotels Leonardo in Freital bei Dresden. Die extreme Machtdemonstration der Rechten war hier flankiert worden durch mehrere rassistische Versammlungen und eine Reihe von Übergriffen, die teils Anschlagqualität hatten. Bundesweit bekannt wurden Mitte August die Ausschreitungen im keine 20 Kilometer entfernten Heidenau: Eine mehrtägige Versammlungsstaffel anlässlich der bevorstehenden Unterbringung von Asylsuchenden mündete hier in dem augenscheinlich koordinierten Versuch, die offensichtlich unterbesetzte Polizei¹¹ zu überrennen und zu UnterstützerInnen der Geflüchteten, gegebenenfalls auch zur

8 Vgl. zur «Identitären Bewegung», den Beitrag von Volkmar Wölk in dieser Publikation.

9 Vgl. zu den deutschen Burschenschaften den Beitrag von Andreas Bohne in dieser Publikation.

10 Vgl. die aktuellen Portraits in der Schwerpunktausgabe «Neue Rechte» der Zeitschrift *Der Rechte Rand*, Heft 157, November/Dezember 2015.

11 Das sächsische Innenministerium bestreitet das. Vgl. die Kleine Anfrage im Sächsischen Landtag, Drs. 6/2505.

Asylunterkunft selbst vorzudringen. Aufgrund der Vehemenz des Angriffs kann man hier von einem durch günstige Umstände verhinderten Pogrom sprechen.¹²

2. «Für Maßnahmen bereit»: Bürgerwehren als Protestakteure jenseits des Versammlungswesens

Das konkrete Protesthandeln hat in etlichen Fällen die Bahnen des Versammlungsrechts verlassen. Zunehmend scheint man zu anderen, vormals weniger dominanten Organisations- und Aktionsformen überzugehen. Dies wird anhand jüngster Vorgänge in Sachsen deutlich. An erster Stelle ist hier die Bildung von Bürgerwehren zu nennen, deren Konzept nicht ganz neu ist, die aber früher über das Planungsstadium meist nicht hinauskamen. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die von Sachsen ausgehende, aber zwischenzeitlich überregional aktive Gruppierung «Deutsche Polizei Hilfswerk» (DPHW). Bei der Gruppierung, die von April 2012 bis Ende Juni 2013 existierte, handelte es sich um eine Ausgründung der «Reichsbürger-Bewegung», zumindest waren etliche Aktive verschiedenen fiktiven «Kommissarischen Reichsregierungen» und «Staatlichen Selbstverwaltungen» zuzurechnen.

Teile des DPHW uniformierten sich in einer Weise, die einen Zusammenhang mit tatsächlichen Polizeidienststellen und Polizeigewerkschaften suggerierte. Darüber hinaus hatten sie eine quasi militärische Rangordnung. Die Leitung lag bei einem in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg konzentrierten «Generalstab», dem zentrale Inspektionen, Direktionen und Referate sowie mehrere Regionalstäbe und Ortsgruppen nachgeordnet waren. Namentlich sind etwa 40 teils «vereidigte» und mit Ausweisen versehene Mitglieder in Erscheinung getreten, doch es ist davon auszugehen, dass die Anhängerschaft viel größer war. So ermittelte die Staatsanwaltschaft Dresden wegen Verdachts der Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zwischenzeitlich gegen knapp 300 Beschuldigte und mehr als 80 weitere Verdächtige.¹³ Anstoß dieser Ermittlungen war der bekannteste «Einsatz» des DPHW am 23. November 2012 in Bärwalde (Landkreis Meißen, nördlich von Dresden), als ein Gerichtsvollzieher auf dem Grundstück eines mutmaßlichen DPHW-Anhängers «verhaftet» wurde. Schon zuvor hatte die Gruppe bundesweit bei mehr als 50 Treffen neue AnhängerInnen geworben und Mitglieder für kommende Aktionen «geschult».

Aufschlussreich ist, dass diese Gruppierung auf die Ausarbeitung einer politischen Programmatik verzichtete und sich lediglich auf eine Reihe formaler Rechtfertigungsgründe stützte. In einem ersten bekannten Mitgliederrundschreiben war die Rede von nicht näher erläuterten «geplanten Aktionen zur Erreichung der Ziele der Ordnung

12 Die Lokalpresse spricht allerdings von «Rowdys». Vgl. sz-online.de, 23.12.2005 (Anklage gegen Heidenau-Rowdy), unter: www.sz-online.de/nachrichten/anklage-gegen-heidenau-rowdy-3283750.html.

13 Vgl. Speit, Andreas: Rechte Intensivtäter spielen Polizei, in: die tageszeitung, 20.8.2015, unter: www.taz.de/!522292/. Die Ermittlungsverfahren nach § 129 StGB sind inzwischen eingestellt worden.

und Sicherheit für unsere Bevölkerung». ¹⁴ Auch in späteren öffentlichen Stellungnahmen wurde «die Herstellung oder Wahrung von Ordnung und Sicherheit» ¹⁵ als Ziel benannt: «Das DPHW will die Einhaltung von Recht und Ordnung überwachen, rechtliche Verstöße aufzeigen und durch öffentliches Einschreiten abstellen.» ¹⁶ Die Gruppierung verstand sich demnach als organisierter «Selbstschutz», ¹⁷ um Polizeiaufgaben dann und dort zu übernehmen, «wo kein Revier mehr ist oder wo zu große Lücken für den Bedarf an Polizeikräften entstanden sind». ¹⁸ Damit war das Ziel angedeutet, ein funktionales Äquivalent zu Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols auszuprägen – eine Unternehmung, die allerdings voraussetzt oder selbst darauf aus ist, eben dieses Gewaltmonopol zu unterlaufen. Wo eine Berufungsgrundlage innerhalb der herrschenden Ordnung herangezogen werden soll, ist diese freilich auch nur im äußersten Fall auffindbar, im Widerstandsrecht. So wird erklärlich, dass sich das DPHW mit Verve auf einen Grundgesetzartikel bezog, der Widerstandshandlungen unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Dadurch konnte die Gruppierung behaupten und zumindest die eigenen UnterstützerInnen glauben machen, ihre Handlungen, selbst die offenkundig strafbaren, seien verfassungsrechtlich «immer streng [...] legitimiert». ¹⁹ Extralegales Vorgehen im Namen einer legalen Ordnung: Diese paradoxe Selbstermächtigung ist charakteristisch für die Handlungs- und Rechtfertigungslogik sogenannter Bürgerwehren.

Ein Beispiel für neue bürgerwehrtartige Vereinigungen, die sich in letzter Zeit herausgebildet haben, ²⁰ ist die «Initiative Heimatschutz» (IHS) in Meißen. Die Gruppierung entstand nach eigener Darstellung aus Anlass einer Schlägerei zwischen bis zu 20 Deutschen und Migranten vor einer örtlichen Diskothek in der Nacht zum 7. März 2015. ²¹ Unmittelbar danach wurde eine Facebook-Seite eingerichtet, auf der es hieß: «In den vergangenen Nächten gab es schwere Übergriffe durch unsere «Neuankömmlinge». Wie viel sollen wir uns gefallen lassen? Müssen wir uns selbst schützen? Von mir ein ganz klares JA. Nicht nur uns sondern die «Neuankömmlinge» vor sich selbst.» Am Folgetag erschien unter dem Titel «Deutschland: Heimatschutz in Meißen und

14 Sch., Volker: Mitgliederrundschreiben vom 19.6.2012. Abschrift im Archiv des Autors.

15 Deutsche Polizei Hilfswerk: Richtigstellung – Festnahme eines vorgebliehen Gerichtsvollziehers, Pressemitteilung 12/2012. Kopie im Archiv des Autors.

16 Deutsche Polizei Hilfswerk: Wer wir sind, 1/2013, unter: <http://dphw-de.blogspot.de/p/wer-wir-sind.html>. Depubliziert. Kopie im Archiv des Autors.

17 Bö, Joachim: Internes Rundschreiben des Deutsche-Polizei-Hilfswerk-Regionalstabes Südwestdeutschland vom 17.1.2013. Abschrift im Archiv des Autors.

18 Deutsche Polizei Hilfswerk: «Wer sind wir», Flugblatt vom 2.11.2012. Kopie im Archiv des Autors.

19 Z. B. ebd. sowie Deutsche Polizei Hilfswerk: «Wer wir sind», 26.8.2012, unter: www.dphw.de/wir.htm. Depubliziert. Kopie im Archiv des Autors.

20 Auf die schwerpunktmäßig in Sachsen aktive, mutmaßlich rechtsterroristische Vereinigung «Olschool Society» (OSS) mit ihrer Brückenstellung zwischen verschiedenen Protestspektrern, die noch vor Beginn der Pegida-Phase entstand, kann hier nur am Rande verwiesen werden: Auch die OSS wollte «Ordnung schaffen». Vgl. Fischer, Peter: In aller Öffentlichkeit, in: Der Rechte Rand, Heft 155, 2015, S. 7.

21 Vgl. Bielmeier, Dominique/Anderson, Peter: Bürgerwehr nach Kneipenzoff, in: sz-online, 10.3.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/buergerwehr-nach-kneipenzoff-3054737.html.

Schutz am Volk!» eine Gründungserklärung: «Der Zustrom von künstlich erzeugten Problemen nimmt unweigerlich zu. [...] Flüchtlinge und Asylbewerber sind an die Bevölkerungsmenge anzupassen. Sie sind nicht einfach ungefragt zu stationieren wie eine Besatzungsgruppe. Denn das Volk kommt sich vor als würde es auch besetzt werden. Um diese Art und Weise der Vorgänge zu unterbinden, bilden wir die Interessensgemeinschaft Heimatschutz. Wir werden nun selbst aktiv. Nicht mit Demos oder Spaziergängen, sondern mit «machen und handeln».»²²

Der Schritt auf die Straße erfolgte nicht sofort. Zunächst fand am 14. März 2015 ein Interessententreffen statt, das wie folgt bilanziert wurde: «Es ist also völlig klar, dass wenn diese Art und Weise der Unterbringung, der Versorgung, der gespürlosen Verwaltung und die Nichtberücksichtigung der eigenen Bürger weiter so missachtet wird, steht hier sehr wahrscheinlich ein ausreichend starkes Widerstandspotenzial in der Bevölkerung für Maßnahmen bereit. Ergo hat ein großer Teil der Untergebrachten, nicht ansatzweise das Recht zum Bleiben. [...] Auch bei aller Friedlichkeit ist festzuhalten, dass die Menschen das dauerhaft so nicht hinnehmen werden.»²³ In den ersten Wochen beschränkten sich die angekündigten Maßnahmen noch auf den Ausbau des Facebook-Profiles als Kommunikations- und Vernetzungsmedium, das durch regelrechte Gräuelpropaganda²⁴ und offene Werbung für neonazistische Organisationen²⁵ rasch zu einem Vorzeigebeispiel für *hate speech* in sozialen Netzwerken wurde. Dort wurde schließlich «spontan» (O-Ton: «sehr kurzfristig aber das hat seine Gründe [...] kommt zahlreich») für den frühen Abend des 27. Juni 2015 zu einer ersten öffentlichen Kundgebung eingeladen. Etwa zwei Dutzend AnhängerInnen folgten dem Aufruf und trugen ein Transparent mit der Aufschrift «Schweigen heißt zustimmen! Es ist unser Land!». Wenige Stunden später wurde ein Brandanschlag auf eine noch nicht fertig hergerichtete Asylunterkunft in Meißen verübt, deren Eigentümer vorher Drohschreiben erhalten hatte. Die IHS distanzierte sich freilich von der Tat.²⁶ Die beiden später gefassten mutmaßlichen Täter weisen allerdings Bezüge zur rechten Szene auf und der Bruder eines mutmaßlichen Täters war mit Gründungsmitgliedern der IHS vernetzt.²⁷

Keine zwei Wochen nach dem Anschlag begann die IHS – entgegen der ursprünglichen Ankündigung – mit regulären, durchaus Pegida ähnlichen Versammlungen

22 Vgl. die Facebook-Seite der Initiative Heimatschutz unter: www.facebook.com/pages/Initiative-Heimatschutz/1561506014089157.

23 Ebd.

24 Vgl. Anderson, Peter: Meißen wehrt sich, in: *sz-online*, 24.10.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/meissen-wehrt-sich--3232948.html.

25 Vgl. Anderson, Peter: «Heimatschutz» wirbt für Neonazis, in: *sz-online*, 7.11.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/heimatschutz-wirbt-fuer-neonazis-3244495.html.

26 Vgl. www.mdr.de/sachsen/dresden/brand-asylheim-meissen112.html (8.7.2015).

27 Vgl. Anderson, Peter: Der Zünder mit den zwei Gesichtern, in: *sz-online*, 9.12.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/der-zuendler-mit-den-zwei-gesichtern-3271088.html. Mitte August wurde auf dieselbe, inzwischen wieder hergerichtete Unterkunft erneut ein Anschlag verübt, diesmal durch Unterwassersetzen des Gebäudes. In diesem Fall wurden bisher keine Täter ermittelt. Vgl. Anderson, Peter: Neuer Anschlag in Rauhentalstraße, in: *sz-online*, 18.8.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/neuer-anschlag-in-rauhentalstrasse-3175841.html.

(«Spaziergängen»), denen sich öfter mehrere Hundert Menschen anschlossen²⁸ und die sich bald auf das benachbarte Coswig ausweiteten.²⁹ Manche der Aufzüge, an denen sich mehrfach auch AfD-Politiker beteiligten,³⁰ waren von Gewaltaufrufen begleitet,³¹ auch kam es zu körperlichen Angriffen auf JournalistInnen.³² Die positive Resonanz auf die Aktivitäten der IHS war trotzdem hoch, was in gewisser Weise überrascht: Die Gruppierung hatte keine bekannte Vorläuferorganisation, konnte sich aber vor Ort sofort zur dominanten Protestakteurin entwickeln. Die eigenen Aussagen zum Gründungskontext hatten sich inzwischen als unwahr herausgestellt: Ursprünglich war behauptet worden, die Auseinandersetzung vor der Diskothek sei entstanden, weil Migranten deutsche Frauen belästigt und danach zu Hilfe Eilende mit Messern und gar einem Gullydeckel attackiert hätten. Nach Ermittlungen der Polizei trifft diese Schilderung überhaupt nicht zu.³³ Offenbar war die Facebook-Seite der IHS sogar bereits einige Stunden vor der fraglichen Auseinandersetzung eingerichtet worden. Aber ihr Zweck, «starkes Widerstandspotenzial» mittel aggressiver Rhetorik zu bezeugen, bleibt davon unberührt.

Während die zunächst als Bürgerwehr gegründete IHS in eine reguläre Versammlungsserie mündete, verlief dies im Fall der «Bürgerwehr FTL/360» in Freital umgekehrt. Am 30. April 2015 war das Facebook-Profil dieser Gruppierung eingerichtet worden.³⁴ Anlass der Gründung war nach eigener Darstellung die Belästigung von SchülerInnen in einem örtlichen Regionalbus der namensgebenden Linie 360 durch zwei Migranten. Ob die Darstellung zutrifft – tatsächlich war Wochen zuvor ein Migrant in einem Bus attackiert worden – muss offen bleiben. Die «Bürgerwehr FTL» kündigte gleichwohl an, ab sofort in den Bussen patrouillieren zu wollen, um angesichts mitfahrender Ausländer «für Ordnung zu sorgen», und verlangte sogar die kostenlose Beförderung ihrer Mitglieder.³⁵ Diese hatten zuvor zumindest zum Teil der Initiative «Freital steht auf – Nein zum Hotelheim» angehört, die seit Anfang März 2015 zeitweise wöchentliche, teils unter der Bezeichnung *Frigida* beworbene Demonstrationen veranstaltete. Bereits zur Auftaktveranstaltung am 6. März waren um die 1.500 Personen erschienen, von denen etliche versucht hatten, von der ange-

28 Vgl. Anderson, Peter: Anti-Asyl-Demo in Meissen geplant, in: *sz-online*, 11.7.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/anti-asyl-demo-in-meissen-geplant-3147045.html.

29 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/coswig-andacht-und-demo-getrennt-3253075.html (17.11.2015).

30 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/asyl-kritiker-baendeln-mit-afd-an-3211639.html (17.9.2015).

31 Vgl. Anderson, Peter: Gewaltaufruf bei «Heimatschutz»-Demo, in: *sz-online*, 11.8.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/gewaltaufruf-bei-heimatschutz-demo-3170119.html.

32 Vgl. www.sz-online.de/sachsen/zdf-team-in-meissen-angegriffen-3258227.html (24.11.2015).

33 Vgl. Anderson, Peter: Neuer Stand zu angeblicher Kneipenschlägerei mit Ausländern, in: *sz-online*, 11.5.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/neuer-stand-zu-angeblicher-kneipenschlaegerei-mit-auslaendern-3100691.html.

34 Vgl. Jannke, Jane: Zwischen Protest und Pranger, in: *sz-online*, 5.5.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/zwischen-protest-und-pranger-3096311.html.

35 Vgl. Bergmann, Michael/Meyer, Natalja: Zu Gast bei Freitalern, in: *Jungle World*, 11.6.2015, unter: <http://jungle-world.com/artikel/2015/24/52108.html>.

meldeten Route abzuweichen und zur Asylunterkunft durchzubrechen; zudem waren Polizeibeamte mittels Pyrotechnik attackiert worden.³⁶

Offenbar waren spätere Bürgerwehr-ProtagonistInnen zunächst an «Freital steht auf» beteiligt gewesen,³⁷ laut Medienrecherchen als Ordnungskräfte bei Versammlungen,³⁸ aber wohl auch im sogenannten Orgateam.³⁹ Dieses distanzierte sich Anfang Mai in einem als «Richtungsstreit» gedeuteten Vorgang von radikaleren Tendenzen sowohl im virtuellen Raum wie auch am Rande der eigenen Versammlungen und schloss Personen aus dem Organisationskreis aus.⁴⁰ Zur gleichen Zeit strebte mit René Seyfried auch ein Sprecher der Initiative an, sich zum Oberbürgermeister wählen zu lassen.⁴¹ In der Folge trat die «Bürgerwehr FTL» vermehrt separat in Erscheinung, bekräftigte die Eigenständigkeit des Projekts durch die Ausgabe uniformer T-Shirts, durch die Teilnahme an IHS-Veranstaltungen⁴² sowie eine verstärkte Online-Agitation – unter anderem wurden Fotos mutmaßlicher Asylsuchender gefertigt und unter Angabe ihrer Aufenthaltsorte auf der zugehörigen Facebook-Seite abgebildet.⁴³ Vor dem Hintergrund vermehrter Proteste, die sich belagerungsartig auf eine örtliche Asylunterkunft konzentrierten, wandte sich die Bürgerwehr auch gegen UnterstützerInnen des Heims und seiner BewohnerInnen. Bereits Anfang Juni hatte die Gruppe dazu aufgerufen, eine antirassistische Demonstration im Ort zu stören.

Nach einer späteren antirassistischen Kundgebung, in der Nacht zum 24. Juni 2015, war zudem ein Bürgerwehrmitglied von der Polizei kontrolliert worden: Kurz zuvor waren abreisende TeilnehmerInnen dieser Kundgebung mit Autos verfolgt, mit einem Baseballschläger attackiert und teils verletzt worden. Die Einladung zu einem Familienfest für den 31. Juli vor der Asylunterkunft konterte die «Bürgerwehr FTL» kurzum mit der Ankündigung eines Fackelmarsches zum Heim.⁴⁴ Der musste nicht stattfinden, denn nach der bloßen Androhung verfügte das zuständige Landratsamt ein vollständiges Versammlungsverbot für die Umgebung des Heimes, das sich auch gegen das ursprünglich geplante Familienfest richtete.⁴⁵ Der Gruppierung war es hier gelungen, ihr «Widerstandspotenzial» erfolgreich in die Waagschale zu werfen und

36 Vgl. Martin, Sebastian: 1500 marschieren gegen Asylpolitik, in: *sz-online*, 7.3.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/1500-marschieren-gegen-asylpolitik-3053740.html.

37 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/streit-bei-asylkritikern-3122064.html (10.6.2015).

38 Vgl. www.mdr.de/exakt/freital186.html (11.11.2015).

39 Vgl. Schawe, Andrea: Umstrittene Bürgerwehr, in: *sz-online*, 16.6.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/umstrittene-buergerwehr-3126407.html.

40 Vgl. Schawe, Andrea: Richtungsstreit bei «Freital wehrt sich», in: *sz-online*, 7.5.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/richtungsstreit-beifreital-wehrt-sich-3097743.html.

41 Vgl. Korsch, Felix: Pegida und die Kommunalpolitik, in: Burschel (Hrsg.): *Aufstand der «Wutbürger»*, S. 66 ff.

42 Vgl. Schawe, Andrea: Nach Freital? Nein, danke, in: *sz-online*, 18.7.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/nach-freital-nein-danke-3151872.html.

43 Vgl. Schawe, Andrea: Polizei ermittelt gegen Bürgerwehr, in: *sz-online*, 11.7.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/polizei-ermittelt-gegen-buergerwehr-3146711.html.

44 Vgl. www.endstation-rechts.de/news/kategorie/sonstige/artikel/vergisst-die-knueppel-nicht-freitaler-rassisten-machen-gegen-fluechtlings-unterstuetzer-mobil.html (31.7.2015).

45 Vgl. www.mdr.de/sachsen/freital_versammlungsverbot100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (1.8.2015).

damit kommunales Verwaltungshandeln in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dabei blieb es nicht: Als Ende August, keinen Monat später, eine Asylunterkunft im knapp 20 Kilometer entfernten Heidenau bezogen wurde, mobilisierte die «Bürgerwehr FTL» zur Anreise.⁴⁶ Einige ihrer AnhängerInnen waren offenbar an den nachfolgenden Ausschreitungen beteiligt, die bundesweite Medienaufmerksamkeit erzielten.⁴⁷

Ein halbes Jahr darauf, am 5. November, wurde die Bürgerwehr schließlich mit einer Reihe von polizeilichen Hausdurchsuchungen in insgesamt neun Wohnungen in Freital und Dresden ausgehoben. Die Maßnahmen richtete sich gegen sieben Personen unter anderem wegen des Verdachts des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung. Vier mutmaßliche Führungspersonen wurden festgenommen und teils inhaftiert. Mehrere Betroffene waren auf der Facebook-Seite der «Bürgerwehr FTL» monatelang unter Klarnamen in Erscheinung getreten. Ihnen werden in wechselnder Besetzung neben dem oben genannten Angriff auf ein Auto noch zwei Anschläge mit Pyrotechnik auf eine von Asylsuchenden genutzte Wohnung in Freital und ein alternatives Wohnprojekt in Dresden (siehe unten) zur Last gelegt. Ob die Gruppe auch verantwortlich ist für weitere Sprengstoffanschläge, etwa gegen ein Büro der Partei DIE LINKE, einen ihrer Kommunalpolitiker und dessen Fahrzeug, ist Gegenstand der noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen.⁴⁸ Bekannt wurde indes, wie die Bürgerwehr zu ihren eigentümlichen Namen kam: Zwei der mutmaßlichen Rädelsführer sind selbst Busfahrer.

3. «...ließ den aggressiven Mob gewähren.» Verdrängungsaktionen und Blockadekampagnen als Protesttypen

Bürgerwehren bezwecken bestimmte Protestwirkungen: Bei protestfernen und protestgegenerischen Milieus mögen diese *chilling effects* (entmutigende Wirkungen) sein, also deren tatsächliche Abschreckung durch die vorgeführte Handlungs- und Gewaltbereitschaft. Eine solche Wirkung kann sich auch aus konventionellem Protesthandeln ergeben und muss nicht von einer Bürgerwehr ausgehen. Bürgerwehren sind aber die bereits darauf spezialisierten Akteure einer sich ausdifferenzierenden sozialen Bewegung von rechts. Die Bewegung als solche vermag ähnliche Wirkungen auf andere Weisen zu erzielen und hat dafür noch andere, teils gewaltaffine Protesttypen ausprägt, die überfallartig eine kurzfristige Eskalation herbeiführen, teils in fortgesetzten Kampagnen mit hohem Organisationsaufwand lokale Protestserien initiieren und zuspitzen können.

Die Auswirkungen finden das Gefallen der Bewegung und können als «Erfolge»

46 Vgl. www.sz-online.de/sachsen/heidenauer-baumarkt-wird-sicherheitsbereich-3180000.html (22.8.2015).

47 Vgl. Wolf, Ulrich: Wenn Neonazis an einem Strang ziehen, in: *sz-online*, 25.8.2015, unter: www.sz-online.de/sachsen/wenn-neonazis-an-einem-strang-ziehen-3181570.html.

48 Vgl. www.mdr.de/sachsen/razzia-freital100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (5.11.2015).

verbucht werden: Asylunterkünfte können nicht oder nur verzögert hergerichtet, bezogen und gesichert werden. HelferInnen wie politische GegnerInnen, falls es sie gibt, können nicht oder nur unter Gefahr oder Schutz, falls es ihn gibt, in Erscheinung treten. MigrantInnen werden bedroht und in ihrer Bewegungsfreiheit sogar «präventiv» eingeschränkt. Mithin genügt dafür die Ankündigung von Protest: Nachdem für den 19. Januar 2016 im Landkreis Meißen eine Kundgebung unter dem Motto «Zeithain wehrt sich gegen Asylbetrug und Überfremdung» angemeldet worden war, durfte diese zwar nicht, wie vorgesehen, direkt vor einer Asylunterkunft stattfinden, aber keine Hundert Meter davon entfernt und nach Presseberichten unter der Maßgabe einer «Ausgangssperre» für die Asylsuchenden vor Ort, «damit es nicht zu Zusammenstößen kommt».⁴⁹ Die betreffende Versammlung, in diesem Fall von der NPD getragen, erwirkte schon im Vorfeld ein zeitweise «ausländerfreies Gebiet». Andernorts wird dies durch Verdrängungsaktionen und Blockadekampagnen erzwungen, ohne dass einer der Täter – hierunter wieder Bürgerwehrlaute – je eine präventive Ausgangssperre erhalten hätte. Es sind der Beispiele nicht wenig.

Dresden-Laubegast

Der Dresdner Stadtteil Laubegast steht exemplarisch für einen sich über einen längeren Zeitraum entwickelnden und dabei sich verschärfenden Protest gegen die Unterbringung von Asylsuchenden. Bereits im November 2014 war bekannt geworden, dass das ehemalige Hotel Prinz Eugen zur Unterbringung von knapp 100 Geflüchteten genutzt werden sollte. Bei einer kommunalen Informationsveranstaltung am 5. November 2014 kam es daraufhin zu Tumulten. Zeitnah begann eine Bürgerinitiative Unterschriften für eine Petition zu sammeln, später schaltete sich zunächst auf Facebook eine Initiative namens «Nein zum Vier-Sterne-Heim in Laubegast» ein. Schon im Januar 2015 nahm der private Eigentümer des Hotels wieder Abstand von dem Plan der Veräußerung an die Stadt, nachdem er selbst bedroht und das Gebäude mit rassistischen Parolen besprüht worden war.⁵⁰ Überraschend wurde am 27. Oktober 2015 dann bekannt, dass die Stadt das ehemalige Hotel doch erwerben und zeitnah belegen wollte.⁵¹ Noch am selben Tag versammelten sich im Stadtteil bis zu 300 Menschen zu einer Protestkundgebung.⁵² Direkt vor dem Hotel wurde eine außenstehende Person angegriffen und verletzt, die mit lediglich zwei Beamten anwesende Polizei schritt nicht ein.⁵³ In den folgenden drei Wochen kam es wieder

49 Steglich, Antje: Asylgegner demonstrieren in Zeithain, in: sz-online, 21.1.2016, unter: www.sz-online.de/nachrichten/asylgegner-demonstrieren-in-zeithain-3302893.html.

50 Vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-asylbewerber-in-dresden-verhindert-fluechtlingsheim-a-1012846.html (14.1.2015).

51 Vgl. Hilbert, Peter: Laubegaster Hotel Prinz Eugen wird doch zum Asylheim, in: sz-online, 27.10.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/laubegaster-hotel-prinz-eugen-wird-doch-zum-asylheim-3235024.html.

52 Vgl. www.mdr.de/sachsen/hotel-asyl-dresden-laubegast100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (28.10.2015).

53 Vgl. Brüggemann, Dominik: Asylfeindlicher Protest in Laubegast, in: mopo24.de, 28.10.2015, unter: <https://mopo24.de/nachrichten/asylfeindlicher-protest-in-laubegast-18-jaehriger-angegriffen-22449>.

holt und zeitweise täglich zu unangemeldeten, manchmal mit Fackeln ausgestatteten «Abendspaziergängen», bei denen die Protestierenden unter anderem Grablichter auf die Eingangstrepfen des Objekts stellten. Stadtverwaltung und Polizei tolerierten die Umzüge als bloße «Menschenansammlungen»⁵⁴ und beschränkten sich darauf, den Verkehr zu regeln.⁵⁵ Eine für Mitte November angesetzte Informationsveranstaltung, die durchzuführen eine Forderung der Protestierenden gewesen war, wurde durch das Protestspektrum weitgehend boykottiert.⁵⁶ Kurz darauf warb die Initiative «Nein zum Vier-Sterne-Heim» für die Gründung einer Bürgerwehr. Inzwischen wurden die Geseten bedrohlicher: Ende des Jahres kam ein gefälschtes, aufwendig gestaltetes Flugblatt in Umlauf, vorgeblich im Namen einer «Willkommensinitiative». In dem Schreiben wird etlichen lokalen AsylunterstützerInnen gedankt – namentlich und unter Angabe von Adressen.⁵⁷ In der Nacht vor Silvester zog ferner ein Fackelmarsch durch das Viertel, angemeldet von einem NPD-Kommunalpolitiker. Mehr als 100 Personen schlossen sich an, einige zündeten Pyrotechnik und verschossen Signalmunition.⁵⁸ In das ehemalige Hotel ist bisher niemand eingezogen.

Dresden-Prohlis

In weit kürzerer Zeit kam es im Herbst 2015 im Dresdner Stadtteil Prohlis zu einer noch schärferen Eskalation. Den Anlass gab die städtische Planung, bis Mitte Oktober ein leerstehendes Gebäude, das an eine Grundschule grenzt,⁵⁹ für die Notunterbringung von knapp 50 Geflüchteten zu nutzen.⁶⁰ Der Landeselternrat sprach sich am 4. Oktober öffentlich und prinzipiell gegen dieses Vorhaben aus. Bei der nächstfolgenden Ortsamtssitzung am 5. Oktober beschimpften aufgebrachte AnwohnerInnen die Sozialbürgermeisterin der Stadt. Vor der Grundschule, in der im Anschluss auch eine Informationsveranstaltung für Eltern stattfand, sammelten sich 60 Personen, die von der Polizei abgehalten werden mussten, auf den Schulhof zu drängen.⁶¹ Dabei kam es zu einem Flaschenwurf, bei dem ein Beamter verletzt wurde.⁶² Einen Tag später rief eine lokale Elterninitiative erfolgreich dazu

54 Vgl. Hock, Alexej: Rechte Kundgebungen in Sachsen, unter: www.politik-in-gesellschaft.de/rechte-kundgebungen-in-sachsen-wie-die-polizei-sachsen-die-statistik-schoent/ (15.11.2015).

55 Vgl. Hock, Alexej: Verstoß gegen Versammlungsrecht, unter: <https://correctiv.org/blog/2015/12/04/dresden-polizei-toleriert-unangemeldete-versammlungen-vor-fluechtlingsunterkueften/> (4.12.2015).

56 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/stadt-informiert-buerger-zu-neuer-laubegaster-asylunterkunft-3248514.html (12.11.2015).

57 Vgl. Schneider, Alexander: Anonymes Flugblatt stiftet Verwirrung, in: *sz-online*, 31.12.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/anonymes-flugblatt-stiftet-verwirrung-3286990.html.

58 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/fackelmarsch-durch-laubegaster-3287060.html (30.12.2015).

59 Vgl. www.mdr.de/sachsen/dresden/elternprotest-prohlis100.html (8.10.2015).

60 Vgl. www.mdr.de/sachsen/tillich-fuer-verschaerfung-asylrecht100.html (2.10.2015).

61 Vgl. <https://mopo24.de/nachrichten/dresdner-eltern-und-cdu-sind-gegen-asylheim-neben-grundschule-17575> (6.10.2015).

62 Vgl. Polizeidirektion Dresden: Ansammlung bei Informationsveranstaltung, unter: www.polizei.sachsen.de/de/MI_2015_38593.htm (6.10.2015).

auf, Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken.⁶³ In der Nacht zum 7. Oktober wurden auf das für die Unterbringung von Asylsuchenden vorgesehene Gebäude vier Molotow-Cocktails geworfen, die aber nicht zündeten.⁶⁴ Inzwischen werden drei Männer dieses Anschlags beschuldigt, von denen einer in Untersuchungshaft genommen wurde.⁶⁵ Es folgten Unterrichtsausfall für den Rest der Woche und die Ankündigung, der Grundschule, die hier selbst nur ein Ausweichquartier bezogen hatte, werde nach den Herbstferien in ein anderes Quartier umziehen.⁶⁶ Das entschärfte die Situation nicht, wie sich am Abend des 9. Oktober zeigte, als vor der Schule ein Willkommensfest stattfinden sollte. Dagegen wandten sich 60 teils vermummte Personen, die gegen die angemeldete Veranstaltung vorrückten und einen vorzeitigen Abbruch erzwangen. Verhindern ließ sich dies nicht: Zunächst war nur ein Bürgerpolizist vor Ort.⁶⁷ Anrückende Verstärkung «ließ den aggressiven Mob gewähren und forderte die Anmelder auf, die Situation zu klären – sonst müsse die Versammlung aufgelöst werden».⁶⁸ Im Anschluss wuchs die offensichtlich gewaltbereite Gruppe auf 150 Personen an, es wurde Pyrotechnik gezündet und Steine flogen in Richtung der Polizeibeamten,⁶⁹ wobei ein Journalist getroffen wurde.⁷⁰ Die Gruppe löste sich erst nach mehreren Gewahrsamsnahmen auf und nachdem zwei Wasserwerfer in Stellung gebracht worden waren. Bereits am selben Abend hatten augenscheinlich Anhänger der Fußballfanszene mit Pyrotechnik eine Zeltunterkunft in der Dresdner Südvorstadt attackiert sowie ein Polizeifahrzeug angegriffen.⁷¹ Ende 27. Oktober trafen erste Geflüchtete in Prohlis ein und bezogen die Unterkunft. In einem Interview mit der *Sächsischen Zeitung* erklärte der Leiter des Polizeireviers Südost die vorherige Eskalation wie folgt: «Diese Krawalle hätten verhindert werden können. Wir haben den Organisatoren des Willkommensfestes von der Veranstaltung abgeraten, denn es war absehbar, dass etwas passiert. Für die Asylgegner im Stadtteil war das eine Provokation.»⁷²

63 Vgl. Hannig, Falk: Schreiben im Namen der Bürgerinitiative 89. Grundschule Dresden, in: sz-online, 6.10.2015, unter: www.sz-online.de/includes/dokumente/bi-prohlis.pdf.

64 Vgl. www.lvz.de/Mitteldeutschland/Polizeiticker-Mitteldeutschland/Brandanschlag-auf-geplante-Fluechtlings-unterkunft-in-Dresden (7.10.2015).

65 Vgl. www.mdr.de/sachsen/durchsuchung-haftbefehl-nach-brandanschlag100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (13.11.2015).

66 Vgl. mopo24.de/nachrichten/nach-molotow-anschlag-prohlis-schueler-ziehen-um-18055 (8.10.2015).

67 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/scharfe-kritik-an-prohliser-polizeichef-3263211.html (30.11.2015).

68 Vgl. www.dnn.de/Dresden/Lokales/Rassistischer-Mob-sprengt-Veranstaltung-von-Prohlis-ist-bunt-Polizei-schaut-zu (9.10.2015).

69 Vgl. mopo24.de/nachrichten/zwischenfall-vor-geplantem-asyloheim-in-prohlis-18463 (9.10.2015).

70 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/gewalt-in-prohlis-3220634.html (10.10.2015).

71 Vgl. Wolf, Tobias: Krawalle mit viel Alkohol, in: sz-online, 12.10.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/krawalle-mit-viel-alkohol-3221215.html.

72 Vgl. Domschke, Nora: «Abschiebungen nehmen zu.» Uwe Waurich ist neuer Prohliser Revierchef, in: sz-online, 26.11.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/scharfe-kritik-an-prohliser-polizeichef-3263211.html.

Chemnitz-Einsiedel

Im dörflich geprägten Chemnitzer Stadtteil Einsiedel, in dem rund 3.600 Menschen leben, begann im Spätsommer eine Serie von Protestaktionen, mit denen der Zugang zur örtlichen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende blockiert werden sollte. Dass eine solche Einrichtung in den Räumen eines ehemaligen Pionierlagers entstehen sollte, war Mitte September 2015 bekannt geworden.⁷³ Daraufhin versammelten sich am 19. September etwa 350 AnwohnerInnen. Im Anschluss wurde die «Bürgerinitiative Einsiedel – Gemeinsam für Einsiedel» gegründet,⁷⁴ die den Klageweg forciert.⁷⁵ Einige Tage darauf mobilisierte eine Initiative namens «Einsiedel sagt Nein zum Heim» zu einem Protestmarsch mit zunächst 700 Personen, sodann wurde auch die Gründung einer Bürgerwehr angekündigt. Der Ordnungsbürgermeister äußerte gegenüber den Protestierenden Verständnis und stellte in Aussicht, angesichts eines fehlenden Brandschutz- und Sicherheitskonzepts sei vorläufig nicht mit einer Betriebsgenehmigung für die Erstaufnahmeeinrichtung zu rechnen.⁷⁶ Bis Ende des Jahres 2015 folgten 13 weitere «Schweigemärsche» im Ort, denen sich stets mehrere Hundert und mehrfach bis zu 2.000 Personen, teils mit Fackeln⁷⁷ ausgestattet, anschlossen und unter denen sich auch Pegida-AnhängerInnen befanden.⁷⁸ Offenbar unter dem Eindruck des erheblichen Zulaufs kündigte die Initiative «Einsiedel sagt Nein zum Heim» an, die Proteste fortzuführen.⁷⁹ Anfang Oktober wurde an der einzigen Zufahrtsstraße zur geplanten Erstaufnahmeeinrichtung ein als «Infostand» bezeichneter Pavillon aufgebaut, der aus dem Ort heraus versorgt wurde und BeobachterInnen als regelrechter «Kontrollposten» erschien. Später wurde in der Nähe eine heimliche Videoüberwachung entdeckt.⁸⁰ Der Stand selbst, obwohl auf öffentlichem Grund, wurde fast einen Monat lang von der Stadtverwaltung geduldet⁸¹ und erst Ende Oktober in den Vorgarten eines nahe gelegenen Privatgrundstücks verlegt.⁸² Der Stand war bereits am 5. Oktober zum Anlauf-

73 Vgl. Licht, Ronny: Altes Pionierlager soll 2000 Flüchtlinge aufnehmen, in: sz-online, 16.9.2015, unter: <https://mopo24.de/nachrichten/alt-es-pionierlager-soll-2000-fluechtlinge-aufnehmen-13234>.

74 Vgl. Licht, Ronny: Trotz Protesten: Asylheim kommt nach Einsiedel, in: mopo24.de, 21.9.2015, unter: <https://mopo24.de/nachrichten/trotz-protest-asyl-erstaufnahme-kommt-nach-einsiedel-14398>.

75 Vgl. www.freipresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Asyl-Einsiedler-wollen-klagen-artikel9326166.php (12.10.2015).

76 Vgl. www.freipresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Protest-gegen-Asylbewerberunterkunft-in-Einsiedel-artikel9310740.php (23.9.2015).

77 Vgl. www.mdr.de/sachsen/schweigemarsch-einsiedel102_zc-f1f179a7_zs-9f2fed56.html (4.10.2015).

78 Vgl. Müller, Michael: Mietvertrag für Asylunterkunft läuft fünf Jahre, in: Freie Presse, 5.10.2015, unter: www.freipresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Einsiedel-Mietvertrag-fuer-Asyl-Notunterkunft-laeuft-fuenf-Jahre-artikel9319883.php.

79 Vgl. Müller, Michael: Chemnitz CDU-Stadträte rügen eigene Minister, in: Freie Presse, 1.10.2015, unter: www.freipresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Einsiedel-Chemnitzer-CDU-Stadtraete-ruegen-eigene-Minister-artikel9317891.php.

80 Vgl. Müller, Michael: Polizei ermittelt wegen Videoüberwachung, in: Freie Presse, 23.12.2015, unter: www.freipresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Einsiedel-Polizei-ermittelt-wegen-Videoeüberwachung-artikel9390964.php.

81 Vgl. www.freipresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Einsiedel-Heimgegner-muessen-Info-Stand-raeumen-artikel9343309.php (30.10.2015).

82 Vgl. Hach, Oliver: Die Wut von Einsiedel, in: Freie Presse, 13.11.2015, unter: www.freipresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Die-Wut-von-Einsiedel-artikel9354622.php.

punkt von mehr als 500 Personen geworden, die damit erstmals versuchten, die Zufahrt zur Erstaufnahmeeinrichtung zu blockieren.⁸³ Vorausgegangen war eine unter anderem durch Pegida Chemnitz-Erzgebirge verbreitete Fehlinformation, der zufolge «Invasoren jetzt unterwegs nach Einsiedel» seien. Die Straße im Ort wurde durch abgestellte Fahrzeuge, darunter zwei Lkw und ein Traktor, selbst für die Polizei unpassierbar gemacht.⁸⁴ Diese verzichtete auf eine Räumung⁸⁵ und zog freiwillig wieder ab. Im Zusammenhang mit der Blockade, die als bloße «Ansammlung» toleriert wurde, ist nach Einschätzung des sächsischen Innenministeriums keine einzige Straftat registriert worden.⁸⁶

Es gab weitere Vorfälle: Während Mitte Oktober erneut etwa 1.000 Menschen vor Ort demonstrierten,⁸⁷ wurden fünf junge Männer gestellt, die auf das Grundstück der Erstaufnahmeeinrichtung eingedrungen waren.⁸⁸ Im November wurden etliche Ortsschilder, die auf Einsiedel hinweisen, mit weißer Farbe übertüncht und darauf ein «Nein» gepinselt⁸⁹ – offenbar eine Reaktion auf die am 9. November erteilte Genehmigung für die Umbauten auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung.⁹⁰ Für den darauffolgenden Tag kündigte die Landesdirektion einen Besichtigungstermin für Einsiedler BürgerInnen an.⁹¹ Am Rande dieser Begehung wurden HelferInnen des Deutschen Roten Kreuzes bedrängt,⁹² zudem hinderten mehrere Dutzend Personen einen Mitarbeiter der Landesdirektion am Verlassen des Geländes und erzwangen Zutritt zu den in Sanierung befindlichen Teilen des Gebäudekomplexes.⁹³ Erst Anfang Januar 2016, nach mehreren Monaten der Verzögerung, wurden erste Asylsuchende in der Erstaufnahmeeinrichtung einquartiert – begleitet von neuerlichen Blockadeversuchen,⁹⁴ mehreren Demonstrationen und einem diesmal erheblichen Polizeiaufgebot.⁹⁵

83 Vgl. <https://mopo24.de/nachrichten/pegida-legida-einsiedel-chemnitz-demo-asyl-sachsen-17467>.

84 Vgl. Müller, Michael: Lage in Einsiedel spitzt sich zu, in: Freie Presse, 6.10.2015, unter: www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Blockade-Lage-in-Einsiedel-spitzt-sich-zu-artikel9321039.php.

85 Vgl. Selig, Frank: Menschen-Barrikade gegen Flüchtlinge, in: Bild-Zeitung, 7.10.2015, unter: www.bild.de/regional/chemnitz/fluechtlingskrise/asylgegner-blockieren-zufahrt-nach-einsiedel-42900312.html.

86 Vgl. Kleine Anfrage im Sächsischen Landtag, Drs. 6/2996.

87 Vgl. Lummer, Benjamin: Protest gegen Flüchtlingsheim hält an, in: Freie Presse, 15.10.2015, unter: www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Einsiedel-Protest-gegen-Fluechtlingsheim-haelt-an-artikel9329391.php.

88 Vgl. Müller, Michael: Heimgegner betonen Dialog-Bereitschaft, in: Freie Presse, 22.10.2015, unter: www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Heimgegner-betonen-Dialog-Bereitschaft-artikel9335335.php.

89 Vgl. Licht, Ronny: Unbekannte beschmieren Verkehrsschilder, in: mopo24.de, 9.11.2015, unter: <https://mopo24.de/nachrichten/asylheim-einsiedel-protest-schilder-besprueht-25390>.

90 Vgl. www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Fluechtlingsunterkunft-Einsiedel-Stadt-erteilt-Baugenehmigung-artikel9351410.php (9.11.2015).

91 Vgl. Hach: Die Wut von Einsiedel.

92 Vgl. Müller, Michael: Erste Einblicke in Einsiedler Asylheim, in: Freie Presse, 11.11.2015, unter: www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Erste-Einblicke-in-Einsiedler-Asylheim-artikel9352803.php.

93 Vgl. Müller, Michael: Einsiedler Heimgegner bedrängen Behördenmitarbeiter, in: Freie Presse, 12.11.2015, unter: www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Einsiedler-Heimgegner-gehen-gegen-Behoerdenmitarbeiter-vor-artikel9354060.php.

94 Vgl. www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Erste-Fluechtlings-in-Einsiedel-Blockadeversuch-artikel9398905.php (5.1.2016).

95 Vgl. www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Erneut-protestieren-Hunderte-gegen-Fluechtlingsheim-in-Einsiedel-artikel9400290.php (6.1.2015).

Dresden-Übigau

Eine ähnliche Situation wie in Einsiedel entspann sich im Dresdner Stadtteil Übigau. Anlass war hier die Ankündigung, Notunterkünfte zur Entlastung einer behelfsmäßigen «Zeltstadt» einzurichten, so auch in einer Übigauer Turnhalle, die zunächst mit knapp 60 Asylsuchenden belegt werden sollte. Unmittelbar nach der öffentlichen Ankündigung versammelten sich am 30. September 2015 bis zu 100 Personen vor der Halle und blockierten die Zufahrt mithilfe von Autos und hinderten VertreterInnen der Stadt, der Feuerwehr und des Deutschen Roten Kreuzes daran, die Halle zu betreten und für den Bezug herzurichten.⁹⁶ Die nur mit geringen Kräften präsentierte Polizei ging nicht gegen die Blockierenden vor,⁹⁷ sondern führte JournalistInnen fort, nachdem diese aggressiv bedrängt worden waren.⁹⁸ Dutzende Personen hielten die Blockade über Nacht und in den folgenden Tagen aufrecht,⁹⁹ bauten vor Ort ein Zelt auf und errichteten ein regelrechtes Protestcamp («Wir sind Übigau»)¹⁰⁰. Es erzielte sofort einen Erfolg durch faktische Duldung. Für eine Entspannung vor Ort sorgte dies nicht. Unweit der Turnhalle wurde am Abend des 4. Oktober ein alternatives Wohnprojekt angegriffen, dessen BewohnerInnen Geflüchtete unterstützen. Zwei Wochen später, in der Nacht zum 19. Oktober, wurde das Haus erneut attackiert, diesmal unter Einsatz von Pyrotechnik und Buttersäure. Für diesen zweiten Angriff gelten Mitglieder der offensichtlich über die Grenzen Freitalts hinaus aktiven «Bürgerwehr FTL» als mutmaßliche Täter.¹⁰¹ Am 22. Oktober kam es nach drei Wochen der Duldung zur polizeilichen Räumung des «Protestcamps», worauf die Anwesenden spontan mit einer Sitzblockade reagierten. Einzelne Beteiligte wurden durch Einsatzkräfte weggetragen, Strafanzeigen wurden nicht aufgenommen.¹⁰² Über die bevorstehende Räumung war vorab auf der Facebook-Seite der Blockierenden informiert worden.¹⁰³ Auch nach der Räumung hielt der Protest an: Am 24. November zogen etwa 50 UnterstützerInnen der Übigau-Initiative ohne vorherige Anmeldung vor das Wohnhaus des Dresdner Oberbürgermeisters, einige Beteiligte skandierten «Volksvertreter».¹⁰⁴ Die Polizei unterband das nicht.¹⁰⁵

96 Vgl. Weller, Alexander/Wolf, Tobias: Asylbewerber kommen in Turnhallen, in: sz-online, 1.10.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/asylbewerber-kommen-in-turnhallen-3212469.html.

97 Vgl. www.dnn.de/Dresden/Polizeiticker/Polizeiticker-Dresden/Protest-gegen-Fluechtlingsunterkunft-in-Dresden-Uebigau (30.9.2015).

98 Vgl. www.sz-online.de/sachsen/journalisten-verband-kritisiert-saechsische-polizei-3213184.html (1.10.2015).

99 Vgl. Müller, Anke: OB Hilbert stellt sich Asylheim-Blockierern, in: mopo24.de, 1.10.2015, unter: <https://mopo24.de/nachrichten/dresden-asylheime-blockierer-hilbert-fragen-festerling-16543>.

100 Vgl. Schneider, Alexander u. a.: Polizei räumt Weg frei, in: sz-online, 22.10.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/polizei-raeumt-weg-fuer-fluechtlinge-frei-3230800.html.

101 Vgl. www.mdr.de/sachsen/hotel-asyl-dresden-laubegast100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (28.10.2015).

102 Vgl. www.mdr.de/sachsen/blockade-uebigau-reaktion-linke100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (23.10.2015).

103 Vgl. Schneider u. a.: Polizei räumt Weg frei.

104 Vgl. www.sz-online.de/nachrichten/nachtlicher-spuk-vorm-hause-hilbert-3259129.html (24.11.2015).

105 Vgl. www.mdr.de/sachsen/anti-asyl-protest-dresden-wohnung-hilbert100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (25.11.2015).

Nachahmungstaten

Die geschilderten Vorgänge hatten Vorbildcharakter für Aktionen in anderen Orten, in denen es zu teils hochgradig aggressiven Blockadeversuchen kam. In Niederau (Landkreis Meißen) etwa war Mitte September 2015 bekannt geworden, dass ein ehemaliger Einkaufsmarkt als Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete genutzt werden soll. Als die Herrichtung des Objekts beginnen sollte, sammelten sich am Abend des 25. September bis zu 200 Personen. Eintreffende MitarbeiterInnen des Deutschen Roten Kreuzes und des Technischen Hilfswerks wurden beschimpft und bedroht. Einige Beteiligte versuchten, einen um das Grundstück aufgestellten Bauzaun umzuwerfen und die Zufahrt zum Objekt durch Autos zu verstellen.¹⁰⁶ Da dies misslang, wurde später in der Nacht versucht, die Abfahrt von Fahrzeugen des Technischen Hilfswerks zu behindern, wobei es zu Flaschenwürfen kam. Zwar war vorsichtshalber im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung ein sogenannter Kontrollbereich errichtet worden, der anlasslose Kontrollen durch die Polizei ermöglicht.¹⁰⁷ Diese war zunächst aber nur mit fünf Beamten vor Ort.¹⁰⁸ Der Einzug erster Asylsuchender in der nachfolgenden Nacht gelang nur mittels eines Großaufgebots. Erneut hatten sich Protestierende versammelt.¹⁰⁹

Ein weiterer Versuch, die Belegung einer behelfsmäßigen Asylunterkunft zu verhindern, folgte am Abend des 9. Oktober 2015 vor einer Turnhalle in Chemnitz-Markersdorf. Vor Ort hatten sich spontan etwa 100 Personen versammelt, von denen einige bis in die Nacht verweilten, schließlich UnterstützerInnen von Geflüchteten attackierten und teils verletzten sowie die Scheiben eines Autos einschlugen. Mehrere Asylsuchende, die angesichts dieser Bedrohung einen Einzug in die Turnhalle verweigerten, wurden unterdessen in einer Kirche einquartiert. Dort wurden am frühen Morgen des nächsten Tages sechs Scheiben eingeworfen.¹¹⁰ Dabei erlitten drei Personen Verletzungen, darunter ein neunjähriges Mädchen und ein sieben Monate altes Baby. Am 11. Oktober wurden einige der in der Kirche untergebrachten Menschen zurück zur Turnhalle gebracht. Dort versuchte wiederum ein Dutzend Personen, die Einfahrt zu blockieren.¹¹¹

Wenig später, am 17. Oktober 2015, sammelten sich vor einer neu eingerichteten Zeltunterkunft im Stadtteil Leipzig-Mockau bis zu 30 Personen in der Absicht, Busse mit Geflüchteten aufzuhalten. Eine effektive Blockade gelang hier nicht.¹¹² Größere

106 Vgl. Kernstock, Matthias: Flüchtlingshelfer in Niederau mit Flaschen beworfen, in: mopo24.de, 26.9.2015, unter: <https://mopo24.de/nachrichten/niederau-helfer-mit-flaschen-beworfen-500-fluechtlinge-einzug-15374>.

107 Vgl. www.sz-online.de/sachsen/randale-am-real-niederau-3209155.html (26.9.2015).

108 Vgl. Anderson, Peter: Zu wenig Polizei in Niederau?, in: sz-online, 13.11.2015, unter: www.sz-online.de/nachrichten/zu-wenig-polizei-in-niederau-3249790.html.

109 Vgl. <https://mopo24.de/nachrichten/bundeswehr-unterstuetzt-fluechtlings-ankunft-in-niederau-15475> (27.9.2015).

110 Vgl. <https://mopo24.de/nachrichten/so-war-die-randale-nacht-in-sachsen-18487> (10.10.2015).

111 Vgl. <https://mopo24.de/nachrichten/chemnitz-markersdorf-fluechtlinge-turnhalle-asylheim-18745> (11.10.2015).

112 Vgl. <http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Neonazis-blockieren-Fluechtlingsunterkunft-in-Leipzig-Mockau> (18.10.2015).

Ausmaß hatte dagegen eine Blockadeaktion am 25. Oktober vor dem Bahnhof in Freiberg. Von dort aus sollten etwa 700 per Zug eintreffende Asylsuchende mit Bussen in verschiedene sächsische Einrichtungen gebracht werden. Etwa 400 Personen versammelten sich, um dagegen zu protestieren – unter anderem mit Ausländer-raus-Parolen, einer Sitzblockade und der Zündung von Pyrotechnik. Mehrere Busse sowie Fahrzeuge von Polizei und Deutschem Roten Kreuz wurden durch Bewurf beschädigt. Bei dem Auto eines Mitarbeiters der Landesdirektion wurden die Scheiben eingeschlagen.¹¹³

Eine vergleichbare Konstellation ergab sich am 1. November 2015 am Bahnhof in Meerane (Landkreis Zwickau), wo mehrere Hundert Asylsuchende eintreffen und auf Busse verteilt werden sollten.¹¹⁴ Etwa 80 Personen versuchten, die Weiterfahrt der Busse zu blockieren. Beim Versuch der Polizei, die Blockade aufzulösen, kam es zu Ausschreitungen, bei denen mehrere Beamte verletzt sowie MitarbeiterInnen des Deutschen Roten Kreuzes attackiert wurden.¹¹⁵ Am selben Tag kam es in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) zu dem Versuch, die Zufahrt zu einer Unterkunft, wohin Asylsuchende mit Bussen verbracht werden sollten, zu blockieren und unter anderem durch ein Auto zu verstellen. Offenbar am selben Tag wurde mit einer Luftdruckwaffe auf die Außenfassade dieser Unterkunft geschossen.¹¹⁶ Zur vorerst letzten Eskalation in dieser Reihe kam es am Abend des 10. Dezember im erzgebirgischen Jahnsdorf. Dort wurde aus einer Gruppe von etwa 30 Personen heraus gezielt ein Bus mit Geflüchteten auf dem Weg zu lokalen Asylunterkünften mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen. Dabei wurde der Bus beschädigt und der Fahrer verletzt.¹¹⁷

4. «Breaking the law in order to respect it»: Zur Logik des Neovigilantismus

Die geschilderten Vorgänge sind neu in dem Sinne, dass mit ihnen in dieser Intensität, räumlichen Konzentration und zeitlichen Ausdehnung bisher nicht zu rechnen war. Ganz gleich auch, wie viel Strategie jeweils unterstellt werden kann: In den genannten Fällen zeichnet sich das Muster eines auf Eskalation setzenden Handelns ab, das nicht auf Initiativen Einzelner reduziert werden kann, sondern aus dem kollektiven Bewegungshandeln hervorgeht oder bewusst gefördert wird: «Unter dem Verweis auf einen angeblichen «nationalen Notstand» vollzieht sich auf dem rechten Feld eine Form von Selbstermächtigung durch organisierte Gruppen, Protestakteure und rechte Kader, die [...] in der Bevölkerung vorhandene Ängste zuspitzen und die politische Eskalation der Proteste betreiben.»¹¹⁸ Soweit dies mithin «erfolgreich» möglich war,

113 Vgl. www.mdr.de/sachsen/chemnitz/blockade-freiberg100.html (26.10.2015).

114 Vgl. www.mdr.de/sachsen/chemnitz/polizeieinsatz-asyl-meerane100.html (3.11.2015).

115 Stellner, Michael: War die Polizei in Meerane zu brutal?, in: Freie Presse, 4.11.2015, unter: www.freiepresse.de/LOKALES/ZWICKAU/GLAUCHAU/War-die-Polizei-in-Meerane-zu-brutal-artikel9346341.php.

116 Vgl. www.sz-online.de/sachsen/schuesse-auf-erstaufnahme-in-doebeln-3240683.html (3.11.2015).

117 Vgl. www.mdr.de/sachsen/ueberfall-jahnsdorf100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html (11.12.2015).

118 Forschungsstelle Rechtsextremismus/Neonazismus: Auf dem Weg zu einer rassistischen Massenbewegung?, in: Forena Forum 5/2015, S. 1.

erlangt ein Protestgeschehen wie in Chemnitz und Dresden tatsächlich paradigmatische Bedeutung, wie die Rezeption zeigt: Einsiedel wurde in Videobeiträgen des Kanal Schnellroda beziehungsweise der Kampagne «Ein Prozent» (siehe unten) als Vorbild für zivilen Ungehorsam,¹¹⁹ Übigau in der Monatszeitschrift *Zuerst!* als «Widerstandsnest» porträtiert.¹²⁰ Die vergleichsweise breite Beteiligung an derartigen Protestserien, die anders kaum die beobachtete Kontinuität hätten entwickeln können, spricht für eine gesteigertes Maß öffentlicher Anerkennung über den näheren Kreis organisierter Gruppen, der Protestakteure und rechter Kader hinaus.

Der Aspekt der öffentlichen Anerkennung als Erfolgsfaktor der Bewegung insgesamt ist bisher noch zu wenig gewürdigt worden. Er ist aber von großer Bedeutung. Anders wäre kaum zu erklären, wie es etwa Pegida seit Anbeginn vermag, ein «imperatives Durchgriffsrecht auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie» zu behaupten, «die umzusetzen hätten, was «das Volk» will»,¹²¹ ohne dass sich diese Behauptung vollends an den Tatsachen blamiert hätte und daher fallengelassen wurde. Mit dem stattdessen intensivierten autoritären Populismus machen sich, was nicht überrascht und nur am Rande bemerkt werden soll, auch Teile örtlicher Funktionsebenen und des sogenannten Establishments gemein, das zu bekämpfen die Bewegung zugleich vorgibt. Die zu beobachtende Selbstermächtigung ist deswegen nicht auf ein abseitiges Feld des politischen Meinungsspektrums und vielleicht nicht einmal auf ein dezidiert «rechtes Feld» begrenzt. Daran ist frappant, dass öffentliche Anerkennung sich hier zwar nicht ausschließlich, aber eben auch auf Formen der Selbstermächtigung bezieht, die nicht bloß am gewohnten (d.h. einem protestarmen) Zustand gemessen als Eskalation erscheinen, sondern eine tatsächliche Verletzung von Normen und die Übertretung der Ordnung bedeuten – obwohl das Protestmilieu als «das Volk» nicht weniger als ein grundlegendes Ordnungssystem selbst abbilden will und es zu «verteidigen» vorgibt. Das ist dieselbe widerspruchsvolle Handlungslogik, die, wie oben an Beispielen gezeigt, Bürgerwehren zugrunde liegt.

Dieses lang bekannte Phänomen¹²² beschreibt der Begriff Vigilantismus. Er bezeichnet – in deutschsprachigen Zusammenhängen kaum bekannt und im hiesigen wissenschaftlichen Diskurs wenig gebräuchlich¹²³ – eine «gesellschaftliche Ordnung

119 Vgl. www.youtube.com/watch?v=Y_H5XDvS3H0 (26.10.2015) und www.youtube.com/watch?v=pFa0rgogjZk (10.11.2015).

120 Vgl. Häusler, Sven: Widerstandsnest, in: *Zuerst!* 11/2015, S. 30–32.

121 Vgl. Begrich, David: Pegida: ein genuin ostdeutsches Protestformat?, in: Burschel (Hrsg.): *Aufstand der «Wutbürger»*, S. 53–57, hier: S. 54.

122 Vgl. Johnston, Les: *The Rebirth of Private Policing*, London 1992, S. 160 f.; Klatetzki, Thomas: «Hang 'em high.» Der Lynchmob als temporäre Organisation, in: Paul, Axel T./Schwalb, Benjamin (Hrsg.): *Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt*, Hamburg 2015, S. 147–172, hier: S. 147.

123 Beachte aber die Ausnahmen in Schmidt-Lux, Thomas: *Vigilantismus als politische Gewalt. Eine Typologie*, in: *Behemoth. A Journal on Civilisation*, Vol. 6/1, 2013, S. 98–117; sowie Mareš, Miroslav: *Vigilantism against the Roma in East Central Europe*, in: Backes, Uwe/Moreau, Patrick (Hrsg.): *The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives*, Göttingen 2012, S. 281–296.

gewalttätiger Selbsthilfe»,¹²⁴ die sich in Gestalt von Bürgerwehren, Lynchmobs und verschiedenen Formen kollektiver Selbstjustiz selbst ermächtigt. Selbstjustiz ist auch die (zu enge) wörtliche Übersetzung des Begriffs *vigilantism* (von lat. *vigil*: wachsam), der bis Mitte des 18. Jahrhunderts in die Zeit der Amerikanischen Revolution zurückreicht.¹²⁵ Zunächst handelte es sich bei den Vigilanten um Zusammenschlüsse auf dem Land mit dem primären Ziel der Verbrechensbekämpfung.¹²⁶ Vigilantismus war hier ein *frontier phenomenon*, das an der Peripherie der Westexpansion auftrat: Legale und exekutive Autoritäten im staatlichen Sinne (Strafverfolgungs- und Justizbehörden) existierten dort nicht oder waren weitgehend unwirksam.¹²⁷ Vigilanten waren Siedler, die stattdessen als private *regulators*, als extralegales, mithin aber funktionales Äquivalent für legale Institutionen auftraten und agierten.¹²⁸ Das lokalistische¹²⁹ De-facto-Mandat der Vigilanten begünstigte die geradezu ritualhafte¹³⁰ Herbeiführung des Lynchakts.¹³¹ Damit wurde die Befolgung von Normen, die in den Siedlungsgebieten ansonsten nicht durchzusetzen waren, wie etwa die Geltung des Privateigentums, auf gewalttätige Art erzwungen. Es handelte sich um das hegemoniale Normengefüge der *frontier elite*,¹³² also etablierter Statusgruppen. Das wurde deutlich in einer späteren Phase, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Ende des Amerikanischen Bürgerkrieges einsetzte. Nunmehr wandelte sich Vigilantismus zu einem urbanen Phänomen, das auf gesellschaftliche Änderungen neuer Art reagierte:¹³³ «From a generally narrow concern with the classic frontier problems [...] vigilantism broadened its scope to include a variety of targets [...]: Catholics, Jews, Negroes, immigrants, laboring men and labor leaders, political radicals, advocates of civil liberties, and nonconformists in general.»¹³⁴ Das Ziel bestand nicht mehr in der Verbrechensbekämpfung, sondern in der sozialen Kontrolle bestimmter Bevölkerungsgruppen,¹³⁵ verstanden als «maintenance of communal, ethnic or sectarian order and values».¹³⁶ Nummehr ist von Neovigilantismus die Rede, der allerdings die auf maximale Ab-

124 Klatetzki: «Hang 'em high.», S. 149.

125 Vgl. Brown, Richard Maxwell: *Strain of Violence. Historical Studies of American Violence and Vigilantism*. New York 1977, S. 21.

126 Vgl. ebd., S. 148; sinngemäß auch Rosenbaum, H. Jon/Sederberg, Peter C.: *Vigilantism: An Analysis of Establishment Violence*, in: dies. (Hrsg.): *Vigilante Politics. An Absorbing Study of a Dangerous Shortcut: Order without Law*, o.O. 1976, S. 3–44, hier: S. 10.

127 Vgl. Brown: *Strain of Violence*, S. 22.

128 Vgl. ebd., S. 96.

129 Vgl. ebd., S. 92.

130 Vgl. Paul, Axel T.: *Masse und Gewalt*, in: Paul/Schwalb (Hrsg.): *Gewaltmassen*, S. 19–59, hier: S. 38; Brown: *Strain of Violence*, S. 100.

131 Vgl. ebd.

132 Ebd., S. 22, 93; Vgl. Culberson, William C.: *Vigilantism. Political History of Private Power in America*. New York 1990, S. 19.

133 Vgl. Brown: *Strain of Violence*, S. 127, 134 ff.

134 Ebd., S. 23.

135 Rosenbaum/Sederberg: *Vigilantism*, S. 10.

136 Johnston, Les: *What is Vigilantism?*, in: *British Journal of Criminology* 2/1996, S. 220–236, hier: S. 228.

schreckung setzenden Methoden beibehält.¹³⁷ Zur «Vielgestaltigkeit» des Neovigilantismus gehörte der erste Ku-Klux-Klan.¹³⁸ Vigilanter Aktivismus war zu einem entscheidenden Machtinstrument im innenpolitischen Kampf geworden,¹³⁹ obgleich die ursprüngliche Voraussetzung – Fehlen staatlicher Institutionen – weggefallen war. Vielmehr gerieten Vigilanten jetzt mit diesen Institutionen in Konflikt: Statt soziale Konflikte über sie auszutragen, wurden über die «Präsenz auf der Straße» alternative Machtzentren geschaffen.

Die hervorragend dokumentierten US-amerikanischen Fallstudien erlauben Annahmen über einen Idealtypus von Vigilantismus¹⁴⁰ jenseits eines nationalen Exzeptionalismus:¹⁴¹ Vigilantismus im Allgemeinen bedeutet «breaking the law in order to respect it»,¹⁴² angedrohte oder ausgeübte Gewalt zur Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Ordnung.¹⁴³ Vigilantismus tritt auf, wenn zum einen die etablierte Ordnung einer Gemeinschaft und deren Normen verletzt werden oder verletzt zu werden drohen¹⁴⁴ und wenn zum anderen die Institutionen dieser in der Regel staatlichen Ordnung auf die angebliche oder tatsächliche Devianz¹⁴⁵ gar nicht oder nicht so reagieren, wie es von ihnen erwartet wird.¹⁴⁶ Der Handlungsdruck, den die Vigilanten ausmachen, mag objektiv nicht vorhanden oder aus Sicht der VertreterInnen der existierenden Ordnung nicht zwingend sein. Entscheidend ist die Reaktion als das Moment der Selbstermächtigung: Der Vigilant maßt sich allgemeine Ordnungsfunktionen an,¹⁴⁷ für deren Ausübung er eine quasi staatliche Autorität beansprucht oder ähnliche Verbindlichkeit zu erreichen sucht.¹⁴⁸ Mithin wird dafür gezielt auf eine Taktik der Abschreckung,¹⁴⁹ auf das Prinzip des *punish and control*¹⁵⁰ gesetzt. Im Gegensatz zum historischen Vigilantismus ist unter modernen Bedingungen von einem (geografischen) Grenzproblem staatlicher Institutionen allerdings nicht zu sprechen, wohl aber von strukturellen und kulturellen¹⁵¹ *frontier zones*¹⁵² oder besonderen Lagen, die sich der Ordnung entziehen oder in denen deren Institutionen nicht

137 Vgl. Brown: *Strain of Violence*, S. 127, 218.

138 Vgl. ebd., S. 126; Abrahams, Ray: *Vigilant Citizens. Vigilantism and the State*, Malden 1998, S. 95 ff.

139 Vgl. Culberson: *Vigilantism*, S. 43.

140 Vgl. Abrahams: *Vigilant Citizens*, S. 7; Abrahams, Ray: *Some Thoughts on the Comparative Study of Vigilantism*, in: Pratten, David/Sen, Atreyee (Hrsg.): *Global Vigilantes*, London 2007, S. 419–442, hier: S. 423.

141 Vgl. Berg, Manfred/Wendt, Simon: *Introduction: Lynching from an International Perspective*, in: dies. (Hrsg.): *Globalizing Lynching History*, New York 2011, S. 1–18, hier: S. 4.

142 Abrahams: *Vigilant Citizens*, S. 153; sinngemäß auch Culberson: *Vigilantism*, S. 8.

143 Vgl. Rosenbaum/Sederberg: *Vigilantism*, S. 3 f. Mithin wurde darauf hingewiesen, dass sich eine solche Definition nahe an Rechtfertigungsformeln von Vigilanten bewegen. Vgl. Berg/Wendt: *Introduction*, S. 14.

144 Vgl. Johnston: *What is Vigilantism*, S. 220.

145 Vgl. ebd., S. 229.

146 Vgl. Johnston: *What is Vigilantism*, S. 173.

147 Vgl. Brown: *Strain of Violence*, S. 21.

148 Vgl. Abrahams: *Vigilant Citizens*, S. 9.

149 Vgl. Rosenbaum/Sederberg: *Vigilantism*, S. 27.

150 Culberson: *Vigilantism*, S. 38, 40 f.

151 Vgl. Abrahams: *Some Thoughts*, S. 423

152 Abrahams: *Vigilant Citizens*, S. 9.

hinreichend greifen.¹⁵³ Es handelt sich um innere Grenzen,¹⁵⁴ bei denen der Staat bestimmten Erwartungen an die Gewährung von Sicherheit nicht entsprechen kann.¹⁵⁵ Der Vigilant lehnt den Staat also nicht per se ab, sieht sich und seine Gemeinschaft aber noch nicht oder nicht mehr ausreichend geschützt.¹⁵⁶ Das legitimiert aus seiner Sicht einen selektiven Gehorsam. Auf unterstellte Verstöße gegen Regeln der Gemeinschaft¹⁵⁷ antworten Vigilanten mit einem alternativen Sicherheitsversprechen, das sie selbst – das heißt: in Konkurrenz zu anderen – umzusetzen versuchen.¹⁵⁸ Studien zu *community policing*¹⁵⁹ lassen Aussagen über die Motivation von Vigilanten zu: Eine Beteiligung an vigilanten Bewegungen kann unter der Voraussetzung vorliegender Statusunsicherheit¹⁶⁰ verstanden werden als der Versuch, eine eigene Viktimisierung zu verhindern.¹⁶¹ Hinzu treten unter Umständen karrieristische Interessen,¹⁶² wie Wünsche nach Selbstprofilierung oder die Aspirationen von bereits profilierten «Bewegungsunternehmern». Im Gegensatz¹⁶³ zum «Gewaltmob» entstehen und handeln vigilante Gruppierungen auch nicht spontan.¹⁶⁴ Unter Hinweis auf den reflexiven Kontext – Bezug auf die bestehende Ordnung, Reaktion auf sozialen Wandel – tendieren mehrere AutorInnen dazu, vigilante Gruppierungen als soziale Bewegungen oder als wichtige Akteure solcher Bewegungen zu interpretieren.¹⁶⁵ Die von ihnen eingesetzte Gewalt ist als eine Art Ressource zu verstehen, mit denen sie sich in Konkurrenzkonflikten innerhalb sozialer Bewegungen behaupten können¹⁶⁶ und die damit nach außen wie innen zu einem Faktor der Radikalisierung wird.

Deren Richtung ist zunächst offen. Während politische Orientierungen kein notwendiges Merkmal des Vigilantismus sind,¹⁶⁷ existieren eine Reihe dezidiert politischer Bewegungen dieser Art.¹⁶⁸ Weit verbreitet ist in der Literatur der Hinweis auf einen – bezogen auf die jeweils vertretene Ordnung – konservativen Charakter des Vigilantismus. Mithin wird von einem *conservative mob*¹⁶⁹ und von *establishment vi-*

153 Vgl. Rosenbaum/Sederberg: Vigilantism, S. 7.

154 Vgl. Abrahams; Vigilant Citizens, S. 169.

155 Vgl. ebd., S. 24 f.

156 Vgl. ebd.: 4, 154; Brown: Strain of Violence, S. 4, 123

157 Vgl. Klatetzki: «Hang 'em high.», S. 157.

158 Vgl. Johnston: What is Vigilantism, S. 230.

159 Vgl. Marx, Gary T./Archer, Dane: Community Police Patrols and Vigilantism, in: Rosenbaum/Sederberg (Hrsg.): Vigilantism, S. 129–157.

160 Vgl. Kreml, William P.: The Vigilante Personality, in: Rosenbaum/Sederberg (Hrsg.): Vigilantism, S. 45–63, hier: S. 60 f.

161 Vgl. Culbertson: Vigilantism, S. 8.

162 Vgl. Marx/Archer: Community Police, in: Rosenbaum/Sederberg (Hrsg.): Vigilantism, S. 141.

163 Vgl. Abrahams: Some Thoughts, S. 428 f.

164 Vgl. Berg/Wendt: Introduction, S. 13.

165 Vgl. Abrahams: Vigilant Citizens, S. 11; Johnston: What is Vigilantism, S. 232.

166 Vgl. Donatella della Porta: Klandestine politische Gewalt, in: Paul/Schwalb (Hrsg.): Gewaltmassen, S. 359–382, hier: S. 367.

167 Vgl. Johnston: What is Vigilantism.

168 Vgl. Abrahams: Some Thoughts, S. 424.

169 Brown: Strain of Violence, S. 91 ff.

olence¹⁷⁰ oder von *protection rackets for local elites*¹⁷¹ gesprochen: Ihre Sorge gilt der Gefährdung von Etabliertenvorrechten.¹⁷² In der Geschichte wurden diese Vorrechte gegen verschiedenste Gegner verteidigt, denen gemein ist, dass sie als Gefahr für die soziale und politische Ordnung betrachtet wurden.¹⁷³ Sie wurden beziehungsweise werden bekämpft (verfolgt oder bestraft) wegen des ihnen zugeschriebenen schädlichen Potenzials, das sich angeblich gegen die eigene Gemeinschaft richtet,¹⁷⁴ ohne dass es einer realen Entsprechung bedarf. Eine typische Feind- und Opferfigur ist «the one who has the image of power without its substance».¹⁷⁵ Die Unterstellung der gegen das Gemeinwohl gerichteten Schädlichkeit zieht eine Abwertung des sowieso meist unterlegenen Gegners nach sich, er wird als «böse» gebrandmarkt und zum Volksfeind erklärt.¹⁷⁶ Hieraus folgt die Notwendigkeit seiner Verfolgung. Da zudem die Berufung der Vigilanten auf eine (legitime) Ordnung keiner gesonderten Rechtfertigung bedarf,¹⁷⁷ neigen vigilante Gruppierungen nicht dazu, ein politisch-ideologisches Schrifttum zu entwickeln. Vielmehr zeichnen sich ihre Schriften durch den Bezug auf eine vermeintliche Mehrheitsmeinung aus: «The major components of such a document, however, would most likely consist of a systematization of the contents of the dominant political culture.»¹⁷⁸ Als Beispiele dafür können die zahlreichen Positions- und Thesenpapiere aus dem Pegida-Umfeld herangezogen werden.¹⁷⁹

Einer Rechtfertigung bedarf, wenn überhaupt, dann die Selbstermächtigung, über Normen der Ordnung selbst zu verfügen und gegebenenfalls unter Brechung anderer Normen diese zu vollstrecken. Hierbei ist die Berufung auf ein Allgemein- oder Volkswohl gängig (das zur «Legendierung» vorliegender Partikularinteressen dienen kann¹⁸⁰). Dies zieht Formen der *popular rule*,¹⁸¹ *popular justice*¹⁸² oder «Volksjustiz»¹⁸³ nach sich. Solches Handeln ist der historischen wie der gegenwärtigen extremen Rechten nicht fremd. Namentlich mit dem Vigilantismus in Zusammenhang ge-

170 Rosenbaum/Sederberg (Hrsg.): Vigilantism, S. 4.

171 Pratten, David/Sen, Atreyee: Global vigilantes: perspectives on justice and violence, in: dies. (Hrsg.): Global Vigilantes: Perspectives on Justice and Violence, London 2007, S. 1–21, hier: S. 15.

172 Vgl. Kreml: The Vigilante Personality, S. 60 f.

173 Vgl. Potholm, Christian P.: Comparative Vigilantism: The United States and South Africa, in: Rosenbaum/Sederberg (Hrsg.): Vigilantism, S. 175–193, hier: S. 177.

174 Vgl. Berg/Wendt: Introduction, S. 13.

175 Schaefer, Edward: White Collar Vigilantism: The Politics of Anti-Communism in the United States, in: Rosenbaum/Sederberg (Hrsg.): Vigilantism, S. 110–128, hier: S. 126.

176 Vgl. Abrahams: Vigilant Citizens, S. 78 f.

177 Vgl. Rosenbaum/Sederberg (Hrsg.): Vigilantism, S. 26.

178 Rosenbaum/Sederberg: Vigilantism, S. 266.

179 Vgl. Korsch, Felix: Stichwortgeber in Nadelstreifen. Personelle und inhaltliche Konvergenzen zwischen AfD und Pegida, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, i. E.

180 Vgl. Klatetzki: «Hang' em high», S. 169.

181 Culberson: Vigilantism, S. 6.

182 Berg/Wendt: Introduction, S. 4.

183 Dumouchel, Paul: Massengewalt und konstitutive Gewalt, in: Paul/Schwab (Hrsg.): Gewaltmassen, S. 103–123, hier: S. 115.

bracht wird insbesondere die neonazistische Strategie der Schaffung von «national befreiten Zonen» und Angsträumen,¹⁸⁴ eine Strategie, die beispielsweise in Sachsen durch die inzwischen verbotenen Kameradschaftsgruppierungen «Skinheads Sächsische Schweiz» und «Sturm 34» verfolgt wurde. Deren von außerordentlicher Brutalität gekennzeichnetes Vorgehen grenzte an einen vigilanten Rechtsterrorismus.¹⁸⁵ Empirisch lässt sich unter anderem anhand dieser beiden Organisationen aufzeigen, dass Vigilanten innerhalb der Menge rechts motivierter Intensivgewalttäter eine abgrenzbare Gruppe¹⁸⁶ von Tätern darstellen, «die Gewalt zur Abwehr vermeintlicher Gefahren in ihren Orten einsetzen, um die Untätigkeit des Staates bei der Beseitigung angebllicher sozialer Risiken auszugleichen».¹⁸⁷

Es ist nun augenfällig, dass diese Beschreibung auf eine Reihe neuerer Protestakte zutrifft, die sich mit verdeckten Drohungen bis hin zu offener Gewalt «gegen Überfremdung wehren» und dabei neben den klassischen politischen Versammlungen und Demonstrationen auf «direkte Aktionen» wie Blockaden bis hin zu Anschlägen setzen. Weiter fallen Ähnlichkeiten zu historischen Fällen auf, wie etwa der durchaus vigilanten Landvolkbewegung, die mit Boykottaufrufen, Verrufserklärungen, Gewaltaktionen und vor allem der «stillen Feme» örtliche Hegemonie erzwingen wollte.¹⁸⁸ Der Nutzen eines systematischen Vigilantismus-Begriffs liegt an dieser Stelle freilich nicht in der historischen Parallelisierung, sondern darin, über den Vergleich Aufschluss über seine Erfolgsbedingungen erlangen zu können: Wo Vigilanten erfolgreich waren, genossen sie die Unterstützung von Teilen lokaler Funktionseliten und des sogenannten Establishments. Wo Vigilanten die Ordnung subvertieren können, gilt das Gewaltmonopol des Staates nur noch bedingt, was es Vigilanten ermöglicht, «auf der Straße die Machtfrage zu stellen».

5. «Konservative Wiederherstellungen»: Widerstandselite mit der Axt in der Hand

Die Machtfrage zu stellen ist jedoch noch nicht gleichbedeutend mit dem Versuch, diese zu beantworten. So ein Versuch ist bei Pegida selbst derzeit nicht zu erkennen. Der Dresdner Demonstrationenkampagne lag von Anbeginn keine entwickelte Strategie zugrunde und als Taktik zunächst nur die Empfehlung, diese in anderen

184 Vgl. Logvinov, Michail: Terrorismusrelevante Indikatoren und Gefahrenfaktoren im Rechtsextremismus, in: *Talitarismus & Demokratie*, Vol. 10/2, 2013, S. 265–300, hier: S. 277.

185 Vgl. Logvinov, Michail: Radikalisierung, in: Backes u. a. (Hrsg.): *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter*, S. 249–280, hier: S. 276 f.

186 Vgl. Logvinov: *Täter*, in: Backes u. a. (Hrsg.): *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter*, S. 81–99, hier S. 96. 187 Ebd.

188 Der Ähnlichkeiten gibt es weitere, darunter die ideologische Unterscheidung von Staat und «System», das Feindbild Presse und das Vexierbild großstädtischer (d.h. westlicher, liberaler) Verhältnisse. Vgl. dazu die apologetische Darstellung in Schapke, Richard: *Aufstand der Bauern*. Reprint, mit einem Nachwort von Dr. Karlheinz Weißmann, Hanau 2014 [1933]; sowie ungleich bekannter Fallada, Hans: *Bauern, Bonzen und Bomben*, Berlin 1966 [1931].

Orten nachzuziehen – mit unterschiedlichem Erfolg. Es bleibt derweil unklar, zu welchem Ende hin der Protest überhaupt aufrechterhalten wird. Gesetzt den Fall, dass all das, was Pegida behauptet und befürchtet, wirklich zuträfe, es tatsächlich ein «Merkel-Regime» und eine «Lügenpresse» gäbe – dann ist «Widerstand, Widerstand!» zwar eine nachvollziehbare Leitparole, aber der Widerstand zur «Errettung des Abendlandes» lässt sich im Rahmen des Versammlungswesens nur in einem restringierten Maße führen. Das müsste doch als eine ziemlich ausweglose Situation erscheinen. Offensichtlich wirkt hier der in der Anfangszeit von Pegida stark betonte Bezug auf die Ereignisse von 1989 in der DDR fort, der auch außerhalb der Protestgemeinschaft stehenden Milieus als glaubhaftes historisches Vorbild vermittelt werden kann.¹⁸⁹ Aber evident ist inzwischen wohl auch, dass die heute veranstalteten Demonstrationen eindeutig nicht das transitorische Potenzial haben, das ihnen – des anmaßenden Vergleichs mit den Verhältnissen zum Ende der SED-Herrschaft oder dem Ende der DDR wegen – abverlangt wird. Selbst dann, wenn nur ein minimaler Ideenbestand von Pegida ein empirisches Korrelat fände, dass sich beispielsweise die Bevölkerungsstruktur ostdeutscher Orte denen westdeutscher Städte angleichen und die Anwesenheit von MigrantInnen (Vorwurf «Überfremdung») und Muslimen (Vorwurf «Islamisierung») als Normalfall akzeptiert würde: Es würde sich dabei um eine Entwicklung handeln, von der sich nicht erkennen lässt, wie Pegida sie tatsächlich aufhalten wollte oder könnte.

Hiermit ist eine Frage nach der Strategie, das heißt Richtung, Zielen und Methoden des Widerstandes aufgeworfen, deren Beantwortung nicht ohne Einfluss auf die künftige Entwicklung der Bewegung bleiben wird. Das vorliegende Defizit hat Felix Menzel (u. a. «Blaue Narzisse»)¹⁹⁰ überraschend deutlich benannt (und en passant kontrastiert zu einem Widerstandskonzept der Neuen Rechten), als er seine Eindrücke von der Entwicklung Pegidas schilderte: «In den ersten Wochen und Monaten bewunderte ich PEGIDA-Organisator Lutz Bachmann dafür, wie gut es ihm gelang, seine Leute zu bremsen, sie zu disziplinieren [...]. Doch vermutlich bereits zu dem Zeitpunkt, als erstmals mehr als 10.000 Menschen auf die Straße gingen, schlug diese kluge Zurückhaltung um in das übliche Geschrei, das man von Demonstrationen kennt.» Heuer handele es sich um einen teils unpolitischen «Raum für Spinner, mit unsinnigsten Sinnangeboten».¹⁹¹ Die Protestgemeinschaft drohe in dem Maße, wie ihr Disziplin, Haltung und politisches (Sendungs-) Bewusstsein abgingen, zum blo-

189 Vgl. Begriff: Pegida.

190 Zur Rolle Menzels im Spektrum der Neuen Rechten vgl. Breuer, Jens u. a.: Who-is-Who. Eine unvollständige Vorstellung von AktivistInnen der «Neuen Rechten», in: Der Rechte Rand, Heft 157, November/Dezember 2015, S. 16–18. Beachte auch, dass die Onlineausgabe der von Menzel verantworteten Zeitschrift *Blaue Narzisse* das offenbar früheste Interview mit Pegida-Gründer Lutz Bachmann publizierte. Vgl. Schüller, Johannes: Gemeinsam gegen Islamismus, in: *Blaue Narzisse*, 31.10.2014, unter: www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4994-gemeinsam-gegen-islamismus.

191 Menzel, Felix: Was leistet der Widerstand?, unter: <http://einwanderungskritik.de/was-leistet-der-widerstand/> (23.11.2015).

ßen «Mob» zu verkommen. Er sei zu Aktionen aller Art fähig, aber nicht zu zielgerichtetem Widerstand. Das Strategieangebot, das insbesondere über die im November 2015 begonnene Kampagne «Ein Prozent» lanciert wird, kann als Reaktion auf dieses vermeintliche «Defizit» verstanden werden. Es wirken hieran unter anderem mit: als Kopf der stellvertretende Sprecher der «Deutschen Burschenschaft» Philip Stein (neuerdings: Jungeuropa-Verlag), der Publizist Götz Kubitschek (Antaios-Verlag, Zeitschrift *Sezession*), *Compact*-Chefredakteur Jürgen Elsässer, der AfD-Politiker und Listenkandidat bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider («Patriotische Plattform»), sowie der Verfassungsrechtler Karl Albrecht Schacht-schneider. In einer knappen Selbstdarstellung der Kampagne heißt es: «Wir brauchen eine Bürgerbewegung, eine breite Lobby für Deutschland. Unsere Vision: Tausende Mitglieder unterstützen unsere juristischen, medialen und politischen Aktionen, verbreiten die Informationen, die in den Medien nicht zu finden sind und wehren sich in ihren Gemeinden gegen die Auflösung unseres Staates.»¹⁹² Die Rede ist von einem «Greenpeace für Deutsche».¹⁹³ In Rundschreiben der Kampagne heißt es konkreter: «Jede Woche finden in Deutschland asylkritische Demonstrationen statt. Ein zentrales Ziel von uns ist es, den Widerstand gegen Merkels selbstmörderische Einwanderungspolitik zu fördern und zu bündeln.»¹⁹⁴ Es werde bezweckt, «patriotische Bürger untereinander zu vernetzen und so gezielt zur Formierung einer breiten Protestbewegung beizutragen. [...] Die zentrale Frage lautet: Gibt es für uns Deutsche eine lebenswerte Zukunft im eigenen Land oder wird das Merkelsche Asylchaos unsere Heimat letztendlich zum Vielvölkerstaat transformieren?»¹⁹⁵

Während die Wirkung der Kampagne noch nicht bemessen werden kann, ist bereits erkennbar, auf welche Widerstandsstrategie sie abzielt: Sie will die Systemfrage stellen. Sie widerspricht nur auf den ersten Blick der Selbstbetitelung¹⁹⁶ der Kampagne, also in der Beschränkung auf gerade ein Prozent der Bevölkerung. Würde eine politische Kampagne, gleich welche, nicht eher anstreben wollen, so viel Anhänger-schaft wie möglich zu sammeln? Erhebt nicht gerade jene soziale Bewegung von rechts, der unter anderem die Neue Rechte eine disziplinierte Vorhut anbietet, den Anspruch, «das Volk» und damit keine *quantité négligeable* zu sein? Die Pegida-Kandidatin bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl, Tatjana Festerling, hat vor Kurzem bewiesen, dass zumindest im geografischen Zentrum der Protestbewegung an die zehn Prozent der Wahlbevölkerung erreicht werden können.¹⁹⁷ Dennoch wird

192 Vgl. <http://ueber.einprozent.de/> (14.11.2015).

193 Zit. n. Kubitschek, Götz: Widerstandsschritte (4): Diskussionsveranstaltungen, unter: www.sezession.de/51709/widerstandsschritte-4-diskussionsveranstaltungen.html (2.10.2015).

194 Stein, Philip: Rundbrief 5, unter: <http://rundbrief.einprozent.de/?na=v&cid=16> (13.12.2015).

195 Stein, Philip: In Schwung kommen (d.i. Rundbrief 3/16), unter: <http://rundbrief.einprozent.de/?na=v&cid=22> (20.01.2016).

196 Als Name der Kampagne war zunächst auch «wir selbst» im Gespräch. So hieß auch eine «nationalrevolutionäre» Zeitschrift, die von 1979 bis 2002 erschien.

197 Vgl. Korsch: Pegida und die Kommunalpolitik.

hier das Occupy-Leitmotiv der «99 Prozent» umgekehrt, ganz so, als käme es gerade jetzt auf eine ostentative, nichtpopulistische Bescheidenheit an. Um die handelt es sich aber sicherlich nicht. Der Bezug auf das «eine Prozent» hat vielmehr einen unausgesprochenen ideengeschichtlichen Kern. Dieser geht auf Ernst Jünger und einen betont elitären Widerstandsbegriff zurück. Dieser zeichnete sich bereits in Jüngers Roman «Auf den Marmorklippen» (1939) ab. Im einleitenden Teil stellt sich die Widerstandsfrage aus rein ästhetischen Gründen noch nicht, denn «ob fremde Herren kamen oder gingen, immer blieb das Volk [...] bei Sitte und Gesetz. Auch ließen Reichtum und Köstlichkeit des Bodens ein jedes Regiment sich bald zur Milde wenden, ob es auch hart begann. So wirkt die Schönheit auf die Macht.»¹⁹⁸ Widerstand hieße, stattdessen mit Gewalt der Macht entgegenzuwirken und damit selbst einer «Macht des Triebes»¹⁹⁹ zu erliegen. Der Versuch sei aussichtslos: Ein Sieg bedürfe neben «Waffenglück»²⁰⁰ noch Voraussetzungen, die «Niedereres»²⁰¹ nicht erfülle. «Wenn das Gefühl für Recht und Sitte schwindet [...], dann sind die Kräfte der Eintagsmenschen gar bald versiegt.»²⁰² Ihr Einschreiten würde bedeuten, dass man «das Übel verschlimmern würde wie ein schlechter Arzt», schon in Verkennung des Gegners: Der Ich-Erzähler macht sich weniger um den grausamen Oberförster Gedanken, also der Figur, die sich in der Erzählung den Niedergang gewaltsam zunutze macht, vielmehr sorgen ihn die «tiefe[n] Veränderungen in der Ordnung, in der Gesundheit, ja im Heile des Volkes [...] Hier galt es anzusetzen, und daher taten Ordner not und neue Theologen, denen das Übel von den Erscheinungen bis in die feinsten Wurzeln deutlich war; dann erst der Hieb des konsekrierten Schwertes, der wie ein Blitz die Finsternis durchdringt.»²⁰³

Solch geheiligter Widerstand ist Aufgabe des Adels, denn in dessen Geschlecht «lebt die Kenntnis des wahren und legitimen Maßes, und aus ihnen brechen die neuen Sprosse der Gerechtigkeit hervor».²⁰⁴ Diese tatsächlich metaphysisch gedachte Kenntnis, dieser nur in der Innerlichkeit aufzufindende «Schatz von Legitimität» ist von Belang; seine Schönheit darf nicht preisgegeben werden, nicht einmal angesichts diesseitiger Vernichtung. So scheitert im Roman der Widerstand gegen den Oberförster tatsächlich, aber andernorts bleibt eine Rückkehr zum «Frieden des Vaterhauses»²⁰⁵ möglich. Von diesem Ende, von der Neubegründung von Sitte und Gesetz her ästhetisiert Jünger den in der Erzählung geschilderten vernichtenden Weltenbrand und idealisiert ihn als geradezu evolutionäres und damit sinnhaftes Geschehen, gleich ei-

198 Jünger, Ernst: Auf den Marmorklippen, Stuttgart 2008 [1939], S. 30.

199 Ebd., S. 67.

200 Ebd., S. 54.

201 Ebd., S. 69.

202 Ebd., S. 92.

203 Ebd., S. 96.

204 Ebd.

205 Ebd., S. 138.

ner Wiedergeburt.²⁰⁶ Widerstand, und hierin spiegelt sich klar der Habitus des Autors, besteht demnach in der geistesaristokratischen Haltung, diesen metaphysischen Prozess nicht abzuschlagen. Es gehört zur Kontroverse um dieses Buch, dass man dieselbe Haltung für eine Rechtfertigung unterbliebenen Widerstandes halten kann. Hier ist nur bedeutsam, dass Träger, Mittel und Schutzgut des Jünger'schen Widerstandes von höherer Würde sind und nur so dem ästhetischen Eigenwert der umsorgten Ordnung gerecht werden können. Widerstand ist nur auf dieser höheren Ebene einer Betrachtung wert. Für ein rohes Mittun an irgendeiner Verteidigungshandlung gilt das umgekehrt nicht.

Das stellte sich zwölf Jahre später anders dar. In seinem Essay «Der Waldgang» (1951) führt Jünger emblematische Motive wie den Wald als Raum der Gefahr und die Schinderhütte als Ort der Vernichtung wieder ein – nun aber als ein konkret gegenwärtiges und nicht mehr vordergründig ästhetisches oder ästhetisch zu bewältigendes Problem. Wenn Recht und Sitte abgehen,²⁰⁷ wenn «alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrüchig werden [...], dann geht die sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über».²⁰⁸ Dieser könne sich nicht mehr «darauf beschränken, im oberen Stockwerk das Wahre und Gute zu erkennen, während im Keller den Mitmenschen die Haut abgezogen wird».²⁰⁹ Damit wird Widerstand nicht nur legal, sondern gerät zur sittlichen Pflicht, selbst wenn er aussichtslos ist.²¹⁰ Der Widerständler ist zwar «der freie Mensch, der geistig unabhängige Einzelne».²¹¹ Er ist dadurch aber nicht Jedermann, sondern gehört zu den «Goldkörnern, die wir gesiebt haben», und die bereit seien, sich einem kollektivistischen «Termitenzustand»²¹² zu verweigern. Nur bei einem von Hundert, so veranschlagt Jünger weiter, könne man «erwarten, daß er für seine Meinung und für seine Vorstellung von Recht und Freiheit Opfer bringen wird».²¹³ Dieses Opfer bestehe nicht im kämpferischen Akt selbst, sondern im vereinzelnenden Todesgang,²¹⁴ der in den Wald als mythischem Lebensgrund führe.

Das ist die Sache des «einen Prozents», der Waldgang ist ausdrücklich die Sache von Eliten,²¹⁵ wiewohl sie nicht ausdrücklich Aristokraten sein müssen. Der oben zitierte Hinweis auf das «obere Stockwerk des Elfenbeinturms» meint den Intellektuellen,

206 Es fällt schwer, hier nicht an den Begriff faschistischer Palingenese zu denken. Vgl. Griffin, Roger: *Fascism's New Faces (and facelessness) in the «Post-Fascist» Epoch*, in: ders. u. a. (Hrsg.): *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*, Stuttgart 2006, S. 29–67.

207 Vgl. Jünger, Ernst: *Der Waldgang*, Frankfurt/M. 1951, S. 123.

208 Ebd., S. 120.

209 Ebd., S. 53.

210 Ebd., S. 41, 125.

211 Ebd., S. 26.

212 Ebd., S. 22.

213 Ebd., S. 21.

214 Vgl. ebd., S. 78.

215 Vgl. ebd., S. 39.

als den sich Jünger selbst begriff. Kennzeichen von Elite ist ihr «ursprüngliches Verhältnis zur Freiheit» und die Fähigkeit zu einer mäßigen Besinnung: «Sie äußert sich einmal als Zeitkritik, das heißt in der Erkenntnis, dass die geltenden Werte nicht mehr genügen, und dann als Erinnerung. Diese Erinnerung kann sich auf die Väter richten und ihre dem Ursprung näheren Ordnungen. Sie wird dann auf konservative Wiederherstellungen abzielen.»²¹⁶ Dieses defensive Ziel bedingt es gerade, sich die Anerkennung von Recht und Gesetz «vorzubehalten», da sie doch wiedereingesetzt werden sollen.²¹⁷ Eine Mäßigung der Mittel bedeutet das nicht; in deren Wahl ist der Waldgänger souverän – er gibt kein Pardon.²¹⁸ Mit der Bemerkung, der Wald sei kein Außen, sondern liege «im Vaterlande», «vor allem im Hinterland des Feindes selbst»,²¹⁹ rückt Jünger den tellurischen Waldgänger sogleich in die Nähe des Partisanen, zumal er ihn angesichts eines «Weltbürgerkrieges» auftreten lässt.²²⁰ Augenfällig ist hier die Nähe zu Schmitts späterer «Theorie des Partisanen» (1963),²²¹ noch mehr aber die Ähnlichkeit zu der weniger bekannten Schrift «Bürger und Partisan» (1951) von Paul Lüth.²²² Entscheidend ist hier, dass sich die Widerstandsfrage des «Waldganges» am deutlichsten von der in den «Marmorklippen» in der Rohheit der Kampfmittel unterscheidet. Jünger verweist in einem brachialen Bild «auf den Familienvater, der, von seinen Söhnen begleitet, mit der Axt in der Tür erscheint».²²³ Widerstand ist nicht mehr nur eine Haltung, sondern die Entscheidung der Frage, wer «Herr im Hause» ist.

6. «Wie es das Grundgesetz befiehlt»: Das Widerstandsrecht und die (extreme) Rechte

Besondere Beachtung verdient in diesem Themenzusammenhang die Position des Verfassungsrechtlers Karl Albrecht Schachtschneider, der für die Kampagne «Ein Prozent» eine «Massenklage gegen den Rechtsbruch unserer Regierung» unter Berufung

216 Ebd., S. 55.

217 Ebd., S. 68, vgl. auch S. 143.

218 Vgl. ebd., S. 99.

219 Ebd., S. 112.

220 Ebd., S. 113.

221 Vgl. Schmitt, Carl: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Berlin 2006 [1963].

222 Vgl. Lüth, Paul: Bürger und Partisan. Über den Widerstand gestern, heute und morgen, Frankfurt/M. 1951. Lüth war Gründer des rechtsterroristischen «Bund Deutscher Jugend» (BDJ). Sein zu wenig beachteter, manifestartiger Essay ist klar an Jünger orientiert, lässt aber sowohl den antikommunistischen Zeithintergrund als auch das konkrete partisanische Kampfprogramm deutlicher hervortreten. Vgl. zur Bedeutung des durch den BDJ legendierten paramilitärischen und NS-durchsetzten Technischen Dienstes (TD) die ausführliche Darstellung bei Schmidt-Eenboom, Erich/Stoll, Ulrich: Die Partisanen der NATO. Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946–1991, Berlin 2015.

223 Jünger: Der Waldgang, S. 109. Es liegt in der Logik dieses Bildes, dass «Herr» nicht jedermann, sondern nur die Rolle der Wenigen sein kann, die den Kampf aufnehmen und darin bestehen. Den elitären Aspekt einmal beiseitegelassen, erinnert diese Orientierung am Ernstfall, die den Kampf immer schon mitbedenkt, frappierend an den Politikbegriff eines Carl Schmitt, von dem gleich noch zu lesen sein wird.

auf das grundgesetzliche Widerstandsrecht vorbereitet.²²⁴ Schachtschneider geht aus von der – wie er meint: illegalen – Entscheidung von Bundeskanzlerin Merkel, Anfang September 2015 eine Weiterreise in Ungarn angekommener Geflüchteter über Österreich in Richtung der Bundesrepublik zu ermöglichen. «Illegaler Aufenthalt von Fremden kann unter keinen Umständen geduldet werden [...]. Die Bürger müssen sich, wenn es ihr Staat nicht tut, selbst um ihre Sicherheit und um die Ordnung des Gemeinwesens kümmern»,²²⁵ folgert Schachtschneider. Als Legitimation dient ihm das im Grundgesetz aufgenommene Widerstandsrecht. Es lautet bekanntlich: «Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.»²²⁶

Als Indiz, dass nun ein Anwendungsfall eingetreten sei, führt Schachtschneider an, Kanzlerin Merkel habe selbst von einer «Notlage» gesprochen,²²⁷ mithin eine außerordentliche Situation eingestanden, die eben auch besondere Maßnahmen bedinge. Er erinnert hier an den unvermeidlichen Carl Schmitt und den berühmigten Einleitungssatz seiner 1922 erschienenen Politischen Theologie: «Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.»²²⁸ Aufgabe des Souveräns sei es, so paraphrasiert Schachtschneider zutreffend, die verletzte Ordnung «notfalls gegen das Recht» wiederherzustellen. Der Souverän seien im demokratischen Verfassungsstaat (an den Schmitt weder ausschließlich und später immer weniger dachte) aber «allein die Bürger»²²⁹ – aus deren ausnahmealber bestehendem Recht zum Widerstand somit ein prinzipielles sittliches Gebot in Sorge um den Bestand der Republik wird.

An diesem Punkt liegen die Dinge aber etwas anders, als Schachtschneider glauben machen will. Die einzige «Widerstandsbewegung», die Carl Schmitt zeitweise gelten ließ, war die nationalsozialistische.²³⁰ Schmitt erachtete erstens ein positiviertes Widerstandsrechtes für abwegig und ein Recht zum Ungehorsam in einer rechtsstaatlichen Ordnung für begrifflich ausgeschlossen;²³¹ denn der Bürger schulde dem Staat prinzipiell Gehorsam.²³² Widerstand gegen den Staat sei die Aufkündigung des

224 Vgl. <http://ueber.einprozent.de/> (14.11.2015).

225 Schachtschneider, Karl Albrecht: Verfassungswidrige Einwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland. Ein Überblick über die Rechtslage, unter: www.derfflinger.de/politik/verfassungswidrige-einwanderung-von-fl%C3%BChtlingen-nach-deutschland.html (8.9.2015). Der Text ist inzwischen auch in überarbeiteter Form erschienen in Schachtschneider, Karl Albrecht/Bauch, Jost: Einwanderung oder Souveränität. Deutschland am Scheideweg. Bad Schussenried 2015. Die Erkenntnisse der Autoren werden hier in die Ideenwelt des neuerechten Studienzentrums Weikersheim eingeordnet.

226 Art. 20 Abs. 4 GG.

227 Schachtschneider: Verfassungswidrige Einwanderung.

228 Schmitt, Carl: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 2015 [1922], S. 13.

229 Schachtschneider: Verfassungswidrige Einwanderung.

230 Schmitt, Carl: Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches. Die Sieg des Bürgers über den Soldaten, Berlin 2011, S. 47.

231 Vgl. Stemeseder, Heinrich: Der politische Mythos des Antichristen. Eine prinzipielle Untersuchung zum Widerstandsrecht und Carl Schmitt, Berlin 1997.

232 Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 2015, S. 49.

Gehorsams. Als Souverän in Betracht kamen für ihn «die Bürger» in dezisionistischer Sicht ohnehin nur, soweit sie als politische Einheit – deren höchste der Staat selbst ist – auftreten und nur so politische Entscheidungen treffen und vollziehen können.²³³ Wo Schachtschneider den Schmitt'schen «Ausnahmезustand» anspricht, meint dieser Begriff zweitens nicht die juristisch verregelte Widerstandslage im Sinne des Grundgesetzes,²³⁴ sondern einen in der geltenden Rechtsordnung nicht umschriebenen Fall,²³⁵ in dem sich der Souverän unter Aufbietung seiner Machtmittel über und gegen das Recht erhebt. Drittens haben nicht nur Schmitts Ausnahmезustand und die Widerstandslage des Grundgesetzes nichts miteinander gemein, sondern beide auch nichts mit der regierungsseitig erklärten «Notlage» anlässlich der Einreise von Flüchtlingen aus Ungarn. Selbst wenn es sich hier um eine Notstandsmaßnahme gehandelt haben sollte, hätte sie nach Schmitt noch keinen Ausnahmезustand herbeigeführt²³⁶ und nach dem Grundgesetz noch keine Eröffnung der Widerstandslage. Die Bundesregierung hat die erklärte «Notlage» nicht einmal auf innere Verhältnisse der Bundesrepublik bezogen, sondern auf die humanitäre Situation an der ungarischen Grenze. Die Ermöglichung der Einreise war laut Regierungsposition gerade nicht die Schaffung einer Notlage, sondern diente ihrer «Bereinigung».²³⁷ Es war wenige Tage nachher übrigens nicht Angela Merkel, sondern vielmehr Horst Seehofer, der seine persönliche Befürchtung äußerte, Deutschland gerade aufgrund der Flüchtlingspolitik in «eine nicht mehr zu beherrschende Notlage».²³⁸

Es gibt kein Anzeichen, dass sich diese Befürchtung bewahrheitet hätte. Solche grotesken Entstellungen werden gleichwohl aneinandergereiht um der großen Suggestion willen, der «illegale Aufenthalt von Fremden» gebiete den Autochthonen die gleichsam legale Anwendung von Aufstands- und Bürgerkriegsmethoden. Die Berufung auf ein Widerstandsrecht ist eine durchaus populäre Position, und sie erfüllt vor allem eine propagandistische Funktion, die Manfred Kleine-Hartlage einmal für das Spektrum, das sich ohnehin in einem «Vorbürgerkrieg» sieht,²³⁹ auf den Punkt brach-

233 Ebd., S. 36.

234 Diese Feststellung trifft der schmittkundige Autor erstaunlicherweise selbst, wenn auch an einer für die meisten seiner LeserInnen ganz entlegenen Stelle in Karl Albrecht Schachtschneider: *Souveränität. Grundlegung einer freiheitlichen Souveränitätslehre*. Ein Beitrag zum deutschen Staats- und Völkerrecht, Berlin 2015, S. 103. Mit dieser umfangreichen Schrift erhellet sich Schachtschneiders Ansatz einer «Lehre der Bürgersouveränität». Schmitt wirft er aus dieser Warte vor, Souveränität im Sinne eines (angeblich auch Merkels Kanzlerschaft kennzeichnenden) Führerprinzips pervertiert und die Souveränität damit den freien Bürgern entrissen zu haben. Vgl. für eine erste Würdigung dieser Schrift von rechts Mäder, Werner: *Zu Schachtschneiders «Souveränität. Grundlegung einer freiheitlichen Souveränitätslehre»*, in: *Neue Ordnung IV/2015*, S. 14 f.

235 Schmitt: *Staatsgefüge*, S. 13 f.

236 Ebd., S. 18.

237 Bundesregierung: *Einreise von Flüchtlingen aus Ungarn – «Wir haben eine akute Notlage bereinigt»*, unter: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/09/2015-09-05-einreise-fluechtline-ungarn.html (6.9.2015).

238 Zit. n. *Die Welt*, 11.9.2015, unter: www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article146289389/Deutschland-vor-Notlage.html.

239 Kellershohn, Helmut: *Vorbürgerkrieg*, in: Gießelmann, Bente u. a. (Hrsg.): *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*, Schwalbach/Ts. 2015, S. 326–339.

te: «Sich auf das Widerstandsrecht berufen heißt, dem Staat die Legalität abzusprechen und seine herrschenden Eliten zur kriminellen Vereinigung zu erklären. Wird eine solche Behauptung nicht willkürlich, sondern unter Berufung auf nachvollziehbare Rechtsnormen ausgesprochen, deren Voraussetzungen zudem offenkundig erfüllt sind, dann könnte dies der Hebel sein, das zentrale Thema der deutschen und europäischen Politik auf die Tagesordnung zu bringen: den Verrat der europäischen Eliten an ihren Völkern.»²⁴⁰

Das entspricht der gegenwärtigen Leitparole «Volksverräter» und Invektiven gegen Regierungsmitglieder wegen angeblichen Hochverrats.²⁴¹ Das entspricht auch dem Aufruf Jürgen Elsässers an Bundeswehrsoldaten, Befehlsverweigerung gegenüber der Bundesregierung zu üben und «in der Truppe, auch mit den Offizieren [zu diskutieren], was im Ernstfall zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung notwendig wäre. Sucht den Kontakt [...] zu den Sprechern der Volksoption, die in immer größerer Zahl auf die Straße geht.»²⁴² Es besteht nun kein Zweifel, dass etwa Schachtschneider, der die Rechtslage als Jurist unzweifelhaft kennt, eine Widerstandslage für längst und lange vor dem Jahr 2015 eingetreten hält.²⁴³ Nur ist seine juristische Mindermeinung weder «offenkundig» zutreffend, noch erscheint die im Anschluss daran entwickelte politische Argumentation schlüssig. Hierfür genügt es, sich in der gebotenen Kürze die Bedeutung des wohl öfter zitierten als begriffenen Widerstandsrechts vor Augen zu führen.²⁴⁴

Artikel 20, Absatz 4 ist erst 1968, zum Zeitpunkt der Verabschiedung der sogenannten Notstandsgesetze, in das Grundgesetz aufgenommen worden. Die bis heute verbliebene Formulierung ist praktisch bedeutungslos und funktionsfrei;²⁴⁵ damals verstand sie sich als ein «Mittel der Kompensation» gegenüber KritikerInnen der Notstandsgesetzgebung angesichts der erweiterten Durchgriffsrechte des Staates und ihres Missbrauchspotenzials.²⁴⁶ Die Formulierung des Artikels orientierte sich an früheren Überlegungen des Bundesverfassungsgerichts, die im Zuge des Verbotsverfahrens gegen die KPD zur Frage eines wenngleich (noch) nicht explizit verfassten, so doch verfassungsimmanenten Widerstandsrechts angestellt wurden. Die Antragsgegnerin

240 Kleine-Hartlage, Manfred: Staatsstreich und Widerstandsrechts, in: Sezession 49/2012, S. 24–26, hier: S. 26.

241 Beispielhaft Clemens, Björn: Begeht Merkel Hochverrat?, in: Die Aula 11/2015, S. 34–35.

242 Elsässer, Jürgen: Armee, Volk und Verfassung. Editorial, in: Compact 12/2015, S. 3. In derselben Ausgabe äußert Schachtschneider in einem Interview die Ansicht, illegale Widerstandsmaßnahmen seien nicht rechtmäßig, «jedenfalls nicht, solange legale Maßnahmen noch nicht versucht wurden». «Die Kanzlerin hat das Grundgesetz missachtet», Interview mit Karl Albrecht Schachtschneider, in: Compact 12/2015, S. 19–21, hier: S. 21.

243 Schachtschneider: Souveränität, S. 397.

244 Vgl. beispielhaft die allgemeinverständlichen Darstellungen bei Bertram, Karl Friedrich: Das Widerstandsrecht des Grundgesetzes, Berlin 1970; sowie der Beitrag des Schmitt nahen Isensee, Josef: Widerstandsrecht im Grundgesetz, in: Enzmann, Birgit (Hrsg.): Handbuch politische Gewalt. Formen, Ursachen, Legitimation, Begrenzung, Wiesbaden 2013, S. 143–162.

245 Vgl. Daase, Christopher: Was ist Widerstand? Zum Wandel von Opposition und Dissidenz, in: APuZ 27/2014, S. 7.

246 Vgl. Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts. Band XII: Normativität und Schutz der Verfassung, Heidelberg 2014, § 282, Rn. 12, S. 1032 f.

hatte sich darauf berufen wollen, da «die Politik der Bundesregierung das Grundgesetz dauernd verletze».²⁴⁷ Hierzu nahm das Gericht dahingehend Stellung, dass «ein Widerstandsrecht gegen ein evidentes Unrechtsregime der neueren Rechtsauffassung nicht mehr fremd» und daher nicht von vornherein zu verneinen sei.²⁴⁸ Ein solches Widerstandsrecht könne es nach höchstrichterlicher Ansicht aber «nur im konservierenden Sinne geben, d.h. als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung».²⁴⁹ Es könne nicht beansprucht werden in «einer intakten Ordnung, in der im Einzelfalle auch Verfassungswidrigkeiten vorkommen mögen», sondern nur in «einer Ordnung, in der die Staatsorgane aus Nichtachtung von Gesetz und Recht die Verfassung, das Volk und den Staat im ganzen verderben, so daß auch die etwa in solcher Ordnung noch bestehenden Rechtsbehelfe nichts mehr nutzen».²⁵⁰

Dieser Fall aber lag nach Ansicht des Gerichts damals weder vor,²⁵¹ noch wäre der Widerstand, den die KPD ersann, auf den Schutz der bestehenden und legitimen Ordnung gerichtet gewesen, sondern vielmehr auf deren revolutionäre Überwindung.²⁵² Der grundsätzlichen Bedeutung dieser Frage trug das Bundesverfassungsgericht schließlich in den Leitsätzen des Verbotsurteils Rechnung, in dem konkrete Anforderungen an die Ausübung eines Widerstandsrechtes enthalten sind: «Das Widerstandsrecht kann nur im konservierenden Sinne benutzt werden, d.h. als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung. Das mit dem Widerstand bekämpfte Unrecht muß offenkundig sein. Alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe müssen so wenig Aussicht auf wirksame Abhilfe bieten, daß die Ausübung des Widerstandes das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Rechts ist.»²⁵³ Diese Bedingungen sind maßgeblich für die Auslegung des grundgesetzlichen Widerstandsrechtes und die Bestimmung der Situation, in der es nur in Anspruch genommen werden kann.

Das Widerstandsrecht ist insoweit ein Grundrecht geworden, das im Gegensatz zu anderen Grundrechten nur als *Ultima Ratio* beansprucht werden kann, nämlich angesichts eines «Zerfalls der staatlichen Ordnung»²⁵⁴ und der erst dann eröffneten Widerstandslage. Denkbare Konstellationen sind ein Putsch, der Staatsstreich von oben oder eine Revolution von unten – nicht aber «illegaler Aufenthalt von Fremden». Auch trifft die landläufige Meinung nicht zu, ein Widerstandsrecht werde «aktiviert», wenn der Staat oder Staatsorgane – oder auch Dritte – politisch versagen, rechtswidrig handeln oder die Verfassung verletzen. Demnach handelt es sich um

247 BVerfGE 5, 85; 122.

248 Isensee/Kirchhof: Handbuch, S. 1414.

249 Ebd., S. 1417.

250 Ebd., S. 1418.

251 Ebd., S. 1420.

252 Ebd., S. 1421.

253 BVerfGE 5, 85, a.a.O., Leitsätze, Pkt. 10.

254 Vgl. Isensee/Kirchhof: Handbuch, §282, Rn. 13, S. 1033.

kein fakultatives Kampfmittel gegen irgendein erlebtes oder ein beliebig konstatiertes Unrecht. Grundgesetzkonformer Widerstand ist nach alledem unter Voraussetzungen und Bedingungen gestellt, die seinen Gebrauch erheblich einschränken, ihn nach kritischer Ansicht gegenüber obrigkeitstaatlicher Machtusurpation²⁵⁵ und sozialen Kämpfen gänzlich entwaffnet,²⁵⁶ ihn einer konterrevolutionären Verwendung vorbehält²⁵⁷ und als faktischer «Aufruf zur Selbst- und Lynchjustiz» einen Bürgerkrieg anbahnt.²⁵⁸

Entscheidend ist hier, dass derlei Skepsis vonseiten der radikalen und extremen Rechten, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen,²⁵⁹ nicht vorliegt. Vielmehr ist die Berufung auf das Widerstandsrecht ein fester und bislang wohl zu wenig beachteter Bestandteil der politischen Rhetorik dieses Spektrums. Eines seiner Leitbegriffe ist schließlich Widerstand. Es gilt, ihn endlich so ernst zu nehmen, wie er gemeint ist. Bereits seit Beginn der 1990er Jahre wird das Widerstandsrecht verstärkt in extrem rechtem Schrifttum angeführt: mal verstanden als Parole gegen Organisationsverbote und andere Repressionen von oben, mal als «Selbsthilfemaßnahme» gegen politische Gegner von links, mal als Kampfmethodik gegen rassistisch konstruierte Feindbilder. So verbreitete der 1993 durch das nordrhein-westfälische Innenministerium verbotene «Freundeskreis Freiheit für Deutschland» (FFD), dem der Rechtsterrorist Ekkehard Weil angehörte, Flugschriften, in denen «Anschläge auf ausländische Rauschgift- und Diebeszentralen – Asylantenwohnheime genannt» als Widerstandsakte dargestellt wurden, «wie es das Grundgesetz befiehlt».²⁶⁰ Das weit später verbotene «Collegium Humanum» warb für einen angeblich durch das Widerstandsrecht gedeckten «Volksaufstand»²⁶¹. Das «Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westthüringen» (NSAW), einst Bestandteil des «Thüringer Heimatschutzes» (THS), verbreitete 2002 einen Aufsatz, in dem die Wahrnehmung des Widerstandsrechts gegen «Überfremdungsterror und Extremdurchrassung» als gerechtfertigt bezeichnet wurde;²⁶² jüngst erschien vom selben Autor ein ähnlicher Artikel, in dem er argumentiert, «invasive

255 Vgl. Hannover, Heinrich: Zur Frage einer Notstandsverfassung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1966, S. 44.

256 Vgl. Abendroth, Wolfgang: Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts – Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, in: ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied/Berlin 1967 [1956], S. 157 f.

257 Vgl. Kempen, Otto Ernst: Notstandsverfassung und Widerstandsrecht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1968, S. 583.

258 Vgl. Schacht, Heinrich: Notstandsgesetze und Kriegsdienstverweigerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1968, S. 747; sowie Ridder, Helmut: Die soziale Ordnung des Grundgesetzes. Leitfaden zu den Grundrechten einer demokratischen Verfassung, Opladen 1975, S. 150.

259 Josef Schüßlburner erblickt im Widerstandsrecht allerdings ein möglicherweise antifaschistisches Instrument. Vgl. das Zitat in Normann, Lars: Rechts im Spiegel von Links. Die Zeitschrift «blick nach rechts» als Symptom politischer Kultur der Bundesrepublik Deutschland, o.O. 2008, S. 113.

260 Verbotsverfügung v. 25.8.1993; Abschrift im Archiv des Verfassers.

261 Verbotsverfügung v. 18.4.2008; Abschrift im Archiv des Verfassers.

262 Irtner, Gerd: Ausländerkriminalität und Massenüberfremdung, unter: www.stormpages.com/nsaw/Aktuelles.html. Depubliziert, Kopie im Archiv des Verfassers.

Massenüberfremdung [...] als eine Sonderform des Genozids» bedinge «unbedingt» ein Widerstandsrecht des deutschen Volkes.²⁶³

In der brandenburgischen Neonazipostille *United Skins*, mitverantwortet von Carsten Szczepanski (alias V-Mann Piatto), wurde bereits 1997 zur «Vorbereitung zur straffreien Notwehr im Rahmen eines legitimen Widerstandes» aufgerufen.²⁶⁴ Noch deutlicher war zwei Jahre zuvor die Formulierung in einer Ausgabe der Zeitschrift *Sonnenbanner*, herausgegeben von Michael See (alias V-Mann Tarif), ausgefallen. Dort hieß es, die «ständigen Verletzungen des Grundgesetzes zwingen uns, näher über das Widerstandsrecht nachzudenken», wobei konkret eine «Zellenbildung» empfohlen wurde, woraufhin sich ein bewaffneter Kampf nach Partisanentaktik entfalten sollte.²⁶⁵ Es handelt sich hier um eine eindeutig rechtsterroristische Strategieschrift, die als «Blaupause» des «Nationalsozialistischen Untergrundes» (NSU) angesehen werden kann. Entscheidend ist: In solchen Fällen – und es gibt etliche weitere – geht es um die Anbahnung und Legitimierung von Gewalthandlungen. Solche Äußerungen sind offensichtlich Teil eines bis in die Gegenwart fortgesetzten Rechtfertigungsdiskurses der extremen Rechten.²⁶⁶ Es versteht sich, dass hier mitunter teils schwerste Straftaten gebilligt oder zu ihrer Begehung aufgerufen wird,²⁶⁷ veredelt mit einem jedes Mal frei erfundenen Verfassungsauftrag.

7. «Geschickter Einsatz dieses Drohpotenzials»:

Metapolitik am Ende der Geduld

Ob die jüngste Koketterie mit dem Widerstandsrecht eine Episode bleibt oder zur Strategie gerinnt, wird sich erweisen, Anhaltspunkte liegen vor: Die Zeitschrift *Sezession* – Theorieorgan der deutschsprachigen Neuen Rechten um Götz Kubitschek – hat bereits Ende Oktober 2015 ein Manuskript des Rechtswissenschaftlers Thor von Waldstein veröffentlicht,²⁶⁸ offenbar erstellt im Auftrage der *Sezession* zwecks juristisch abgesicherter Beantwortung der Frage, ob Blockadehandlungen etwa gegen Asylunterkünfte als legal angesehen werden dürfen.²⁶⁹ Waldstein geht kurzum davon

263 Ittner, Gerd: Deutsches Volk, wach auf! Du bist nicht BRD, du bist Deutsches Reich! Kopie der Veröffentlichung unter: <https://archive.is/MIbAr#selection-1188.59-1188.63> (4.1.2016).

264 Bischoff, M.A.: Vorbereitung zur Notwehr ist kein Terrorismus!, in: *United Skins* 11/1997, S. 28 f.

265 See, Michael: Was ist zu tun? Anleitung für alle Kader!, in: *Sonnenbanner*. Nationalsozialistisches Monatsblatt 5-6/1995, S. 5.

266 Virchow, Fabian: Rechts außen: 50 Jahre NPD, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2014, S. 18.

267 Zu fragen ist übrigens auch, ob einem Täter, der sich auf den durch Dritte fehlentwickelten Rechtfertigungsgrund des Widerstandsrechts berufen wollte, ein Verbotsirrtum zugutegehalten werden würde, was Schuldfreiheit oder wenigstens Strafmilderung nach sich zöge.

268 Waldstein, Thor von: Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen. Eine juristische Orientierungshilfe, unter: www.sezession.de/wp-content/uploads/2015/10/widerstandsrecht-waldstein1.pdf (25.10.2015). Die Vorlage einer Druckfassung ist angekündigt: Waldstein, Thor von: «Wir Deutsche sind das Volk». Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV Grundgesetz in der «Flüchtlingskrise», Schnellroda 2016, i. E.

269 Kubitschek, Götz: Widerstandsschritte (6): Widerstandsrecht in Einsiedel?, unter: www.sezession.de/52000/widerstandsschritte-6-widerstandsrecht-in-einsiedel.html (27.10.2015).

aus, dass im Zuge «der seit Sommer 2015 flutartig angestiegenen Masseneinwanderung von Fremden nach Deutschland und des in diesem Zusammenhang festzustellenden vollständigen Versagens der Regierung» das Widerstandsrecht durchaus in Betracht komme.²⁷⁰ So würden Grenzkontrollen rechtswidrig unterlassen,²⁷¹ obgleich im Hinblick auf die geltende Drittstaatenregelung und das Dubliner Übereinkommen «Asylbeantragende, die auf dem Landweg einreisen (wollen), von vornherein und für jedermann erkennbar nicht asylberechtigt» seien²⁷² und daher vor der Einreise abzuweisen wären. Dass dies unterlassen werde, stelle «gravierende Bedrohungen der angestammten Bevölkerung» dar.²⁷³

Waldsteins an Schachtschneider erinnernde Darlegung des Sicherheit und Ordnung angeblich nicht mehr gewährleistenden Regierungshandelns mündet in die Behauptung, aus staatsrechtlicher Sicht könne aktuell «wenig Zweifel daran bestehen, daß es sich um einen vorsätzlichen Staatsstreich der Regierung gegen das Volk, einen Putsch von oben handelt».²⁷⁴ Er bestehe nicht schlicht im Überdehnen oder Übergehen asyl- und aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen, sondern darin, «daß die Regierung die verfassungswidrige Beseitigung des Souveräns, des deutschen Volkes, nicht nur fahrlässig hinnimmt, sondern vorsätzlich durch millionenfache, willkommenskulturbeschleunigte Einschleusung rechtswidrig eingedrungener und weiter illegal eindringender Migrantens in das Werk zu setzen beabsichtigt».²⁷⁵ Auf diesem Wege solle – ganz gegen den Tenor des Grundgesetzes, in dem das deutsche Volk der Träger der Staatsgewalt ist – die «ethnische Homogenität der Deutschen [...] aufgelöst werden».²⁷⁶ An dieser Stelle wird der Jurist zum Politiker: Er geht zum einen, ohne das irgendwie belegen zu können, von einer geradezu genozidalen Verschwörungsabsicht der Bundesregierung aus. Und zweitens folgert er aus der mehrfachen wörtlichen Festlegung des Grundgesetzes auf ein «deutsches Volk», dem er eine ethnische Subs-

270 Waldstein: Zum politischen Widerstandsrecht, S. 2.

271 Ebd., S. 10.

272 Ebd., S. 9.

273 Ebd., S. 15.

274 Ebd., S. 15

275 Ebd., S. 18 f.

276 Ebd., S. 19. Schachtschneider spricht ähnlich von einem Austausch des Souveräns in Schachtschneider/Bauch: Einwanderung oder Souveränität (Vorwort), S. 9. Er belässt es aber bei dem Hinweis auf eine nicht näher erläuterte «nationale Homogenität», die «das Deutsche Deutschlands» ausmache (ebd., S. 62), und bemerkt an anderer Stelle nochmals relativierend, dass der «Volkscharakter [...] jeweils konkret festzustellen» sei (ebd., S. 57) und insoweit nicht per se ethnisch vorausgesetzt werden kann. Womöglich beabsichtigt vage bleibt hier das Homogenitätskriterium, das Schachtschneider dem Grundgesetz als Prinzip der Verfassungsidentität ablesen will, das aber in dieser Lesart offensichtlich nicht juristisch fundiert ist. So heißt es etwa apodiktisch: «Eine multikulturelle Zufallsbevölkerung ist nicht fähig, ein freiheitliches Gemeinwesen zu gestalten. Das geht ohne hinreichende Homogenität nicht» (ebd., S. 9, ähnlich S. 62). Mithin wird das Schachtschneider'sche Volk ex negativo bestimmt über seine angeblichen politischen Feinde: «die Parteienoligarchie im Verbund mit den Medien- und der Finanz- und Industrieligarchie» (ebd., S. 76), die «in der Schuldkultur gründende[n] Kultur des Gutmenschentums» (ebd., S. 116) sowie das «Bündnis der kapitalistischen Plutokraten mit den egalitaristischen Sozialisten, beide menschenverachtende Unterdrücker der Völker», die «als geeignete Ideologie [...] den Islam» erkannt hätten (ebd., S. 62). Schachtschneider ist da nicht weniger und nur wenig anders politisch als Waldstein.

tanz unterstellt. Mag das Abstammungsprinzip des *ius sanguinis* in der Tat eine in der Bundesrepublik fortwährende Bedeutung haben, so ist unabhängig davon im Sinne des Grundgesetzes Deutscher, «wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt».²⁷⁷ Eine ethnische Exklusivität dieser Staatsangehörigkeit ergibt sich daraus ebenso wenig wie ein Argument gegen die Anwesenheit Nicht-Deutscher auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Waldstein zieht gegenteilige Schlüsse und spricht von einem «Volksverrat», gegen den keine rechtmäßige Abhilfe erkennbar sei.²⁷⁸ Daher erklärt er eine Inanspruchnahme des Widerstandsrechts in der Summe für möglich und sogar, in forschter Fortschreibung des Widerstandsartikels, der davon nicht spricht: für «geboten».²⁷⁹

Ein Kuriosum der ganzen Erörterung ist, dass sie zu einem Ratgeberkapitel führt, in dem (scheinbar) hypothetische Beispielfälle für Widerstandshandlungen aufgezählt und durch «juristische Orientierungshilfen» auf ihre Rechtmäßigkeit hin bewertet werden. Als «wohl gerechtfertigt» skizziert er folgende Konstellation: «Die Gemeinde will Illegale in einer öffentlichen Halle unterbringen. [...] Widerstandleistende blockieren die einzige Zufahrtstraße zur Halle und verunmöglichen so den durch die Gemeinde beabsichtigten Rechtsbruch (Unterbringung Illegaler).»²⁸⁰ Dies war der Fall in Chemnitz-Einsiedel. Der Autor weist immerhin auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hin und schränkt ein, dass nicht «der Migrant als solcher» oder auch Beamte «persönlich Ziel einer Widerstandshandlung sein» sollen. Aber die hierzu gegebene Begründung bewegt sich im Bereich politischen Ermessens, weil Widerstand «nur dann erfolgreich sein wird, wenn es ihm gelingt, die vordergründige Konfrontation Deutscher–Migrant bzw. Bürger–Beamter zu überwinden, um den gebündelten Widerstand gegen diejenigen zu richten, die die jetzigen Zustände politisch und staatsrechtlich zu verantworten haben: die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.» Inwieweit die Vorgänge in Chemnitz-Einsiedel einen Widerstand gegen die Bundesregierung darstellen, mag dahingestellt bleiben, denn solche Aktionen tangieren bisweilen ja nicht einmal die sächsische Innenpolitik, sondern werden faktisch geduldet. Es überrascht nun nicht die Insinuation, dass die Übertragung auf das eigentliche Objekt des Widerstandes gelingen könne durch schlichte Ausweitung der Widerstandshandlungen durch Gewalt gegen Sachen und Sabotagehandlungen wie die Unterbrechung der Strom- und Heizungszufuhr.²⁸¹ Gegebenenfalls genüge bereits der «geschickte Einsatz dieses Drohpentials».²⁸²

Worum es bei alledem geht, ist die Popularisierung eines mit legalem Anschein versehenen Rechtfertigungsgrundes für die (weitere) Ausübung tatsächlich vorkommender «Protestaktionen». Solches Interesse ist, wie gesagt, bei Waldstein so wenig

277 Art. 116 Abs. 1 GG und dementsprechend § 1 StAG.

278 Waldstein: Zum politischen Widerstandsrecht, S. 20.

279 Ebd., S. 29. Ein Widerstandsgebot erkennt auch Schachtschneider, s.o.

280 Ebd., S. 28 f.

281 Ebd., S. 30.

282 Ebd., S. 33. Kurioserweise führt der Autor auch die «Verweigerung der Zahlung von ›Beiträgen‹ der Zwangsgebührenmedien» als denkbare Widerstandshandlung auf. Vgl. ebd., S. 31.

juristischen Ursprungs wie schon bei Schachtschneider. Der Unterschied ist, dass Waldstein das selbst einräumt, wenn auch bei anderer Gelegenheit. Er sprach bereits am 13. Juni 2015 unter dem Titel «Wie der Fisch im Wasser? Über Chancen und Grenzen metapolitischer Arbeit» als Festredner beim «Staatspolitischen Kongreß» des Instituts für Staatspolitik (IfS). Das Referat ist nachher als Videomitschnitt²⁸³ und inzwischen in überarbeiteter Form als Buch in Kubitscheks Antaios-Verlag publiziert worden.²⁸⁴ In dem Vortrag spricht Waldstein von einem «großangelegten Bevölkerungsaustausch»,²⁸⁵ der ins «ethnische Nirwana» zu führen drohe.²⁸⁶ Unterstellt, dass diese politische Diagnose zuträfe, so wäre automatisch auch richtig, dass eine «Abhilfe» gegen den Widerstandsfall nicht nur durch kein verfassungsmäßiges Institut – da am Prozess mitbeteiligt – denkbar wäre, sondern unter überhaupt gar keinen demokratischen Voraussetzungen mehr. Die existenzielle Dramatik, die hier unterstellt wird und man vorgibt, aufhalten zu wollen, geht ja gerade darauf zurück, dass der demokratische Souverän gewissermaßen substantiell (z-)ersetzt wird, also während des legalen Verfahrensweges als Subjekt verloren geht und derart nicht mehr zu seinem Recht kommen kann. Abhilfe dagegen wäre die Umkehrung des Ganges ins ethnische Nirwana durch Verdrängung des Inhomogenen. Nun ist aber nicht nur die ethnische Kontinuität des Souveräns an sich ein politisch motiviertes Verfassungsideal, das so nicht gilt. Mit dieser Unterstellung ist vielmehr zugleich ein Ideal gewonnen und in den Diskurs eingeführt, an dem gemessen ausgesuchte Regierungsentscheidungen zuverlässig als gescheitert, pflichtwidrig, rechtsbrüchig und verräterisch vorgeführt werden können.

Es geht hier vielleicht weniger darum, dieses eigentümliche Maßhalten möglichst wohlfeil, also im Namen des Grundgesetzes und seines demokratischen Souveräns vornehmen zu wollen, sondern um den «metapolitischen» Versuch, den Souverän diskursiv zu fixieren als «deutsch» in einem politisch distinkten Sinne. Oder anders: aufs Neue die Jünger'sche Frage zu stellen, wer Herr im Hause ist. Diese Frage zu stellen eröffnet keine Widerstandslage im Sinne des Grundgesetzes, aber die eine beantworten oder die andere austragen zu wollen, bedeutet unterschiedslos auf die Machtfrage zuzusteuern, die als solche unabwendbar ist. Waldstein erkennt deswegen auch nicht die mögliche Abhilfe an, bei nächstbesten Wahl an einer Entscheidung zugunsten einer anders besetzten Regierung mitzuwirken oder im Zuge der politischen Strömungen, auf die er sich bezieht und umgekehrt, reguläre Rechte zur Ausübung von Opposition wahrzunehmen. Selbst sein pessimistischer Einwand, dass nationalkonservative Parteipolitik «von dem Gründungsparteitag der Sozialistischen Reichspartei (SRP) am 2. Oktober 1949 bis zu den Verwerfungen der Alternative für Deutschland (AfD)

283 Thor von Waldstein – Metapolitik und Parteipolitik, unter: www.youtube.com/watch?v=iQSITNw3iDE.

284 Waldstein, Thor von: Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion, Schnellroda 2015.

285 Ebd., S. 21.

286 Ebd., S. 38.

im Jahre 2015» nur eine «Spur politischer Misserfolge» hinterlassen habe,²⁸⁷ dass also Opposition, die sonst keine wäre, aus objektiver Schwäche handelt und subjektiv nie erfolgreich genug ist, nimmt ihm solche Mittel nicht. Gegen diese starke Tatsache wendet Waldstein die bekannte Behauptung von Staatsstreich, Putsch und Volksverrat. Wo nämlich der (legale) politische Kampf auf eine wohl vom «Hauptfeind, de[m] die europäischen Völker zersetzenden Liberalismus»²⁸⁸ beherrschte Arena verwiesen ist, könne es nicht mehr darum gehen, qua Parteiarbeit «Berührungsflächen» mit dem herrschenden System herzustellen.²⁸⁹ Statt einer Partei sei es vielmehr das «Modell Dresden», sprich Pegida, «das verdeutlicht hat, was diejenigen, die in diesem Lande das Wetter machen, viel mehr fürchten als Stimmzettel einwerfen in Plexiglasboxen: den flutartigen Anstieg eines lautlosen bzw. auf wenige markante Redebeiträge und Plakatmotti verdichteten Protestes, [...] Verweigerung des Dialogs mit dem offiziellen Politikartell, und schließlich die vollständige Zerbröselung der eigenen Machtfassade».²⁹⁰

Als die Träger solchen Widerstandes sieht Waldstein die neue, durchaus elitäre Generation einer intellektuellen Rechten vor,²⁹¹ «die sich [...] ihre Widerstandsfähigkeit bewahrt und [...] vorsichtig, unnachgiebig, mit einem gesunden Mangel an Kompromissbereitschaft handelt».²⁹² Dabei sei «der gezielte Regelverstoß, die geplante Provokation in vielen Fällen die einzige aussichtsreiche Methode, [um] für die rechtsintellektuelle Position Aufmerksamkeit zu gewinnen».²⁹³ Diese Aufmerksamkeit müsse auf die zentrale Frage fokussiert werden, «ob die Deutschen und die anderen europäischen Völker, die diesen Kontinent einst zu einer gemeinsamen Kulturblüte geführt haben, das ihnen zgedachte Schicksal, spätestens zur Mitte des 21. Jahrhunderts zur Minderheit im eigenen Land zu werden und am Ende dieses Jahrhunderts endgültig zu verschwinden, abwenden oder nicht abwenden».²⁹⁴ Für Waldstein ist derartiger Widerstand, der mit existenzieller Notwendigkeit²⁹⁵ zu Tat und Tätlichkeiten schreitet, ein in Wirklichkeit nicht rechtliches, sondern von verfassungsrechtlichen Rücksichtnahmen unbeschwertes, geradezu sittliches Gebot: «Die Tugend fremdbestimmter Völker ist die Geduld, bis zu dem Tage, an dem es nur noch eine Tugend gibt, nämlich diese Geduld zu verlieren.»²⁹⁶

287 Ebd., S. 22.

288 Ebd., S. 52.

289 Ebd., S. 32.

290 Ebd., S. 17 f.

291 Ebd., S. 37.

292 Ebd., S. 43.

293 Ebd., S. 46.

294 Ebd., S. 38.

295 Mit den rigoroseren Worten des damaligen Aktivisten des «Nationaldemokratischen Hochschulbundes» (NHB) der NPD: «Ein einmal als richtig erkannter Weg muß bedingungslos weitergegangen werden – und zwar selbst dann, wenn man die Vergeblichkeit seines Tuns erkennen würde». Waldstein, Thor von: Der kranke Mann am Rhein. Diagnose und Therapie, o. O. 1985, S. 15.

296 Waldstein: Metapolitik, S. 55.

Alles Reden über eine Widerstandslage bereitet so die Systemfrage von rechts vor. Im Namen einer Ordnung, die hier von eschatologischer Größe ist, Recht brechen zu wollen, das ist exakt die Methode des Vigilantismus und es ist der Fiebertraum nicht nur der Neuen Rechten: in den «Vorbürgerkrieg» endlich eine Bürgerwehr entsenden.

«Konsequente Vertreibung»: Eine Warnung anstelle eines Schlusswortes

«Wir geben uns hier, im Osten zumindest, nicht geschlagen. Widerstand! [...] Wenn eine Bundesregierung mit Asylantenkanzlerin an der Spitze nicht gewillt ist, die Grenzen des Landes zu sichern, dann sucht man sich Gemeinschaften, die in der Lage sind, die Familien, den Lebensraum und all das, was einem wichtig ist, zu verteidigen. Und deshalb geht Heimatverteidigung jeden Einzelnen von uns an. Heimatverteidigung findet vor Ort statt, in den Dörfern, Gemeinden, in den Regionen, überall dort in Deutschland, wo, sich der Erhaltungstrieb regt. [...] Und es ist natürlich und es ist edel, die eigene Heimat zu verteidigen, ja! Und Himmelherrgott nochmal, selbstverständlich auch mit Methoden, die der weichgespülte, moralisierende Mainstream für nicht anständig hält. Scheiß auf diesen Anstand! [...] Heimatverteidigung darf, nein, muss auch konkret stattfinden und es gibt bereits viele mutmachende Anzeichen. Der MDR meldet: hoher Schwund bei Flüchtlingen im Osten. [...] Sorgen wir im nächsten Jahr friedlich, freundlich, aber unmissverständlich dafür, dass diese Quote steigt. [...] Diese Form von Heimatverteidigung wird nicht immer gemütlich bleiben.»

Tatjana Festerling
bei Pegida, Dresden, 21. Dezember 2015

«Die Asylanten, die jetzt schon bei uns sind, die werden wir mindestens noch 60 Jahre weiter finanzieren müssen, einfach, weil sie so lange leben. [...] Das ist Umvolkung. Und in spätestens 15 bis 20 Jahren schlägt der demografische Wandel gnadenlos und unerbittlich zu. [...] Und wenn die große Politik kapituliert, ja, da bleibt uns doch gar nichts anderes übrig, als hier vor Ort Vertreibungspolitik zu betreiben. Und vor allem hier, in den ländlichen Grenzgebieten der Sächsischen Schweiz und dem Erzgebirge, da könnt ihr es ja überhaupt noch schaffen. Selbst in den Großstädten Sachsens dürfte das schon schwierig werden. Mit friedlicher, aber konsequenter Vertreibung halten wir wenigstens erst mal Sachsen und vielleicht ja auch irgendwann Ostdeutschland frei [...] Vertreibungen sind in der Geschichte etwas ganz Normales. In ein paar Jahren kräht kein Hahn mehr danach oder, besser, doch: Es verschafft den Gebieten, vor allem den grenznahen Gebieten Standort- und Wettbewerbsvorteile.»

Tatjana Festerling
beim Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz (DASS),
Sebnitz, 21. Januar 2016

Volkmar Wölk

KREUZRITTER FÜR DAS ABENDLAND

ODER: LUTZ BACHMANN ALS KATECHON DER APOKALYPSE?

«Ich verlange von ihm genau, was ich von mir verlange, und wenn es sein muss mit Strömen Blutes erkaufte: die Verteidigung des Kosmos gegen das Chaos.»¹

12. März 2016. Am frühen Morgen wird eine Art Kommandoerklärung im Internet veröffentlicht. 130 junge «Identitäre», so die Meldung, blockierten in Calais den Zugang zur Stadt für Migranten. Migranten ist in Anführungszeichen gesetzt. Da man in diesen Kreisen um die Macht der Bilder weiß, waren entsprechende Aufnahmen der beiden Brücken, die die Militanten der «Génération Identitaire» besetzt hatten, beigefügt. Passend zu den kämpferischen jungen Menschen die martialische Sprache: «Seit Monaten ist Calais in unserem Land zum Symbol einer tatsächlichen Invasion geworden, mit der sich unser Kontinent konfrontiert sieht. Angriffe auf die Ordnungskräfte, auf Autofahrer und Trucker, Aufruhr in der Stadt, völlige Auflösung der sozialen und ökonomischen Beziehungen: genau das ist zum Alltag in unserer Märtyrerstadt geworden und hat in den letzten Wochen eine schreckliche Beschleunigung erfahren.» In den Flüchtlingslagern im Umfeld der Stadt, allgemein «Dschungel» genannt, seien die Gewaltakte und die sexuellen Übergriffe – auch gegen Minderjährige – unzählig geworden. Unvermeidlich die nachfolgende Einschätzung, all dies sei die Frucht einer unverantwortlichen Politik, derer sich «die politischen Führer auf nationaler wie auf europäischer Ebene, in Paris, Berlin und Brüssel» schuldig machten. Die Brückenblockade sei erst der Anfang: «Da sich die Regierenden weigern, die Bevölkerung durch Wiedererrichtung der Grenzen zu schützen, werden sie also erleben, dass die Völker Barrikaden errichten! Wie heute am Morgen in Calais. Wir, die 130 Identitären, sind das Volk, wir bauen Barrikaden.» Der Text endet mit dem

1 Brief von Rudolf Borchardt an Hugo von Hofmannsthal vom 22.6.1918, zit. n. Sprengel, Peter: Rudolf Borchardt. Der Herr der Worte, München 2015, S. 256.

Ausspruch: «On est chez nous!»,² wohl am besten übersetzt mit dem Fußballfan-Slogan «Hier regiert der ...», ergänzt um den Namen der jeweiligen Heimmannschaft.

Eine gute Stunde später hatten die «Völker» zwar immer noch keine Barrikaden gebaut und waren noch immer nicht dabei, in die Fußstapfen der «Identitären» in Calais zu treten und endlich für den Erhalt der eigenen Identität zu kämpfen, aber dafür hatten die BesetzerInnen schon wieder zum Rückzug geblasen. Kaum hatte der zuständige Präfekt die Auflösung befohlen, folgten den starken Worten kleine Taten und – natürlich! – weitere starke Worte. «Ein weiteres Mal hat das sozialistische Regime gezeigt, auf welcher Seite es bei der Wahl zwischen den illegalen Migranten und den Verteidigern der Bewohner von Calais steht.» Zwölf «tapfere Militante» seien vorläufig festgenommen worden. «Das sozialistische Regime wird, ebenso wie die illegalen «europäischen» Kommissare, begreifen müssen», für den Fall, dass die Grenzen auf nationaler wie auf europäischer Ebene nicht wieder errichtet würden, «dass es sich dann erneut Barrikaden gegenüberzieht.» Die einzige akzeptable Lösung sei die Rückführung der Migranten in ihre Herkunftsländer. Um nach dem üblichen «On est chez nous!» mit den erwarteten großen Worten zu enden: «Calais den Bewohnern von Calais, Europa den Europäern!»³

Es ist unwichtig, dass die – bestenfalls – 130 AktivistInnen nicht gerade eine Massenblockade auf die Beine stellten, zu vernachlässigen, dass sie beim ersten Auftreten der Ordnungsmacht der drohenden Gewalt wichen, den als Werte propagierten Maskulinität und Heroismus eben nicht lebten, unwesentlich auch, dass selbst in dieser kurzen Zeit der Zugang vom «Dschungel» zur Stadt nicht tatsächlich versperrt gewesen war. Wichtig dagegen ist, dass die jungen «Identitären» verinnerlicht haben, dass es in der «Gesellschaft des Spektakels» (Guy Debord) vor allem darauf ankommt, Signale auszusenden, die so medienwirksam sind, dass sie selbst von der feindlich gesonnenen «Lügenpresse» nicht ignoriert werden können. Auf die Effekte kommt es an! Und wenn das so ist, dann muss eine Barrikade gar nicht tatsächlich brennen, dann genügt es auch, wenn mit Signalfackeln aus dem Straßenbau der gewünschte Eindruck erweckt wird. Die «Identitären» haben gelernt, dass man mit relativ geringem Aufwand und schwachen personellen Ressourcen maximale Aufmerksamkeit erzielen kann. Sie haben gelernt, dass der Wiedererkennungswert unverzichtbar ist, in diesem Fall ihr Symbol: das schwarze Lambda auf gelbem Grund. Und nicht zuletzt die Großflächenplakate, auf denen über dem eigenen Logo im typischen Layout mit weißer Schrift auf rotem Grund verkündet wird, für MigrantInnen gebe es hier «No Way!». Unnötig zu erwähnen, dass der Plan funktionierte. Von den Printmedien über Rundfunk und Fernsehen bis hin zu den einschlägigen Blogs und zahllosen Posts in den sozialen Medien hagelte es geradezu Berichte, nicht selten ergänzt durch die Bilder der «Identitären» von ihrer Aktion.

2 Vgl. <http://pro-diffusion.com/GORMIEU46/calais01.php>.

3 Vgl. <http://pro-diffusion.com/GORMIEU46/calais02.php>.

Nein, das ist noch nicht der «Vorbürgerkrieg», den die französische extreme Rechte spätestens seit 1998 als Menetekel an die Wand malt. Damals erschien das gleichnamige Buch des Genfer Hochschullehrers für politische Philosophie, Eric Werner. 2015 wurde es erneut veröffentlicht. Unverändert, da es «der Zeit widerstanden»⁴ habe. Veröffentlicht im Verlag Xenia des Exil-Serben Slobodan Despot, inzwischen einer der Hausverlage der «Nouvelle Droite».⁵ Jener Verlag, in dem auch die Übersetzung von Jürgen Elsässers «Wie der Dschihad nach Europa kam» veröffentlicht wurde. Neu ist das Vorwort des Autors, der als wesentliche neue Entwicklung hervorhebt: «Das Nachdenken über den Vorbürgerkrieg ist untrennbar verbunden mit der Bewusstwerdung über den aktiven Anteil der Herrschenden, in dem Maße, in dem sie sich nicht damit begnügen, den internationalen Bürgerkrieg zu erleiden, sondern sich seiner bedienen, um besser ihre Interessen durchzusetzen.»⁶ Die Herrschenden, so eine seiner Schlussfolgerungen, seien zu brandstiftenden Feuerwehrlenten geworden. Und sein Verleger Slobodan Despot beschließt folgerichtig sein Nachwort mit den Bemerkungen: «Wenn wir 2015 immer noch über eine Vorkriegszeit sprechen, dann nur aus der Weigerung heraus, die Zeichen der Zeit richtig zu interpretieren. Das Bündnis der Machthabenden im Westen mit dem islamischen Terrorismus als direkter Verbündeter bei ihren internationalen Operationen und als Verbündeter im Sinne der Kehrseite der Medaille zur Einschüchterung der eigenen Bevölkerung ist nichts anderes – für jene, die bereit sind, die Augen zu öffnen – als eine Kriegserklärung.»⁷

Wer dieser Analyse folgt, dass ein heimliches Bündnis zwischen den Herrschenden im Westen und dem islamischen Terrorismus besteht, dass man an der Schwelle des Übergangs vom Vorbürgerkrieg zur offenen Kriegserklärung gegen die Bevölkerungen im Westen steht, wird zu der Schlussfolgerung gelangen, dass man eigentlich bereits in einem Ausnahmezustand lebt, der nur noch nicht ausgerufen worden ist. Der wird, wie Eric Werner, den faschistischen Staatsrechtler Carl Schmitt mit seinem berühmten Ausspruch, «Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet»,⁸ zitieren und schlussfolgern, dass der Souverän zwar auf dem Papier das Volk sei, aber der faktische Souverän die Macht zur Proklamation des Ausnahmezustands usurpiert habe. Das Volk müsse seine Souveränität zurückerobern⁹ und gleichzeitig sein Land durch eine Gegenoffensive.¹⁰ Da dies ein Prozess sei, der sich im internationalen Maßstab

4 Werner, Eric: *L'Avant-guerre civile*, 2. Auflage, Sion 2015 [1998], S. 7 f.

5 Ich benutze in diesem Beitrag in Bezug auf Frankreich den französischen Begriff, da m.E. die Unterschiede zur deutschen Neuen Rechten zu beträchtlich sind.

6 Werner: *L'Avant-guerre civile*, S. 17.

7 Ebd., S. 215.

8 Schmitt, Carl: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, 6. Auflage, Berlin 1993 [1922], S. 13.

9 Auch in diesem Sinne kann und muss wohl der Zeitschriftentitel *Reconquista* aus dem Spektrum der «Identitären Bewegung» verstanden werden.

10 Eine umfangreiche Strategie für diese *Reconquista* findet sich bei Marchand, René: *Reconquista ou Mort de l'Europe. L'enjeu de la guerre islamique. Pour une stratégie de contre-offensive*, o. O. 2013. Marchand ist einer der Ideologen der «Riposte Laïque», einer Gruppierung im Umfeld der «Identitären».

vollziehe, müsse die Gegenwehr auch – mindestens – im europäischen Rahmen stattfinden. Widerstand wird so zur zentralen Losung. Widerstand zur Rückgewinnung der Souveränität.¹¹

Für eine geschlossene Kampfformation, das ist offensichtlich, reichen die eigenen Kräfte (noch) nicht aus. Zudem befindet sich der Feind, so die Analyse, als «fünfte Kolonne» in Gestalt der Geflüchteten und anderer Nicht-Europäer bereits im Land, ist das Band zwischen Regierenden und Regierten längst zerrissen. Angesagt ist also die Kampfform der Partisanen, auch hier wieder unter Rückgriff auf Carl Schmitt und dessen «Theorie des Partisanen».¹² Der Partisan als «irregulärer Kämpfer» leiste «passiven und aktiven Widerstand gegen eine fremde Invasion», ihn kennzeichne «das intensive politische Engagement», seine Mobilität, der «überraschende Wechsel von Angriff und Rückzug», ihm ist – nicht zuletzt – ein «tellurischer Charakter» eigen, also eine raumhafte Gebundenheit.¹³ Er ist der Autochthon per definitionem. Die «Theorie des Partisanen» legitimiert Handlungen, die unter anderen Umständen illegitim wären. Die ideologische Herleitung und Begründung sind somit untrennbar mit der Aktion verbunden. Da jene, die man als Feinde bekämpfe, über die Macht und die Machtmittel («Lügenpresse») verfügten, gelte es, jeden Partisaneneinsatz neu zu begründen, damit der feindlichen Propaganda, der Partisan sei in Wirklichkeit ein ordinärer Straftäter, bereits im Ansatz die Möglichkeit der Wirksamkeit entzogen werde, so die Idee. Neben der Begründung des eigenen Handelns werden somit die Schaffung von Gegenöffentlichkeit und eigenen Medien sowie die Delegitimierung der «Propagandamittel» des Feindes zu unverzichtbaren Maßnahmen. Also: kein Kommando ohne Kommandoerklärung.

Ortswechsel vom französischen Calais zum ostdeutschen Halle. Wir schreiben den 11. März 2016, einen Tag vor der «identitären» Brückenbesetzung. Zwei Tage vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt haben «identitäre» AktivistInnen ein Wahllokal für eine Probewahl für MigrantInnen, die als Mittel zur Integration gedacht war, zugemauert. Ein weiteres Wahllokal wird mit Ketten versperrt. Am Tatort zurückgelassen werden Plakate, auf denen mit dem gleichen Layout, der gleichen Symbolik das gleiche «No Way» in der gleichen Schrift verkündet wird. Wenn die Analyse zutrifft, dass sich (fast) ganz Europa im Zustand des Vorbürgerkriegs befindet, dann darf sich der Widerstand des Partisanen nicht auf das eigene Land beschränken, dann zwingt sein tellurischer Charakter ihn geradezu dazu, dass er die nationalen Grenzen für obsolet erklärt und den Kampf auf internationaler/europäischer Ebene führt. Vom «Konservativen Revolutionär» Carl Schmitt führt der Weg zum zeitgenössischen Intellektuel-

11 Vgl. zur (vorgeblich juristischen) Begründung Waldstein, Thor von: Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen, unter: www.sezession.de/wp-content/uploads/2015/10/widerstandsrecht-waldstein1.pdf.

12 Schmitt, Carl: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, 7. Auflage, Berlin 2010 [1963].

13 Ebd., S. 20 ff.

len Eric Werner, von ihnen zu den französischen «Identitären», die sich als Handelnde und Kündler zugleich verstehen, von ihnen zu den deutschen Adepten, die Ideologie, Banner und Kampfformen übernehmen.

So hört es sich nahezu wortgleich an, wenn das Grüppchen «KontraKultur»¹⁴ der «Identitären» aus Sachsen-Anhalt seine Aktion begründet: «Die symbolische Aktion ist ein Protest gegen den Austausch des deutschen Volkes gegen illegale Einwanderer und die Abschaffung unserer Rechtsstaatlichkeit. [...] Die Deutschen sollen als Souverän ausgetauscht werden, das politische Establishment importiert sich ein neues Wahlvolk. Was hier noch gespielt wird, könnte bei der nächsten Bundestagswahl bereits bittere Realität sein. In der Asylkrise hat der Staat offenen Rechtsbruch begangen. Er hat seine Grenzen nicht mehr geschützt, indem er Millionen illegale Einwanderer ins Land gelassen hat. Nun kann oder will er das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung nicht mehr verteidigen. [...] Der Souverän in Deutschland aber ist laut Grundgesetz (Art. 20, 2 GG) das deutsche Volk. Wenn die politische Klasse versagt und diese Ordnung beseitigen will, besteht das Recht und die moralische Pflicht zum Widerstand (Art. 20, 4 GG). [...] Die Identitäre Bewegung zieht einen symbolischen Schlussstrich. Mit dem Slogan «No Way» bezugnehmend auf die erfolgreiche Grenzschließungskampagne der australischen Regierung zeigen die Aktivisten den Illegalen und ihren Handlangern in Medien und Politik die Grenze auf, die sie verdienen.»¹⁵

Es gibt also inzwischen so etwas wie eine «identitäre» deutsch-französische Achse. Der Ursprung liegt in Frankreich, der Ideologietransfer verläuft von der linken Seite des Rheins zur rechten. So geht der von «KontraKultur» benutzte Begriff des «Austauschs» zurück auf das Buch «Le grand remplacement» von Renaud Camus, der (muslimische) Einwanderer als Teil der «Eroberung Frankreichs» charakterisiert, der einen erzwungenen Identitäts- und Kulturverlust sich vollziehen sieht, der die Auflösung des französischen Volkes zur Folge haben werde. Sein Band «Revolte gegen den großen Austausch» erschien Anfang 2016 in der Edition Antaios des mit den «Identitären» eng kooperierenden Götz Kubitschek, übersetzt von dessen österreichischem Gesinnungskameraden Martin Lichtmesz. Beide waren auf die Allgegenwart der Gedanken von Renaud Camus wenige Jahre zuvor gestoßen, beim Kongress «Assises internationales sur l'islamisation de l'Europe» in der Stadthalle von Orange im Herbst 2012.¹⁶ Vor mehreren Hundert Zuhörenden war dies die Zweitausendeerste Veranstaltung im Dezember 2010 in Paris, wo neben Renaud Camus unter anderen Fabrice Robert, der Vorsitzende des «Bloc identitaire», gesprochen hatte, sowie der SVP-Politiker Oskar Freysinger, der auch Beziehungen zu Gruppen der extremen

14 Es mag mehr als Zufall sein, dass der Verlag im direkten Umfeld der Gruppe «Égalité et Réconciliation» von Alain Soral KontraKulture heißt. Der ehemalige Kommunist Soral wechselte 2006 zum Front National und wurde Mitglied in dessen Zentralkomitee. 2009 kandidierte er bei den Europawahlen auf der «Antizionistischen Liste».

15 Vgl. www.facebook.com/Kontrakultur-Halle-746224155503779/?fref=ts.

16 Vgl. www.sezession.de/34523/warum-lichtmesz-und-ich-nach-orange-fahren.html.

Rechten in Deutschland hat, die Österreicherin Elisabeth Wolff und Tommy Robinson von der «English Defence League». Der benannte Alain Soral war angekündigt und sagte letztlich ab, ebenso der Schriftsteller Ralph Giordano.¹⁷

Bei diesem Kongress «entdeckte» das «Institut für Staatspolitik» und dessen Umfeld, dass es neben der bisher aus Frankreich ausschließlich rezipierten «Nouvelle Droite» weitere Strömungen der extremen Rechten gibt, die Anstöße für die eigene Arbeit bieten könnten. In der Folge wurde, wohl auch als Konsequenz aus dieser Erkenntnis, Benedikt Kaiser als neuer Mitarbeiter für das Institut gewonnen. Der junge Historiker hatte sein Studium an der Technischen Universität Chemnitz mit einer Arbeit über den französischen faschistischen Schriftsteller und Europa-Ideologen Pierre Drieu La Rochelle abgeschlossen und widmet sich nunmehr der einschlägigen französischen Publizistik.¹⁸ Eine weitere Konsequenz dieses geschärften Blicks nach Frankreich durch das Umfeld von Götz Kubitschek war die Neuübersetzung des Romans «Das Heerlager der Heiligen» von Jean Raspail, wiederum durch Martin Lichtmesz. Dieser Band war zwar bereits 1973 veröffentlicht worden und 1985 in einer eher dürftigen deutschen Übersetzung im einschlägigen Hohenrain-Verlag erschienen, doch – so der Übersetzer – heute bedürfe der «vielgepriesene ›prophetische‹ Charakter dieses legendären Buches keiner Erläuterung mehr; es liest sich heute verblüffender, hellsichtiger und erschreckender als je zuvor. Die Zahl der Einwanderer, die über das Mittelmeer strömen, hat in diesem Jahr einen neuen Höhepunkt erreicht, ein Ende ist nicht abzusehen.»¹⁹ Doch Lichtmesz beschwört vor allem die dramatische Verschärfung der Lage seit Abfassung des Romans: «Anders als bei Raspail sind die Invasoren jedoch in der Mehrzahl junge, kräftige Männer. Der Chor der humanitären Stimmen, der wie im Roman diese Entwicklung verklärt und verzuckert, wird wohl in wenigen Jahren in einen anschwellenden Bocksgesang übergehen.»²⁰ Diese Dynamik münde in den von Renaud Camus beschriebenen «großen Austausch» der «europäischen Stammvölker». Die «Invasion» sei im vollen Gange, die Agenturen des Feindes wirkten im eigenen Lande. Was charakterisiert den Ausnahmezustand wohl besser? Bedarf es einer zusätzlichen Begründung für den Kampf nach Art der Partisanen?

Spätestens also seit diesem Kongress in Orange strahlen die «Identitären» nach Deutschland aus, findet ihr Gedankengut publizistischen Niederschlag.²¹ Absehbar wurde diese Attraktivität allerdings bereits mit der Besetzung der im Bau befindlichen Moschee im südfranzösischen Poitiers zu einem symbolischen Datum, dem

17 Vgl. www.hagalil.com/2012/11/bloc-identitaire/.

18 Vgl. Kaiser, Benedikt: Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz. Europakonzeption und Gesellschaftskritik bei Pierre Drieu La Rochelle, Kiel 2011.

19 Auch in Frankreich kommt es gegenwärtig zu einer Wiederentdeckung dieses Buches. Vgl. hierzu das Interview mit Raspail, Jean: En dormition, l'âme de la France se réveilla, in: Valeurs actuelles, No. 4089, 9.–15.4.2015, S. 53–57.

20 Raspail: En dormition, S. 5 f.

21 Vgl. z. B. Willinger, Markus: Die identitäre Generation; Norderstedt, o. O. und o. J. (Books on Demand); sowie Willinger, Markus: Europa der Vaterländer. Eine Unabhängigkeitserklärung, London 2014.

angeblichen Jahrestag der Schlacht von Poitiers am 20. Oktober 732.²² Damals hatte Karl Martell, Heerführer der Franken, mit Unterstützung fremder Truppen in der Doppelschlacht von Poitiers und Tours von der iberischen Halbinsel vorrückende maurische Truppen geschlagen. Viel spricht dafür, dass es sich lediglich um einen größeren Beutezug handelte, nicht aber um den Versuch einer Invasion. Am damals unterentwickelten und kalten Europa nördlich der Loire, so heutige Historiker, hätten die Araber kein gesteigertes Interesse gehabt. Die Fakten verhindern allerdings nicht, dass Karl Martell wegen dieser Schlacht zum «Retter des Abendlandes» stilisiert wurde und als solcher in weiten Kreisen bis heute noch gilt. Und so holten knapp 100 «Identitäre» an jenem Tag das nach, was sie aufgrund der späten Geburt nicht sein konnten: Sie wurden symbolisch selbst zu «Rettern des Abendlandes», auch wenn ihre einzige reale Gefahr ein Verfahren wegen Landfriedensbruch war. Werbetekhnisch gesehen war die Besetzung ein voller Erfolg. Mit geringen Kräften wurde ein größtmöglicher Medieneffekt erzielt und gleichzeitig für den Kongress in Orange mobilisiert. Mit Erfolg. Sogar bei der notorisch national bornierten deutschen extremen Rechten kam die Botschaft an und faszinierte.

Vergessen, dass die Mutterorganisation dieser neuen Generation von «Identitären», der nationalrevolutionäre «Bloc Identitaire» seit seiner Gründung im April 2003 als faktische Nachfolgeorganisation der verbotenen «Unité radicale» recht erfolglos vor sich hingedümpelt war.²³ Prägend für die Gruppe war damals wie heute die ideologische Trinität aus Regionalismus, Nationalismus und Europa-Ideologie, wobei Regionalismus und die Europa-Orientierung die entscheidenden Punkte für die Ablehnung durch den «Front National» waren.²⁴ Allerdings hatte der «Bloc identitaire» seine Lehrjahre genutzt, um die nationalrevolutionären Ursprünge durch das metapolitische Denken der «Nouvelle Droite» sowie um die Aktionsansätze des italienischen «Casa Pound» zu ergänzen.²⁵ Nicht ohne Erfolg.

Ein unverzichtbarer Lehrmeister dabei war Guillaume Faye, einer der bekanntesten Dissidenten der «Nouvelle Droite», ein promovierter Politologe, der seit Beginn der 1970er Jahre einer der wichtigsten Publizisten des «Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne» (GRECE) gewesen ist. Dort gehörte er zu jenen seltenen Ausnahmen, die es sich erlaubten und erlauben konnten, gelegentlich anderer Meinung zu sein als der allgegenwärtige Vordenker Alain de Benoist. So ge-

22 Genauer Ort und genaues Datum jener militärischen Auseinandersetzung sind bis heute nicht völlig geklärt.

23 Vgl. dazu Bouron, Samuel: Un militantisme à deux faces. Stratégie de communication et politique de formation des Jeunesses identitaires, in: *Agone*, Nr. 54, 2014, S. 45–72.

24 So dauerte es bis zum Februar 2016, bevor Philippe Vardon, einer der Chefideologen der Gruppierung endlich seinem Wunsche gemäß dem «Front National» beitreten konnte. Vgl. hierzu Vardon-Raybaud, Philippe: *Éléments pour une contre-culture identitaire*, Nizza 2011, sowie zum FN-Beitritt <http://droites-extremes.blog.lemonde.fr/2016/02/25/lidentitaire-philippe-varдон-est-enfin-adherent-du-front-national/>.

25 Vgl. dazu Koch, Heiko: *Casa Pound Italia. Mussolinis Erben*, Münster 2013; Albanese, Matteo u. a.: *Fascisti di un altro millennio? Crisi e partecipazione in CasaPound Italia*, Rom 2014; Di Nunzio, Daniele/Toscano, Emanuele: *Dentro e fuori CasaPound. Capire il fascismo del terzo millennio*, Rom 2011.

hörte er 1982 f. in der fraktionellen Auseinandersetzung innerhalb des GRECE auf der Seite des Belgiers Robert Steuckers und damit zu jenen, die für eine Öffnung gegenüber denjenigen «nonkonformen Linken» plädierten, die die nationale Frage für sich entdeckt hatten.²⁶ Ende 1987 zog er sich ohne öffentliche Begründung völlig aus der Politik zurück und arbeitete zunächst als Moderator beim freien populären Radiosender FM Skyrock in Paris. Jahre später, nach seinem Wiedererscheinen in der Szene, kommentierte er den Schritt: «1987 hatte ich den Eindruck, dass die Nouvelle Droite ein wenig wie eine Kirche funktionierte: Ohne meine Gedanken aufzugeben, habe ich mich von meinen alten Freunden verabschiedet, um die Welt kennenzulernen. Mit 36 Jahren wollte ich vom Boot in den Ozeandampfer umsteigen. Dieser Dampfer brachte mich zu denen, die ich damals als meine Hauptfeinde betrachtete, ins Herz des Systems, «das die Völker tötet». Es ist mir gelungen, dort meinen Platz zu finden, und ich habe festgestellt, dass man als Sophist im Zentrum dieses Systems «den Laden tüchtig aufmischen», das heißt das Spektakel mit dem Virus der Subversion anstecken kann.»²⁷ Die benutzten Begriffe verweisen deutlich auf die Anfänge Fayes im Umfeld der Situationisten und des marxistischen Soziologen Henri Lefebvre während seiner Studentenzeit. 1997, nach einem Jahrzehnt des Schweigens, tauchte er mit großem Knall, einem zweiteiligen Interview in der gerade gegründeten nationalrevolutionären Zeitschrift *Refléchir & Agir* wieder auf der Bildfläche auf.²⁸

Er kam nicht mit leeren Händen, er brachte neue Begriffe und neue Ansätze in die steril gewordene Gedankenwelt der «Nouvelle Droite» ein. Nicht zuletzt sein Konstrukt der «Konvergenz der Katastrophen» zeigte Folgewirkungen. «Sowohl im ökologischen wie im politischen Bereich führen alle gegenwärtigen Lösungswege der Menschheit in die Sackgasse, was weder am Handeln noch am Nachdenken unter dem Zeichen eines extremen Pessimismus hindert, in jener Hinsicht, dass, meiner Ansicht nach, allein die Katastrophen Antworten auf alle die Fragen finden werden, die sich die Welt gegenwärtig stellt. Aus diesem Grund glaube ich stark an die Allegorie des Golems. Sie definiert die menschliche Gesellschaft als eine Gesellschaft, die sich ihrem Wesen nach dem Menschen entzieht, die er nach Ablauf einer bestimmten Zeit nicht mehr kontrollieren kann. Das ist das, so glaube ich, was sich im weltweiten Maßstab in den Bereichen der Wirtschaft, der Ökologie, der Politik, der Bevölkerungsentwicklung und der Kräfteverhältnisse vollzieht. Im Moment ist ausschließlich die Reflexion eines nicht engagierten Beobachters möglich.»²⁹ Und, vorsichtig tastend noch, war er der wohl Erste aus diesem Spektrum, der die bisherige Äquidistanz zu den beiden Supermächten USA und UdSSR, dem sogenannten «Wodka-Cola-Impe-

26 Vgl. hierzu die Zeitschrift *Vouloir* 7/1996, S. 9.

27 *Refléchir & Agir* 2/1999, S. 7.

28 Ebd., S. 38–41 und *Refléchir & Agir* 3/1999, S. 26–29. Die Rückkehr hinterließ beim GRECE sichtbare Spuren. Dort folgte ein Interview in der Hauszeitschrift *Éléments* (Nr. 92, Juli 1998, S. 9–12).

29 *Refléchir & Agir* 2/1997, S. 26.

rialismus«, ablöste durch eine vorsichtige Annäherung an das neue Russland. «Russland bleibt ein riesiges Fragezeichen. Es ist zerrissen zwischen einer verwestlichten Elite und einem Volk, das sich erneut sehr unklaren nationalen Werten zuwendet, die auf einer Mischung aus Kommunismus und Orthodoxie beruhen. Aus diesem Grund gehen wir einer Rückkehr der Geschichte entgegen. Seit dem Fall der Berliner Mauer leben wir in einer vollkommen unbekanntem Welt, in der meiner Ansicht nach völlig autonome Kräfte in Richtung einer Katastrophe zusammenfließen.»³⁰

Schnell stellte sich heraus, dass diese Interviews nur eine Werbekampagne für seine bald in schneller Folge erscheinenden Bücher waren. In seinem Buch «Der Archäofuturismus»³¹ propagierte er erstmals die Erweiterung der bisherigen rechten Europa-Ideologie mit dem Ziel eines «euro-sibirischen Reiches».³² Es folgten «Die Kolonisierung Europas»³³ mit der Immigration und dem Islam als Hauptthema und Hauptfeindbild, dann «Der globale Staatsstreich»³⁴ über den «neuen amerikanischen Imperialismus», im selben Jahr unter Pseudonym «Die Konvergenz der Katastrophen»,³⁵ die er bereits in den benannten Interviews beschworen hatte: «Um das Jahr 2010 herum wird sich die Welt in einem Bereich maximaler Gefahr wiederfinden: der Konvergenz von sechs oder sieben großen Linien von Katastrophen. Die ökonomische Katastrophe: die unmögliche Finanzierung der Rentner, verursacht durch den Tiefstand der Beschäftigung und durch die Überalterung der Gesellschaft. Die finanzielle Katastrophe: die Schwäche des internationalen Börsensystems, wo der Schmetterlingseffekt auf die Spitze getrieben wird – eine Börse in Asien schlägt mit dem Flügel und kann einen Tornado in Europa oder in den USA hervorrufen. Die religiöse Katastrophe: das entzauberte und ungläubige Europa wird mit einem vielgestaltigen und erobernden Islam konfrontiert. Die ethnische Katastrophe: die Anwesenheit von fremden Minderheiten, während sich die sozialen Bindungen auflösen und jeder sich in einander feindlich gesonnene Gemeinschaften zurückzieht. Die ökologischen Katastrophen: Vergiftung des Mittelmeeres, Verwüstungseffekte, Erschöpfung der Rohstoffreserven, nukleare Teilchenausbreitung, Treibhauseffekt und Anstieg des Meeresspiegels. Die Katastrophe des Informationswesens: Vermehrung der Viren. Die gesundheitlichen Katastrophen: neue Viren (Aids, Ebola usw.). [...] Zum ersten Mal in der Geschichte sind wir konfrontiert mit mehreren konvergierenden Katastrophenbündeln. Und dies geschieht nicht auf regionaler Ebene, sondern im planetarischen Ausmaß. Die Große Pest war eine Katastrophe, die sich mehr oder weniger auf den Westen des XIV. Jahrhunderts beschränkte. Doch es sind fünf bis sechs dieser großen Seuchen, die morgen auf der gesamten Welt auszubre-

30 Réfléchir & Agir 2/1997, S. 27.

31 Faye, Guillaume: L'Archéofuturisme, Paris 1998.

32 Ebd., S. 192 ff.

33 Faye, Guillaume: La colonisation de l'Europe. Discours vrai sur l'immigration et l'islam, Paris 2000.

34 Faye, Guillaume: Le coup d'état mondial. Essai sur le Nouvel Impérialisme Américain, Paris 2004.

35 Corvus, Guillaume (d.i. Guillaume Faye): La convergence des catastrophes, Paris 2004.

chen drohen. [...] Der Kommunismus ist durch sekundäre Ursachen gestorben, aber der Liberalismus – der in meinen Augen den Kommunismus einschließt, da dieser nur sein Abfallprodukt ist – muss nunmehr seinem Hauptfeind entgegentreten: der Wirklichkeit, das heißt seinen eigenen physischen Grenzen.»³⁶ Als bisher letzter Band liegt eine Veröffentlichung über den Islam vor.³⁷

Natürlich meldet er sich daneben regelmäßig mit seinem eigenen Blog zu Wort. Am 11. März 2016, einen Tag vor der «identitären» Blockadeaktion in Calais, erschien dort – wie ein verfrühter Kommentar zu den Ereignissen – sein Beitrag «Die Eroberung Europas beginnt». Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist diesmal Deutschland: «Durch Nachlässigkeit – oder vielmehr durch die bereitwillige Komplizenschaft der katastrophalen Frau Merkel» hätten sich seit 2015 mehr als eine Million «Geflüchtete» (Anführungszeichen so im Original) in Deutschland angehäuft. Es handele sich um eine «programmierte Invasion». Diese drohe zum Beginn «des Verschwindens durch Überschwemmung der Völker und der tausendjährigen europäischen Zivilisation zu werden, das sich dem Projekt des Genozides durch die Herrschenden, die Europa gegen dessen Völker regieren, ausgesetzt sieht».³⁸ Aus durchaus unterschiedlichen Gründen wirkten bei diesem Projekt mehrere Akteure zusammen: «Ein Teil der herrschenden politischen Klasse in Europa (vor allem, aber nicht ausschließlich der Linken, siehe Frau Merkel), die Mehrheit der europäischen ethnomasochistischen Links-Intelligentsia, bestimmte führende politische und ökonomische Kreise der USA, die sich des europäischen Konkurrenten entledigen wollen, und – offenkundig – der Islam selbst sowie dessen unterschiedlichen Autoritäten in Regierung und Religion.»³⁹ Dieser Vorgang historischen Ausmaßes sei wesentlich bedeutsamer und schwerwiegender als die beiden Weltkriege oder der Kommunismus, die Konsequenzen seien bei Weitem zerstörerischer. Das schlimmste vorstellbare Szenario sei das wahrscheinliche, ein katastrophisches Chaos das Ende des Projekts.

Denn, so analysiert der ehemalige Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim, Albrecht Jebens: «Kein Politiker wagt öffentlich zu sagen, dass diese «Flüchtlinge» nicht Diktaturen, sondern dem Chaos entfliehen, in das der «Westen» ihre Länder gestürzt hat. Niemand wagt auch zu sagen, dass die Duldung der Islamisierung das Abendland zerstören wird. Hinter dieser Entwicklung steht die «Chaostheorie» des US-Philosophen Leo Strauss (1899–1973), die mit der «Wolfowitz-Doktrin» den USA als Ordnungsmacht in der produzierten Chaoswelt die Dominanz garantieren soll.» Er appelliert: «Für alle Europäer müsste das ein Anstoß sein, die Souveränität ihrer Nationen neu zu definieren und durchzusetzen, um dem drohenden Abgrund

36 *Éléments*, Nr. 92, Juli 1998, S. 10.

37 Faye, Guillaume: *Comprendre l'Islam*, o. O. 2015.

38 Vgl. www.gfaye.com/la-conquete-de-leurope-commence-2/?utm_source=subscribe2&utm_medium=email&utm_campaign=postnotify&utm_id=1214&utm_title=La+conqu%26ecirc%3Bte+de+l%26amp%3Brsquo%3B-Europe+commence.

39 Ebd.

zu entkommen. Wo sind die schöpferischen Minderheiten dafür?»⁴⁰ Es sei also wieder einmal so weit, dass die Kräfte der Ordnung gegen die des Chaos gebündelt werden, dass «wir» in die Fußstapfen von Karl Martell treten müssten, um die aus dem Süden anstürmenden Horden der «Barbaren»⁴¹ zurückzuschlagen. Es gelte die große Schlacht zur Verteidigung des «Abendlandes» zu führen.⁴² Wenn diese nämlich verloren würde, dann drohe: «Abschied von Europa. Aus Abendland wird Morgenland.»⁴³ Vom hergebrachten Patriotismus, dem Vaterlandsbegriff, der mit dem Nationalstaat identifiziert wird, wird – der Not gehorchend – bei diesen rechten Vordenkern Abschied genommen, damit «wir» zu Patrioten des neuen Vaterlandes, des Abendlandes werden können. Patriotische Europäer eben, die sich gegen die Islamisierung des Abendlandes verwehren. Dresden wird damit zum Poitiers der Gegenwart, zum Symbol der letzten Schlacht, denn Armageddon drohe, wenn hier, wo der Feind bisher noch am geringsten Fuß gefasst habe, nicht standgehalten werde.

Doch Guillaume Faye hatte bereits vor Jahren darauf hingewiesen, der Feind, mit dem die patriotischen Europäer kämpften, sei ein janusköpfiger. Der islamische Kopf sei deutlich erkennbar, doch untrennbar mit ihm verbunden sei ein zweiter verborgener, der amerikanische. Dieser sei schon in der Vergangenheit gefährlicher gewesen als die UdSSR, da diese ihren Teil Europas nur militärisch und ökonomisch besetzt gehalten habe, die USA den ihrigen dagegen ökonomisch und kulturell, wodurch die Substanz, das Wesen der europäischen Völker massiv gefährdet worden sei.⁴⁴ Die ehemalige DDR als Bestandteil des sowjetischen Hegemonialbereichs habe damit das bessere Ende für sich gehabt, sei noch «gesünder» geblieben als die durch den Liberalismus geschwächten Völker Westeuropas. In diesem Verständnis ist Europa kein Teil des Westens, sondern muss aus Eigeninteresse dessen unerbittlicher Gegner sein. Denn jener (amerikanische) Westen unternehme alles, um das noch gesunde Europa in seiner Widerstandskraft zu schwächen, um Werte und Traditionen zu zerstören.

40 Jebens, Albrecht: Wo sind die schöpferischen Minderheiten für die Rettung Europas?, in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart 2/2015, S. 1.

41 Als zentraler ideologischer Baustein der extremen Rechten ausführlich dargestellt bei Poupart, Franck: *Demain les barbares. Chroniques du grand effondrement*, o. O. 2014. Vgl. zur kritischen Auseinandersetzung Schneider, Manfred: *Der Barbar. Endzeitstimmung und Kulturrecycling*, München 1997.

42 Zur Abendland-Ideologie in der extremen Rechten vgl. besonders Faber, Richard: *Abendland. Ein politischer Kampfbegriff*, Hildesheim 1979; Dorowin, Hermann: *Retter des Abendlands. Kulturkritik im Vorfeld des europäischen Faschismus*, Stuttgart 1991 (beide Autoren auch mit Verweis auf den französischen Diskurs) und Schildt, Axel: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999. Als anschauliches Beispiel für den Einsatz dieser Ideologie vgl. Banse, Ewald: *Abendland und Morgenland. Landschaft/Rasse/Kultur zweier Welten*, Braunschweig/Hamburg 1926. Dieser hat mittels Fotos Abendland und Morgenland konfrontiert und findet dabei beim Abendland nur positive Erscheinungen und beim Morgenland – natürlich – nur negative.

43 Faulhaber, Theo: *Abschied von Europa. Aus Abendland wird Morgenland*, Neulengbach o. J. [2014].

44 Die neue Konjunktur des Antiamerikanismus auch in Frankreich zeigt sich zum Beispiel in der Wiederveröffentlichung des Klassikers der dortigen «Konservativen Revolution» (Aron, Robert/Dandieu, Arnaud: *Le Cancer américain*, Lausanne 2008) in einem der «Nouvelle Droite» nahestehenden Verlag.

Diese Vorstellung ist es, die die Russlandfahrten – oft verknüpft mit der bundesdeutschen – auf den Demonstrationen von Pegida & Co. zum Wehen bringt. Sie erklärt die Parteinahme pro Russland im Ukraine- wie im Krimkonflikt. Die zur EU drängende Ukraine ist schon heute ein Teil des Westens, das jetzige Russland dagegen ein Bollwerk gegen ihn. Ein Bollwerk auch gegen die angeblich auf dem Vormarsch befindliche Dekadenz, die in Gestalt der Auflösung traditioneller Familienstrukturen, der Zurückdrängung der Kirche und des christlichen Glaubens, der Omnipräsenz von Sucht und Drogen, der Zurückdrängung des hergebrachten Männlichkeitsbildes, der Homosexualität, der Permissivität, kurz: durch Conchita Wurst überall und stets droht. Einzelne Akteure der extremen Rechten, so der AfD-Funktionär Markus Frohnmaier, haben sich besonders dieser Propagandatätigkeit pro Russland verschrieben.⁴⁵ Andere, etwa Jürgen Elsässer, kooperieren offen mit russischen Propagandaagenturen. Es ist Vladimir Putin selbst, in dem sich dieses positive Russlandbild der extremen Rechten personifiziert. Er steht für all jene Werte, die der Westen vermeintlich bedroht.⁴⁶

So bekommt in diesen Kreisen, die ansonsten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vehement ablehnen, das russische Staatsfernsehen eine besondere Glaubwürdigkeit zugeschrieben, gelten russische WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen als unvoreingenommen und vertrauenswürdig. Eine geradezu allgegenwärtige Gestalt dabei in ganz Westeuropa ist seit mehr als 20 Jahren der Geopolitiker Alexander Dugin, ein Anhänger des italienischen traditionellen Philosophen Julius Evola. Er lebt von seinem (übertriebenen) Ruf, ein wichtiger Berater Putins zu sein, und wird gern als die Stimme Russlands zitiert. Wenn also ausgerechnet er in der einschlägigen Zeitschrift *Zuerst!* zum Drogenfund beim homosexuellen Grünen-Politiker Volker Beck zu Wort kommt, dann stehen seine Aussagen einerseits stellvertretend für die russische Position in diesen Fragen und unterstreichen andererseits mittels seiner Person die Bedeutung, die die deutsche Rechte dieser Causa beimisst. Für Dugin repräsentiert Volker Beck den «westlichen Virus», untrennbar zusammenzudenken mit der Dekadenz. «Was wir aber hassen, ist das «westliche Virus». Dieses Virus zerstört ganze Gesellschaften, es zerstört die Völker und Kulturen. Auch Deutschland ist von diesem Virus infiziert, auch die Deutschen leiden unter der Infektion. Pädophilie, Drogenkonsum, gleichgeschlechtliche Ehen und Masseneinwanderung – dies alles sind doch keine «deutschen Werte». Dies alles zeigt nur die Infektion durch das zerstörerische westliche Virus. Dies gilt auch für andere europäische Länder und sogar für Amerika. Kurz gesagt: Ihr leidet unter dem gleichen Virus, mit dem Ihr uns im Osten infizieren wollt.» Er fordert Konsequenzen: «Mit Gegnern wie Volker Beck brauchen wir gar keine Gegen-

45 Vgl. Köpke, Jörg: Jung, rechts und moskautreu, in: Leipziger Volkszeitung, 18.3.16, S. 3. Gleiches gilt für den Chefredakteur der Monatszeitschrift *Zuerst!*, Manuel Ochsenreiter.

46 Als typische Darstellung in diesem Sinne vgl. Dugin, Alexander: Putin vs. Putin. Vladimir Putin viewed from the Right, London 2015. Eine kritische Untersuchung der tatsächlichen Bedeutung rechten Denkens für Putin bietet Eltchaninoff, Michel: Dans la tête de Vladimir Poutine, Paris 2015.

propaganda. Wir können uns zurücklehnen und abwarten, bis sie sich so zeigen, wie sie wirklich sind. Bei Volker Beck reichte es uns schon in der Vergangenheit, ihn nur anzusehen. Sein ganzes schlechtes Benehmen, sein affektiertes Getue, das verrückte Herumlaufen auf Schwulenparaden – auch in Rußland – zeigte uns schon lange, um was für eine Person es sich hierbei handelt. Volker Beck ist Symbol für alles, was wir nicht sein wollen. Und ich bin davon überzeugt, daß auch die Europäer nicht so sein wollen wie er. Wir müssen uns deshalb zusammentun, wir müssen uns zusammen vom westlichen Virus befreien.»⁴⁷

Die Befreiung vom «westlichen Virus» ist letztlich das Ziel der geschilderten «identitären» Politik in Europa – von der französischen «Génération identitaire» und Guillaume Faye, Renaud Camus, Jean Raspail über das «Institut für Staatspolitik» bis hin zu Pegida und seinen Ablegern. Die Verhinderung des «Untergangs des Abendlandes» erfolgt über die Abschottung vom Westen. Die Berufung auf Werte und Tradition ist gleichbedeutend mit der Ablehnung der Aufklärung sowie ihrer Zuspitzung in der Kulturrevolte von 1968. Gelingt dies nicht, so drohe – es sei wiederholt – Armageddon. Es handelt sich um apokalyptisches Denken reinsten Art.⁴⁸ Wann aber kommt jener biblische Tag des Jüngsten Gerichts, das Ende aller Geschichte? Er kommt dann, wenn der Antichrist die Herrschaft auf Erden angetreten hat. Es gilt also jenen zu finden, der den Antichristen aufhalten kann, den Katechon.⁴⁹ Stellt sich eigentlich nur noch eine Frage: Ist etwa Lutz Bachmann der Katechon?

47 Dugin, Alexander, in: Zuerst, Nr. 4/16, S. 69, unter <http://zuerst.de/2016/03/18/exklusiv-bei-zuerst-prof-alexander-dugin-ueber-den-fall-volker-beck-abgeordnete-wie-beck-werten-ein-parlament-nicht-auf-sie-pervertieren-es/>.

48 Dazu noch immer unverzichtbar sind Vondung, Klaus: Inversion der Geschichte. Zur Struktur des apokalyptischen Geschichtsdenkens; in: Kamper, Dietmar/Wulf, Christoph (Hrsg.): Das Heilige. Seine Spur in der Geschichte, Frankfurt/M., 1987, S. 600–623; Vondung, Klaus: Die Apokalypse in Deutschland, München 1988; sowie Brokoff, Jürgen: Die Apokalypse in der Weimarer Republik, München 2011.

49 Zum Rückgriff auf diesen auch von Carl Schmitt wiederholt ins (politische) Spiel gebrachten Begriff vgl. Hertweck, Frank/Kisoudis, Dimitrios (Hrsg.): «Solange das Imperium da ist.» Carl Schmitt im Gespräch 1971, Berlin 2010; Meuter, Günter: Der Katechon. Zu Carl Schmitts fundamentalistischer Kritik der Zeit, Berlin 1994; Stemeseder, Heinrich: Der politische Mythos des Antichristen. Eine prinzipielle Untersuchung zum Widerstandsrecht und Carl Schmitt, Berlin 1997; Seitter, Walter: Katechontiken im 20. Jahrhundert nach Christus; in: Tumult – Schriften zur Verkehrswissenschaft, Nr. 25, 2001, S. 104–127. Heute kann man die Zeitschrift *Tumult*, in der der Beitrag von Seitter publiziert wurde, mit Fug und Recht als Theorieorgan von Pegida bezeichnen. Der inzwischen wieder in Dresden ansässige Kopf des Blattes, Frank Böckelmann, gehört zu jenen Intellektuellen, die den Weg von ganz links (*Subversive Aktion*) nach ganz rechts gegangen sind. Als Beispiel für die konservativ-revolutionäre Auseinandersetzung mit dem Katechon vgl. Freyer, Hans: Weltgeschichte Europas, 2 Bde., Wiesbaden 1948.

Andreas Bohne

«DIE BURSCHENSCHAFTERFAHNE IST ZURÜCK AUF DER STRASSE»

«DEUTSCHE BURSCHENSCHAFTEN»¹ IN DEN REIHEN DER ANTI-GEFLÜCHTETEN-PROTESTE²

Neulich schrieb die «Deutsche Burschenschaft» auf ihrer Facebook-Seite: «Die Burschenschaftlerfahne ist zurück auf der Straße. Zum Wohl unseres Volkes und unserer Heimat. Burschen heraus!»³. Damit nahm sie Bezug auf eine «Wir sind die Grenze»-Demonstration in Freilassing am 9. Januar 2016, organisiert unter anderen von der «Identitären Bewegung Deutschland». Ein Blick auf die Aussage verdeutlicht die dahinterliegende Denkstruktur: Wichtig ist der Verweis auf Tradition mit Bezug zur Aktualität («Burschenschaftlerfahne ist zurück»), der diskursive Bezugsrahmen «Volk» und «Heimat» sowie kollektive, männliche Identität und Aktionsbereitschaft («Burschen heraus!»).

Im Zuge des gegenwärtigen «Flüchtlingskrise» sind es vor allem CSU, AfD und Pegida-Demonstrationen in ihren lokalen Abwandlungen, welche den öffentlichen Gegendiskurs anführen und gegen Zuwanderung und vermeintliche Islamisierung wettern. In der zweiten Reihe dieser Proteste stehen diverse konservative Plattformen (z. B. «Institut für Staatspolitik») sowie Zusammenschlüsse und Parteien der politischen und extremen Rechten (z. B. aktuell vor allem im süddeutschen Raum «Der III. Weg»). Burschenschaften sind zwar der zweiten Reihe zuzuordnen, allerdings gibt es diskursiv und personell Überschneidungen mit der ersten Reihe.

Im Herbst 2015 offenbarte die «Deutsche Burschenschaft» unter dem Titel «Stellungnahme der Vorsitzenden Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft zur Asyl-

1 Im Folgenden wird sich auf den Dachverband «Deutsche Burschenschaft» konzentriert.

2 Stand: Mitte März 2016.

3 Ähnliche Zitate lassen sich immer wieder finden: «Es ist nie zu spät. Burschen heraus!» (darunter ein Foto mit Flaggen der «Identitären Bewegung» in Österreich und der «Urburschenschaft» auf der Facebook-Seite der Deutschen Burschenschaft, 13.12.2015); «Lange war es ruhig geworden um diese Fahne. Doch diese Zeiten sind vorbei. Die Burschen sind zurück! Dresden, Spielfeld, Freilassing, Graz. Wo geht es weiter?» (Facebook-Seite der «Deutschen Burschenschaft», 18.12.2015).

krise» ihre Gedankenwelt. Vorsitzende Burschenschaft war zu dieser Zeit [2015] die «Germania Marburg», weithin bekannt für ihre Verbindungen zur rechten Szene.⁴ In der Stellungnahme heißt es:

«Die Marburger Burschenschaft Germania nimmt als Vorsitzende Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft die aktuellen Entwicklungen um die vorherrschende Asylkrise in der Republik Österreich sowie der Bundesrepublik Deutschland mit großer Sorge zur Kenntnis und ist sich darin einig, dass bereits seit geraumer Zeit von einem Totalversagen der politisch Verantwortlichen gesprochen werden muss. Die Lage ist nicht nur prekär oder außer Kontrolle. Vielmehr ist für das deutsche Volk ein Ausnahmezustand eingetreten, der sowohl das tägliche Leben als auch unsere Zukunft als selbstbestimmtes [sic!] Souverän gefährdet, gar unmöglich macht. Deutschland und Europa – und mit ihnen auch die Deutsche Burschenschaft – müssen diesem Prozess der Zersetzung entschieden entgegentreten. Vor diesem Hintergrund dürfen wir auf die im Jahr 2013 vom Verband beschlossenen «Leitmotive der Deutschen Burschenschaft» hinweisen. Diese damals bereits absehbare Krise wurde von uns nicht nur vorhergesagt und erkannt, sondern es wurden unsererseits auch Leitgedanken beschlossen, die von allen Mitgliedsvereinigungen unseres Dachverbandes unterstützt werden.»

Auf die in der Stellungnahme erwähnten «Leitmotive der Deutschen Burschenschaft»⁵ wird im Text immer wieder verwiesen. Im Folgenden soll sich aus verschiedenen Richtungen dem Thema «Burschenschaft und Antimigration» in den vergangenen Monaten angenähert werden.

Eigenes Agieren – intern und öffentlich

In der Verbandszeitschrift *Burschenschaftliche Blätter* kommen Burschenschafter und Sympathisanten zu Wort.⁶ Sie dient als Plattform und zum Austausch für (neu-)rechte und konservative Kreise. Das Thema Flüchtlinge, MigrantInnen oder AusländerInnen ist seit vielen Jahren – eigentlich seit Entstehen der Zeitung Ende des 19. Jahrhunderts (hier vor allem bezogen auf die Anzahl ausländischer Studierender) – ein wiederkehrendes Thema. In aktuellen Ausgaben zu «Asyl und Migration» (3/2014) oder «Nonkonforme Bewegungen» (1/2015) wird über eine «Neuordnung des Asylwesens»⁷ unter anderem durch Anlaufstellen in Nordafrika diskutiert, als präferiertes Mittel werden «Botschaftsverfahren» vorgeschlagen, und es wird die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und Visumpflicht gefordert. Damit wurde

4 Vgl. <https://linksunten.indymedia.org/de/node/128923> und www.fr-online.de/rhein-main/marburger-burschenschaft-radikalisierung-befuerchtet,1472796,29707386.html.

5 Insbesondere die Kapitel «Vaterland, Burschenschaft und Europa» und «Bevölkerung, Familie, Migration» sind für eine Einordnung relevant.

6 Unter anderem Martin Sellner von der «Identitären Bewegung» in Österreich (in: *Burschenschaftliche Blätter* 1/2015, S. 4–6); Felix Menzel (in: *Burschenschaftliche Blätter* 2/2014, S. 68–73) und Johannes Konstantin Poensgen (in: *Burschenschaftliche Blätter* 1/2015, S. 8–10).

7 Geschrieben von Felix Menzel.

der aktuellen Politik (Stand: Anfang 2016) teilweise vorgegriffen. Vorrangig geht es in den Artikeln um das Benennen von potenziellen Gefahren einer multikulturellen Gesellschaft. Traditionell und ihrem Selbstverständnis folgend, einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung leisten zu wollen, organisieren Burschenschaften Informationsabende (sogenannte burschenschaftliche Abende). So etwa die «Germania Halle zu Mainz», die zu einer Veranstaltung mit der ehemaligen Dresdener Oberbürgermeisterkandidatin für Pegida, Tatjana Festerling, am 29. Oktober 2015 lud,⁸ oder die Berliner «Burschenschaft Gothia», bei der am 21. Oktober 2015 Otto Dreksler, Polizeidirektor a.D., über «Die Asylproblematik in Deutschland aus polizeilicher Sicht» referierte.⁹ Dreksler ist unter anderem für seine offenen Sympathien für die AfD bekannt. Akif Pirinçci wiederum trat am 5. Dezember 2015 bei der «Germania Hamburg» auf.¹⁰

In die gleiche Kategorie sind Seminare oder andere Bildungsformate einzuordnen. Als Beispiel sei auf die «XI. Bielefelder Ideenwerkstatt» der «Burschenschaft Normannia Nibelungen» im November 2015 verwiesen.¹¹ Diese Veranstaltung verband die Themen Medien und Pressefreiheit mit der Flüchtlingssituation sowie die aktuelle Rolle der Burschenschaften in der politischen Landschaft in Deutschland. Zu den Referenten zählte unter anderen der notorische Udo Ulfkotte, der zum Thema «Gekaufte Journalisten und die Asylindustrie» sprach.¹²

Auf dem Gelände der «Frankonia Erlangen» fand am 4. Juli 2015 der vierte «Zwischentag», eine Art Messe für rechte Verlage, statt. Organisiert wird der «Zwischentag» vom Chef des «Instituts für Staatspolitik», Götz Kubitschek, der ohnehin verstärkt «auf der Straße» Präsenz zeigt und «eingreift». Oberthema des «Zwischentages» war «Geopolitik und Einwanderung». Vertreten waren Burschenschafter, das *Compact*-Magazin von Jürgen Elsässer und einzelne Autoren wie *Blaue-Narzisse*-Betreiber Felix Menzel¹³ (u. a. Autor von «Die Ausländer. Warum es immer mehr werden»; Blog: Einwanderungskritik.de). Götz Kubitschek ist immer wieder in burschenschaftlichen Kreisen unterwegs. Seine maßgebliche Stellung verdeutlicht nicht nur die Organisation des «Zwischentages» bei der «Frankonia Erlangen», sondern dass er ebenso auf dem Festkommers zum 200-jährigen Bestehen der «Deutschen Burschenschaften» in Eisenach 2015 sprach und dort als Sprecher auf Pegida- und Legida-Veranstaltungen vorgestellt wurde. Auch Proteste unterstreichen sein Ansehen: Schon 2014 musste der «Zwischentag» nach Protesten und Kritik auf das Gelände der «Alten Breslauer Bur-

8 Facebook-Seite der «Germania Halle» zu Mainz, 3.12.2015, unter:www.facebook.com/germaniahallezumainz/posts/900589120036702.

9 Vgl. www.gothia.de/termine.html.

10 Vgl. <http://publikative.org/2015/11/27/pirincci-hamburg-germania/> und www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-nord/winterhude/article206757609/Umstrittener-Autor-liest-bei-rechter-Burschenschaft.html.

11 Vgl. <http://bielefelder-ideenwerkstatt.de/pages/xi.-bidw-2015.php>.

12 Vgl. <http://bielefelder-ideenwerkstatt.de/pages/xi.-bidw-2015/referenten.php>.

13 Vgl. <http://zwischentag.de/zwischentag/begleitprogramm/>.

schaft der Raczek zu Bonn» ausweichen. In seiner Rede auf dem Festkommers der «Deutschen Burschenschaft» erwähnte er dann auch die Flüchtlingskrise sowie den Kampf des Islam gegen das Christentum. Außerdem baute er eine Bedrohungskulisse durch Flüchtlinge, Alt-68er, Homosexuelle etc. auf.¹⁴ Die Burschenschaft dagegen forderte er auf, Verteidiger des «Eigenen» zu werden.

Während die *Burschenschaftlichen Blätter* und die internen Veranstaltungen oftmals auf Verbindungskreise reduziert bleiben, dient das Internet (bzw. die «Netzseiten» in der Sprache der Burschenschaften) zur Mobilisierung und zum Aufbau einer vermeintlichen (Gegen-)Öffentlichkeit. Die Homepages und sozialen Medien wie Facebook geben einen Eindruck von den rassistischen und rechten Ansichten der Burschenschaften. Soziale Netzwerke werden gezielt als Möglichkeit zum Teilen von Zeitungsartikeln und -meldungen genutzt, die über Probleme im Zusammenhang mit der «Flüchtlingskrise» berichten. Ein Beispiel ist die Facebook-Seite der «Thessalia zu Prag» in Bayreuth. Dort werden Artikel großer Medien wie *Die Zeit* und *Süddeutsche Zeitung* – die sonst als Lügen- oder Systempresse bezeichnet werden – verlinkt und geteilt. Natürlich immer nur, wenn Negatives zu berichten ist.

Daneben dienen soziale Netzwerke zur Vernetzung und zum «Liken» von Aktionen und Kampagnen wie «Ein Prozent».¹⁵ Ähnlich wie soziale Medien oder die Vernetzung mit Kampagnen für ein Heraustreten der Burschenschaften in den öffentlichen Raum dienen, kann auch die Teilnahme von Burschenschäftlern an den Pegida-Aufmärschen in Dresden – bereits in der ersten Aufschwungphase im Dezember 2014 – beziehungsweise an den Aktionen ihrer Ableger gewertet werden. Das Gleiche gilt für Beteiligungen an Veranstaltungen der «Identitären Bewegung». Hier signalisiert man Aktionismus, schließlich gab es innerhalb burschenschaftlicher Kreise Kritik an zu geringer beziehungsweise zu zögerlicher Beteiligung an Protesten.¹⁶ Die Beteiligung verdeutlicht den Schritt aus den Verbindungshäusern hinaus auf die Straße.

Diskursive Strategien

Bei näherer Betrachtung lassen sich verschiedene diskursive Strategien feststellen. Zuerst wäre der Abwehrdiskurs zu nennen: Besonderer Anknüpfungspunkt ist die sogenannte Überfremdung. Man beklagt den Verlust der kulturellen Identität, den Untergang der deutschen «Kulturnation» und schließlich gar den «Volkstod». Völkisch motivierte Argumentationen dienen der Abgrenzung insbesondere zum Islam und

14 Dies ist eine gängige Argumentation in vielen (neu-)rechten Kreisen.

15 Vgl. hierzu den Beitrag von Felix Korsch in dieser Publikation.

16 In einer Facebook-Nachricht der «Deutschen Burschenschaft» vom 20.10.2015 heißt es: «Immer wieder erreichen uns Nachrichten und Kommentare, die Burschenschäftler sollten endlich ihre Häuser verlassen und sich dem bürgerlichen Protest anschließen. Wer aufmerksam beobachtet, wird längst bemerkt haben, dass diese Aufrufe völlig überflüssig sind. Auch am gestrigen Abend waren wir wieder zahlreich vertreten. Unsere Fahne weist den Weg!».

damit der Abwehr einer vermeintlichen Islamisierung.¹⁷ Bezugspunkt ist das christliche Abendland, welches gegen das Vordringen des Islam verteidigt werden müsse. Notwendig sei – nach Ansicht der Burschenschaften – für MigrantInnen das Beherrschen der deutschen Sprache und Respekt vor einem christlich-abendländischen Wertekodex (auf den christlich-jüdischen wird sich hier explizit nicht bezogen), wie es in den «Leitmotiven der Burschenschaften» heißt. Nach diesen Leitmotiven wird «eine unkontrollierte Zuwanderung» abgelehnt und ein möglicher Verfall der eigenen Kultur beschworen.

Daneben ist die Wortwahl entscheidend: Es wird von «Asylkrise», «Asylindustrie», «Asyllobby», «Asylwahn» und «Asylantenströmen» gesprochen.¹⁸ Die Nutzung des Wortes «Asylanten» gehört vergangenen Jahrzehnten an, ebenso wie die Verwendung von Bezeichnungen wie «Zigeuner».¹⁹ Verbunden wird das Wort Asyl mit negativ konnotierten Begriffen wie Krise, Wahn usw., um eine Bedrohungskulisse aufzubauen und das Versagen der gegenwärtigen Politik zu betonen.

In den burschenschaftlichen beziehungsweise mit ihnen sympathisierenden Kreisen findet sich oftmals eine explizite Unterscheidung zwischen «politisch verfolgten» Flüchtlingen und sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen, die auch «vorausplanende Flüchtlinge»²⁰ genannt werden. Nach den burschenschaftlichen «Leitmotiven» sieht man sich lediglich «einer an Qualifikationskriterien gebundenen, ausschließlich am ökonomischen Bedarf orientierten Zuwanderungspolitik» verpflichtet. Maximal geht es um eine Inwertsetzung der wirtschaftlichen Potenz von MigrantInnen im Sinne einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und damit den Anschluss an gängige Forderungen.

Sehr wichtig ist des Weiteren der Sicherheits- und Abwertungsdiskurs: Dabei werden MigrantInnen als schwer integrierbar und oftmals kriminell dargestellt. Entsprechend wird die Abschiebung «krimineller Ausländer» und von «Straftätern mit Migrationshintergrund» (zit. nach den «Leitmotiven») gefordert. Hier verknüpfen Burschenschaften die von ihnen so bezeichnete Asylkrise mit den Themen innere Sicherheit und «Law and Order». In den Facebook-Posts von Burschenschaften werden immer wieder die vermeintliche Kriminalität von MigrantInnen und Geflüchteten thematisiert und entsprechende Zeitungslinks geteilt.²¹ Im Zuge der sexuellen Übergriffe in Köln nahm eine entsprechende Radikalität zu: So bietet die Dresdner «Burschenschaft Salamandria» neuerdings Selbstverteidigungskurse für Frauen an.²² Als kriminell werden ebenso Selbstermächtigungsprozesse von Flüchtlingen abgelehnt,

17 Vgl. z. B. Markovics, Alexander: Vom Internet auf die Straße, in: Burschenschaftliche Blätter 1/2015, S. 15.

18 Winterboer, Gerrit: Mitteilung der Schriftleitung, in: Burschenschaftliche Blätter 3/2014, S. 67; Markovics: Vom Internet, S. 16.

19 Vgl. hierzu Vorwort in: Burschenschaftliche Blätter 3/2014.

20 Vgl. z. B. Menzel, Felix in: Burschenschaftliche Blätter 3/2014, S. 69.

21 Natürlich sollen hier keine Gewalttaten und Verbrechen bagatellisiert werden.

22 Eintrag auf der Facebook-Seite der Dresdener «Burschenschaft Salamandria» am 8.1.2016.

etwa wenn MigratInnen durch Hausbesetzungen oder Streiks ihren Aufenthaltsstatus erwirken oder auf ihre verzweifelte Lage hinweisen wollen.²³

Diese Delegitimierung von Handlungen Geflüchteter passt zur allgemein verbreiteten Geringschätzung von anderen sozialen Randgruppen wie etwa Erwerbs- oder Obdachlosen, aber auch von LGBTIQ und FeministInnen (wobei die Ablehnung der Letzteren nicht der «leistungsorientierten» Perspektive entspringt). Ähnlich wie das deutsche Sozialsystem «Arbeitsscheue» auffange, so heißt es, diene es auch als Anreiz zur Einwanderung. Bezogen auf LGBTIQ, Genderfragen und Feminismus blenden Burschenschaften in Fragen zu Flucht und Asyl ihre patriarchalen, homophoben Vorurteile und Sichtweisen taktisch aus, um Fluchtgründe zu negieren oder zu delegitimieren. Oftmals dient der Bezug auf offene Diskriminierungen und Vorurteile gegen LGBTIQ in vielen afrikanischen und arabischen Herkunftsländern dieser Menschen dazu, eine vermeintliche Unvereinbarkeit zwischen «deren» und «unserem europäischen» Wertekanon nachzuweisen.²⁴ Eine ähnliche Argumentation gibt es in Bezug auf Frauenrechte. Um die Akzeptanz von Geflüchteten in weiteren Gesellschaftsgruppen zu reduzieren, schlägt zum Beispiel die «Germania Hamburg» oder die Erlanger «Burschenschaft Frankonia» vor, diese in den Wohngebieten von «gut situierten Wohlstandsräumen» anzusiedeln.²⁵

Beliebte und häufig bemühte Feindbilder sind zudem die «Lügenpresse» und «die etablierte Politik», denen man vorwirft, «Überfremdung» zulassen oder durch Nicht-handeln zu befördern. Entsprechend werden Personen wie Akif Pirinçi verteidigt²⁶ oder auch andere, den Burschenschaften zugewandte Personen wie Rolf Stolz²⁷ eingeladen, etwa von der «Danubia München». (Partei-)politische Zugehörigkeiten sind nicht maßgeblich. Das sieht man an vielfach zitierten Personen wie Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky²⁸ von der SPD. Auf sie und andere wird sich gern bezogen, sie gelten als mutige Politiker, die sich den Tatsachen stellen und nicht dem Regime der «politischen Korrektheit» unterwerfen würden. In dem Zusammenhang wird immer wieder Meinungsfreiheit gefordert beziehungsweise jegliche Kritik an den eigenen Positionen im Umkehrschluss als Meinungsverbot bewertet.

Personelle Verflechtungen

Es ist nichts Neues, dass Burschenschafter gerade durch ihre elitären Netzwerke in die Politik hineinwirken oder selbst professionelle Parteipolitiker sind (sei es bei der

23 Vorwort in: Burschenschaftliche Blätter 3/2014.

24 Vgl. u. a. den Facebook-Eintrag auf der Seite von «Frankonia Erlangen» vom 25.8.2015.

25 Thiermann, Raphael: «Kontrollierte Einwanderung» in Gegenden der Besserverdienenden, in: Burschenschaftliche Blätter 1/2015, S. 32–33; Facebook-Eintrag der Erlanger «Burschenschaft Frankonia» am 1.8.2015.

26 «Ich bin deutscher als jeder Deutsche!», Interview mit Akif Pirinçi in: Burschenschaftliche Blätter 3/2014, S. 76–78.

27 Rolf Stolz schreibt unter anderem für die *Junge Freiheit* und *Compact*.

28 Facebook-Verlinkung auf der Seite der Berliner «Burschenschaft Gothia».

CDU, CSU oder AfD). Im Folgenden sollen einige Beispiele von personellen Verflechtungen mit der AfD²⁹ als nationalkonservativer Partei³⁰ näher beleuchtet werden sowie das burschenschaftliche Agieren im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise.

Seit 2014 ist Gordon Engler, Sprecher der «Deutschen Burschenschaft», für die AfD in der Dresdner Kommunalpolitik aktiv. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Partei im Dresdner Stadtrat. Zu seinen wichtigsten Zielen in Bezug auf die Stadt Dresden schreibt er, er wolle «die verheerende Ausbildung von Parallelgesellschaften, wie in vielen westdeutschen Großstädten, nicht entstehen lassen».³¹ Im Rahmen seiner Funktion als Kommunalpolitiker stellt Engler für die AfD-Fraktion immer wieder Anfragen und Anträge und hält Reden zur Unterbringung von AsylbewerberInnen. Engler selbst unterscheidet – ganz in Übereinstimmung mit der burschenschaftlichen Argumentation – zwischen «wahren politischen Flüchtlingen» und Wirtschaftsflüchtlingen, die schnellstmöglich abgeschoben werden müssten.³² Er nutzt pauschal den Begriff «Einwanderer» und erklärt das damit, dass «die Termini Flüchtlinge, Asylbewerber oder Schutzsuchende nur den Umstand [kaschieren würden], was diese Menschen tatsächlich darstellen: sie sind nämlich gekommen, um zu bleiben. Die Frage ist nur, ob wir als Gastgeber und Staatsbürger dieses Landes das überhaupt so wollen.»³³ Er fordert Sach- statt Geldleistungen und kritisiert dementsprechend staatliche Stellen für Versäumnisse bei der Rückführung abgelehnter AsylbewerberInnen.³⁴ Interessant ist, dass Engler versucht, linke und alternative Projekte mit dem Argument der «Flüchtlingskrise» auszubooten. So schlug er vor, auf die geplante (Teil-)Nutzung der Alten Feuerwache in der Dresdner-Neustadt durch die «Kreativwirtschaft» zu verzichten und dort ein Flüchtlingsheim einzurichten.³⁵ Ebenso forderte er, MigrantInnen vorwiegend in dem alternativen Viertel Dresden-Neustadt unterzubringen.³⁶

29 Vgl. auch www.spiegel.de/unispiegel/studium/burschenschaften-und-afd-allianz-der-rechtspopulisten-a-962356.html.

30 Zur AfD und zu personellen Verflechtungen mit der extremen Rechten vgl. u. a. Korsch, Felix/Wölk, Volkmar: Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der «Alternative für Deutschland», aktualisierte und erweiterte Neuauflage, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2015, S. 18–20.

31 Vgl. www.afd-fraktion-dresden.de/gordon-engler.html.

32 Vgl. www.sachsen-depesche.de/regional/gordon-engler-afd-%E2%80%9Edresden-leidet-unter-dem-versagen-der-landesregierung%E2%80%9C.html.

33 Vgl. www.afd-fraktion-dresden.de/unsere-reden/articles/stadtrat-am-29102015-aktuelle-stunde-asylbewerber-unterbringung.html.

34 Vgl. www.sachsen-depesche.de/regional/gordon-engler-afd-%E2%80%9Edresden-leidet-unter-dem-versagen-der-landesregierung%E2%80%9C.html.

35 Vgl. www.afd-fraktion-dresden.de/gordon-engler/articles/pressemitteilung-02092015-840.html. Ähnlich argumentierte er bezüglich der Dresdner Neustadt; und auch die Erlanger «Burschenschaft Frankonia» schlug vor, alternative, selbstverwaltete Räume zu nutzen – selbstverständlich mit Verweis auf einen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

36 Es sei in der Äußeren Neustadt «eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen überproportional hohe Akzeptanz gegenüber den Asylbewerbern zu erwarten und eine große Bereitschaft, diese Gäste auf Zeit in jeder Hinsicht zu unterstützen». Vgl. www.afd-fraktion-dresden.de/pressemitteilungen/articles/pressemitteilung-Asylunterkuenftel.html.

In Dresden gibt es weitere direkte Verbindungen zwischen Burschenschaften und AfD. So vertritt Dirk Taphorn, derzeitiger «Schriftleiter» der *Burschenschaftlichen Blätter*³⁷ nach Auskunft der AfD-Homepage die Interessen der Partei im Integrations- und Ausländerbeirat der Stadt. Taphorn trat genauso wie Gerrit Winterboer (Aachen-Dresdner «Burschenschaft Cheruscia») bei der Stadtratswahl 2014 als AfD-Kandidat im Dresdner Wahlkreis 6 an. Daneben sind weitere Burschenschafter in der Kommunalpolitik für die AfD aktiv, darunter Alexander Wolf, Mitglied der «Danubia München». Er sitzt seit Februar 2015 für die AfD in der Hamburger Bürgerschaft.³⁸ Seine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber MigrantInnen findet sich in entsprechenden Anträgen und Reden. Die Liste lässt sich fortsetzen: Weitere Burschenschafter in Reihen der AfD waren beziehungsweise sind Ulrich Wecke, Ralf Spitz, Philipp Runge (der unter anderem für die *Junge Freiheit* schreibt)³⁹ und Joachim Paul, der Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz ist.⁴⁰

Enge Beziehungen bestehen nicht nur zu politischen Parteien. Burschenschafter sind auch gut mit anderen (neu-)rechten Kreisen vernetzt, treten insbesondere als Autoren in Zeitschriften wie Jürgen Elsässers völkischem *Compact*-Magazin⁴¹ oder dem Periodikum des «Instituts für Staatspolitik» *Sezession* in Erscheinung. Daneben gibt es Überschneidungen mit der «Identitären Bewegung» insbesondere in Österreich⁴² oder mit Kampagnen wie «Ein Prozent». An dieser ist mit Philip Stein («Germania Marburg») der ehemalige stellvertretende Sprecher der «Deutschen Burschenschaft» beteiligt, der auch zeitweise als Chefredakteur der *Burschenschaftlichen Blätter* (Nr. 1 bis 16) fungierte.

Möglicher Erklärungsrahmen

Nach ihrer Selbstdefinition sind Burschenschaften nicht «rechtsextreme» Kräfte, vielmehr verorten sie sich im bürgerlich-konservativen und «neurechten» Lager, hier in Abgrenzung zum Neonazismus. Das Festhalten an bestehenden Herrschafts- und Lebensverhältnissen bildet ein zentrales Ideologiemuster. Anders als neonazistische und offen rechts auftretende Kräfte sind sie oftmals in das hiesige institutionelle und politische System integriert, auch entsprechend ihres «elitären» Netzwerkanspruchs.

Im Zuge der «Flüchtlingskrise» argumentieren Burschenschaften zunehmend offen völkisch, chauvinistisch und nationalistisch. Da ist von der «Kulturnation» die Rede, vom «Vaterland» und dem «deutschen Studenten» als Mitglied von Burschenschaf-

37 Vgl. www.afd-fraktion-dresden.de/Ausl%C3%A4nderbeirat.html.

38 Vgl. www.abendblatt.de/hamburg/article137382479/Das-Burschenschafts-Geheimnis-der-Hamburger-AfD.html.

39 Vgl. www.spiegel.de/unispiegel/studium/burschenschaften-und-afd-allianz-der-rechtspopulisten-a-962356.html.

40 Vgl. www.derwesten.de/politik/die-sehnsucht-nach-abschottung-treibt-wahler-zur-afd-id11653558.html; <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/landtagswahlen-2016/afd-und-der-super-wahlsonntag-kandidatin-warnte-voreiner-infektionsgefahr-durch-fluechtlinge/13309710-3.html>.

41 So erschien der Artikel «Aufstand der Kleinen» von Philipp Stein zuerst in *Compact* (11/2014), bevor dieser in den *Burschenschaftlichen Blättern* (1/2015, S. 14) veröffentlicht wurde.

42 Vgl. Markovics: Vom Internet, S. 15 ff.

ten.⁴³ Das «Volk», dem eine «deutsch geprägte kulturelle Identität» unterstellt wird (zit. nach den «Leitmotiven»), ist zentraler Referenzpunkt. Aufgabe sei es, gegen dessen «Zersetzung» anzugehen (Stellungnahme der Burschenschaft zur Flüchtlingskrise). Dabei wird das «Volk» gleichzeitig auch als Ressource und Mobilisierungsmasse verstanden. Gerade am äußeren rechten Rand wie etwa bei der «Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn» ist ein völkisches Verständnis von Vaterland weit verbreitet.⁴⁴

Es finden sich auch zahlreiche inhaltliche Überschneidungen mit der «Identitären Bewegung»,⁴⁵ «Identität» und «Heimat» sind auch für Burschenschaften wichtige Bezugspunkte. Entsprechend verbündet man sich mit Gruppen, Netzwerken und Personen, mit denen gemeinsam gegen diejenigen agitiert werden kann, die vermeintlich eine Bedrohung für diese darstellen. Daneben finden sich in der Argumentation Elemente und Bezüge, die dem klassischen Konservatismus zuzurechnen sind. Dazu gehört die große Wertschätzung von Familie, Kirche und harter Arbeit. Zumindest wird immer wieder betont, wie wichtig es sei, diese zu fördern und zu bewahren.

Es wäre jedoch falsch, den Burschenschaften zu unterstellen, ihr Nationalismus sei vor allem Ausdruck von sogenannten Abstiegsängsten, eine Art «Krisennationalismus». Burschenschaften kämpfen nicht für den «kleinen Mann», der sich um seine Existenz sorgt, und agieren weder emanzipatorisch noch als Verteidiger des Sozialstaates. Im Gegenteil: Völkisch-nationales Gedankengut ist Teil des ideologischen Inventars der Burschenschaften, im Prinzip seit ihrer Gründung (obwohl es damals um 1815 in der Urburschenschaft auch liberales Gedankengut gab und auch immer gemäßigtere konservative und liberalere Strömungen, die aber Mitte der 1990er Jahre den Dachverband verlassen haben).

Viele Burschenschaften nutzen zudem geschickt ihren Entstehungszusammenhang und ihre Traditionen – 200-jähriger bürgerlichen Freiheitskampf, Beharren auf dem Grundprinzip der akademischen Freiheit, demokratisches Verständnis der Urburschenschaft –, um sich damit in der Öffentlichkeit Legitimation für ihre zum Teil

43 Unter anderen die Berliner «Burschenschaft Germania» (vgl. www.berliner-burschenschaft-germania.de/menschen/mitgliedschaft.html), die Berliner «Burschenschaft Gothia» (vgl. www.gothia.de/mitgliedschaft.html) und die «Burschenschaft Thessalia Prag» (vgl. http://thessalia.de/wir_fordern.html).

44 «Vaterland ist im engeren Sinne das Land der Väter, die angestammte Heimat der Vorfahren, die zu bewahren und bei Gefahr zu verteidigen nicht nur moralische Pflicht, sondern auch das vitale Interesse der lebenden Generation ist. Das gilt für alle Völker, solange sie sich nicht selbst aufgeben. Im weiteren Sinne ist das Vaterland die politische Heimat des auf diesem Boden lebenden Volkes, welches durch Abstammung, Sprache und kulturelle Identität auch im Rahmen eines größeren Kulturkreises besondere Gemeinsamkeiten aufweist. Nur wer sein eigenes Volk liebt, kann andere Völker achten. Ein Mensch ohne Bindung an sein Volk, seine Herkunft und Heimat ist wie ein Baum ohne Wurzeln. Seine Spur wird verwehen. Für die Deutsche Burschenschaft gilt: Unser Vaterland ist die angestammte kulturelle und geistige Heimat aller Deutschen unabhängig von staatlichen Grenzen. Das Vaterland und seine kulturelle Identität auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu bewahren, lebendig zu erhalten und beschützen, ist Pflicht jedes Deutschen.» Zit. nach www.raczeks.de/%C3%BCber-uns/grunds%C3%A4tze/.

45 Das zeigt sich nicht nur darin, dass einem Autor der österreichischen «Identitären Bewegung» in der Ausgabe 17/2015 der *Burschenschaftlichen Blätter* viel Raum eingeräumt wird.

offen rassistischen und völkischen Äußerungen zu verschaffen. Nach dem Motto: «Das wird man ja wohl mal sagen dürfen.» Andere Positionen, vor allem kritische Haltungen ihnen gegenüber, werden als Angriff auf die Meinungsfreiheit gewertet. Man sieht sich an den «gesellschaftlichen, politischen und medialen Pranger» gestellt. Dies «entbindet jedoch keinen Burschenschafter unserer Deutschen Burschenschaft von seiner Pflicht, für Ehre, Freiheit und Vaterland zu streiten», wie es Philip Stein formuliert.⁴⁶ So wird eine Radikalisierung gefördert und legitimiert.

Bei einer Analyse der Burschenschaften und ihrer Positionierung in Bezug auf die sogenannte Flüchtlingskrise wird eine Schwäche der linken Behandlung und Analyse von Rechtspopulismus und völkischem Nationalismus deutlich. Linke bringen diese häufig in einen Zusammenhang mit den Auswirkungen von makroökonomischen Austeritätspolitik und anderen ökonomischen und sozialen Verwerfungen (Stichwort: die bereits erwähnten Abstiegsängste). Zwar ist es durchaus denkbar, dass mit der Zurückdrängung neoliberaler Politiken und ihrer sozialen Folgen auch rassistische Vorurteile an Bedeutung verlieren würden. Stereotypisierung und Diskriminierungen würden damit aber sicherlich nicht verschwinden. Es ist die besondere Stärke von postkolonialen Analysen, alltagsrassistische Kontinuitäten und Abwertungen aufgezeigt und ihre Wirkungen herausgearbeitet zu haben. Diese Ansätze müssten daher einen viel größeren Raum in den politischen Debatten der Linken einnehmen.

Das bereits angerissene kontinuierliche Freund-Feind-Schema des «Wir und die anderen» wird nicht nur auf MigrantInnen angewandt, sondern auch auf politische GegnerInnen («Gutmenschen», «Chaoten»), bestimmte soziale Gruppen (LGBTIQ, Post-68er) und die Medien («Lügenpresse»)⁴⁷. Man zielt dabei auch nicht nur auf die «traditionellen» politischen GegnerInnen, gemeint ist oftmals auch die bürgerliche Elite wie Angehörige der CDU, denen vorgeworfen wird, Anreize für MigrantInnen zu schaffen, nach Deutschland, also ins «Vaterland» zu kommen. Kritisiert wird auch die Haltung von politischen (EU-Funktions-)Eliten, die der Migration zum Teil kritisch bis ablehnend gegenüberstünden, dies aber vor allem aufgrund wirtschaftlicher Bedenken und weniger aufgrund einer «werteorientierten» Haltung.⁴⁸ In ihren «Leitmotiven» fordern die Burschenschaften die hiesigen PolitikerInnen dazu auf, entsprechend dem Grundgesetz «Schaden vom deutschen Volk abzuwenden» und zu verhindern, dass es zu einer «Minderheit im eigenen Land» werde. Als Kritik an vielen VertreterInnen der «alten Eliten» kann das massenweise Überlaufen konservativer WählerInnen zur AfD gewertet werden.

46 Vgl. Mitteilungen der Schriftleitung, in: Burschenschaftliche Blätter 1/2015, S. 3.

47 Vom Antifeminismus ganz zu schweigen.

48 Grauf, Marcel: Zynismus um Afrika, in: Burschenschaftliche Blätter 3/2014, S. 79–80.

Fazit

Burschenschafter sind fast immer dabei, wenn es darum geht, gegen – aus ihrer Sicht – «illegale Einwanderung», die «Asylkrise» und den «Asylmissbrauch» zu Felde zu ziehen: entweder auf Demonstrationen, mit eigenen Veranstaltungen oder als (politische) Agitatoren gegen Zuwanderung. Hier zeigt sich deutlich der ethnisch-völkische Nationalismus der Burschenschaften. Burschenschaften als institutionelle Gruppen oder die «Deutsche Burschenschaft» als Dachverband sind selbst zwar nicht meinungsbeherrschend und können auch nicht wie etwa AfD oder Pegida Massen mobilisieren, sie nehmen jedoch aufgrund ihrer hervorragenden personellen Verflechtungen im rechten Spektrum durchaus inhaltlichen Einfluss und tragen zur «Meinungsbildung» bei.

Die Beteiligung an den aktuellen Anti-Migrations-Protesten und -Diskursen ermöglicht es den Burschenschaften, sich als aktive Gruppe und wichtigen politischen Player darzustellen. Damit können sich Burschenschaften mit ihren oftmals traditionellen Sichtweisen «endlich» wieder innerhalb tagespolitischer Geschehnisse positionieren, alten Forderungen Nachdruck verleihen und diese mit neuen kombinieren⁴⁹ sowie sich argumentativ verjüngen. Den «elitären» Zwiespalt – als Teil der (neoliberalen und politischen) Elite diese selbst zu kritisieren – überbrücken sie mit rassistischer Exklusion, mit Rückgriff auf eine sogenannte bürgerliche Werteorientierung und die Dichotomie des «Wir und die Anderen».

49 Ein aktuelles Beispiel ist die Forderung, Grenzkontrollen nicht am Brenner durchzuführen, weil damit die Trennung von Südtirol und Tirol weiter gefestigt würde. Pressemitteilung «Die Deutsche Burschenschaft lehnt Grenzkontrollen am Brenner und am Reschen ab!» vom 2.3.2016.

Christoph Kopke

«DER III. WEG»

PERSONAL, INHALTE UND AUFTRETEN EINER NEONAZISTISCHEN KLEINPARTEI

Zu den relativ neuen Erscheinungsformen des organisierten Neonazismus zählt die Partei «Der III. Weg», auch «Dritter Weg» genannt, die offiziell im Herbst 2013 in Heidelberg gegründet wurde.¹ Seitdem breitet sich die neue Kleinpartei in der Bundesrepublik aus. Eine Reihe der ParteiaktivistInnen war bereits zuvor als Mitglied der «Nationaldemokratischen Partei Deutschlands» (NPD) oder «freier Kräfte» politisch in Erscheinung getreten.

Ausweichstruktur für verbotene Kameradschaften

In der neuen Partei sind auffällig viele Personen organisiert, die zuvor exponiert der im Juli 2014 vom bayerischen Innenminister verbotenen Kameradschaftsstruktur «Freies Netz Süd» (FNS) angehört hatten. Laut den veröffentlichten Erkenntnissen des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz soll der «überwiegende Teil der Aktivisten des verbotenen Freien Netzes Süd [...] mit der Partei» sympathisieren oder «Mitglied oder Fördermitglied» sein.² Offensichtlich betrieben Kader des FNS bereits vor dem öffentlich lange angekündigten Verbot den Aufbau von Parteistrukturen. Damit, so eine Einschätzung des Verfassungsschutzes, hätten sie den «III. Weg» «zur derzeit prägenden neonazistischen Partei in Bayern gemacht».³

- 1 Zum «III. Weg» finden sich derzeit Informationen verstreut in der Medienberichterstattung, in Veröffentlichungen antifaschistischer Initiativen und in den Publikationen der Verfassungsschutzbehörden. Ein erstes Porträt in einem wissenschaftlichen Periodikum veröffentlichte Alexander Gallus im «Jahrbuch Extremismus und Demokratie», 27 (2015). Dort wird auch das Parteiprogramm dokumentiert. Vgl. Gallus, Alexander: Dokumentation 2014: Im Schutzmantel der Partei: «Der Dritte Weg» verläuft ganz weit rechts, in: JED 27 (2015), S.132–136.
- 2 Verfassungsschutzbericht Bayern 2014, S. 113. Fast wortgleich dazu auch: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u. a. vom 6. August 2015, S. 3 (= Bundestagsdrucksache 18/5725).
- 3 Vgl. www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/zufre-2014-parteien.html.

Unmittelbar nach der Parteigründung wurde unter anderem auf der Website des FNS bereits im Oktober 2013 berichtet, dass am «28. September 2013 »über ein Dutzend Aktivisten« bei einem Treffen in Heidelberg »in harmonischer Atmosphäre« eine »neue parteipolitische Plattform« geschaffen hätten – die Partei »Der Dritte Weg.«⁴ Szenekundige BeobachterInnen wiesen darauf hin, dass spätestens seit einer großen Razzia bei AktivistInnen des FNS im Sommer 2013 diese sich auf ein Verbot einzustellen hatten, dass diese ihrerseits Kontakte zum »III. Weg« knüpften und zum Teil noch vor dem FNS-Verbot in die neue Partei wechselten beziehungsweise entsprechende regionale Untergliederungen gründeten. Den FNS-Kadern, so die wohl zutreffende Einschätzung, erschien »Der III. Weg« »aufgrund der an das »25-Punkte-Programm« der NSDAP angelehnten Programmatik, der offenen Konkurrenz zur NPD sowie der militant-aktivistischen Ausrichtung [als] eine besonders attraktive Plattform«.⁵

Inhaltliche Ausrichtung

Die Partei versucht nicht, ihre offen militant neonazistische Ausrichtung zu verschleiern. Die öffentlich zugänglichen Materialien und auch die Webseite der Partei sprechen eine deutliche Sprache. Es sind im wesentlichen Inhalte und Themen, wie sie auch bei der NPD und noch stärker im Spektrum der sogenannten freien Kameradschaften zu finden sind. Aktuell dominiert die Kampagne gegen eine angebliche »Asylflut« und gegen in diesem Zusammenhang ausgemachte »kultur- und artfremde Eindringlinge«.⁶ Daneben werden immer wieder die Themen Repression und Verfassungsschutz⁷ angesprochen oder wird beispielsweise für den Boykott israelischer Waren geworben. Das eigentliche Parteiprogramm ist recht übersichtlich und beinhaltet wesentliche Kernelemente (neo-)nationalsozialistischer Positionen, wie die Forderung nach einer Bevölkerungspolitik zur Abwendung des angeblich drohenden »Volkstodes« oder nach der Herstellung wirtschaftlicher Autarkie.⁸

4 Andreasch, Robert: Der »dritte Weg« als Ausweg, Februar 2014, unter: www.aida-archiv.de/index.php/aktuelles-2/hintergrund/83-hintergrund-sueddeutschland/3973-der-dritte-weg-als-ausweg.

5 Hartl, Johannes u. a.: »Der III. Weg«. Ein Produkt der Krise des »Nationalen Widerstandes?«, in: Antifaschistisches Infoblatt 108, 3/2015, unter: www.antifainfoblatt.de/artikel/der-iii-weg“.

6 L., Julian: Landtagswahl Rheinland-Pfalz: Der Westerwald – Die Asylflut wandelt eine ganze Region, unter: www.der-dritte-weg.info.

7 Vgl. Der III. Weg (Hrsg.): Leitfaden zum richtigen Umgang mit staatlichen Anquatschversuchen, unter: www.der-dritte-weg.info.

8 Das Parteiprogramm (Dokumentation im Anhang), diverse Satzungen und eine Liste der Vorstandsmitglieder finden sich auf der Website des Bundeswahlleiters (www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/DER_DRITTE_WEG.pdf).

Struktur und Aufbau

Regional ist die Partei derzeit – obwohl dies in ihrer Satzung formal so nicht ausdrücklich vorgesehen ist⁹ – über sogenannte Stützpunkte organisiert. Hier ist zunächst ein organisatorischer Schwerpunkt in Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg erkennbar. Im August 2015 sollen dem «III. Weg» etwa 200 Mitglieder angehört haben.¹⁰ Die Partei scheint innerhalb des neonazistischen Spektrums einen gewissen Zuspruch und Zulauf zu erhalten, was sich in der zügigen Gründung weiterer regionaler Verankerungen und einer Ausbreitung vorwiegend nach Ostdeutschland ausdrückt. Seit Ende 2014 ist die Partei in Brandenburg aktiv.¹¹ Inzwischen existiert die Partei auch in Berlin.¹² Nannte die Partei um die Jahreswende 2015/16 noch 15 «Stützpunkte», so sind es laut ihrer Internetpräsenz (www.der-dritte-weg.info) im Februar 2016 bundesweit bereits 20. Unabhängig von der realen Existenz, Vitalität und Größe dieser «Stützpunkte» ist dies eine bemerkenswerte Entwicklung. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Partei dabei in Konkurrenz zur Partei «Die Rechte» steht oder ob beide Parteien arbeitsteilig vorgehen. In Nordrhein-Westfalen, wo sich die dort verbotenen Kameradschaften überwiegend der Partei «Die Rechte» angeschlossen haben, verfügt «Der III. Weg» mit dem «Stützpunkt Hermannsland» nun über einen Ableger, dessen AktivistInnen überwiegend der früheren «Kameradschaft Westfalen Nord»¹³ angehört haben sollen.

Teilnahme an der Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Bereits 2014 trat die Partei erstmals bei einer Kommunalwahl im Bundesland Rheinland-Pfalz an. Das Ergebnis von 301 Stimmen im Landkreis Bad Dürkheim reichte jedoch nicht für ein Mandat.¹⁴ Im März 2016 nahm die Partei in Rheinland-Pfalz und damit bundesweit erstmals an einer Landtagswahl teil. Die Landesliste umfasste insgesamt vier BewerberInnen. Neben dem Parteigründer, dem ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Kreisverbands Deutsche Weinstraße und früheren NPD-Kreistagsabgeordneten, Klaus Armstroff, und seiner Ehefrau, der früheren NPD-Landesvorsitzenden Dörthe Armstroff, kandidierten zwei weitere männliche Aktivisten auf der Landesliste.¹⁵ Der Wahlantritt in einem westdeutschen Bundesland erscheint nur auf den ersten Blick ver-

9 Paragraph 10, 2 der Satzung regelt: «Der Kreisverband ist die kleinste selbständige organisatorische Einheit der Partei DER DRITTE WEG mit selbständiger Kassenführung. Für die organisatorischen und politischen Fragen seines Bereiches ist der Kreisverband zuständig.» Allerdings besagt § 5, 4: «In Bereichen, in denen keine Untergliederungen bestehen, können durch den Gesamtvorstand Stützpunktleiter ernannt werden, die mit dem Aufbau eines Verbandes beauftragt werden. Den Stützpunktleitern obliegt die Betreuung der Mitglieder vor Ort.» Zit. nach: www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/DER_DRITTE_WEG.pdf.

10 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u.a. vom 6. August 2015, S. 3 (= Bundestagsdrucksache 18/5725).

11 Als regionale Schwerpunkte gelten die Städte Angermünde, Prenzlau, Schwedt/Oder, Brandenburg an der Havel und Kloster Lehnin. Vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (BLpB): Der Dritte Weg, Potsdam 2015, unter: www.politische-bildung-brandenburg.de/node/11580.

12 Vgl. www.antifa-berlin.info/recherche/1096-der-iii-weg-in-berlin-eine-einschätzung.

13 Zit. nach www.antifainfoblatt.de/artikel/westerwald-eine-kameradschaft-und-ihr-ende.

14 Vgl. BLpB: Der Dritte Weg.

15 Vgl. www.wahlen.rlp.de/ltw/bekwkr/bek/2_LW2016_Bekanntmachung_LL_.pdf.

wunderlich: Rheinland-Pfalz gilt als «Stammland» der neonazistischen Kleinpartei und wichtige Funktionäre entstammen der dortigen NPD oder kommen aus dem Kameradschaftsverbund «Aktionsbüro Rhein Neckar» (ABRN). Im ABRN «kamen Neonazis aus ›Freien Kameradschaften‹, der NPD und der elitären ›Hammerskins‹ zusammen.»¹⁶

Auch die Materialien, die die Partei für den Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz auf ihrer Internetseite präsentierte, zeigen unverhüllt ihre völkisch-rassistische Grundausrichtung. Es sind die in diesem Spektrum verbreiteten Parolen und Slogans wie «Arbeit, Heimat, Zukunft – Keine Kameltreiber» oder «Grenzen dicht – Asylflut stoppen», mit denen die Partei auf Stimmenfang geht. Der Wahlantritt ist ein taktisch wichtiger Schritt, da «Der III. Weg» sich nur durch regelmäßige Antritte bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen den Parteistatus erhalten kann. In den letzten Jahren hat die Rechtsprechung den «Schutz» von neuen beziehungsweise kleinen Parteien deutlich gestärkt. Ein Verbot des «III. Weges» nach dem Vereinsrecht – wie 1995 noch bei der «Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei» (FAP) angewandt – ist juristisch wohl nicht oder nur schwer möglich. Inzwischen sind die «Parteimerkmale [...] generell so anzuwenden, dass sie in der Gründungsphase nur in geringem Maße erfüllt sein müssen».¹⁷ Mit einem Wahlantritt ist das wesentliche Parteimerkmal zunächst erfüllt. Das dürfte dem «III. Weg» für einige Zeit den Parteienstatus und die damit verbundenen Schutzrechte sichern.

Über konkrete Erfahrungen in der Kommunal- und Landespolitik verfügt, gemessen an ihrer personellen Zusammensetzung, nur eine Minderheit der Mitglieder. Im Januar 2015 wechselte Pascal Stolle, der im Jahr zuvor während der Kommunalwahl für die NPD angetreten war und in die Stadtverordnetenversammlung des brandenburgischen Bad Belzig gewählt worden war, zum «III. Weg» und schied aus dem Stadtparlament aus.¹⁸ Erst nach dem Übertritt des NPD-Stadtrates Thomas Lauter im sächsischen Plauen verfügt die Partei seit Juni 2015 über ein Kommunalmandat.¹⁹

Demonstrationen und Aktionen

Besonders fällt «Der III. Weg» durch eine rege Versammlungstätigkeit auf. Landauf, landab trommelt die umtriebige Partei zu «Aufmärschen» und Kundgebungen oder nimmt an entsprechenden Veranstaltungen anderer AnmelderInnen teil. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die Mobilisierung der Partei am 1. Mai 2015 nach

16 Müller, Josef: Stammland von «Der III. Weg», in: Der Rechte Rand, Nr. 158 (2015), S. 13.

17 Gutachten zur rechtlichen Qualität von «Die Rechte» und zu möglichen behördlichen Maßnahmen gegen dieselbe. Im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o. J. [2015], S. 33.

18 Presseservice Rathenow: Bad Belzig: NPD-Stadtrat wechselt zum «Dritten Weg», in: Infortiot. Alternative Termine und News für Brandenburg vom 4. März 2015, unter: www.infortiot.de/bad-belzig-npd-stadtrat-wechselt-zum-dritten-weg/.

19 Vgl. Redaktion: NPD-Kommunalpolitiker läuft zur Konkurrenz über, in: Endstation Rechts vom 22. Juni 2015, unter: www.endstation-rechts.de/news/kategorie/sonstige-1/artikel/saechsischer-npd-kommunalpolitiker-laeuft-zur-konkurrenz-ueber.html.

Saalfeld, wo etwa 600 TeilnehmerInnen ihren «Tag der nationalen Arbeit» begingen. Optisch erinnerte der Aufmarsch an die gleichnamigen Veranstaltungen des FNS aus vergangenen Jahren. Mit der Demonstration in Saalfeld konnte «Der III. Weg» allerdings bedeutend mehr AktivistInnen mobilisieren als die konkurrierende thüringische NPD, die in Erfurt zeitgleich etwa 200 Personen auf die Straße brachte.

«Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft» – Die Kampagne

Im Mittelpunkt der derzeitigen Aktivitäten steht klar das Thema (Anti-)Asylpolitik, die aktive Stimmungsmache gegen Geflüchtete und die in diesem Kontext unverhohlene und nur wenig verkläusulierte Freude an entsprechenden Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünften.²⁰ Das Thema wird über Kundgebungen und Demonstrationen flächendeckend auch in kleinen Gemeinden aufgerufen.

Allein in Brandenburg, wo «Der III. Weg» mit dem langjährigen Neonazi-Kader Maik Eminger,²¹ vormals «Bewegung Neue Ordnung» (BNO), «Schutzbund Deutschland», «Heimattreue Deutsche Jugend» (HDJ), «Junge Nationaldemokraten» (JN) und Mitinitiator der rechtsradikalen Kampagne «Ein Licht für Deutschland gegen Überfremdung»,²² sowie mit dem aus Bayern nach Angermünde verzogenen Matthias Fischer,²³ vormals «Fränkische Aktionsfront» (FAF), NPD, FNS, und anderen langjährigen AktivistInnen über erfahrene Kader verfügt, hielt «Der III. Weg» im Jahr 2015 mindestens elf eigene Kundgebungen ab und beteiligte sich an weiteren Veranstaltungen, die in erster Linie von der NPD organisiert worden waren.²⁴

Neben Demonstrationen und Kundgebungen versuchen die AktivistInnen mit Redebeiträgen und Flugblättern auf Bürgerversammlungen politisch zu intervenieren. Mit einem durchaus professionell wirkenden Leitfadern «Kein Asylantenheim in

20 Vgl. zusammenfassend: Ganz weit rechts – Was steckt hinter der Partei «Der III. Weg»? , 3Sat, Kulturzeit, Oktober 2015, unter: www.youtube.com/watch?v=IM06I6uv_XE.

21 Zur Biografie Maik Emingers und dessen Zwillingsbruder André, der als Unterstützer des rechtsterroristischen «Nationalsozialistischen Untergrunds» (NSU) im Münchner Prozess angeklagt ist, vgl. Baumgärtner, Maik: Weiße Bruderschaft. Die Netzwerke des Neonazi-Kaders Maik Eminger, in: Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hrsg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin/Potsdam 2016, S. 139–147, sowie die Porträts: Fröhlich, Alexander: Maik Eminger – Führungsfigur in der Neonazi-Szene, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 6.6.2015, unter: www.pnn.de/brandenburg-berlin/974145/; Fuchs, Christian/Müller, Daniel: Die Weißen Brüder, in: DIE ZEIT Nr. 16/2013, unter: www.zeit.de/2013/16/nsu-helfer-eminger-zwillinge/komplettansicht.

22 Vgl. Fröhlich, Alexander/Sommerfeld, Ney: Brauner Fackelmarsch, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 18.11.2014, unter: www.pnn.de/brandenburg-berlin/911618/.

23 Zur Biografie Fischers vgl. das Porträt in: Argumente – Netzwerk antirassistischer Bildung (Hrsg.): Braune Soß aus Franken – Strukturen der Neonazis und extrem Rechten in Mittel- und Oberfranken und der Widerstand dagegen, Berlin 2011, S. 29.

24 Im April 2015 bilanzierte der brandenburgische Verfassungsschutz: «Die Aktivitäten von «Der III. Weg» im Land Brandenburg zielen eindeutig auf den Aufbau fester organisatorischer Strukturen ab. Zurzeit kann von einer niedrigen zweistelligen Zahl an Mitgliedern und Sympathisanten ausgegangen werden. Darunter jedoch solche, die über Führungs- und Organisationserfahrungen verfügen, gut vernetzt sind und hohes Ansehen innerhalb der Szene genießen. Hierbei bestehen Bezüge zum gewaltorientierten Rechtsextremismus.» Zit. nach www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.395040.de. Vgl. weiter BLPB: Der Dritte Weg.

meiner Nachbarschaft! Wie be-/verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft» will die Partei «Anwohnern, in deren Umfeld ein Asylantenheim errichtet werden soll, eine Hilfestellung zu Be- bzw. Verhinderung dieses Vorhabens zur Hand reichen».²⁵ Das Heft führt in rechtliche Grundlagen des Asylverfahrens ein und widmet sich zentral den verschiedenen Formen, wie gegen ein Heim politisch und juristisch vorgegangen werden kann. Auch Muster für Petitionen und Strafanzeigen werden bereitgestellt. Nach Ansicht der Bundesregierung kann «nicht ausgeschlossen werden, dass entsprechende Bürgerinitiativen auf diesen Leitfaden zurückgreifen und ihn für ihre Zwecke nutzen». Bislang konnte jedoch noch kein «katalysatorischer Effekt» des Leitfadens festgestellt werden.²⁶ Auf ihrer Internetseite präsentierte die Partei überdies eine Google-Karte, auf der zahlreiche Flüchtlingsunterkünfte mit konkreter Adresse und geschätzter Bewohnerzahl markiert worden waren. Im Zuge des rasanten Anstiegs entsprechender rechtsmotivierter Straftaten im Sommer 2015 rief diese Karte nach Bekanntwerden ein so großes kritisches mediales Echo hervor, dass sie von Google aus dem Netz genommen wurde.²⁷

Weitere Themen und Aktionen

Wie im neonazistischen Spektrum typisch, wird auch vom «III. Weg» eine angebliche Verfolgung durch das «System» beklagt. Unter dem Motto «Stoppt die Repressionswut gegen deutsche Nationalisten!» führte «Der III. Weg» am 30. August 2014 einen Aktionstag durch. Mit der Verteilung von Flugblättern in mehreren bayerischen Ortschaften sowie Kundgebungen in Deggendorf und Göppingen wurde gegen das ein Monat zuvor erfolgte Verbot des FNS und gegen das Ermittlungsverfahren gegen die «Autonomen Nationalisten Göppingen» protestiert.²⁸ Mehrfach artikulierte die Splitterpartei ihre Solidarität mit der neofaschistischen Partei Griechenlands, der Chrysi Avgi (dt.: Goldene Morgenröte),²⁹ Mitglieder des «III. Weges» nahmen auch an Solidaritätsdemonstrationen in Griechenland teil.³⁰ Auch zu anderen Gelegenheiten traten Funktionäre des «III. Weges» auf Veranstaltungen neofaschistischer Gruppen im europäischen Ausland auf, so etwa der Parteivorsitzende Klaus Armstroff als Redner auf dem «Tag der Ehre» 2015 in Budapest.³¹

25 Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft, S. 2.

26 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u. a. vom 6. August 2015, S. 5 (= Bundestagsdrucksache 18/5725).

27 Hasters, Alice: Rechte Karte aus dem Netz genommen, in: Der Tagesspiegel, 17.7.2015, unter: www.tagesspiegel.de/medien/fremdenfeindlichkeit-im-internet-rechte-karte-aus-dem-netz-genommen/12061912.html.

28 Verfassungsschutzbericht Bayern, S. 115.

29 Zur Goldenen Morgenröte vgl. Psarras, Dimitris: Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Naziartei Goldene Morgenröte in Griechenland, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2013.

30 Thüringer Neonazis der Partei «Der III. Weg» bei Aufmarsch in Griechenland beteiligt, unter: <https://thueringerrechtsausen.wordpress.com/>.

31 Hartl: III. Weg, S. 19.

Darüber hinaus organisierte «Der III. Weg» Veranstaltungen mit Bezug zur NS-Geschichte und veranstaltete im November der letzten Jahre Aufmärsche am Volkstrauertag zum sogenannten Heldengedenken.³² Zu den wenigen Materialien, die auf der Website des «III. Weges» zum Download bereitstehen, gehört ein Flugblatt, das zum Boykott israelischer Waren aufruft. In einem offenen antisemitischen Duktus ist der Staat Israel für den «III. Weg» das «zionistische Geschwür im Nahen Osten». Ausdrücklich wird eine Liste von zu boykottierenden Firmen beziehungsweise Waren auf der islamistischen Webseite «Muslim-Markt» empfohlen.³³

Ausblick: Kaderpartei – Wahlpartei

Es fällt auf, dass beim «III. Weg» potenzielle InteressentInnen per Antrag kein reguläres Parteimitglied, sondern lediglich Fördermitglied werden können. Offensichtlich sind die vollwertigen Parteimitglieder ausgewählt. Der eigentliche Sinn der Parteigründung dürfte nicht vorrangig in der Werbung neuer Mitglieder bestehen. Offensichtlich soll hier eine «Kaderorganisation mit Parteienprivileg»³⁴ geschaffen werden. Zentral geht es wohl um den Aufbau handlungsfähiger Strukturen, die den «Schutzmantel der Partei»³⁵ für sich nutzen können.

Nachdem zu Beginn der 1900er Jahre eine Reihe von extrem rechten Kleinstparteien nach dem Vereinsrecht verboten worden war und diese Verbote auch gerichtlich bestätigt wurden, versuchte das neonazistische Spektrum, durch das Bilden fluide wirkender Netzwerke, die nach außen über keine erkennbare Struktur verfügen sollten, sich der staatlichen Repression zu entziehen. Dies funktionierte nur einen gewissen Zeitraum. Immer öfter wurden in den zurückliegenden Jahren durch von den Bundesländern extrem rechte Strukturen verboten, die sich formal nicht als Verein zu erkennen gaben. Dennoch sind die Verbote rechtlich wirksam geworden, da gemeinsames Handeln eines realen Kerns handelnder Personen nachgewiesen werden konnte.³⁶ Mit den Parteigründungen von «Die Rechte» und «Der III. Weg» hat die Szene offenbar darauf und auf eine veränderte Rechtsprechung zu Fragen des Parteienstatus kleinerer Parteien reagiert. Es ist davon auszugehen, dass dem «III. Weg» auch weiterhin eine relativ erfolgreiche Sammlung von Angehörigen der «freien Kräfte» auf Bundesebene gelingen könnte. Wie schlagkräftig diese Organisation sein wird und ob sie die szeneblichen internen Differenzen und persönlichen wie politischen Spannungen wird aushalten können, das wird die Zukunft zeigen.

32 So im November 2014 mit etwa 750 Teilnehmern in Wunsiedel. Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern, S. 116.

33 Flugblatt: «Israel-Boykott» – Was jeder gegen den zionistischen Völkermord tun kann, unter: www.der-dritte-weg.info.

34 Nowak, Jan: Kaderorganisation mit Parteienprivileg, in: Der Rechte Rand Nr. 158 (2015), S.10–12.

35 Gallus: Dokumentation 2014.

36 Vgl. zu den Vereinsverboten allgemein: Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Virchow, Fabian: Verbote extrem rechter Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Melzer, Ralf/Serafin, Sebastian (Hrsg.): Rechts-extremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin 2013, S. 273–295.

Dokumentation des Parteiprogramms³⁷

Programm der Partei DER DRITTE WEG

1.

Schaffung eines Deutschen Sozialismus

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus.

2.

Raumgebundene Volkswirtschaft

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe. Zur Wiederherstellung der Selbstversorgung Deutschlands mit Grundnahrungsmitteln ist die Eigenwirtschaft von Einzel- und Familienbetrieben sowie Landwirtschaft im besonderen Maße zu fördern.

3.

Deutsche Kinder braucht das Land

Die Grundlage der Bevölkerungspolitik der Partei DER DRITTE WEG ist die konsequente Förderung von kinderreichen Familien zur Abwendung des drohenden Volkstodes. Die Partei DER DRITTE WEG fordert die Einführung der Todesstrafe für Kindermord und andere Kapitalverbrechen.

4.

Heimat bewahren

Zur Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes sind die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmißbrauch umgehend zu stoppen. Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen.

5.

Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte

Die Partei DER DRITTE WEG bekämpft entschieden die zunehmende Überwachung und Einschränkung der Bürger im privaten wie im öffentlichen Raum. Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuchs und Bespitzelungsbefugnisse des Staates sind ersatzlos zu streichen.

37 Quelle: www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/DER_DRITTE_WEG.pdf (Blatt 29).

6.

Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen

Jeder Deutsche hat das Recht auf persönliches Eigentum, auf freie Religionsausübung, auf Wohnraum, auf medizinische Versorgung, auf Aus- und Weiterbildung, auf Kultur- und Freizeit, auf Altersversorgung und das Recht wie auch die Pflicht zur Arbeit. Die Partei DER DRITTE WEG fordert daher auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

7.

Umweltschutz ist Heimatschutz

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Schaffung bzw. Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes und die Förderung der Gesundheit.

8.

Kein deutsches Blut für fremde Interessen

Die Partei DER DRITTE WEG lehnt die Stationierung und Unterhaltung fremder militärischer Stützpunkte auf deutschem Territorium ab. Eine Beteiligung an Kriegseinsätzen der Armee im Ausland wird kategorisch ausgeschlossen. Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist der Austritt Deutschlands aus der NATO.

9.

Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist der Austritt aus der Europäischen Union (EU) und die Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft auf Grundlage der europäischen Kulturen sowie der gemeinsamen Geschichte und ist getragen vom Willen und der Souveränität der europäischen Völker.

10.

Deutschland ist größer als die BRD

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen.

DER DRITTE WEG, Postfach 1122, 67085 Bad Dürkheim

Verena Grün

NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT

VERSCHIEBUNG IM (EXTREM) RECHTEN DEMONSTRATIONS- GESCHEHEN AM BEISPIEL NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Demonstrationspolitik der extremen Rechten hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Alljährlich stattfindende, fest im extrem rechten Demonstrationskalender verankerte bundesweite Großevents gibt es nicht mehr. 2012 fand der überregionale «Trauermarsch» am Wochenende rund um den Jahrestag der Bombardierung der Stadt Dresden erstmals nicht statt, nachdem er zwei Jahre in Folge blockiert worden war. Es bleibt nur der regionale Aufmarsch, der auch zuvor zusätzlich am Jahrestag durchgeführt worden war. Damit ist der größte regelmäßige Termin der Szene Geschichte. Nach einer Unterbrechung 2015 reichte auch die Mobilisierung nach Magdeburg im Januar – ebenso zum Jahrestag der Bombardierung – 2016 bei Weitem nicht an die etwa 1.000 TeilnehmerInnen der Vorjahre heran. Die Demonstration des «Gedenkbündnisses Bad Nenndorf» im August 2015 kam trotz überregionaler Anziehungskraft erst gar nicht an diese Dimension heran und verzeichnete in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei den Teilnehmerzahlen. Als wiederkehrend relativ mobilisierungsstark erweist sich aktuell noch der «Tag der deutschen Zukunft», der im Juni in wechselnden Städten stattfindet.

Mit dieser Entwicklung einhergehend ist ein deutlicher Zuwachs an Versammlungen zu verzeichnen – mit durchschnittlich jedoch gleichbleibenden oder rückläufigen Teilnehmerzahlen. In den vergangenen Jahren sind neue Akteure in Erscheinung getreten, die sich mit einer entsprechenden Straßenpolitik präsentieren. Auch die «Hooligans gegen Salafismus» und Pegida haben seit 2014 das Demonstrationsgeschehen nachhaltig verändert. Zusammensetzung, Frequenz sowie die thematische Ausrichtung der Versammlungen haben sich deutlich verschoben.

Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

Diese Entwicklung zeigt sich beispielhaft in Nordrhein-Westfalen. Zur Analyse der Demonstrationspolitik der extremen Rechten haben wir Anfang 2015 alle uns zur

Verfügung stehenden Daten zu Kundgebungen und Demonstrationen mit mehr als 25 Teilnehmenden in eine Datenbank übertragen. Diese wird seither aktualisiert und umfasst nun mehr als 600 Datensätze mit Ereignissen seit 1994. Eingeflossen sind Demonstrationen und Kundgebungen, die a) unter freiem Himmel stattfanden, b) angemeldet und c) auf Außenwirkung angelegt waren.

Lange Zeit waren die «Freien Kameradschaften» das Spektrum, das die Straßenpolitik dominierte. Seit Anfang der 2000er Jahre stieg die Zahl der aus diesem Spektrum eigenständig organisierten Versammlungen deutlich an und erreichte 2006 den Höchststand. Ab 2012 kamen die Aktivitäten hier jedoch fast zum Erliegen. Ursache hierfür waren die Verbote der Kameradschaften aus Köln, Dortmund, Hamm und Aachen. Unmittelbar nach dem Verbot des «Nationalen Widerstands Dortmund», der «Kameradschaft Hamm» und der «Kameradschaft Aachener Land» im August entstand in Nordrhein-Westfalen der erste Landesverband der kurz zuvor gegründeten Partei «Die Rechte». Federführend waren von Beginn an AktivistInnen aus den gerade verbotenen Strukturen. In der Folge trat (fast) die gesamte Kameradschaftsszene Nordrhein-Westfalens in die neue Partei ein. Damit übernahm sie auch fortan die Straßenpolitik. «Die Rechte Dortmund» und die Pegida-Versammlungen prägten dann auch das Demonstrationsgeschehen des Jahres 2015.

Das Jahr 2015

Zu mehr als der Hälfte aller Aufmärsche 2015 hatte Pegida aufgerufen oder sie fanden unter einem ähnlichen Label statt. Die Ankunft Zehntausender Geflüchteter in Deutschland und die damit einhergehende Debatte spiegeln sich auch in den Versammlungsaufrufen und -themen wider: Fast alle demonstrativen Aktionen nahmen Aspekte aus dem Themenkomplex Migration zum Anlass.

Eine Auswertung der von uns erfassten Daten für 2015 ergibt, dass von der extremen Rechten 135 Versammlungen (Kundgebungen und Demonstrationen) mit über 25 TeilnehmerInnen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurden. Damit hat sich die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr (40) mehr als verdreifacht. Bei 98 dieser Versammlungen handelte es sich um Demonstrationen, die übrigen 47 waren Standkundgebungen. Durchschnittlich kamen 117 TeilnehmerInnen pro Veranstaltung zusammen, wobei die absoluten Zahlen zwischen 25 und etwa 1.000 variierten. Mit rund 1.000 Personen am stärksten besucht war ein Aufmarsch mit anschließendem Rechtsrock-Konzert, organisiert von der Partei «Die Rechte» am 28. März in Dortmund, gefolgt von der Hogesa-Kundgebung im Oktober in Köln mit etwa 900 AnhängerInnen und der Pegida-Kundgebung im März in Wuppertal mit rund 800 TeilnehmerInnen.

Die Orte

Geografisch verteilen sich die Versammlungen zum Großteil auf die Städte Duisburg, Dortmund und Düsseldorf. Ganz vorne liegt dabei Duisburg mit 44 Veran-

staltungen. Ursächlich hierfür ist das Durchhaltevermögen von Pegida NRW, das auch nicht durch Verwerfungen im Orgateam beeinträchtigt wurde. Zwar schwankte die Beteiligung stark, dennoch fanden hier 42 Pegida-Versammlungen statt. Für je eine Veranstaltung zeichneten auch die «Republikaner» und «pro NRW» in Duisburg verantwortlich. In Dortmund hingegen war «Die Rechte» für alle 35 Versammlungen verantwortlich. Die Anzahl der TeilnehmerInnen blieb hier meist im zweistelligen Bereich, einen Ausreißer stellt lediglich der Aufmarsch am 28. März dar.

Dügida erwies sich in Düsseldorf als nicht ganz so hartnäckig wie Pegida in Duisburg. Von den 28 dort gezählten Veranstaltungen gingen 21 auf das Konto von Dügida. Zusätzlich kamen die «Republikaner» viermal nach Düsseldorf, «pro NRW», Pegida sowie eine Pegida-Abspaltung je einmal. Zusammengefasst fanden damit 2015 über 75 Prozent der demonstrativen Aktionen mit mehr als 25 Teilnehmenden in diesen drei Städten statt.

Die Spektren

74 Veranstaltungen – und damit mehr als die Hälfte – wurden 2015 unter dem Label Pegida oder einer vergleichbaren Bezeichnung organisiert. Dazu gehören 42 Versammlungen von Pegida NRW in Duisburg und jeweils eine in Düsseldorf, Wuppertal und Aachen, 21 Veranstaltungen in Düsseldorf unter dem Label Dügida, drei in Köln als Kögida und eine in Bünde von Biegida («Bielefeld gegen die Islamisierung des Abendlandes»). In Mönchengladbach wurde für zwei Veranstaltungen der Slogan «Mönchengladbach steht auf» gewählt, in Linnich fand eine Demonstration unter dem Motto «Bürger stehen auf» statt. Auch wenn man sich in der Bewerbung Letzterer bemüht hatte, als eine Veranstaltung «besorgter Bürger» zu erscheinen, handelte es sich bei einem Großteil der TeilnehmerInnen um extrem Rechte. In bewusster Abgrenzung zu Pegida organisierte Alexander Heumann, ehemaliges Mitglied im «Orgateam» von Pegida NRW, im November eine Kundgebung mit «Kurz-Spaziergang» in Düsseldorf. Das Motto: «Düsseldorfer Bürger gehen auf die Straße gegen Flüchtlingsirrsinn».

Die aus dem Spektrum von «Die Rechte» organisierten Versammlungen fanden fast ausschließlich in Dortmund statt. Neben diesen 35 Versammlungen in Dortmund fanden drei in Hamm statt, eine in Essen und zwei in Wuppertal. Bei einer der letztgenannten handelte es sich um eine Spontandemonstration im Anschluss an die dortige Pegida-Kundgebung. Die NPD hingegen brachte es neben ihrer 1.-Mai-Demonstration in Mönchengladbach mit 150 TeilnehmerInnen 2015 auf nur eine Versammlung mit mehr als 25 teilnehmenden Personen. Im Vorjahr wurden noch fünf Versammlungen gezählt. An allen weiteren Kundgebungen der Partei beteiligten sich weniger als 25 Personen, weshalb sie ebenso wenig in der Statistik auftauchen wie ähnliche Miniversammlungen anderer Gruppen.

Auch die Anzahl der «pro NRW-Versammlungen» sank im Vergleich zu 2014 von 14 auf 8. Diese fanden in Duisburg, Düsseldorf, Mönchengladbach, Hagen, Wup-

pertal, Leverkusen, Schwelm und Köln statt. Erstmals in die Statistik schaffte es «pro Deutschland» mit einer Demonstration mit 30 Teilnehmenden in Remscheid. Grund dafür ist der Wechsel zahlreicher «pro NRW»-Funktionäre zu «pro Deutschland». Unter dem Label Hogesa fanden zwei Versammlungen in Essen und Köln statt, jeweils am «Jahrestag» der Vorjahresaktionen. Die «Republikaner» waren im letzten Jahr ungewöhnlich umtriebiger: Sie kamen viermal in Düsseldorf und einmal in Duisburg auf der Straße zusammen. Im November und Dezember startete dann auch die «Alternative für Deutschland» (AfD) mit Aufmärschen in Niederkrüchten, Oelde und Salzkotten ihr eigenes Demonstrationsprogramm.

Die Themen

Thematisch ist eine deutliche Fokussierung der Aktivitäten auf die Themen Einwanderung und Flucht/Asyl zu verzeichnen. Während 2014 von 40 Versammlungen 24 das Oberthema Einwanderung und multikulturelle Gesellschaft hatten (2013: 14 von 40 Versammlungen), stellten 2015 dann 128 von 135 demonstrativen Aktionen dieses Thema in den Vordergrund. Bei den meisten Versammlungen jenseits von Pegida verwies das Motto direkt auf das Thema Flucht/Asyl. Lediglich bei drei Versammlungen von «pro NRW» wurde das Thema Islam explizit im Titel genannt. Nur drei Versammlungen nahmen das Thema Repression zum Anlass. Neben einer Kundgebung gegen das Verbot des «Nationalen Widerstands Dortmund» im August und einer weiteren Kundgebung in Dortmund gegen Polizeiwillkür griff nur noch das Hogesa-Spektrum diesen Komplex mit einer Kundgebung «Gegen Polizeiwillkür – Ein Jahr nach dem überharten Polizeieinsatz gegen friedliche Teilnehmer eines HoGesSa-Kennenlertreffens» in Essen auf.

Die Veränderungen

Das extrem rechte Demonstrationsgeschehen 2015 unterschied sich deutlich von dem des Jahres 2014.¹ Der neue Akteur Pegida hat nicht nur zu einer massiven Steigerung der Veranstaltungszahl geführt, sondern auch das Personenspektrum verändert. Pegida zieht tatsächlich auch Teilnehmende jenseits des üblichen Demo-Klientels an und schaffte es zugleich vielfach, die unterschiedlichen Spektren der extremen Rechten zu vereinen. «WutbürgerInnen» und «pro»-AnhängerInnen kommen so mit NPD-Mitgliedern, organisierten Neonazis und rechten Hooligans zusammen. Hinzu kommt, dass in der Folge von Hogesa 2014 ein rechtes, hooliganaffines Milieu aktiviert worden ist, das sich nun an Versammlungen von «pro NRW» oder an Neonazi-Aufmärschen beteiligt. Im Zuge dessen scheinen auch Gräben, die bis vor Kurzem noch deutlich sichtbar waren, mehr und mehr zu verschwinden. So nimmt Ariane Meise, stellvertretende Vorsitzende der NPD Nordrhein-Westfalen, regelmäßig an

1 Vgl. hierzu ausführlicher LOTTA. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 58, Frühjahr 2015, S. 14–18.

«pro NRW»-Versammlungen teil. Die «pro NRW»-Demonstration im November in Köln wurde fast ausschließlich von Personen aus dem Hogesa-Milieu besucht. Und an den AfD-Demonstrationen in Oelde und Salzkotten nahm eine größere Abordnung von der Partei «Die Rechte» teil. Damit ist das Spektrum deutlich unübersichtlicher geworden, durch die Präsenz des Hogesa-Milieus fielen viele Versammlungen auch deutlich aggressiver aus. Vor allem jedoch stellen die Gewaltbereitschaft bestimmter Akteure und ihr nerviger und hartnäckiger Aktionismus eine große Herausforderung für gesellschaftliche Gegenkräfte dar.

Robert Andreasch

«GEFLÜCHTETE GEFÄHRDEN SCHLITTENBERG»

UNTEN RECHTS IN KALTLAND: EINE CHRONIK AUS DEM LAND DER CSU

Im Dezember 2015 saß der Antifaschist Paul als Angeklagter im Landgericht München. Weil er eine Antifa-Fahne bei einer Pegida-Kundgebung im Sommer nicht geschwenkt, sondern um den Stock zusammengerollt getragen haben soll, hatte ihn das Amtsgericht zu einer neunmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt, zwei Monate verbrachte er sogar in Untersuchungshaft. Jetzt sagte Paul in einer Erklärung: «Wenn die Fahne nicht rot, sondern schwarz-rot-gold gewesen wäre, dann säßen wir jetzt nicht hier.»

Am 25. September 2015, drei Monate, bevor das Landgericht Paul zu einer nun viermonatigen Bewährungsstrafe verurteilte, waren mindestens acht TäterInnen gegen 21.45 Uhr vor dem Döner-Imbiss von Mohammed Gharibyar am Bahnhofsplatz in Ebersberg bei München aufgetaucht. Sie hatten rassistische Parolen und Drohungen gegrölt. Mindestens vier von ihnen waren mit zwei Hämmern, einer Holzkeule und einem Messer bewaffnet in den Imbiss eingedrungen, hatten die Eingangstür und die Ladeneinrichtung zerschlagen und zwei anwesenden Männern Platz- und Schnittwunden sowie Blutergüsse zugefügt. Die Polizei griff später die acht Tatverdächtigen auf, stellte ihre Identitäten fest und ließ sie wieder frei.

Die aus Sachsen bekannte Trias aus schweren Gewalttaten von rechts, Verharmlosung dieses rechten Terrors und gleichzeitiger Repression gegen Nazi-GegnerInnen ist so auch im südlich angrenzenden Bundesland Bayern zu beobachten. Regelmäßig dokumentiert die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e.V.) die beinahe täglichen Attacken gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte sowie das Verhalten der Behörden: Am 11. September 2015 hängten Unbekannte im unterfränkischen Hösbach in der Nacht weiße Leintücher von einer Brücke. Die Banner trugen in roter Farbe die Parolen «Asylantenheim – Nein Danke» und «Deutschland erwache», flankiert von zwei Hakenkreuzen. Mit fünf Tagen Verzögerung berichtete die Polizei über (Zitat) «asylkritische Banner». Neben «Asylkri-

tik» gibt es auch «Kopftuchkritik» in Bayern: In Töging brachten im November 2015 Unbekannte am Ladenlokal einer muslimischen Geschäftsfrau rassistische Aufkleber («Wir brauchen keine Kopftücher und keine Kopftuchträgerinnen in Deutschland») an. Die lokale *Heimatzeitung* schrieb, es seien «kopftuchkritische Aufkleber» gefunden worden.

In der Nacht auf den 3. November 2015 zogen in Geretsried zehn bis 15 Jugendliche zur Mittelschul-Turnhalle, in der zu dieser Zeit 150 Geflüchtete vorübergehend untergebracht waren. An der Unterkunft klopfen sie gegen die Fensterscheiben und schrien «Ausländer raus!». Die Polizeidienststelle verschwieg den Vorfall und führte ihn nicht in ihrem ansonsten ausführlichen Pressebericht auf. Johann Brandhuber, stellvertretender Leiter der Polizeidienststelle Geretsried, rechtfertigte das Vorgehen gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* so: «Ich wollte keinen Nachahmer-Effekt.» Am 28. November 2015 beleidigten zwei Männer auf dem Weihnachtsmarkt in Alzenau zwei 19-jährige Asylsuchende als «Scheiß-Asylanten». Einer der Männer trat einem der Jugendlichen in den Bauch und verletzte ihn dabei, SanitäterInnen brachten den Angegriffenen in eine Klinik. Polizeibeamte nahmen daraufhin nicht die Täter fest, sondern den Begleiter des Opfers: Weil dieser «sehr aufgebracht» gewesen sei und einen Platzverweis missachtet habe, sperrten sie ihn in eine Zelle.

Antimuslimische RassistInnen verschickten in Vöhringen zu Weihnachten 2015 mit Fäkalien gefüllte Weihnachtskarten («Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr») an StadträtInnen und an den Bürgermeister Karl Jansen. Die bunten Umschläge trugen den falschen Absender «Türkischer Kulturverein» sowie einen Aufkleber «Hallo Mitglied der IS-Gotteskrieger vielen Dank für die Unterstützung». Es liegt nahe, dass sich die Briefe auf den in Vöhringen geplanten Bau einer Moschee bezogen. Das sah man laut der lokalen Südwestpresse bei der Neu-Ulmer Polizei anders: «Von einem fremden- oder islamfeindlichen Hintergrund will der Kripo-Chef aber noch nicht sprechen.» Die Oberpfälzer Polizei berichtete im Februar 2016 davon, dass ein Unbekannter nachts eine Flasche gegen eine Geflüchtetenunterkunft in Hirschau geworfen habe. Eine Woche später wurde öffentlich, dass es tatsächlich um einen gefüllten Molotowcocktail ging, den ein 25-jähriger Anwohner durch eine Fensterscheibe in ein bewohntes Zimmer geschleudert hatte. In der Nacht auf Freitag, den 4. März 2016, warfen drei junge Männer im Alter von 16 und 17 Jahren Molotow-Cocktails auf ein Gelände an der Neuherbergstraße in München, auf dem Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Die Brandsätze zündeten zum Glück nicht. Am Freitagabend tauchten die Jugendlichen (die in der Nachbarschaft wohnen) erneut an der noch nicht bezogenen Asylunterkunft auf, wieder hatten sie Brandbeschleuniger und Feuerzeuge sowie Steinschleudern und Glaskugeln dabei. Weil ein Vater einer der Jugendlichen die Polizei gewarnt hatte, konnten Polizeibeamte sie noch vor einer erneuten Brandstiftung festnehmen. Die Jugendlichen gaben in den Vernehmungen zu, dass sie den Bezug der Geflüchtetenunterkunft durch eine Brandlegung hatten verzögern wollen. Trotzdem schrieb die Polizei in einer Presse-

mitteilung: «Hinweise auf einen politischen Hintergrund gibt es bei den drei Tatverdächtigen zur Zeit nicht.»

Die bayerische Neonaziszene zeigt sich derweil selbstbewusst: Am 11. Dezember 2014 zündeten Unbekannte eine im Bau befindliche Unterkunft für Asylsuchende im mittelfränkischen Vorrä an. Der Sachschaden betrug 700.000 Euro. Monatelang hatte das neonazistische «Freie Netz Süd» (FNS), die zu diesem Zeitpunkt größte und wichtigste Organisation der Kameradschaftsszene, gegen eine solche Nutzung der Immobilie agitiert. Im Sommer 2014 verbot der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) das FNS, was die Szene nicht weiter beeindruckte. Seitdem treten dessen Mitglieder, nun jedoch geschützt durch das Parteienprivileg, unter dem Namen «Der III. Weg» auf.¹ Bei der relativ neuen Partei freute man sich richtiggehend über den Brandanschlag von Vorrä. Es seien «drei Asyl-Kaschemmen durch Großbrand verhindert» worden, schrieben die Neonazis auf ihrer Website. Und weiter: «Mit den perfiden Asyl- und Überfremdungsplänen ist dank dem Feuerchen in ihrer Ortschaft erst einmal Schluß. Nicht wenige sehen daher in dem Feuerspektakel so auch ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk.» Neonazis in Bayern müssen sich – das zeigen solche Formulierungen – in Bayern offensichtlich wenig vor gesellschaftlichen oder juristischen Sanktionen fürchten. Vielmehr scheinen sie gesellschaftlichen Rückenwind zu spüren, für die aufgeheizte Bevölkerung bieten sie eine Broschüre zum Download an: «Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft».²

In mehreren Hundert Kommunen und Gemeinden Bayerns gab und gibt es Aktionen rassistischer BürgerInnen gegen die Unterbringung von Geflüchteten: Unterschriftenaktionen und Versuche, Bürgerentscheide herbeizuführen, Petitionen an den bayerischen Landtag, Flugblattverteilungen und manchmal auch bedrohliche «Zusammenrottungen» im öffentlichen Raum. Im Juli 2015 versammelten sich im unterfränkischen Mainstockheim an drei Abenden hintereinander bis zu 300 mit Baseballschlägern und Stuhlbeinen bewaffnete RassistInnen vor einer kleinen Unterkunft für Geflüchtete. Es bricht sich jetzt offensichtlich Bahn, was in einem immer größer werdenden Teil der süddeutschen Bevölkerung schon länger mehr oder weniger unter der Oberfläche gärt. 2015 kam die Leipziger Forschergruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker zu dem Ergebnis: «Die Ausländerfeindlichkeit ist im gesamten Bundesgebiet die Dimension, die die höchsten Zustimmungswerte erfährt. Im Vergleich zum westlichen Bundesgebiet (jeder Fünfte) fällt das Ergebnis für Bayern aber noch drastischer aus: Mit 33,1 % stimmt jeder Dritte den Aussagen mit ausländerfeindlichem Inhalt zu.» Ausreichend Bestätigung hierfür findet man auf sogenannten Bürgerversammlungen, auf denen Landkreise und Kommunen die Bevölkerung über die geplante Unterbringung von Geflüchteten informieren. Immer wieder kommt es hier

1 Vgl. hierzu den Beitrag von Christoph Kopke in dieser Publikation.

2 Vgl. ebd., S. 84.

zu verblüffenden Rechtfertigungsversuchen der rassistisch motivierten Abwehrhandlung: angebliche Gefahren für Frauen und Kinder, der Wertverlust der Eigenheime oder auch, wie in Gauting im Februar 2016 gehört: drohende Einschränkungen am «einzigem Schlittenberg».

Ein weiteres Beispiel aus Schwaben: Im August 2015 klärte der Waldstettener Bürgermeister die AnwohnerInnen über eine im Ort geplante kleine Wohngemeinschaft für jugendliche Geflüchtete auf: «Er wolle nicht, dass seine Enkel mit dem Pack in die Schule gehen müsse», sagte einer der Anwesenden, und ein Familienvater ergänzte, er habe Angst um das kleine Töchterchen. Danach explodierte die Stimmung im Saal: «Wir wollen sie nicht», hieß es unisono. Da konnte der Bürgermeister noch so viel um Verständnis bitten. Ein weiteres Beispiel aus Oberbayern: Als im Januar 2016 in Grafing eine Unterkunft für 40 Geflüchtete errichtet werden sollte, erhob sich in der Nachbarschaft heftiger Protest. 20 BürgerInnen tauchten bei der zuständigen Immobiliengesellschaft auf, 50 liefen ins Rathaus, um dort bei der Bürgermeisterin zu protestieren. Die Immobiliengesellschaft zog auf einer öffentlichen Bauausschusssitzung ihren Antrag für die Errichtung einer Geflüchtetenunterkunft wieder zurück. «Wir wurden aufs Äußerste bedrängt, diesen Antrag fallen zu lassen. Wir können nicht gegen den Willen der Bevölkerung bauen», sagte der Firmensprecher. Und weiter: «Uns ist massiver Widerstand aus der Nachbarschaft entgegengeschlagen – so machen wir nicht weiter. Wenn es keine Zeichen gibt, dass in Grafing wieder der christliche Glaube gelebt wird, dann nicht.» Trotz des mittlerweile verworfenen Bauvorhabens pöbelten die rassistischen BürgerInnen weiterhin gegen die StadträtInnen und Grafings Bürgermeisterin. Ein Besucher der Ausschusssitzung bezeichnete einen SPD-Lokalpolitiker, der an die «mitmenschliche Kultur des christlichen Abendlandes» und den Auftritt des Papstes in Lampedusa erinnert hatte, als «christlichen Volldeppen», ein anderer drohte mit einer «Fotzn» (bayerisch für Ohrfeige, Abreibung). Auch bei einer Bürgerversammlung im Februar 2016 in Chieming am Chiemsee schürten BesucherInnen Ressentiments gegen Geflüchtete. Während der Versammlung beschädigten Unbekannte draußen die Fahrzeuge ehrenamtlicher Gemeinderatsmitglieder. Bereits im November hatten Unbekannte während einer Infoveranstaltung zum selben Thema die Autos des ersten und zweiten Bürgermeisters zerkratzt. Der Terror der Neonaziszene und Pressionen rechtspopulistischer Akteure in Bayern richten sich nicht mehr nur gegen Asylsuchende und MigrantInnen, sondern auch gegen Nazi-GegnerInnen und Menschen, die sich hier für Geflüchtete engagieren. Das reicht von gefälschten Todesanzeigen gegen JournalistInnen in Nürnberg und Fürth bis zu dem riesigen Shitstorm, den das rassistische Online-Portal *PI-News* im Winter 2015/16 gegen die Deggendorfer Lehrerin Sonja W. angestachelt hatte, nachdem diese mit ihren SchülerInnen eine Weihnachtsgeschenkaktion für Flüchtlingskinder initiiert hatte.

Zur Abwehr des drohenden «Untergangs des Abendlandes» sind in Bayern mehr Menschen denn je bereit, auch auf die Straße zu gehen. Im Februar 2016 mobilisierte die Initiative «Sichere Heimat» an einem Tag in gleich 17 bayerischen Orten

zu rassistischen Versammlungen, an denen teilweise mehrere Hundert BürgerInnen teilnahmen – in den meisten Fällen waren die Zusammenkünfte bei den Behörden nicht einmal angemeldet. Seit Herbst 2014 haben aber auch über 80 Pegida-Märsche in München, Nürnberg und Würzburg stattgefunden. Mit einer Mischung aus Starrköpfigkeit und Lust auf Provokation setzte Pegida München e. V. Versammlungen vor der mit dem Hitlerputsch verbundenen Feldherrnhalle genauso durch wie einen Aufmarsch am Jahrestag der Reichspogromnacht oder eine zynische Kranzniederlegung am «Platz der Opfer des Nationalsozialismus». Von Anfang an hatten hierzu auch die Neonaziparteien «Der III. Weg» und «Die Rechte» mobilisiert, Neonazis um Karl Heinz Statzberger («Der III. Weg», Unterschleißheim), der «Wotan Bruderschaft» und der rechten Hooligan-Gruppe «Brigade Giesing» sind heute fester und vollkommen akzeptierter Bestandteil der montäglichen Versammlungen in München. Vom ersten Aufmarsch im Januar 2015 an herrschten hier ein äußerst aggressiver Ton und eine völkische Grundhaltung. Rassistische Parolen («Überfremdung ist Völkermord») wurden rasch um antisemitische Aussagen und gängige Forderungen der radikalen Rechten («Gender stoppen», «Abzug der US-Truppen», «Merkel muss weg») erweitert. Bei der Münchner Pegida-Kundgebung am 2. November 2015 trat Redner «Michael» vor der Feldherrnhalle ans Mikrofon. Eine Woche zuvor hatte er die Versammelten aufgeklärt, dass es sich bei Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) um einen «Freimaurer» handle, nun zitierte er aus einem angeblichen Bilderberger-Dokument zur «notwendigen Flutung des Lands» und schließlich aus den «Protokollen der Weisen von Zion». Er erhielt großen Applaus. Ein online von Pegida München veröffentlichtes Video gegen den Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter («OB Reiter muss weg!») war mit einem deutlichen Schussgeräusch unterlegt – ohne dass dies irgendwelche juristischen Folgen nach sich gezogen hätte. Den bayerischen Pegida-AnhängerInnen wird es auf ihren Märschen bisher noch nicht langweilig. Noch ist den meisten der Gedanke fremd, sie müssten mehr tun, als nur «spazieren» zu gehen. Aber viele teilen die Einschätzung von Götz Kubitschek von Pegida Dresden, der im Oktober 2015 verkündet hatte: «Es ist gut, dass es jetzt kracht!» Doch es gibt auch in Bayern Aufforderungen, den «Widerstand tätig auszubauen». So hat etwa Heinz Meyer, Vorstandsmitglied von Pegida München, in einer Rede am 19. Oktober 2015, in der er gegen Landesverräter hetzte, «Selbstjustiz» als ein «legitimes Mittel» bezeichnet.

Andere rechte Gruppen in Bayern haben derweil mit eigenen Demonstrationen auf sich aufmerksam gemacht. So versuchen die «Identitäre Bewegung Österreich» und die «Identitäre Bewegung Bayern», monatliche «Wir sind die Grenze»-Großaufmärsche an der deutsch-österreichischen Grenze in Freilassing zu etablieren. Erfolgreich war auch die «Alternative für Deutschland» (AfD): Zu drei sogenannten Herbstoffensive-Aufmärschen konnte sie Ende 2015 mehr RassistInnen mobilisieren, als das zuletzt der Pegida-Bewegung gelang. Zur Versammlung der AfD in Passau kamen über 1.300 Personen, darunter viele Jugendliche, rechte Hools und Neonazis, in Freilassing marschierte die AfD einträchtig zusammen mit dem «III. Weg», der NPD und der

«Identitären Bewegung». Der bayerische AfD-Landesverband positioniert sich dabei eindeutig am rechten Rand der rechtspopulistischen Partei. Regelmäßig lädt er bekannte extrem rechte ParteivertreterInnen wie Björn Höcke, Alexander Gauland oder Beatrix von Storch ein. Seit Februar 2016 lachen einen auf den Online-Präsenzen der Bayern-AfD der FPÖ-Parteiboss Heinz-Christian Strache und der AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron entgegen, die jetzt länderübergreifend eine «Blaue Allianz» («Wir stehen zusammen») bilden. Die AfD käme, Wahlumfragen zufolge, in Bayern derzeit auf neun bis 16 Prozent der Stimmen.

Noch regiert in Bayern aber bekanntlich die CSU. Das tut sie seit 59 Jahren und seit der letzten Landtagswahl 2013 sogar mit der absoluten Mehrheit der Abgeordneten. Der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer diktierte im Juli 2015 der *Passauer Neuen Presse* in den Block: «An den Grenzen stehen 60 Millionen Flüchtlinge. Wie sollen wir dieser Massen Herr werden? Wir können nicht die ganze Welt retten.» Scheuer lieferte mit seiner unsäglichem Aussage ein fast schon idealtypisches Beispiel für die einst vom Politikwissenschaftler Willibald Holzer analysierte «gemeinsame Sicht» der Neokonservativen wie der extremen Rechten «auf die vermeintlichen Bedrohungsursachen der bürgerlichen Idylle». Diese frei erfundene Zahl steht stellvertretend für die Strategie der Panikmache und absurden Dramatisierung, die der deutschen Rechten jeglichen Spektrums eigen ist. Einer bedrohlichen und vor allem umherwandernden Masse (hinter den 60 Millionen verschwinden die konkreten Menschen) setzt Scheuer zudem ein angeblich humanes «Wir» entgegen, das lediglich mit der «Weltrettung» etwas überfordert sei. Mit der Hilflosigkeit suggerierenden Frage «Wie sollen wir dieser Massen Herr werden?» legt Scheuer außerdem nahe, dass eine autoritärere Politik und verstärkte nationale Abschottung vonnöten seien. Zugleich richtet er sich damit auch an eine rechtspopulistische bis neonazistische Szene, die beim «Herr werden» meist an ganz spezielle Mittel und Methoden denkt.

RechtsextremistInnen und RechtspopulistInnen, so Willibald Holzer, können durchaus Forderungen und Positionen von konservativen demokratischen Parteien in ihr Repertoire aufnehmen. Häufig sei es aber auch umgekehrt. Rechtskonservative Gruppierungen könnten «durch Wahlerfolge konkurrierender Rechtsgruppen aufgeschreckt, zur Extremisierung eigener Positionen ermuntert wähen». Auf diese Weise werden extrem rechte Positionen und Ideologiefragmente salonfähig und gesellschaftlich anerkannt. Schlimmstenfalls stärkt man damit wiederum extrem rechte Organisationen und Parteien, «bestenfalls» macht man (wie Alain Badiou es formuliert hat) «am Ende dann die Politik der extremen Rechten ohne die extreme Rechte». Für den zunehmenden Rechtsdrall sorgt in der CSU mittlerweile wieder eine stramm rechte *pressure group*. Was einst der «Stahlhelm-Flügel» war, heißt heute «Konservativer Aufbruch» und kämpft landesweit vernetzt vehement gegen Angela Merkel, Flüchtlinge, Vielfalt und Modernisierung. Über 250 bayerische CSU-Mitglieder karrierte der «Konservative Aufbruch» per Bus vor Kurzem zu der homophoben Großdemonstration («Demo für Alle») am 11. Oktober 2015 in Stuttgart. Die *Junge-Freiheit*-Aktivistin

Birgit Kelle darf bei seinen Veranstaltungen gegen die «Gender-Ideologie» polemisieren, womit auch das zweite Konsensthema der radikalen Rechten von der CSU bespielt wird. Wo die Bürgerlichkeit verroht, sind denn neben rassistischen auch homo- und transphobe Aktionen keine Überraschung: 24 junge Leute beteiligten sich beim Faschingsumzug 2016 in Lenggries mit einem Wagen, aus dem auf einer Seite ein Penis ragte, an dem wiederum eine Schere zum Schnitt ansetzte. Bilder zeigten den Tausch von Lederhose gegen Dirndl und Werkzeug gegen Kosmetika. Die jungen Männer auf dem Aufbau trugen «Kostüme», die auf einer Körperhälfte «männlich» und auf der anderen «weiblich» kodiert waren. Auf den Schildern und Fahnen am Wagen stand «Großgrundbesitzer/in verkauft Grundstücke und nicht lebenswichtige Organe» und «Vom Reiter zum Ross», wobei die Konstruktion durch eine angedeutete Darstellung eines Sägewerks und eines gelben Postgebäudes ergänzt war – ein eindeutiger Verweis auf den Besitz der Unternehmerin Amanda R., gegen die sich die Diffamierungen persönlich richteten, denn sie hat bis vor Kurzem als Mann gelebt.

Die Partei wird jedoch durch das andere Kitt-Thema, die rassistische Agitation gegen EinwandererInnen, dominiert: Im September 2015 drohte Ministerpräsident Horst Seehofer mit «Notmaßnahmen» gegen Geflüchtete und Manfred Weber, Chef der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, ergänzte: «Es wird mehr Zäune geben müssen.» Im Oktober stellte Finanzminister Markus Söder gleich das Asylrecht an sich infrage: «Wir fordern eine massive Begrenzung der Zuwanderung. Ich bin überzeugt, dass die kommen wird. Ebenso werden wir über das Grundrecht auf Asyl reden.» Der CSU-Europaabgeordnete Albert Deß griff Angela Merkel im Stil der Pegida-SchreierInnen an: «Hier hat sie bereits einen größtmöglichen Schaden verursacht und nicht Schaden, wie im Amtseid versprochen, vom deutschen Volk abgewendet.» Im Dezember 2015 forderte die bayerische Sozialministerin Emilia Müller eine Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden, und Seehofer drohte der Bundesregierung, der seine Partei ja angehört, großspurig mit einer (danach nie eingereichten) Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer nahm im Dezember auch kein Blatt vor den Mund: «Wir wollen keine Parallelgesellschaften, keine Multi-Kulti-Gesellschaften», worauf wiederum Söder noch eins draufsetzte: «Viele Menschen wünschen sich anstelle von Willkommenskultur endlich eine Vernunftkultur.» Zum Aschermittwoch 2016 rückte Seehofer dann die von Angela Merkel im September 2015 verkündete teilweise Grenzöffnung für Flüchtlinge in die Nähe des Vorgehens von Unrechtstaaten: «Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung», klagte Seehofer, «es ist eine Herrschaft des Unrechts.» Nicht nur in der CSU-Führung, auch an der Basis ist eine ähnliche Radikalisierung zu verzeichnen. In Zorneding hetzte Ende 2015 die CSU-Ortsvorsitzende Sylvia Boher gegen Geflüchtete. Nachdem der katholische Pfarrer Olivier Ndjimbé-Tshiende ihre Wortwahl öffentlich kritisiert hatte, wurde er zuerst vom stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Johann Haindl mit dem N-Wort beschimpft. Dann bekam er rassistische Post und fünf Morddrohungen, darunter Postkarten mit der Aufschrift «Ab mit Dir nach

Auschwitz». Anfang März 2016 kapitulierte Pfarrer Ndjimb-Tshiende vor der rassistischen Hetze gegen ihn und gab sein Amt in Zorneding auf. Eine Gelegenheit zum Umdenken und für Entschuldigungen? Nicht für CSU-Politikerin Sylvia Boher, die gegenüber *Spiegel Online* zynisch nachlegte: «Im Leben gibt es immer Ankünfte und Gehen. Das ist ein normaler Prozess.»

Den augenfälligsten Schulterschluss mit der extremen Rechten vollzog die CSU im September 2015, als sie den autoritären Rechtspopulisten Viktor Orbán zu ihrer Klausurtagung ins Kloster Banz einlud. «Ehregast» Orbán, der daheim in Ungarn seit fünf Jahren Roma, Jüdinnen und Juden, SozialhilfeempfängerInnen und Medien drangsaliert, hat unter den CSU-Granden schon länger Fans: Edmund Stoibers lud ihn zu seinem 70. Geburtstag ein und die Hanns-Seidel-Stiftung verlieh ihm den Franz-Josef-Strauß-Preis. Vielleicht hat die CSU den Entwurf für ihr «Integrationsgesetz», den das bayerische Kabinett am 23. Februar verabschiedete, ja bei Orbán abgeschaut. «Das Bekenntnis zur Leitkultur, also zur identitätsbildenden Prägung unseres Landes» habe man, so die zukünftige bayerische «Integrationsministerin» Emilia Müller, bewusst «als Präambel an den Anfang des Gesetzes gestellt». Viele Passagen des Gesetzesentwurfs klingen, als seien sie direkt beim rassistischen Politically-Incorrect-Blog abgeschrieben worden: zum Beispiel, dass Bayern als «Teil der deutschen Nation mit gemeinsamer Sprache und Kultur» «tief eingewurzelt» sei «in Werte und Traditionen des gemeinsamen christlichen Abendlandes». Oder dass MigrantInnen «auf die im Rahmen ihres Gastrechts unabdingbare Achtung der Leitkultur zu verpflichten» seien. Wie ressentimentgeladen der gesamte Text ist, zeigen auch im Gesetzesentwurf enthaltene Vorschläge für verwaltungsrechtliche Änderungen. Zitat: «Die Kommunen erhalten – ausgehend von den Negativerfahrungen vieler Kommunen bei der Nutzung von Frei- und Hallenbädern – die Möglichkeit, den Zutritt zu ihren öffentlichen Einrichtungen – also Schwimmbad, Bücherei, Stadion etc. – von einer vorherigen Belehrung über die dort einzuhaltenden Regeln abhängig zu machen, wenn sie vermuten, dass diese dem Nutzer nicht bekannt sind.»

In einem Bundesland, dessen Ministerpräsident Horst Seehofer im Jahre 2011 auf dem «Politischen Aschermittwoch» der CSU in der Passauer Länderhalle sagte: «Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren – bis zur letzten Patrone», wie verhalten sich da die RechtspopulistInnen der AfD? Sie tun das mit den klassischen Diskursstrategien der radikalen Rechten. Als Horst Seehofer im August 2015 auch im bayerischen Landtag gegen «massenhaften Asylmissbrauch» wetterte, hatte die AfD Bayern mit der rassistischen Hetze natürlich kein Problem, inszenierte sich jedoch als einzige Akteurin, die bereit sei, konsequent dagegen vorzugehen. Sie monierte: «Wirksame und konkrete Lösungsansätze zur Bekämpfung des Missbrauchs bleibt die Bayerische Staatsregierung indes schuldig.» Auf der einen Seite verweist die AfD mit einem gewissen Stolz darauf, dass sich die Parolen der CSU mit dem deckten, was man als AfD schon seit Langem fordert. Damit sollen die eigenen Forderungen und Behauptungen vielleicht harmloser klingen, vielleicht will man

aber auch vom Ruhm und jahrzehntelangen Erfolg der CSU in Bayern profitieren. Auf der anderen Seite lehnt man als AfD selbstverständlich «das System» und damit auch die dazu gehörenden traditionellen Volksparteien ab. Dieser Spagat führt zu leeren Phrasen, wie in einer von Armin-Paul Hampel im September 2015 verfassten AfD-Pressemitteilung: «Ein wenig Kritik kommt lediglich von der CSU. Sie ist zwar inhaltlich auf dem richtigen Weg, bleibt aber völlig folgenlos.» Oder man behauptet einen Linksruck, eine Entfernung der CSU von einem angeblich früher noch vertretenen guten und «traditionellen» Kurs. Am 6. Januar 2016 beispielsweise, als sich 50 AfD-AnhängerInnen (darunter der Neonazi Peter Meidl) zu einer Kundgebung gegen die CSU-Tagung in Wildbad Kreuth versammelten, klagten sie darüber, dass die CSU neben der Einwanderungspolitik «auch in anderen Politikbereichen längst ihre ehemaligen konservativen Werte verraten» habe. Die Bühne der AfD zierte ein Transparent mit dem Konterfei von Franz Josef Strauß und der Aufschrift «Ja seids Ihr narrisch? CSU 2016: Asylchaos, Homoehe, Eurowahnsinn».

Noch einmal kurz zurück zum Ausgang dieser Tour de Bavarie: Am 16. Juli 2015 verübten bis heute unbekannte TäterInnen einen Brandanschlag auf den ehemaligen Landgasthof Däuber in Winden am Aign, in dem ab 1. September 2015 gut 60 Asylsuchende untergebracht werden sollten. Der Sachschaden betrug über 150.000 Euro. Die neonazistische Partei «Der III. Weg» hatte die zukünftige Unterkunft – nebst 3.500 weiteren Adressen – in einer im Internet veröffentlichten, digitalen Karte als «Asylkaschemme» eingetragen. Vor dem Anschlag hatten über 1.200 BürgerInnen eine Online-Petition gegen die geplante Unterbringung von Asylsuchenden unterzeichnet, AnwohnerInnen hatten Schilder mit Aufschriften wie «Wir brauchen keine 131 Asylananten! Die Windner» oder «125 Asylbewerber sind zu viel für unseren kleinen Ort! Denkt an unsere Kinder!» vor dem Gebäude und in ihren Vorgärten aufgestellt. Am 17. März 2015 demonstrierten 130 BürgerInnen vor der Sitzung des Bauausschusses im Reichertshofener Rathaus mit Schildern, die Aufschriften trugen wie «Bürger, wehrt Euch!» und «Nein zum Heim!». Der Bauausschuss verweigerte daraufhin den Plänen der Regierung von Oberbayern beziehungsweise des Landkreises zur Schaffung einer Gemeinschaftsunterkunft (für 131 Asylsuchende) einstimmig die Gefolgschaft. Nach dem Brandanschlag versandte der bayerische Landesverband der neonazistischen Partei «Die Rechte» eine Pressemitteilung: «Die Proteste der Bürger im Vorfeld wurden lange nicht ernst genommen – jetzt gab es die Quittung.» Die Neonazis stellten Forderungen und verbanden sie offen mit der Drohung weiterer Anschläge: «DIE RECHTE fordert daher die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, eine generelle Visumpflicht für Ausländer, sowie die Straffung von Asylverfahren und die zügige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber – sonst brennt es bald im ganzen Land!» Das war am 18. Juli 2015. Keine vier Monate später, am 5. November 2015, meldete die CSU auf Twitter gewissermaßen Vollzug: «Schärfere Asylverfahren, um Zustrom zu begrenzen! CSU setzt durch – schärfstes Asylrecht aller Zeiten in Deutschland – Rückführungszentren für schnellere Abschiebung – Familiennachzug ausgesetzt.»

Kerstin Köditz

VORREVOLUTIONÄRE AfD

VORLÄUFIGE POLEMISCHE BEMERKUNGEN ANLÄSSLICH EINIGER WAHLEN

Manches hört sich gut an und bleibt im Gedächtnis haften, weil es so schön plakativ ist. Den Wahrheitsgehalt der betreffenden Aussage belegt das allerdings nicht. So etwa, wenn Peter Schaber vom *Lower Class Magazine* urteilt, die «Alternative für Deutschland (AfD)» sei «ein aus Leichenteilen von FDP und NPD zusammengestückelter Zombie». Die Erfolge der AfD hätten ihren Grund auch darin, dass die Linke sich nicht als Alternative habe präsentieren können. Die zweite Behauptung ist ungefähr so logisch wie die, dass die gegenwärtigen Misserfolge von Hannover 96 in der Bundesliga ihre Ursache auch darin hätten, dass Bayern München aktuell so erfolgreich ist. Die erste Aussage behauptet nicht nur, dass NPD und FDP eigentlich bereits tot ist, sondern zweitens auch, dass sich die AfD personell und/oder ideologisch aus ihnen speise, und nicht zuletzt drittens, dass es nur ein künstliches Leben sei, welches dieser Partei eingeflößt worden sei, dass sie über kein eigenständiges Wesen verfüge.

Schön griffig, schön plakativ. Unschön unsinnig, gefährlich unsinnig.

In die Gebeine der FDP kehrt gerade – wodurch auch immer – ein wenig neue Lebenskraft zurück. Mag sein, dass etliche Nationalliberale gar nicht erst den Weg von der AfD zur erwartungsgemäß unter «Sonstige» rangierenden Ersatzpartei des Ex-AfD-Chefs Bernd Lucke «Allianz für Fortschritt und Aufbruch» (ALFA) gegangen, sondern gleich zur FDP zurückgekehrt sind. Es kann natürlich auch sein, dass die FDP – wie so oft in der Vergangenheit – vorübergehend von einer Unzufriedenheit mit der CDU profitiert. Wirtschaftsliberal im eigentlichen Sinne ist der Programmentwurf der AfD, der geleakt wurde, nicht. Die großbürgerliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kommentiert: «Die Autoren tun, was sie den von ihnen kritisierten ›Systemparteien‹ gern vorwerfen: Sie wollen mit Hilfe staatlicher Leistungen die Gesellschaft lenken, nur eben in eine andere Richtung. Mehr Leistungen für Familien soll es beispielsweise geben, aber kein Geld mehr für alleinstehende Mütter. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich selbst finanzieren – aber nur, damit die AfD

im Fall einer Regierungsübernahme ihren eigenen Staatsfunk schaffen kann.»

Und auch die NPD lebt sehr wohl noch. Wenn auch mehr schlecht als recht. Aber: Wie kann man bei der Analyse des vorliegenden Entwurfs eines Leitanspruchs für den AfD-Parteitag für das erste Parteiprogramm nach dann immerhin drei Jahren auf die Idee kommen, der dortige politische Forderungskatalog könne auch nur ansatzweise für NPD-Leute oder sonstige Neonazis attraktiv sein? Dies würde doch zugleich bedeuten, dass sich die heutigen Neonazis vom historischen Ursprung des Faschismus, nämlich der Verknüpfung der nationalen mit der sozialen Frage, verabschieden würden! Es mag sein, dass es innerhalb der AfD eine Strömung gibt, für die genau jene Verknüpfung ein zentrales Anliegen ist. Das würde dann zumindest erklären, weshalb die Verabschiedung des sozialpolitischen Teils des Parteiprogrammes auf das Jahr 2017 verschoben werden soll. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Und vor Wahlen kann die AfD sich innerparteiliche Auseinandersetzungen nicht leisten.

Was aber, wenn Peter Schaber Recht hätte mit seiner Meinung, in der AfD sei ein gehöriges Stück NPD enthalten, wenn andere ebenso Recht hätten, die AfD werde zunehmend für Neonazis attraktiv, oder wiederum andere, die schon einen vollzogenen Exodus von der erfolglosen Rechtspartei zur erfolgreichen sehen? Wir hatten in Sachsen doch bereits enthüllt, dass ein Musiker der NS-Black-Metal-Band «Leichenzug» sich der AfD angeschlossen hatte, dass ein Edelmetallhändler aus Dresden, einst AfD-Fraktionsgeschäftsführer im dortigen Stadtrat, früher Schulungen für die Wiking-Jugend durchgeführt hatte, dass ein aktueller Gemeinderat der NPD aus der Sächsischen Schweiz gleichzeitig auf der Mitgliederliste der AfD geführt wurde, dass der heutige AfD-Landtagsabgeordnete und frühere MfS-Spitzel Detlef Spangenberg vor seinem Beitritt führend in einer selbsternannten Sammlungsbewegung der extremen Rechten tätig gewesen war, dass ein zeitweiliges Landesvorstandsmitglied der AfD-Jugendorganisation «Junge Alternative» aktiv bei den «Identitären» ist, dass ein junger Kandidat der AfD für die Kommunalwahlen in Dresden an Treffen der «Jungen Nationaldemokraten» teilgenommen hatte, dass frühere Mitglieder der islamfeindlichen Kleinpartei «Die Freiheit» zur AfD übergetreten waren und dort Karriere machten. All das in einem einzigen Landesverband, dem der Parteivorsitzenden Frauke Petry.

Gebracht hat diese akribische Recherchearbeit nichts. Außer dem schlechten antifaschistischen Gewissen, man habe sich als externe Parteikontrollkommission der AfD abgemüht und ihr damit die Gelegenheit gegeben, sich der braunen Schafe zu entledigen und anschließend als verfolgte Unschuld zu präsentieren: «Schaut her! Wenn uns tatsächlich einmal droht, unterwandert zu werden, dann trennen wir uns von den betreffenden Personen. Schleunigst!» Das schlechte Gewissen war unnötig. Wenn die Personen mit offenkundig brauner Vergangenheit der AfD nicht mehr angehören, dann ausschließlich aus dem Grund, dass sie selbst ausgetreten sind. Außer vollmundigen Ankündigungen kam von der AfD nichts. Geschadet hat es ihr trotzdem nicht. Dem Löwenanteil der WählerInnen der Partei war es schlicht und ergreifend egal, ob es sich bei dem präsentierten Personal und den KandidatInnen um Menschen mit ei-

ner fragwürdigen Vergangenheit handelt oder nicht. Hauptsache, der Rassismus wird glaubwürdig zur Schau gestellt.

Natürlich ist die AfD eine Partei der extremen Rechten. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu. Es sind in den letzten Wochen höchstens weitere Belege für diese Einschätzung hinzugefügt worden. Das Puzzle wird vollständig. Denn wie sonst als «Teil der extremen Rechten» bezeichnet man eine Partei, an deren Stelle überall dort, wo sie nicht antritt, wie selbstverständlich in nahezu dem gleichen Umfang einschlägige Parteien der extremen Rechten gewählt werden? So geschehen bei den Kommunalwahlen in Hessen Anfang März 2016. So geschehen in der Stadt Fulda und besonders in Hanau, wo die «Republikaner» einige ihrer unterdessen an einer Hand abzuzählenden Erfolge verzeichnen konnten. Im Landkreis Fulda wiederum, wo die AfD mit ihrem aus der CDU ausgeschlossenen Spitzenmann Martin Hohmann einen Wahlsieg feiern konnte, spielten die ebenfalls angetretenen «Republikaner» nahezu keine Rolle. Und auch die NPD schnitt immer dann bemerkenswert gut ab, wenn die AfD auf dem Stimmzettel fehlte. Wie in dem in den Medien in den Tagen danach allgegenwärtigen Bülbingen, so auch im weitgehend unterschlagenen, aber weitaus wichtigeren Wetzlar. Die WählerInnen haben entschieden: Sie verhalfen jeweils derjenigen Partei zu einem Erfolg, die sie selbst als deutlich rechts von der CDU stehend ansahen.

Der hessischen LINKEN hat der erstmalige Wahlantritt der AfD übrigens nicht geschadet. Besonders dort, wo sie schon kommunalpolitisch vertreten gewesen war, gewann die Partei – teilweise deutlich – Stimmen hinzu. Glaubwürdigkeit hatte sie in ihrer Oppositionsrolle im Landtag bewiesen. Ich halte es für nützlich, auch diese Wahlen gründlich zu analysieren, um eine erfolgversprechende Strategie gegen die AfD entwickeln zu können.

Das Label «rechtsextremistisch» reicht eben, egal ob es der AfD berechtigt oder unberechtigt angeheftet wird, nicht mehr aus, um eine relevante Zahl von Menschen von einer Wahlentscheidung für diese Partei abzuhalten. Daran würde übrigens auch die Umsetzung der von führenden VertreterInnen der SPD umgehend geäußerte Forderung, der Inlandsgeheimdienst, der sogenannte Verfassungsschutz, müsse nun mehr in Sachen AfD aktiv werden, nichts, aber auch gar nichts ändern. Auch die jahrzehntelange Stigmatisierung der NPD als «rechtsextremistisch» hat nicht verhindern können, dass diese Partei erst in Sachsen und später dann in Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag einzog und erneut in diesen gewählt wurde und dass sie in Sachsen mit der AfD als Konkurrenz 2014 trotzdem nur sehr knapp den erneuten Wiedereinzug in das Landesparlament verpasste. Die Forderung Sigmar Gabriels und anderer Granden der SPD hat nur ein einziges Resultat: Die AnhängerInnen der AfD kommen zu der Einschätzung, dass ihre favorisierte Partei nunmehr von «den Etablierten» als Gegner ernst genommen wird, dass man Angst vor ihr hat, dass «das System» seine Machtmittel gegen den Eindringling in das «Parteienkartell» in Stellung bringt, wenn seine «Lügenpresse» ihre Aufgabe nicht mehr im gewünschten Umfang ausfüllt.

Ist es also einerlei, mit welchen Worten ich die AfD charakterisiere? Handelt es sich

bei den Begriffen liberal-konservativ (von der AfD favorisiert), nationalkonservativ (von jenen so genutzt, die das nicht sonderlich schlimm finden, denn national und konservativ sei man schließlich selbst), rechtspopulistisch (beliebt bei jenen Medien, die gern mutig sein möchten, und jenen WissenschaftlerInnen, die es scheinbar für ausreichend halten, eine politische Formation über die Form, anstatt über den Inhalt zu bestimmen) oder extreme Rechte lediglich um letztlich zu vernachlässigende Nuancen? Nein, natürlich nicht. Ich werde eine erfolgversprechende Strategie gegen einen politischen Gegner nur dann entwickeln können, wenn sie auf einer umfassenden und zutreffenden Analyse beruht. Damit ist, nur nebenbei, noch immer nicht die Garantie gegeben, dass die erarbeitete Strategie auch tatsächlich Erfolg zeigt. Eine politische Kraft, die selbst nicht hegemonial ist, wird den politischen Diskurs eines ganzen Landes nicht verändern können. Wenn sie gut ist, wenn ihre Strategie ebenso stimmig ist wie die Analyse, dann wird sie einen Beitrag dazu leisten können. Mehr nicht!

Die *Junge Freiheit*, inzwischen zum inoffiziellen Parteiblatt der AfD geworden, schreibt zu der in Sachsen-Anhalt begonnenen sozialdemokratischen Kampagne gegen die AfD, die bundesweit fortgeführt werden soll und die der Klientel der AfD verdeutlichen soll, dass zwischen der Programmatik dieser Partei und ihren eigenen sozialen Interessen ein Widerspruch besteht: «Die von der SPD angekündigte «Entzauberung» anhand ihres Programms muss die AfD kaum fürchten; von ewig-gestrigen linken Betonköpfen als «reaktionär» tituliert zu werden, das kann man aushalten und mit guten Gründen widerlegen.» Nun, um Betonköpfe mag es sich bei der SPD-Führung tatsächlich handeln. Links dagegen sind sie sicher nicht. Und genau darin liegt das Problem. Als Sachwalter der Interessen der Arbeiterinnen und der Angestellten, der sogenannten kleinen Leute, hat die SPD längst jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Das ist nur zu einem Teil in der «Agenda 2010-Politik» des einstmaligen Kanzlers Schröder begründet. Gabriel, Nahles & Co. unterstreichen in ihrer Regierungstätigkeit tagtäglich, dass sich in der SPD seit seinen Tagen nichts geändert hat.

Dieses Phänomen, dass Parteien der extremen Rechten in ihren Zeiten des Erfolgs teils massiv gerade in traditionell sozialdemokratisch geprägte Wählermilieus einbrechen (in Sachsen-Anhalt also auch in das der LINKEN), ist ja keineswegs neu. Insofern kann das massive Erschrecken über das Direktmandat der AfD ausgerechnet in der alten SPD-Hochburg Mannheim nur ein Indiz dafür sein, dass nach Wahlen wichtige Resultate schnell wieder verdrängt werden. Es sei an dieser Stelle nur darauf verwiesen, dass die «Republikaner» in ihrer Blütezeit außerhalb ihrer regionalen Hochburgen Bayern und Baden-Württemberg vor allem dort Erfolge erzielten, wo bisher die SPD hegemonial gewesen war. Das galt für etliche Städte des Ruhrgebiets, das galt eingeschränkt auch für Berlin und Bremen.

Aus der gleichen Zeit stammt übrigens die Erkenntnis, dass es nicht hinreicht, über die Gewinnung von Stimmen aus dem Lager der früheren Nicht-WählerInnen zu lamentieren. Fast alle von jenen haben vor ihrer Wahlenthaltung gewählt: die SPD

nämlich. Es handelt sich also um eine Enttäuschung (im Wortsinn), die zunächst in die Resignation mangels attraktiven Angebotes führte, um dann durch die nächste Täuschung abgelöst zu werden. Nämlich die, ein neues Angebot auf dem Markt («Republikaner», AfD) stelle tatsächlich eine Alternative zum bisherigen, als unbrauchbar verworfenen dar. Dieses Verhalten ist ein typisches Resultat des «Mittismus», der Politik scheinbar entideologisiert und als notwendiges Resultat objektiver Sachzwänge darstellt. Wird dann die Sehnsucht nach einer Alternative so groß, dass die Behauptung, eine Partei wolle eine solche durchsetzen, von der Zielgruppe geglaubt werden will, dann wird diese Partei Erfolg haben.

Die Erkenntnis ist nicht neu, dass Menschen keineswegs so wählen, wie es ihren objektiven (ökonomischen und sozialen) Interessen entspricht. Insofern wäre es ein Irrglaube, die praktische Umsetzung der alten sozialdemokratischen These «Das beste Mittel gegen Rechtsextremismus ist eine ordentliche Sozialpolitik» könne den Sumpf austrocknen, in dem das Gedankengut der AfD gedeiht. Wir wissen doch leider nur zu gut, dass ein beträchtlicher Teil des Klientels dieser Partei eine Art christliche Taliban darstellt, das heißt aus Fundamentalisten protestantischer wie auch katholischer Ausrichtung besteht. Diese wertorientierten Menschen, die ihre Werte in der Welt und der Bundesrepublik der Gegenwart massiv bedroht sehen, werde ich mit einer vernünftigen Sozialpolitik, die ihren objektiven Interessen entsprechen würde, trotzdem nicht erreichen, da sie ihre Prioritäten einfach anders setzen.

Nein, natürlich ist die AfD nicht neofaschistisch oder rechtsextremistisch in der Definition des Geheimdienstes. In einem Kommentator in der *tageszeitung* wird behauptet, die AfD leide unter «Phantomschmerzen», sie leide unter dem Verlust dessen, was einmal (gut) war, die AfD sehne sich «nach einer Republik ohne Windräder und Moscheen, ohne Euro und Homo-Ehe, mit Wehrpflicht und Atomkraftwerken. Kurzum – ein grauer Traum von den 80er Jahren». Nun, letzterem Urteil mag ich nicht zustimmen. Die Phantomschmerzen der AfD durch den Verlust dessen, was sie als heile Welt ansieht, reichen weiter zurück in die Vergangenheit. Sie möchte zunächst zurück in die Beton-Ära der Adenauerzeit der Bundesrepublik, die Ergebnisse der 68er-Revolution revidierend. Ihre Welt wird nicht in erster Linie bedroht durch den Euro und dessen Krise oder durch den Islam, ihre Welt wird primär bedroht durch Conchita Wurst und alles, wofür er/sie steht. Sie kämpfen einen Kulturkampf. Und sie sind dabei davon überzeugt, dass es sich um das letzte Gefecht zum letztmöglichen Zeitpunkt handelt. Verlieren sie es, so die Überzeugung, dann siegen die Barbaren, die Ungläubigen, das Chaos. Ihre Ideologen wissen, dass «1968» nur eine Erscheinungsform dieses Feindes war, eine Oberflächenerscheinung. Ihre Sehnsucht nach der Vergangenheit reicht noch viel weiter zurück: in die Zeit vor der Französischen Revolution mit ihren Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität, zurück in ein Zeitalter vor der Aufklärung und vor dem Liberalismus. Aus all diesen ist die Demokratie entstanden. Wie also charakterisiere ich die AfD?

Sara Madjlessi-Roudi

UNSÄGLICHER RASSISMUS

WIE DIE KÖLN-DEBATTE DEN POLITISCHEN DISKURS IM LAND VERÄNDERT HAT

Die Silvesternacht in Köln wird in der medialen Auseinandersetzung als Wendepunkt deutscher Flüchtlingspolitik diskutiert. 1.000 bis 1.500 Männer «nordafrikanischen und arabischen Aussehens» hätten sich am Vorplatz des Kölner Hauptbahnhofs versammelt, zu einem großen Teil, um Frauen sexuell zu belästigen und zu belästigen. In der Medienberichterstattung wurden vor allem die «sexuellen Übergriffe» zum argumentativen Hauptbezugspunkt. Laut Polizeistatistik von Ende Januar wurden infolge der Silvesterereignisse in Köln 986 Anzeigen erstattet.¹ In der Presse, beispielsweise im Berliner *Tagesspiegel* (24.1.2016), wurde von 359 Sexualstraftaten gesprochen. Nach Polizeistatistik gab es 218 Anzeigen wegen «Nötigung/Vergewaltigung», die weiteren Anzeigen bezogen sich auf «Beleidigung auf sexueller Grundlage». In nur wenigen Medienberichten findet diese differenzierte Aufschlüsselung der statistischen Angaben statt. Vielmehr wird suggeriert, es habe primär körperliche sexuelle Übergriffe auf Frauen gegeben.²

Begründet werden die Übergriffe in der Presse mehrheitlich mit der Herkunft der Täter und einer fehlgeleiteten Flüchtlingspolitik im vergangenen Jahr. Unter Rück-

1 Vgl. Flade, Florian u. a.: 1054 Strafanzeigen nach Übergriffen in Köln, in; *Die Welt*, 10.2.2016.

2 Die Zahl der erstatteten Anzeigen erhöhte sich bis zum 10. Februar 2016 laut *Die Welt* auf insgesamt 1.054 wegen unterschiedlicher Delikte im Gebiet der Kölner Innenstadt. Davon wurden 454 Anzeigen aufgrund von Sexualdelikten gestellt, zwei Drittel davon am Bahnhofsvorplatz beziehungsweise dem Hauptbahnhof. Vgl. Falde u. a.: 1054 Strafanzeigen. Insgesamt geht die Polizei von 1.108 Geschädigten aus. Die Psychologin Ariane Brensell, die zu sexualisierter Gewalt forsch, macht in der Zeitschrift *Analyse & Kritik* (19.1.2016) darauf aufmerksam, dass die hohe Zahl der Anzeigen auch darin begründet sei, dass sich viele Frauen aufgrund der aktuellen Debatte dazu ermutigt fühlen, diese zu erstatten. Schließlich wird ihnen geglaubt. Dass ihnen geglaubt wird, funktioniert jedoch nur in Zusammenhang mit der rassistischen Konstruktion des Täters. Es kann also vermutet werden, dass die Zahl der sexuellen Übergriffe und Beleidigungen im Rahmen anderer Großveranstaltungen (wie dem Kölner Karneval) deutlich höher ist als die Zahl der erstatteten Anzeigen. Schließlich werden sexuelle Gewalt und Sexismus kaum thematisiert, wenn diese «dem Eigenen» zugerechnet werden.

griff auf die Argumentationsfigur des «Wahr-Sprechens»³ verschränken sich innerhalb der Debatte rassistische und sexistische Diskurse, die zur Legitimation restriktiver Asyl- und Sicherheitspolitik herangezogen werden. Schließlich ist die mediale, politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung vor dem Hintergrund der aktuellen Diskurse um eine stärkere Kontrolle von Asylsuchenden, erleichterte Abschiebemöglichkeiten sowie «begrenzte Aufnahmekapazitäten» zu verstehen.

Verlauf der Silvester-Debatte

Werfen wir zunächst einen Blick auf den Verlauf der medialen Debatte: Nach der Silvesternacht berichteten noch am Wochenende einzelne Medien wie der *Kölner Stadtanzeiger*, die *Kölnische Rundschau* sowie RTL über Übergriffe, zunächst ohne Angaben zur Herkunft der Täter. Dabei kursierten verschiedene Zahlen zu den Betroffenen. Spätestens drei Tage nach Silvester fanden sich erste Berichte der Ereignisse am Hauptbahnhof in der Kölner Lokalpresse sowie in bundesdeutschen Medien, die die Darstellungen der darauffolgenden Wochen stark prägen sollten. So schreibt das Boulevardblatt *Express* von der «Tätergruppe der Nordafrikaner», die in den Fokus der Ermittlungen gerückt sei.⁴ Im Rahmen einer Pressekonferenz von Polizei und Stadtverwaltung am 4. Januar 2016 wurde die Herkunft der Täter bestätigt. Die Benennung der Herkunft wurde vor allem zu Beginn der Debatte zum Thema gemacht.

In den darauffolgenden Wochen war das Geschehen auf der Kölner Domplatte sowohl in der lokalen als auch in der bundesweiten Presse stark präsent. Leitmedien wie *Focus*, *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* befassten sich intensiv mit den Ereignissen in der Silvesternacht. Auch international wurde das Thema aufgegriffen. So berichteten BBC und CNN, aber auch Al Jazeera über die Vorkommnisse. Auch in der bundesdeutschen Politik beschäftigte man sich mit damit. So äußerte sich Kanzlerin Angela Merkel bestürzt über die Ereignisse, SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sprach sich für härtere Strafen für Sexualstraftäter aus und Justizminister Heiko Maas forderte eine Reform des Asylrechts, um Abschiebungen zu erleichtern. Schließlich bezeichnete er die Vorfälle an Silvester als «zeitweiligen Zivilisationsbruch» und knüpfte hiermit an eine verbreitete Wendung zur Beschreibung des Nationalsozialismus an.

In der diskursiven Auseinandersetzung verschränkten sich verschiedene Themenkomplexe, die rassistische und sexistische Debatten beförderten. Besonders wirksam ist die Verknüpfung von Asyl- und Einwanderungspolitik, Kriminalität und Innere Sicherheit, Geschlechtergleichheit und Meinungsfreiheit. So kritisierten, bevor über-

3 In Anlehnung an Michel Foucault (Wahrsprechen des Anderen. Zwei Vorlesungen 1983/84, Frankfurt am Main 1988) ist hiermit eine Argumentationsfigur gemeint, die dazu dient, unter Bezugnahme auf das Argument von Meinungsfreiheit objektive Wahrheiten auszusprechen, die gesellschaftlich tabuisiert sind und daher bewusst nicht thematisiert werden.

4 Meyer, Thomas: Übergriffe. Selbst Polizistinnen meiden nach Feierabend den Bereich am Kölner Hbf, in: *Express*«, 3.1.2016.

haupt nähere Informationen zu den Geschehnissen in der Nacht vorlagen, einige Medien bereits das bestehende Asylrecht sowie fehlende Möglichkeiten zur schnellen Abschiebung von Asylsuchenden.⁵ Mehrheitlich wurden die Ereignisse in Köln als «Wendepunkt» deutscher Flüchtlingspolitik verhandelt.⁶ Der saarländische Innenminister Klaus Bouillon (CDU) nannte die Ereignisse einen «Warnschuss, der uns alle wachgerüttelt hat».⁷ Ein «Weiter so! Merkels sei kaum mehr möglich».⁸ In den darauffolgenden Wochen waren Stimmen, die sich gegen eine solche Verschärfung des Asylrechts wenden, kaum mehr zu hören. Eine restriktivere Asylpolitik erschien nahezu alternativlos. Interessant ist hier, dass Angela Merkel zum Referenzpunkt der Stimme der AsylbefürworterInnen wurde. Stimmen «links von Merkel» waren in der medialen Auseinandersetzung weitaus weniger präsent.

Rassistische und sexistische Implikationen

Die Herkunft der Täter dieser Silvesternacht wurde gleich zu Beginn der Berichterstattung zum Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung. Sie stellte den Schlüssel zur Erklärung der Übergriffe dar und beförderte einen rassistischen Diskurs, der oftmals in Forderungen mündete, das Einwanderungs- und Asylrecht radikal zu reformieren. Außerdem wurde die vermeintliche oder tatsächliche arabische beziehungsweise nordafrikanische Herkunft der Täter sofort mit dem Komplex Kriminalität, Ordnung und Sicherheit in Verbindung gebracht und fand das statt, was Margarete Jäger (1996) als «Ethnisierung des Sexismus» bezeichnet hat: Sexismus wird nicht als Teil der eigenen Gesellschaft gesehen, sondern diskursiv «dem Anderen» zugerechnet. Sexuelle Gewalt ist somit ein Problem von MigrantInnen, das begründet, warum diese einfach nicht zu Deutschland passen.

In manchen Zeitungen wurden die mutmaßlichen Täter als «Nafris»⁹ (Abkürzung für nordafrikanische Intensivstraftäter) und «organisierte Klaubanden»¹⁰ beschrieben. Es war von 1.000 bis 1.500 Männern die Rede, die sich vor dem Dom versammelt hätten. Erstens wurde häufig so getan, als habe es sich hierbei ausschließlich um arabische oder nordafrikanische Migranten beziehungsweise Asylbewerber gehandelt. Zweitens wurde unterstellt, alle in dieser Nacht am Tatort Anwesenden seien potenzielle oder tatsächliche Täter gewesen. Drittens ging man davon aus, diese hätten sich verabredet, um dort am Kölner Hauptbahnhof gezielt Übergriffe zu begehen. Nur in Teilen der Presse war zu lesen, dass wohl größere Personenansammlungen am Hauptbahnhof Ausgangspunkt von Übergriffen gewesen waren. Pauschalisierend wurden in der Debatte Rückschlüsse auf MigrantInnen und AsylbewerberInnen aus Nordafrika und

5 Vgl. ebd.

6 Vgl. Baumgärtner, Maik u. a.: Es kommen härtere Tage, in: Der Spiegel, 9.1.2016.

7 Zit. nach Focus, 16.1.2016.

8 Baumgärtner u. a.: Es kommen härtere Tage.

9 Stinauer, Tim: Gefährliche Trickdiebe, in: Kölner Stadtanzeiger, 12.1.2016.

10 Hein, Jan-Philipp u. a.: Nacht der Schande, in: Focus, 9.1.2016.

dem arabischen Raum gezogen. Dabei stehen vor allem junge Männer im Fokus. Frauen aus dieser Region kommen in der Debatte vor allem dann zu Wort, wenn es darum geht, das Argument vom Sexismus des arabischen Mannes zu stützen. So veröffentlichte beispielsweise der *Focus* (91.2.2016) eine Reihe von Statements von migrantischen und deutschen Frauen, die das aggressive Verhalten der Täter in der Silvesternacht auf ihre vermeintliche arabische oder nordafrikanische Herkunft zurückführen. In der aktuellen Debatte werden Männer aus arabischen oder nordafrikanischen Ländern als besonders gewaltbereit, frauenverachtend und kriminell dargestellt. Kriminell in zweierlei Hinsicht: Zum einen wird Bezug genommen auf die Figur des «Asylbetrügers», der kein Recht auf Schutz habe und seine Abschiebung bewusst durch Täuschung der Behörden hinauszögere. Zum anderen wird von einer bandenmäßigen Organisation zum Zweck des Diebstahls und Drogenhandels ausgegangen. Unterschieden wird also zwischen «kriminellen Ausländern» und der Gruppe der «wahrhaftig» politisch Verfolgten. Letztere werden in der Presse oft anhand von Einzelbiografien dargestellt und aus der anonymen Masse der nach Deutschland Gekommenen herausgehoben.

Dem Staat wird in Bezug auf den Umgang mit «kriminellen Ausländern» Hilflosigkeit unterstellt. So widmet sich gleich ein ganzer Schwerpunkt des *Spiegels* (16.1.2016) der vermeintlichen Schwächung des staatlichen Gewaltmonopols. Das Problem sei den Behörden schon seit Längerem bewusst, aufgrund rechtlicher Hindernisse sei es bisher jedoch nur schwer möglich gewesen, straffällig gewordene Ausländer abzuschicken. In diesem Zusammenhang taucht auch der Begriff des «Nafris» auf, der sich zu einer feststehenden stigmatisierenden Bezeichnung entwickelt hat. Dieser Straftäter wird folgendermaßen beschrieben: Er ist primär männlich und zeichnet sich durch besondere Aggressivität sowie Geschick beim Stehlen aus.¹¹ Den «Nafris» wird die Taktik des «Antanzens» zugeschrieben.¹² Dieses «Antanzens» ist vor allem aus Berichten zum Arabischen Frühling bekannt und wird mit Übergriffen auf dem Tahrir-Platz in Kairo in Verbindung gebracht. Auch an anderen Stellen finden sich solche expliziten Vergleiche mit den Ereignissen in Kairo: Die Kölner Domplatte habe sich zu Silvester «in den Tahrir-Platz verwandelt».¹³ Der Dom wird in verschiedenen Artikeln zum Sinnbild eines Angriffs auf «das Eigene». So heißt es in der *Welt*, dass das Gebiet rund um den Kölner Dom «gezielt unter Beschuss» genommen worden sei. So sei auch das «Wahrzeichen Ziel von Attacken geworden»,¹⁴ vor dessen «Portalen [...] anarchische Zustände der Gewalt» geherrscht hätten.¹⁵

Kriminalität erscheint somit als «Importprodukt» anderer Kulturen. Sie kommt von «außen», greift nun jedoch die Sicherheit im «Innern» an. Vergleiche mit began-

11 Vgl. z. B. Agarwala, Anant: Kölns schwerer Kampf gegen die «Nafri-Kriminellen», in: *Zeit-Online*, 15.1.2016.

12 Vgl. Jocham, Florian: Kölner Hbf: 11 Fragen und Antworten zum Silvester-Mob, in: *Express*, 5.1.2016.

13 Kelle, Birgit: Nacht der Schande, in: *Focus*, 9.1.2016.

14 *Die Welt*, 14.1.2016.

15 Pauls, Peter: Anarchie im Schatten des Kölner Doms, in: *Kölner Stadtanzeiger*, 4.1.2016.

genen Straftaten in den Silvesternächten zurückliegender Jahre etwa bleiben weitgehend aus. Auch auf Delikte im Zusammenhang mit anderen Großveranstaltungen in Deutschland wie beispielsweise das Oktoberfest in München oder der Kölner Karneval wird selten Bezug genommen. Zur Verortung des Kriminellen «im Außen» passt die Behauptung, die Täter der Silvesternacht hätten keinerlei Respekt vor der deutschen Polizei und Justiz. Begründet wird dies mit der strafrechtlichen Praxis in den Herkunftsländern. «So stoßen Welten aufeinander. Ein Rechtsstaat der auf Deeskalation, Integration und verständnisvolle Resozialisierung junger Straftäter setzt, mit aller Milde des Gesetzes. Und Zuwanderer aus autoritären Gesellschaften, die diese Instrumente missverstehen und ausnutzen, da sie auch noch als Regelbrecher weder abgeschoben, noch hart bestraft werden. Die Folge: Recht und Ordnung gelten mancherorts nur noch eingeschränkt oder gar nicht.»¹⁶ Suggestiert wird, dass gegen diese Männer ein härteres polizeiliches Vorgehen notwendig sei als gegen deutsche Straffällige. Teils finden sich in der Berichterstattung zu den Kölner Ereignissen in der Silvesternacht auch kritische Stimmen. So beklagte Thomas Fischer, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, in seiner Zeit-Kolumne die Instrumentalisierung der Übergriffe und Diebstähle für eine «Zeitenwende in der Ausländerpolitik».¹⁷ Jedoch sind diese Verweise in Bezug auf politische Diskurse wenig wirkmächtig.

Der Sexismus der «Anderen»

Neben dieser rassistisch konnotierten Stigmatisierung des arabischen beziehungsweise nordafrikanischen Mannes als besonders kriminell wird dieser mehrheitlich als sexistisch und frauenverachtend dargestellt. So werden die Männer, die sich an Silvester vor dem Hauptbahnhof versammelten, unter anderem als «Sex-Mob» bezeichnet.¹⁸ Dieser komme aus einer «Macho-Kultur»¹⁹ und habe ein «archaisches Frauen- und Gesellschaftsbild, welches so gar nicht in die deutsche Moderne passt».²⁰ Birgit Kelle kommentierte im *Focus*, dass sich «Parallelgesellschaften» und «No-go Areas» in Deutschland gebildet hätten, «in denen Frauen die Gleichberechtigung verweigert wird».²¹ Die sexuelle Gewalt an Silvester wird als Folge dieser patriarchalen Weltanschauung gewertet. Zurückgeführt wird dieser Sexismus auf die Herkunft und kulturelle Prägung der Männer.

Hier werden zudem islamophobe Bilder und Vorstellungen bemüht. Der Bezug zum Islam dient innerhalb der Debatte als eine Art diskursive Klammer. Neben der Beschreibung des «nordafrikanischen» oder «arabischen Mannes» finden sich Vergleiche

16 Bartsch, Matthias u. a.: Am Rand, in: Der Spiegel, 16.3.2016.

17 Fischer, Thomas: Unser Sexmob, in: Die Zeit, 12.1.2016.

18 Vgl. z. B. Schneider, M. u. a.: Der Sex-Mob-Skandal und die Folgen, in: Bild-Zeitung, 8.1.2016.

19 Hoffmann, Christiane: Misere und Machismo, in: Der Spiegel, 9.1.2016.

20 Hein u. a.: Nacht der Schande.

21 Kelle: Nacht der Schande.

che und Verweise auf sexualisierte Gewalt im Iran.²² Gesellschaftliche Strukturen und Kulturen von Ländern mit ganz unterschiedlichen historischen Entwicklungen – von Marokko bis nach Afghanistan – werden einfach in einen Topf geworfen. Die «islamische Kultur» wird als besonders rückschrittlich und frauenfeindlich beschrieben. Man zieht eine direkte Verbindung zu patriarchalen «Machokulturen». Im *Focus* findet sich sogar eine psychoanalytische Begründung des Sexismus arabischer Männer: «Der gewalttätige Zugriff auf kindliche Genitalien durch die Beschneidung – und die damit inszenierte Kastrationsandrohung – ist der transgenerational vermittelte normative Kern des Patriarchats», weiß der Autor Matthias Franz und verweist unter anderem auf Necla Kelek.²³

In den sogenannten Leitmedien ist mehrheitlich eine Tendenz zu kultureller Homogenisierung feststellbar, indem der Islam zum einen regional mit Nordafrika und arabischen Ländern verknüpft und zum anderen mit kultureller Eigenheiten verbunden wird. Teils wird noch darauf verwiesen, dass nicht die islamische Prägung allein, sondern auch der schwierige Übergang der Herkunftsgesellschaften in die Moderne oder die misslungene Integration in Deutschland ein Problem seien, was sich in sexueller Gewalt gegen moderne Frauen in Deutschland entlade. Interessanterweise werden in den Medien vor allem weiße Frauen als Betroffene der Übergriffe in der Silvesternacht dargestellt. So veröffentlichte der *Focus* am 9. Januar 2016 ein Coverbild, auf dem eine blonde weiße Frau zu sehen ist, die nahezu unbekleidet abfotografiert ist. Der Kopf der Frau ist nicht zu sehen, dafür schwarze Handabdrücke, die auf ihrem Körper verteilt sind. Unterschrieben ist das Bild mit: «Frauen klagen an. Nach Sex- Attacken von Migranten. Sind wir noch tolerant oder schon blind?». Dass in Köln auch Women of Colour und Männer von sexuellen Übergriffen und Diebstählen betroffen waren, erfährt man nur in wenigen Berichten sowie bei einem Blick in die Polizeistatistiken. Ein ähnliches Motiv erscheint im Januar in der *Süddeutschen Zeitung*: Auf dem Schwarzweiß-Bild sind die Umriss einer Frau zu erkennen, zwischen deren Schenkeln ein schwarz markierter Arm, der in den Schritt greift. Aufgerufen wird das Bild des dunklen Mannes, der die sexuelle Selbstbestimmung der weißen Frau bedroht.

Dieses Bild «des Anderen», welches in der Debatte reproduziert wird, steht einer Idee «des Eigenen» gegenüber. Dabei wird so getan, als unterscheide sich die deutsche Gesellschaft grundsätzlich von arabischen oder nordafrikanischen Kulturkreisen, aus denen viele Asylsuchende stammen, die nach Deutschland kommen. Die hiesige Gesellschaft wird als «offen» und «tolerant» dargestellt,²⁴ als wesentliche Errungenschaften werden die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine demokratische Kultur hervorgehoben. Diese Prinzipien würden diese Gesellschaft offen, jedoch eben auch

22 Hoffmann: Misere.

23 Franz, Matthias: Gewalt gegen Frauen hat mit Gewalt gegen Jungen zu tun, in: *Focus*, 6.2.2016.

24 Klöckner, Julia: Nacht der Schande, in: *Focus*, 9.1.2016.

verletzlich machen.²⁵ Unterstützt wird diese Argumentation durch den Rückgriff auf ein Integrationsverständnis, das von MigrantInnen eine Anpassung an die deutsche Mehrheitsgesellschaft verlangt. Erfolgreiche Integration würde dem Sexismus vieler Migranten entgegenwirken. So schreibt *Spiegel*-Journalistin Christiane Hoffmann: «Die gute Nachricht: Kulturelle Prägung ist nicht zwangsläufig Schicksal, sie kann sich ändern. Der Kriminologe Christian Pfeiffer hat in seiner Forschung mit jungen Migranten festgestellt, wie sich die Macho-Orientierung abschwächt und die Geschlechterrollen in den Familien verändern. Integration funktioniert», sagt Pfeiffer.»²⁶ Suggestiert wird so, dass in der hiesigen Gesellschaft eine Gleichberechtigung der Geschlechter durchgesetzt sei. Sexismus, «Rape Culture»²⁷ und sexualisierte Gewalt werden nur in Teilen der Presselandschaft als Problem der hiesigen Gesamtgesellschaft diskutiert. Während der *Spiegel* (9.1.2016) sexuelle Gewalt beispielsweise kurz in einem Artikel sowie einem Interview problematisiert, erhält das Thema im *Focus* keinen Raum. So stellen Stefanie Lohaus und Anne Wizorek im *Vice*-Magazin (6.1.2016) fest, dass FeministInnen seit Langem darauf aufmerksam machen, dass nicht genug über Sexismus gesprochen wird und keine Bereitschaft besteht, eine öffentliche Debatte darüber zu führen. Ausgerechnet jetzt, wo es um sexualisierte Gewalt durch Migranten gehe, werde der Sexismus auf einmal ein großes Thema. Sexismus und sexualisierte Gewalt würden innerhalb der Debatte instrumentalisiert, um rassistische Vorurteile zu bedienen.

Dieser Rassismus sowie die Stereotype, die die Debatte durchziehen, sind nicht neu, sondern im westlichen Denken fest verankert. Der Literaturwissenschaftler Edward Said zeichnete in seinem Buch «Orientalism» die Entstehung des Diskurses über «den Orient» nach. Bereits im 19. Jahrhundert fänden sich Beschreibungen, in denen «der Orient» dem Westen gegenüber als feindselig dargestellt wurde. Während man den Westen als aufgeklärt, rational und zivilisiert begriff, erschien «der Orient» als bedrohlich und mysteriös. Das Bild des grausamen, triebgesteuerten, orientalischen Despoten ging mit dem der gefügigen Frau einher und schien im Westen vor allem im Bild des Harems auf. Auch in den darauffolgenden Jahrzehnten sei das Klischee immer wieder aufgegriffen worden, so Said. Er weist darauf hin, dass im Rheinland im Zusammenhang mit der Besetzung der Alliierten in den 1920er Jahren von der «Schwarzen Schmach» die Rede war. Damit bezog man sich auf die Anwesenheit französischer Kolonialtruppen aus nordafrikanischen Ländern. Diesen Soldaten sagte man nach, besonders triebhaft gewesen zu sein. Auf zahlreichen Plakaten und Karikaturen wurde vor ihnen gewarnt. Ihnen wurde vorgeworfen, deutsche Frauen verge-

25 Ebd.

26 Hoffmann: Misere.

27 Mit «Rape Culture» werden gesellschaftliche Verhältnisse bezeichnet, in denen sexuelle Gewalt stark verbreitet ist und von der Kultur, den Medien und der Politik geduldet und befördert wird. Typisch ist, dass den Opfern eine Mitschuld gegeben wird. Vgl. dazu Fritzsche, Julia: Sexualisierte Gewalt und Wahrheit, in: *Analyse & Kritik*, 19.1.2016.

waltigt zu haben. Hinsichtlich der Stereotypisierung von arabisch-nordafrikanischen Männern lassen sich also durchaus historische Kontinuitätslinien feststellen.

Die Argumente des «Wahr-Sprechens»

In der Diskussion infolge der Kölner Silvesternacht griffen zahlreiche BefürworterInnen einer Asylrechtsverschärfung auf das Argument zurück, es müsse endlich möglich sein, vermeintlich unterdrückte Wahrheiten auszusprechen. Dieses Phänomen kann als «Wahr-Sprechen» bezeichnet werden. Es wurde massiv kritisiert, dass Medien und Politik verspätet über die Übergriffe berichtet hätten. Damit einher ging die von zahlreichen JournalistInnen erhobene Forderung, die nationale oder ethnische Herkunft von Tätern in der Berichterstattung zu benennen. De facto ging es hier um die Herkunft von Personen, die «dem Anderen» zugerechnet wurden. So wurde unter anderem betont, dass den Behörden in Nordrhein-Westfalen das Problem krimineller Nordafrikaner und Araber schon vor Silvester bekannt gewesen sei. Es habe bereits vor längerer Zeit eine polizeiliche Studie zu «Nafris» gegeben.²⁸ Übertriebene «Political Correctness»,²⁹ so der Vorwurf, sei dafür verantwortlich, dass der Zusammenhang von Herkunft und Kriminalität verschwiegen worden sei. Der *Focus* sprach gar von «Zensur».³⁰ Wegen dieses «Schweigens» sei die Öffentlichkeit erst recht spät von den Medien und Behörden über die Übergriffe sowie die Herkunft der Täter informiert worden. Von einem «Schweigekartell» sprach auch Ex-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich. Der *Focus* bezeichnete die Herkunft von Straftätern als «politisch heißes Eisen», an das sich nur wenige Medien herantrauen würden.³¹ Gerade den öffentlich-rechtlichen Medien wurde unterstellt, dem Thema absichtlich aus dem Weg gegangen zu sein. Nun – mit den Übergriffen zu Silvester – sei es jedoch an der Zeit, «offen» zu reden und die «Wahrheit»³² über das Tabuthema der Kriminalität und des Sexismus unter Asylsuchenden und Einwanderern aus islamisch geprägten Kulturkreisen zu sagen. So seien «die Aussagen der misshandelten Frauen und der Polizeibericht [...] hinreichend klar, um die Frage nach der kulturellen Prägung der Täter zu stellen».³³ Solche Forderungen wurden auch kritisiert. So warnte zum Beispiel der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), Frank Überall, vor Pauschalisierungen und rassistischen Zuschreibungen.³⁴ Es scheint jedoch, als seien diese mahnenden Stimmen deutlich in der Minderheit und stießen auf wenig Gehör.

28 Stinauer: Gefährliche Trickdiebe.

29 Martenstein, Harald: Es geht um den Islam, nicht um Flüchtlinge, in: *Der Tagesspiegel*«, 10.1.2016.

30 Reitz, Ulrich: Kölle alaaß!, in: *Focus*, 9.1.2016.

31 Vernier, Robert: Angst vor einem «politisch heißen Eisen», in: *Focus*«, 9.1.2016.

32 Hein u. a.: Nacht der Schande.

33 Hoffmann: Misere.

34 Huber, Joachim: Schweigekartell und Nachrichtensperre, in: *Der Tagesspiegel*«, 7.1.2016.

BefürworterInnen einer offenen Asylpolitik wird dabei eine «falsch verstandene Toleranz»³⁵ sowie «Naivität» unterstellt. Sie weigerten sich, der «Realität» ins Auge zu blicken. Teils wird sogar behauptet, die Medien hätten die Herkunft der Täter unterschlagen, um «die Willkommenskultur» nicht zu gefährden. Dabei sei die Benennung der Herkunft gar nicht rassistisch.³⁶ Schließlich werde damit nur ein Sachverhalt beschrieben. Wer diese Wahrheit nicht aussprechen wolle und die Öffentlichkeit damit täusche, würde «Rechtspopulisten und Rassisten in die Hände spielen», so der Vorwurf des Unionsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder im *Spiegel* (9.1.2016). Interessant ist hier, dass von öffentlichem Redeverbot gesprochen wird, während die Thematisierung der «anderen» Herkunft in der Berichterstattung der deutschen Medien zu den Vorkommnissen in Köln zu Silvester zu diesem Zeitpunkt sehr viel Raum einnahm. Es scheint, als habe diese Praxis auch bei anderen Vorfällen inzwischen deutlich zugenommen. Gleichzeitig werden mittels dieser Strategie des «Wahr-Sprechens» Argumente von BefürworterInnen einer offenen Asylpolitik diskreditiert und als moralisierend und weltfremd dargestellt. Die «eigene Position» erscheint dabei als unterdrückt. Bekannt ist eine ähnliche Argumentationsfigur aus der Sarrazin-Debatte. Der Verweis auf Meinungsfreiheit ermöglichte so rassistisches Sprechen. Unter dem Motto, «Das wird man wohl noch sagen dürfen», gestand man KritikerInnen kein Recht zu, dieses rassistische Sprechen zurückzuweisen.³⁷ Mit der Silvester-Debatte hat diese Argumentation neuen Aufschwung erhalten, weit über die Dynamik der damaligen Auseinandersetzung hinaus. Schließlich wird denjenigen, die sich weiterhin gegen rassistische Zuschreibungen verwehren, vorgehalten: Schon allein das «nicht darüber sprechen» sei ein Verstoß gegen die Meinungsfreiheit und würde rechten Kräften in die Hände spielen. Auf diese Weise wird der Diskriminierung von MigrantInnen Vorschub geleistet, entledigt man sich antirassistischer Kritik und bereitet den Weg für eine immer restriktivere Asylpolitik.

Politische Effekte der Silvester-Debatte

Die «Silvester-Debatte» fand und findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern muss im Kontext aktueller politischer Diskurse betrachtet werden. Erste Auswirkungen lassen sich bereits erkennen. Zum einen gewannen rechtsextreme Gruppierungen zumindest in Köln an Selbstbewusstsein. Nur wenige Tage nach Silvester riefen einige Organisationen zu einer Demonstration unter dem Titel «Pegida schützt» auf. Am Tag nach der Demonstration kam es auf offener Straße zu Angriffen auf vermeintlich

35 Schwarzer, Alice (im Streitgespräch mit Anne Wizorek): «Ich möchte nicht deine Erbin sein», in: *Der Spiegel*, 16.1.2016.

36 Hoffmann: *Misere*.

37 Wamper; Regina/Kuhn, Gabriel: «Das wird man ja wohl noch sagen dürfen», in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der «Sarrazindebatte»*. Wie männliche, weiße, sozial privilegierte zum Opfer der Unterdrückung werden, Münster 2011, S. 252–260.

che oder tatsächliche Migranten. Rechte gaben vor, im Rahmen von «Spaziergängen» Köln «säubern» zu wollen und für die Sicherheit «unserer Frauen» zu sorgen. Ein solch offensives Auftreten abseits von Demonstrationen wie dem Hogesa³⁸-Aufmarsch hat Köln in den vergangenen Jahren nicht mehr erlebt. Auch rechte Kräfte wie die Partei «Alternative für Deutschland» (AfD) nahmen Bezug auf die Silvesterereignisse, um ihre rassistische Politik zu begründen. So verwies deren Thüringer Landeschef Björn Höcke auf einer Kundgebung in Erfurt darauf, dass mit Silvester «die Angstträume in unserem Land» größer geworden wären. Vor allem «blonde Frauen» seien betroffen. Die AfD-Parteivorsitzende Frauke Petry kritisierte die «Welle von Straftaten» und verglich die Übergriffe am Hauptbahnhof in Köln mit Vergewaltigungen deutscher Frauen durch die Rote Armee 1945.³⁹ In welchem Zusammenhang die Silvestervorkommnisse und die daraufhin geschürten Ängste und Ressentiments und die jüngsten erdrutschartigen Wahlerfolge der AfD stehen, müsste noch untersucht werden.

Klar sollte jedoch sein, dass die Debatte einen vor allem einen gegen Muslime gerichteten Rassismus in Deutschland befeuert. Schließlich scheint die Herkunft von mutmaßlichen Straftätern wieder viel stärker ins «Feld des Sagbaren» gerückt zu sein. So schaffte es das Thema sogar in eine Vollversammlung des «Deutschen Presserates» im März 2016, in der verschiedene JournalistInnen dazu aufriefen, den deutschen Pressekodex mit Blick auf sein Diskriminierungsverbot so zu reformieren, dass die Herkunft von Tätern in den Medien öfter benannt wird. Die aktuelle Auseinandersetzung zeigt jedoch, dass es nicht darum geht, auch die nationale Herkunft der Täter hervorzuheben, wenn sie aus der weißen Mehrheitsgesellschaft stammen.

Am gravierendsten scheint der Einfluss der Silvester-Debatte auf die aktuelle Asylpolitik zu sein. Die Kölner Silvesternacht kann als diskursives Ereignis betrachtet werden, weil es maßgeblich Einfluss darauf hatte, wie heute in Deutschland über die Aufnahme von Geflüchteten gesprochen wird. Die Übergriffe in Köln werden als Beleg dafür herangezogen, dass die aktuelle Flüchtlingspolitik Merkels gescheitert ist. Die Forderung nach einer Begrenzung der Aufnahme (häufig mit Verweis auf die Asylpolitik von Ländern wie Österreich) sowie nach immer weiteren Verschärfungen des Asylrechts wird immer lauter, genauso wie die nach einer besseren Sicherung der Grenzen und einer schnelleren Abschiebung von straffällig gewordenen MigrantInnen. Die Durchsetzung des Asylpakets II trotz Protesten ist ein Schritt zur faktischen Abschaffung des Asylrechts. Gleichzeitig hat in letzter Zeit die Repression gegenüber Nicht-Weißen durch Polizei und Justiz zugenommen. Gleich in mehreren deutschen Großstädten fanden Razzien in Migrantenvierteln statt, die zu zusätzlicher Stigmatisierung führten. Beispielhaft kön-

38 «Hooligans gegen Salafisten», kurz Hogesa, ist ein bundesweit agierendes Netzwerk, das primär aus rechtsextremen Hooligans besteht. Bekannt wurde es vor allem durch eine Demonstration im Jahr 2014 in Köln, an der zwischen 3.000 und 5.000 Personen (vor allem Männer) teilnahmen. Damals kam es zu schweren Ausschreitungen und Übergriffen gegen AntifaschistInnen und MigrantInnen.

39 Weiland, Severin: Rechte Hetze: Wie die AfD die Übergriffe von Köln instrumentalisiert, in: Spiegel-Online, 8.1.2016.

nen die Razzien im Düsseldorfer Stadtteil Oberbilk genannt werden, das seitdem als Klein-Marokko oder Maghreb-Viertel bezeichnet wird. Racial-Profilings-Maßnahmen⁴⁰ gingen mit dem Versprechen eines Ausbaus der Polizei- und Sicherheitsmaßnahmen an öffentlichen Orten einher.

«Danke für das Kompliment»

Neben diesen rassistischen Effekten lassen sich auch Konsequenzen für feministische beziehungsweise antisexistische Politiken ausmachen. Die Debatte brachte viele FeministInnen in eine argumentative Zwickmühle. Schließlich erscheint es zunächst als positiv, wenn Sexismus und sexuelle Gewalt zum Thema öffentlicher Debatten gemacht werden. Auch dass sich so viele Frauen überhaupt getraut haben, eine Anzeige wegen Beleidigung und sexueller Übergriffe in der Silvesternacht zu stellen, ist begrüßenswert. Die plötzliche Prominenz dieser Debatte um sexuelle Gewalt im Nachgang zu den Silvesterereignissen wirft jedoch Fragen auf. Sexuelle Gewalt wird jetzt zunehmend nur in Verbindung mit rassistischen Stereotypisierungen thematisiert. Dies hat Folgen: Zum einen werden Sexismus und sexuelle Gewalt nicht als Problem «der eigenen Gesellschaft» gesehen, sondern als etwas von außen Kommendes. Es wird so getan, als gäbe es «ohne bestimmte Ausländer» in der deutschen Gesellschaft kein Problem mit Sexismus. Dies widerspricht der Realität. Im Jahr 2008 gab jede siebte Frau in Deutschland an, schon einmal von sexueller Gewalt oder Vergewaltigung betroffen gewesen zu sein. Hierzulande ist die «Rape Culture» gesellschaftlich fest verankert.⁴¹ Zur Anzeige werden nur die wenigsten Straftaten gebracht. Die Dunkelziffer bei Sexualstraftaten liegt bei 95 Prozent.⁴² Ein Blick in den *Focus* sollte genügen, um zu begreifen, wie prominent antifeministische Positionen bereits in der deutschen Medienlandschaft sind. Bermerkenswert ist beispielsweise die Berichterstattung zu den Übergriffen selbst. Dass «Beleidigung auf sexueller Grundlage» in der Mehrheit der Berichte als «sexueller Übergriff» gewertet wurde, ist aus feministischer Sicht positiv zu bewerten. Auffällig ist jedoch, dass diese Einschätzung nur für bestimmte Konstellationen und Situationen gilt, im Prinzip fast immer nur dann, wenn es um den Sexismus von «Fremden» geht, wie etwa das Beispiel Oktoberfest zeigt. Sexistische Anmache auf den Münchner Wiesen wird als Teil der Gaudi hingenommen. Manchmal werden sexistische Sprüche immer noch als Spaß oder gar als Kompliment an eine Frau verharmlost. Zum anderen erscheint sexuelle Gewalt als ein Problem,

40 Mit «Racial Profiling» wird eine Methode bezeichnet, die das physische Erscheinungsbild einer Person, beispielsweise die Hautfarbe, als Grundlage für polizeiliche Kontrollen heranzieht. «Racial Profiling» ist Ausdruck von institutionellem Rassismus. Vgl. Cremer, Hendrik: «Racial Profiling» – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei. Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin 2013.

41 Brensstell, Ariane: Die sexualisierte Gewalt bricht jetzt nicht plötzlich über uns herein, in: *Analyse & Kritik*, Nr. 612, 19.1.2016; Lohaus, Stefanie/Wizorek, Anne: Die Rape Culture wurde nicht nach Deutschland importiert – sie war schon immer da, in: *Vice-Magazin*, 6.1.2016.

42 Brensstell: Die sexualisierte Gewalt.

welches primär im öffentlichen Raum stattfindet und somit auch durch mehr Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen gestoppt werden könnte. Die Mehrzahl der sexuellen Übergriffe auf Frauen findet jedoch im privaten Umfeld statt, das heißt in Ehe und Familie, überall in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Viel wäre erreicht, wenn die Mainstreammedien und -Politik dies endlich zur Kenntnis nehmen würden. Zudem fordern FeministInnen bereits seit Jahren einen Ausbau von Beratungs- und Hilfeinrichtungen für Opfer von sexueller Gewalt. Beispielhaft kann hier die Kampagne zur Schaffung eines dritten Frauenhauses in Köln genannt werden.

Glücklicherweise meldeten sich in den vergangenen Wochen auch zahlreiche AntirassistInnen und Frauenrechtsgruppen zu Wort, um die Instrumentalisierung der sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht für eine rassistische Asyl- und Einwanderungspolitik zu kritisieren und zurückzuweisen. Außerdem fanden sich zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen beispielsweise in Köln zusammen, um feministischen Widerstand zu organisieren. Die Demonstration zum internationalen Frauenkampftag (8. März) in Köln kann als Beispiel dieser Organisation gesehen werden. Feministische Politik und Forderungen scheinen wieder stärker in den Fokus linker Debatten gerückt zu sein. Aus feministischer Perspektive ist es notwendig, diese verstärkte Aufmerksamkeit produktiv zu nutzen.

Regina Wamper

VON DER WILLKOMMENSKULTUR ZUR NOTSTANDSSTIMMUNG

EINBLICKE IN DEN FLUCHTDISKURS 2015

«Grundrechte sind nicht aus Seife; sie werden nicht durch ihren Gebrauch abgenutzt. Die Würde des Menschen steht nicht unter dem Vorbehalt, ‹es sei denn, es sind zu viele Menschen›. Und die Probleme, die es in Fluchtländern gibt, verschwinden nicht dadurch, dass man diese Länder zu ‹sicheren Herkunftsländern› definiert; Probleme lassen sich nicht wegdefinieren.»

«Es ist linker Größenwahn, zu glauben, ein so reiches Land könne einfach mal so jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen und ihnen menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten. [...] In jedem Solidarsystem, das die Flüchtlingshilfe am Ende ja auch ist, sind die Kapazitäten begrenzt. Man muss über Obergrenzen streiten dürfen. [...] Gäbe es in Deutschland eine Debatte über die Abschaffung des Asylrechts in der bisherigen Form und über selbst gesetzte Obergrenzen, wären die anderen EU-Länder wohl kooperationsbereiter. [...] Ein Szenario: Deutschland schafft das Grundrecht für alle auf ein Asylverfahren ab, nimmt aber nach wie vor nach einem EU-Schlüssel jährlich ein sehr großes Kontingent an Flüchtlingen auf, aber eben nicht mehr alle, die herkommen. [...] Ist es unmoralisch, über ein solches Szenario nachzudenken? Nein. Die Debatte über Obergrenzen muss erlaubt sein, das O-Wort darf kein Tabu mehr sein.»

Diese beiden Zitate markieren einen Übergang. Sie markieren die Entwicklung des Diskurses zu Flucht, der hier in einigen ausgewählten Punkten entlang der Berichterstattung von *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *tageszeitung* (TAZ) dargestellt wird.¹ Auf Veranstaltungen habe ich das Publikum raten lassen, welcher der drei Zeitungen welches Zitat zuzuordnen ist. Die meisten

1 Der gewählte Zeitraum ist Juli bis November 2015. Ausschließlich Kommentare aus den drei Zeitungen fanden Einzug in das Untersuchungsdossier.

vermuteten als Quelle für das erste die TAZ und für das zweite die FAZ. Sie waren überrascht, als ich die tatsächlichen Quellen angab. Das erste Zitat ist aus der *Süddeutschen Zeitung* und der dazugehörige Artikel wurde im August 2015 veröffentlicht.² Das zweite las ich im Oktober in der TAZ.³ Diese beiden Zitate kennzeichnen den Rechtsruck, der sich letztes Jahr in Deutschland vollzogen hat, in Form einer Diskursverschiebung und einer -verengung.

Im Diskurs zu Flucht und zur Aufnahme von Geflüchteten im Jahr 2015 kommen zwei Themen zusammen: Migration und Rassismus. Diese Verknüpfung ist aber nicht zwangsläufig, nicht essenziell, sondern es handelt sich um eine Setzung. Beide Themen haben jeweilig spezifische Kontexte und Entwicklungen zur Grundlage: die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa und die massive Zunahme rassistischer Gewalt seit dem Frühjahr 2015. Es war Horst Seehofer, der im Juli 2015 sagte, die Politik habe zu Beginn der 1990er Jahre zu lange gezögert und so das Erstarken extrem rechter Kräfte gefördert. Er spielte auf die Debatte über das Asylrecht an. Hätte die faktische Abschaffung des Asylrechts bereits früher als 1993 stattgefunden, wäre es vielleicht nicht zu rassistischen Pogromen, Morden und Anschlägen gekommen, so der Kern dieser Aussage. Auch in Seehofers Statement werden die Themen Flucht und Rassismus miteinander verknüpft, was bereits kennzeichnend für die Debatte der frühen 1990er Jahre war. Diese Verknüpfung mündet allzu häufig in der oft gehörten, wenn auch falschen Aussage, Migration sei die Ursache für Rassismus – einer der zentralen Aussagen des aktuellen Fluchtdiskurses. Die extreme Rechte und der Rassismus sollen durch eine Bekämpfung oder Eindämmung der Fluchtbewegungen beziehungsweise durch ein allgemein restriktiveres Verhalten gegenüber Geflüchteten geschwächt werden. Allerdings wird dieser Ansatz nicht von allen geteilt, es wird gestritten. In der *Süddeutschen Zeitung* las man im August 2015 eine harsche Kritik am Erfurter SPD-Oberbürgermeister, der vorgeschlagen hatte, geflüchteten Kindern den Schulbesuch zu verweigern, um ein zweites Heidenau zu verhindern. Detlef Esslinger kommentierte dies wie folgt: «In Heidenau hat ein rechtsextremer Mob den Ort gekapert, Asylbewerber bedroht und Polizisten angegriffen. Einem solchen Mob stellen sich hoffentlich so viele Demokraten wie möglich entgegen; ganz bestimmt aber greifen Demokraten dessen Parolen nicht auch noch auf. Kinder nicht einschulen, damit es kein weiteres Heidenau gibt? Hätte die NPD sicher nicht gedacht, dass Demokraten aus Angst vor ihr auf Einfälle kommen, auf die sie bisher nicht einmal selbst kam.»⁴ Und Heribert Prantl kommentierte zwei Tage später in einem Vergleich zu den 1990er Jahren: «Damals meinte man, man könne mit einem zerknüllten Grundrechtsartikel den Rechtsextremen den Mund stopfen. Es war der wohl folgenschwerste Irrtum in der politischen Geschichte der Bundesrepublik. Damals

2 Prantl, Heribert: Das Jahrhundert-Problem, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.8.2015.

3 Dribbusch, Barbara Dribbusch: Gegen den linken Größenwahn, in: *die tageszeitung*, 9.10.2015.

4 Esslinger, Detlef: So adelt man den Mob, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.8.2015.

begannen braune Kameradschaften, sich zu radikalisieren. Eine davon ist der NSU, die Bande, die zehn Menschen ermordet hat.»⁵

Jasper von Altenbockum hingegen schreibt in der FAZ: «Es ist unbegreiflich, wie lange es dauert, bis ein augenscheinlicher, vielfach festgestellter und sichtlich die Empathie gegenüber Flüchtlingen nicht gerade fördernder Missbrauch des Asylrechts von Landes- und Bundespolitikern beim Namen genannt wird. [...] Schon das Wort ›Lager‹ führt jetzt aber zu einem Aufschrei. Niemand sollte sich angesichts dieser verklemmten Schüchternheit der Bundes- und Landespolitik wundern, dass rechtsradikale Stimmungsmacher ein leichtes Spiel haben.»⁶ Und auch Herfried Münkler sieht die «Flüchtlingzahlen» als ein Problem, das Angst hervorrufe, die schließlich durch «das Herausschreien (oder Posten und Twittern) von Hassparolen zum Ausdruck» komme.⁷ Während die extreme Rechte gerade in der FAZ gern als Ostphänomen charakterisiert wird, findet sich in allen Zeitungen der Ausdruck «besorgte Bürger» wieder, eine reichlich euphemistische Bezeichnung für Gewalt ausübende RassistInnen.

Jenseits der Verknüpfung des Migrationsdiskurses mit dem Rassismuskurs dominierten wohl zwei Debatten: die bezüglich der Differenzierung der Geflüchteten in legitime und illegitime und die zwischen Abschreckungspolitik und Migrationsmanagement. Beide Debatten weisen eine Verschiebung auf. So wurde im Sommer zum Beispiel noch darüber diskutiert, ob Antiziganismus ein legitimer Fluchtgrund sei. Im Laufe des Jahres wurden aber in allen Zeitungen sukzessive etliche derer, die im Sommer noch als «tatsächliche Flüchtlinge» galten, in die Gruppe der «unechten Flüchtlinge» verschoben. Die Gruppe der aus «legitimen Gründen» Geflüchteten wurde kleiner und kleiner. Aber auch hier gab es kritische Stimmen. In einem Kommentar in der TAZ hieß es diesbezüglich: «Vor wenigen Monaten waren die Syrer noch die guten, weil wirklich verfolgten Flüchtlinge, die vor dem Terror des Islamischen Staates und vor Assad flohen. Um ihnen Schutz gewähren zu können, so die damalige Erzählung, müsse man die Einreise von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen stoppen. Die Liste der sicheren Herkunftsländer wird seitdem mit Segen der Grünen immer länger. Jetzt aber sind auch die Syrer keine guten Flüchtlinge mehr. Nicht, dass sich in ihrem Herkunftsland ein Ende von Krieg und Terror abzeichnet. Es sind einfach zu viele, die nach Deutschland kommen. Und deshalb soll aus einem Flüchtling, der gerade noch unter dem vollen Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention stand, nun einer zweiter Klasse werden.»⁸ Die zweite zentrale Debatte, die Auseinandersetzung zwischen Migrationsmanagement und Abschreckung, steht zugleich sinnbildlich für eine Verengung des Diskurses auf zwei konkurrierende konservative Positionen. Während die Person von Horst Seehofer im medialen Diskurs für die Abschottung stand und

5 Prantl, Heribert: Not und Tod, in: Süddeutsche Zeitung, 29.8.2015.

6 Altenbockum, Jasper von: Verklemmte Asylpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.7.2015.

7 Münkler, Herfried: Angst in der Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 29.8.2015.

8 Am Orde, Sabine: Flüchtlinge zweiter Klasse, in: die tageszeitung, 10.11.2015.

ein Bedrohungsszenario sondergleichen inszenierte, stand Angela Merkel für Migrationsmanagement und die Betonung der Nützlichkeit von Migration. In der TAZ war zu lesen: «Wann kapiert die Politik endlich, dass eine Million Flüchtlinge nur deshalb bedrohlich wirken, weil sie unkontrolliert kommen. Nicht die Zahl der Menschen ist das Problem, sondern das Chaos drum herum.»⁹ So trat man hier für ein verstärktes Management der Flucht ein. In der FAZ hingegen hieß es: «Die Festlegung einer Zahl wäre aber nur möglich, wenn gleichzeitig akzeptiert werden würde, dass Abschottung kein Frevel ist [...]. Es wird höchste Zeit. Für dieses Jahr – eigentlich auch schon für das nächste – gilt nämlich längst: Das Kontingent ist voll.»¹⁰ Hier wurde eine Abschottungspolitik befürwortet. Auf diese beiden Positionen verengte sich der Diskurs in nur wenigen Monaten. Während die, die sich rechts von Merkel positionieren, Merkel als «Flüchtlingskanzlerin» angriffen, verteidigten die, die sich links von ihr positionieren, sie tendenziell gegen die Attacken von rechts. Für eine linke Position jenseits von Nützlichkeitsdebatten und Begrenzungsstrategien blieb im hegemonialen Diskurs wenig Platz. Und so verlagerte sich die Debatte im Herbst auf die Forderung nach Obergrenzen oder Kontingenten.

Diese Verschiebung nach rechts bedurfte der vorherigen «Denormalisierung» von Flucht, eines gewissen Bedrohungsszenarios und der Diskreditierung linker und humanistischer Positionen. Bis Oktober wurde in allen drei Zeitungen vor einem Umkippen der Stimmung in der Bevölkerung gewarnt. Im Oktober las man in der TAZ, dies sei nun passiert.¹¹ In der FAZ inszenierte man ein Bild der Bedrohung durch Geflüchtete. Deutsche Bürger seien unmittelbar betroffen von der großen Flüchtlingszahl, die Heimat sei bedroht, dabei müsse «Deutschland [...] deutsch bleiben».¹² Mit diesem Titel, der zuvor eher als Parole neonazistischer Zusammenhänge bekannt war,¹³ war ein Kommentar von Reinhard Müller im September 2015 überschrieben. Das «wachsende Unwohlsein Vieler» wurde in der FAZ nicht einfach konstatiert, sondern auch herbeigeschrieben. In einem Kommentar im August 2015 hieß es beispielsweise, dass im Zuge historischer Völkerwanderungen Neuankömmlinge oft die Macht übernommen hätten. Reiner Herrmann meinte bezüglich der Wanderung im 11. Jahrhundert, als «türkische Stämme in Zentralasien nach Westen» gereist waren: «Sie nahmen Anatolien in Besitz und in Mesopotamien übernahmen sie faktisch die Macht. Zur gleichen Zeit eroberten islamisierte Berberstämme Marokko und

9 Helberg, Kristin: Kontingente statt Asyl, in: die tageszeitung, 12.11.2015.

10 Altenbockum, Jasper von: Das Kontingent ist voll, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.2015. «Das Kontingent ist voll» ist zugleich eine etwas zynische Anspielung auf die Debatte um das Asylrecht in den frühen 1990er Jahren und die damals einsetzende Kritik an der rassistischen Medienberichterstattung, die unter dem Slogan «Das Boot ist voll» einigen wohl noch in Erinnerung ist.

11 Vgl. Bax, Daniel: Radikalisierung im Feuilleton, in: die tageszeitung, 19.10.2015. Der Autor kritisiert ebendiese «Radikalisierung», auch innerhalb der bundesdeutschen Presse.

12 Müller, Reinhard: Deutschland muss deutsch bleiben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.9.2015.

13 Mir war der Ausspruch vor allem bekannt als Liedtitel der Neonazi-Band Kraftschlag.

Andalusien.»¹⁴ Zwar gesteht der Autor ein, dass dies «kaum Anschauungsmaterial für den Umgang mit der gegenwärtigen Lage» sei, dennoch suggeriert er mit der Wahl seiner historischen Beispiele eine mögliche Machtübernahme durch die hierher Geflüchteten.¹⁵ In eine ähnliche Kerbe schlägt Klaus-Dieter Frankenberger mit der Äußerung: «Die Vorstellung, der halbe Nahe Osten und Teile Afrikas siedeln um nach Westeuropa, lässt schon ein Gefühl der Bedrückung zurück. In jeder Hinsicht.»¹⁶ Dieses Bedrohungsszenario wurde durch eine kollektivsymbolische Aufladung des Diskurses unterstützt. Durch die gesamte Berichterstattung zogen sich Bilder von Naturkatastrophen. Es wurde gesprochen von Flüchtlingsströmen, Flüchtlingswellen, Lawinen, einem Epizentrum der Flucht, von Sturm, Flut und deren Eindämmung. Auch wurden Flüchtlinge im militärischen Jargon als Heer im Ansturm beschrieben.

Progressiven Positionen zum Thema Flucht und Migration wird nicht nur in der FAZ eine politische Naivität unterstellt,¹⁷ auch KritikerInnen einer restriktiven Asyl- und Einwanderung grenzen sich zunehmend präventiv gegen eine Diskreditierung als «Gutmenschen» ab¹⁸ und geraten so immer weiter in die Defensive. Tatsächlich wenig Platz hatte die Debatte um Fluchtursachen. Zwar wurde hier und da auf Armut und Krieg verwiesen, häufiger noch auf durchlässige Grenzregimes, selten aber auf die globale Ungleichverteilung von Ressourcen oder gar auf die Rolle Deutschlands in neokolonialen Konfigurationen. Wurde die Frage nach der Situation in Herkunftsstaaten gestellt, dann lautete oftmals die Antwort, Deutschland müsse verstärkt wirtschaftliche und militärische «Verantwortung» in der ganzen Welt übernehmen. Stefan Kornelius etwa stellte in der *Süddeutschen Zeitung* die Frage, welche Einwirkungsmöglichkeiten «die reiche EU auf die Afrikanische Union» habe, «in deren Reihen Staaten regelrecht ausbluten?».¹⁹ Nicht gefragt wurde, welche Einwirkungsmöglichkeiten die reiche EU bereits wahrgenommen hat und was dies mit dem «Ausbluten» zu tun haben könnte.

Zusammenfassend und in der Tendenz können die Entwicklungen des hegemonialen Diskurses seit Sommer 2015 beschrieben werden als ein Weg von der Kritik an der Abschreckungs- und Migrationsbegrenzungspolitik zu ihrer Befürwortung, von der strikten Ablehnung von Sonderzentren hin zur Betonung ihrer Notwendigkeit, von der klaren Absage an Zeltstädte hin zu ihrer Normalisierung, von der Kritik an Restriktionen gegen Geflüchtete bis hin zur Debatte über die Abschaffung des Asylrechts und von der «Willkommenskultur» hin zur Ablehnung von «Gutmenschentum». Diese Debatten um Flucht und Migration ähneln tatsächlich denen der 1990er Jahre,

14 Herrmann, Rainer: Dieser Strom wird nicht verebben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.8.2015.

15 Ebd.

16 Frankenberger, Klaus-Dieter: Tragödien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.2015.

17 Vgl. etwa Wehner, Markus: Die Rechten klein halten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.9.2015, und Helberg, Kristin: Kontingente statt Asyl, in: die tageszeitung, 12.11.2015.

18 Vgl. etwa Prantl, Heribert: Not und Tod, in: Süddeutsche Zeitung, 29.8.2015.

19 Kornelius, Stefan: Flüchtlingspolitik beginnt mit Außenpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 25.8.2015.

ebenso wie die Massivität rechter Gewalt an diese Zeit erinnert. Bei allen Parallelen ist jedoch ein gravierender Unterschied feststellbar, dass nämlich heute den Abschreckungsrhetoriken eine humanistische Rhetorik einer Frau Merkel entgegensteht. Die Verschärfungen des Asylrechts, wo sich die KonkurrentInnen durchaus einig sind, werden mit humanistischer Geste und dem Verweis auf eine «Willkommenskultur» unterlegt. Gerade Merkels Äußerung «Wir schaffen das» und ihre menschenrechtliche Rhetorik («Ich werde mich nicht an einem Wettbewerb beteiligen, wer am unfreundlichsten ist zu den Flüchtlingen, und dann werden sie schon nicht kommen») sowie ihre positiven Bezüge auf die «Willkommenskultur» der ehrenamtlichen HelferInnen waren dazu geeignet, der herrschenden restriktiven Asylpolitik einen antirassistischen Anstrich zu geben. An der Rhetorik orientiert sich auch die extreme Rechte. Sie agiert nicht, wie in den 1990er Jahren, als gefühlter Vollstrecker hegemonialer Politik, sondern in gefühlter fundamentaler Opposition zu ihr. Zu den beiden im hegemonialen Diskurs dominanten und miteinander konkurrierenden konservativen Positionen kommt eine offensiv formulierte extrem rechte Position hinzu. Die Wahl des kleineren Übels kann hier keine Lösung sein, ebenso wenig wie die Ausblendung des größeren Übels.

Esther Lehnert, Enrico Glaser

VERSTELLTER BLICK

EINE ABSAGE AN «DERADIKALISIERUNG» IM ZUSAMMEN- HANG MIT JUGEND- UND PRÄVENTIONSARBEIT

In dem folgenden Artikel werden wir darlegen, warum wir den Begriff und ein davon abgeleitetes sozialpädagogische Konzept der «Deradikalisierung» für die Jugendarbeit im Bereich der «Arbeit gegen rechts» für wenig geeignet, ja sogar kontraproduktiv erachten. Insbesondere angesichts der Phänomene, mit denen wir es zu tun haben, und der aktuellen eskalierten Situation.

Beginnen möchten wir mit einem kurzen Rückblick in die Geschichte der (sozial-)pädagogischen Programme und Projekte gegen rechts. Das ist uns von daher ein Anliegen, als wir – wie Friedrich Burschel es bereits in der Einladung zum Treffen des Gesprächskreises Rechts in Potsdam formulierte hat – die «neue Sau, die durchs Dorf getrieben wird» mit dem Namen «Deradikalisierung», als gefährliche Vorlage dafür betrachten, alte konzeptionelle Fehler zu wiederholen und eine neue Variante «akzeptierender Jugendarbeit» aufzulegen. Ungeachtet dessen, dass wir heute sehr wohl wissen, dass Projekte der akzeptierenden Arbeit seinerzeit eher zu einer Verfestigung und Verstetigung neonazistischer und extrem rechter Strukturen beigetragen haben – bis hin zur Entwicklung rechtsterroristischer Strukturen.

Im Folgenden werden wir unsere Kritik – ebenfalls aus einer sozialpädagogischen Perspektive – darstellen. Daran anschließend werden wir darlegen, welche Standards aus fachlicher (und politischer) Sicht gewährleistet sein müssen, damit eine konstruktive sozialpädagogische Arbeit in dem erst einmal so benannten Feld der Neonazismus-Prävention überhaupt möglich wird. Der Einbeziehung der Kategorie «Geschlecht» kommt eine besondere Bedeutung zu, insbesondere mit Blick auf die Konstruktion der rechtsextremen «Volksgemeinschaft»¹ und im Wissen um die viel-

1 Zur Relevanz der Konstruktion der «Volksgemeinschaft» mit Bezug auf den Nationalsozialismus vgl. Lehnert, Esther: Angriff auf Gender Mainstreaming und die Homo-Lobby. Der moderne Rechtsextremismus und seine nationalsozialistischen Bezüge am Beispiel der Geschlechterordnung, in: Robert, Claus/Lehnert, Esther/Müller,

fältigen Anschlussfähigkeiten der Konstruktionen «richtiger Männer» und «wahrer Frauen», nicht nur in rechtspopulistischen Bewegungen, sondern in allen Teilen der Gesellschaft.

Blick in die Geschichte

Von Beginn an war die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen von heftigen Kontroversen begleitet. Spätestens seit den Pogromen in Rostock und Hoyerswerda und diversen rechtsextremen Brandanschlägen unter anderem in Mölln und Solingen Anfang der 1990er Jahre war deutlich geworden, dass aus einer demokratischen Perspektive die Präventions- und Interventionsarbeit von und gegen Neonazismus und die extreme Rechte intensiviert werden musste.² Erschwerend zu den besorgniserregenden Entwicklungen in den alten und neuen Bundesländern kam hinzu, dass in den neuen Bundesländern kaum auf eine demokratisch orientierte gewachsene Zivilgesellschaft und auf keine funktionierende Jugendhilfestruktur zurückgegriffen werden konnte (die bisherigen Strukturen waren gerade abgewickelt worden).³ Das erste Bundesprogramm AgAG («Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt» unter der Ägide der damals zuständigen Ministerin Angela Merkel) war dann von vornherein für den Aufbau neuer Jugendhilfestrukturen und der Auseinandersetzung mit Gewalt und Rechtsextremismus konzipiert.⁴ Ähnlich folgenreich wie diese Doppelorientierung gestaltete sich die unmodifizierte, unreflektierte Übernahme sozialpädagogischer Konzepte für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Insbesondere das Konzept der «akzeptierenden Jugendarbeit» war ursprünglich für die Bedingungen einer westdeutschen, multikulturell geprägten Großstadt konzipiert, in der es einen breiten Konsens gegen neonazistische Gruppierungen gab und nicht von einer rechtsextremen (jugendkulturellen) Hegemonie ausgegangen werden musste. Für die Umsetzung des Konzeptes lagen weder ausreichende fachliche Qualifikationen vor, noch war ausreichend für die

Yves (Hrsg.): «Was ein rechter Mann ist...» Männlichkeiten im Rechtsextremismus, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Texte 68, Berlin 2010, S. 89–99.

- 2 Es ist eine Tatsache, dass der Kampf gegen und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Wir haben es hier weniger mit «Extremismus» als vielmehr mit problematischen Einstellungen zu tun, die weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. Vgl. hierzu die sogenannten Mitte-Studien, z. B. Decker, Ralf/Kies, Oliver/Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Berlin 2012.
- 3 Zusätzlich erschwerend kam hinzu, dass Neonazis und Vertreterinnen der extremen Rechten aus den alten und neuen Bundesländern sich unmittelbar nach der Wende vernetzt hatten. Vgl. zur Rolle der NPD und anderer Nazis bei den Pogromen in Rostock Prenzel, Thomas: 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen, Rostock 2012.
- 4 Das Bundesprogramm der CDU/CSU/FDP-Koalition wurde in Reaktion auf die Pogrome in Rostock und Hoyerswerda aufgelegt. Auch wenn das Thema «Rechtsextremismus» eine zentrale Rolle spielte, wurde es im Titel des Aktionsprogramms – «Gegen Aggression und Gewalt» – nicht genannt. Zur Umsetzung des Programms gab es Kritik sowohl in der Öffentlichkeit als auch aus den Bereichen Wissenschaft und Praxis. Zur Kategorie Geschlecht vgl. Strützel, Kevin: Männlich, gewaltbereit und desintegriert. Eine geschlechterreflektierende Analyse der akzeptierenden Jugendarbeit in den neuen Bundesländern, in: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin 2013, S. 211–230.

notwendige finanzielle Ausstattung gesorgt. Folge hiervon war auch, dass es ungewollt in einigen Regionen zur Stärkung rechtsextremer Strukturen kam und Jugendhilfe hierfür Räume und Ressourcen zur Verfügung stellte.⁵

Gleichzeitig möchten wir auf eine Besonderheit des ersten und, wie bereits dargestellt, in weiten Teilen kritikwürdigen Bundesprogramms eingehen: Es wurde explizit die sozialpädagogische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen gefördert. Das hat es in den nachfolgenden Bundesprogrammen nicht mehr gegeben. Im letzten Programm «Toleranz fördern – Kompetenz stärken» (2011–2014) gab es immerhin den Bereich der «geschlechterreflektierenden Arbeit», das heißt, in allen anderen Sonderprogrammen gegen rechts wurden entweder Jugendliche generell adressiert oder «rechtsextrem gefährdete männliche Jugendliche». Folge hiervon war und ist, dass Mädchen und junge Frauen leichter aus dem Blick geraten. Nach wie vor ist es so, dass geschlechtsneutral formulierte und konzipierte Angebote von Jugendarbeit in einem hohen Maß Jungen und männliche Jugendliche erreichen.⁶ Vor dem Hintergrund der «doppelten Unsichtbarkeit» von Mädchen und Frauen im Neonazismus und in der extremen Rechten⁷ erweist sich das Fehlen von geschlechterreflektierenden Angeboten mit dem expliziten Fokus auf Mädchen und Frauen als besonders fahrlässig.

Warum die «Deradikalisierung» nichts taugt

Der Begriff entstammt Diskursen um innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung und nicht pädagogischen Arbeitsfeldern. Mit dem Begriff Deradikalisierung ist die Idee verbunden, eine Umkehr radikalisierter, terroristischer, meist islamistischer und meist implizit männlicher Einzeltäter zu erreichen. Seit 2009 wird zum Beispiel innerhalb des «Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums» (GTAZ) bundesweit in einer «AG Deradikalisierung» gearbeitet.⁸ Erneut wird ein Sammelbegriff eingeführt,

5 Die Kritik gipfelte in dem Ausdruck «Glatzenpflege auf Staatskosten». Vgl. Buderus, Andreas/Dembowski, Gerd/Scheidle, Jürgen (Hrsg.): Das zerbrochene Fenster. Hools und Nazi-Skins zwischen Gewalt, Repression, Konsumterror und Sozialfeuerwehr, Bonn 2001. Ein Beispiel für den akzeptierenden Ansatz stellte auch der «Wünzerclub» in Jena dar. Zu den BesucherInnen zählten Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos.

6 Auf die Erfahrungen des ersten Bundesprogramms in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen kann kaum zurückgegriffen werden. Das erste Bundesprogramm wurde noch nicht von einer wissenschaftlichen Evaluation begleitet und die auf die Zielgruppe Mädchen orientierten Projekte wurden nicht fortgesetzt. Es liegt eine zwar umfangreiche, aber nicht vollständige Dokumentation über sozialpädagogische Erfahrungen und Erkenntnisse vor, die unter anderem einen Hinweis darauf geben, wie wichtig es gewesen wäre, diese Arbeit konzeptionell weiterzuführen. Vgl. Bohn, Irina/Münchmeier Richard: Dokumentation des Modellprojektes, Münster 1997; darüber hinaus Aufsätze im Sammelband Engel, Monika/Menke, Barbara (Hrsg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt, Münster 1995. Vgl. www.migration-online.de/data/biknetz_agag_faktenblatt.pdf bzw. hier: <https://de.indymedia.org/node/6764>.

7 Lehnert, Esther: Parteiliche Mädchenarbeit und Rechtsextremismus-Prävention, in: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismus-Prävention, Berlin 2013, S. 197–210.

8 Vgl. www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/gemeinsames-terrorismusabwehrzentrum-gtaz. Zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs wurden in das Arbeitsfeld der Deradikalisierung eingebunden, da es für sie im Unterschied zu staatlichen bzw. Regierungsinstitutionen einfacher sei, «ein sensibles Umfeld zu erreichen und die Kultur und Sprache von (ehemaligen) Straftätern, ihren Mitläu-

der inhaltliche Differenzen zwischen unterschiedlichen Phänomenen⁹ verwischt, die einer differenzierten Betrachtung und Bearbeitung bedürfen. An die Stelle des breit diskutierten und in der pädagogischen Debatte weitgehend abgelehnten Extremismusbegriffs (extremismustheoretischer Fassung) tritt eine neue Analogisierung.¹⁰

Bereits der angesprochene Hintergrund der Terrorismusbekämpfung zeigt auf, dass hier ideologisch gefestigte, organisierte und/oder gewaltstraffällige Personen adressiert werden. Es ist zu befürchten, dass bereits mit der Übernahme des Begriffs Paradigmen kriminalpräventiver (Einzel-)Arbeit mit ideologisch gefestigten, organisierten und (potenziell) terroristischen Personen auf Arbeitsfelder der Jugendarbeit und Präventionsarbeit gegen rechts übertragen werden. Ein übersteigter, nur wenig reflektierter und fahrlässiger pädagogischer Optimismus, «offen für alle zu sein» (und damit bereits Zielgruppen im Ansatz auszuschließen, die in dem Sozialraum beispielsweise nicht hegemonial vertreten sind), kann so in der Regelpraxis befördert werden.

Bereits der Begriff befördert einen defizitorientierten Blick auf kriminelle, ideologisch-radikale oder extremistische, das heißt mit anderen Worten: schwierige und auffällige Jugendliche. Gleichermaßen wird eine «männlichen Zielgruppe» konstruiert. Hier besteht eine Analogie zu zurückliegenden Ansätzen der akzeptierenden Arbeit,¹¹ aber auch zu extremismustheoretischen Auffassungen, die das zu bearbeitende Phänomen hin zu Randständigkeit und Auffälligkeit verengen. Insbesondere der Fokus auf den Bereich der (Gewalt-)Straffälligkeit verstärkt die einseitige Orientierung auf männliche Jugendliche und junge Männer.¹² Die Nicht-Wahrnehmung von Mädchen und Frauen sowohl im klassischen Neonazismus als auch in angrenzenden rechtspopulistischen Bewegungen verkennt nicht nur deren Wichtigkeit – und damit auch die Gefahr, die von ihnen ausgeht, sondern auch die «Normalisierung» rechter, rassistischer, menschenverachtender Einstellungen durch weibliche Jugendliche und (junge) Frauen. Die Fokussierung auf eine Arbeit mit den «harten Jungs» verhindert die Entwicklung einer integrierten präventiven pädagogischen Handlungsstrategie, die demokratisch orientierte Jugendliche stärkt und sich mit Facetten gruppenbezogener

fern und Opfern gleichermaßen zu durchdringen. Ebenso sei es einfacher für NGO-MitarbeiterInnen, Beziehungen auf der Basis von Respekt und gegenseitigem Vertrauen aufzubauen, was für die erfolgreiche Einbindung in Deradikalisierungsarbeit unerlässlich ist» (Violence Prevention Network 2014).

- 9 Im Bundesprogramm «Demokratie leben» werden die Bereiche «Rechtsextremismus, Ultrationalismus, gewaltorientierte islamistische, salafistische Phänomene bzw. Instrumentalisierungen des Islam sowie gewaltorientierte und demokratiefeindliche Erscheinungsformen linker Militanz» genannt.
- 10 Susanne Feustel spricht zu Recht von einem Containerbegriff. Feustel, Susanne: Von der «Glatzenpflege auf Staatskosten» zur Deradikalisierung als Konzept?, in: Kulturbüro Sachsen (Hrsg): Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße. Zum anwaltschaftlichen Arbeiten mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen im ländlichen Raum, Dresden 2014.
- 11 Stützel, Kevin: Männlich, gewaltbereit und desintegriert - Eine geschlechterreflektierende Analyse der akzeptierenden Jugendarbeit in den neuen Bundesländern, in: Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin 2013, S. 211–229.
- 12 Nach wie vor ist es so, dass der Prozentsatz aller Gewaltstraftaten von Frauen bei unter 10 Prozent liegt. Hier zeigt sich u.a. auch die nach wie vor existierende Wirkungsmächtigkeit einer geschlechtsspezifischen Sozialisation und es gibt einen Hinweis auf mögliche Wahrnehmungsdefizite.

Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen gleichermaßen auseinandersetzt. Ebenso fehlen die notwendige Betroffenenperspektive sowie eine Aufmerksamkeit für nicht-rechte Jugendliche.

Was braucht es stattdessen?

Präventionsarbeit, die ihren Namen auch verdient: Erfahrungen und fachliche Standards der Präventionsarbeit gegen rechts in Arbeitsfeldern der offenen Jugendarbeit setzen eine Zielgruppenanalyse an den Anfang der pädagogischen Auseinandersetzung. Konzeptionell geht es um die Zurückweisung von sozialpädagogischer Arbeit mit rechtsextremen AktivistInnen und Kadern. Pädagogische Regelangebote, die in der primären und sekundären Prävention angesiedelt sind, können die Arbeit mit MitläuferInnen und SympathisantInnen umfassen. Eine Arbeit mit rechtsextremen Kadern, AktivistInnen und Organisierten ist in diesen Arbeitsfeldern und Gruppenkonstellationen nicht möglich (in diesem Sinne auch keine «Deradikalisierung»).

Erfolgversprechende Präventionsarbeit beinhaltet immer auch eine Stärkung von menschenrechtsorientierten Jugendlichen, auch als AdressatInnen von Ausgrenzungsbestrebungen, von (potenziell) Betroffenen rechtsextremer Gewalt und generell die Berücksichtigung einer Opferperspektive – gerade in Feldern der Jugendarbeit mit heterogenen Adressatengruppen. Fachliche Standards der Rechtsextremisprävention problematisieren eine defizitäre Sichtweise auf Zielgruppen der Arbeit. Die AdressatInnen werden vielmehr als verantwortliche und ernstzunehmende Subjekte mit ihrer Ideologie und ihren Einstellungen wahrgenommen. In der sozialen Arbeit mit diesen Zielgruppen wird pädagogisch an subjektiven, auch geschlechtsbezogenen Motiven und Attraktivitäten in Hinwendungsprozessen angesetzt. Eine geschlechterreflektierende Präventionsarbeit wirkt einer «doppelten Unsichtbarkeit» von Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus entgegen. Hilfreich ist eine fundierte Kenntnis über Rollen von Frauen und Mädchen, die Deutung geschlechtsspezifischer Hinwendungen und eine daran ansetzende pädagogische Arbeit. In der Arbeit mit Jungen und männlichen Jugendlichen ist es wichtig, Zusammenhänge zwischen traditionellen Männlichkeitspraxen und gewalttätigem Handeln in den Blick zu nehmen und kritisch zu hinterfragen. Zugleich reflektiert sie, im Anschluss an feministische Ansätze, gesellschaftliche Machtverhältnisse und Kontexte. Ziel ist also keine «moderate Identität», was auch Anpassung an gesellschaftlich hegemoniale Bilder von Geschlechtlichkeit und damit auch von Männlichkeit bedeuten würde, sondern eine Kritik an damit verbundener Gewalt, an Normen, Hierarchien und Zurichtungspraxen.

Fazit

Die Verwendung des Begriffs Deradikalisierung führt Paradigmen in das Feld der pädagogischen Präventionsarbeit ein, die anderen – nicht-pädagogisch ausgerichteten – Arbeitsfeldern entstammen. Damit besteht die Gefahr, dass erarbeitete geschlechterreflektierende Standards in der Rechtsextremismusprävention unterlaufen werden.

Inbesondere betrifft das die Vereinbarung darüber, mit wem in niedrigschwelligen Regelangeboten in Gruppenkontexten sinnvollerweise gearbeitet werden kann. Darüber hinaus werden die zu bearbeitenden Phänomene – Neonazismus, extreme Rechte und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – als randständig und auffällig konstruiert. Die dringend notwendige Auseinandersetzung mit gesellschaftlich weit geteilten Einstellungen rassistischer, sexistischer, homofeindlicher oder chauvinistischer Art wird damit erschwert. Prävention setzt bei diesen «normalen» Einstellungen an, da diese Vorstellungen von Ungleichwertigkeit zentrale Elemente rechter Ideologie sind und Anschlussmöglichkeiten beziehungsweise Optionen eines Einstiegs eröffnen können. Schließlich verstellt die Verwendung dieses Begriffs mit seinen Implikationen bezüglich der Adressatengruppe eine geschlechterreflektierende Perspektive in der Auseinandersetzung mit diesen Positionen.

Der Text bezieht sich in Teilen auf eine Arbeitsgrundlage für ein Positionspapier des AK Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention bei der Amadeu Antonio Stiftung.

Maximilian Fuhrmann

KONJUNKTUREN DER CONTAINERBEGRIFFE DAS NEUE BUNDESPROGRAMM «DEMOKRATIE LEBEN!» IN EXTREMISMUSTHEORETISCHER HINSICHT

Staatliche Programme zur Demokratieförderung auf Bundesebene richteten bis 2010 den inhaltlichen Fokus auf die Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Eine Erweiterung um Islamismus und Linksextremismus setzte 2010 die damalige Familienministerin Kristina Köhler (heute Kristina Schröder, CDU) in Form des Bundesprogramms «Initiative Demokratie stärken» (IDS) durch. Nach dem Regierungswechsel 2013 wurde die IDS nicht mehr fortgeführt. Die amtierende Ministerin Manuela Schwesig (SPD) kommentierte das Programm ihrer Vorgängerin mit den Worten: «Das war in der Vergangenheit so was von fern von jeglicher Realität.» Ihrer Meinung nach sei der Linksextremismus «aufgebauscht» worden. Dieser offensichtliche Dissens zwischen den beiden Ministerinnen kündigte eine Abkehr von der Linksextremismus-Prävention im aktuellen Bundesprogramm «Demokratie leben!» an.

In einem ersten Schritt werde ich das Scheitern der Linksextremismus-Prävention skizzieren, um anschließend die Neuausrichtung des aktuellen Bundesprogramms zu diskutieren. Dieses verzichtet zwar auf den Begriff Linksextremismus, sieht aber Präventionsprojekte gegen «linke Militanz» vor. Obwohl eine Kritik an dieser Neuausrichtung bisher nur von konservativer Seite formuliert wurde, möchte ich zeigen, dass der aktuelle Ansatz die Probleme der Linksextremismus-Prävention nicht löst, aber die Gefahr beinhaltet, dass die Deligitimierung linker gesellschaftlicher Positionen fortschreitet.

Unmöglichkeit der Linksextremismus-Prävention

Bereits in der Implementierungsphase der «Initiative Demokratie stärken» wurden verschiedene Kritikpunkte an dem Vorhaben der Linksextremismus-Prävention laut. Linksextremismus sei zurzeit kein gesellschaftliches Problem, das ein solches

Programm rechtfertige,¹ es gebe keine sozialwissenschaftliche Forschung, die Anknüpfungspunkte für eine pädagogische Prävention zu diesem Phänomen liefere,² oder Linksextremismus sei lediglich eine aus der abstrakten Extremismustheorie entnommene Kategorie, die keinerlei soziale Entsprechung habe.³ Das Fehlen sozialwissenschaftlicher Forschung zu Linksextremismus und daraus ableitbarer Anknüpfungspunkte für pädagogische Prävention wurden auch bei der Evaluation der IDS festgestellt.⁴

In den Evaluationsberichten des Deutschen Jugendinstituts (DJI)⁵ werden die 16 Projekte, die zwischen 2010 und 2014 versuchten, Linksextremismus-Prävention in die Praxis umzusetzen, bezüglich ihres Verständnisses von Linksextremismus in drei Gruppen unterteilt. Projekte der ersten Gruppe orientieren sich am Konzept des politischen Extremismus, wie es von den Sicherheitsbehörden (allen voran dem Verfassungsschutz) und der Extremismusforschung verwendet wird.⁶ Der Begriff Linksextremismus wird direkt übernommen und in die pädagogische Praxis umgesetzt. «Das Verständnis dafür, was Linksextremismus ist, hatte sich in diesen Fällen schon «gesetzt», wurde unhinterfragt übernommen und bezog sich fundamental-abstrakt auf das Konzept des politischen Extremismus.»⁷ Ziel dieser Projekte war es, vor der angeblich unterschätzten Gefahr des Linksextremismus zu warnen. Die Evaluation monierte eine «gesteuerte Beweisführung», die das Extremismuskonzept voraussetze und keinen Raum lasse, dessen umstrittenen Annahmen zu diskutieren.⁸

- 1 Hafener, Benno u. a.: Folgenreiche Realitätsverleugnung: Extremismusbekämpfung, in: Praxis Politische Bildung 1/2010, S. 69–73.
- 2 Scheer Albert: Jugendarbeit mit linksextremen Jugendlichen?, in: deutsche jugend 6/2010, S. 251–255.
- 3 Fuhrmann, Maximilian/Hünemann, Martin: Äquidistanz. Der Kampf gegen links im Kontext des Extremismusmodells, in: Schmincke, Imke/Siri, Jasmin Siri (Hrsg.): NSU Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld: 2013, S. 91–106.
- 4 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN. Berichtszeitraum 01.01.2011 – 31.12.2014, Halle (Saale) 2014, S. 34 f.
- 5 Ich beziehe mich im Folgenden hauptsächlich auf die Evaluationsberichte des DJI, da Primärquellen über die Ansätze und Ergebnisse der Projekte der Öffentlichkeit nur sehr eingeschränkt zur Verfügung gestellt wurden.
- 6 Dieser Ansatz steht aus verschiedenen Gründen in der Kritik. Jens Zimmermann argumentiert wissenschaftstheoretisch und folgert, der Extremismusforschung liege eine zirkuläre Begründungslogik zugrunde. Zimmermann, Jens: Wissenschaftstheoretische Elemente einer Kritik an der Extremismusforschung und Kritische Diskursanalyse als alternative Perspektive für eine kritische Rechtsextremismusforschung, in: Kellershohn, Helmut/Dietzsch, Martin/Wamper, Regina (Hrsg.): Rechte Diskurspraktiken. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Münster 2010, S. 264–284. Stefan Kausch bemängelt den statischen Demokratiebegriff des Konzepts, während Christoph Kopke und Lars Rensmann die Verwobenheit von Extremismusforschung und konservativen Politikansätzen herausarbeiten. Vgl. Kausch, Stefan: Ordnung, Macht, Extremismus – Eine Alternativlosigkeit?, in: Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazis und (anti)demokratischen Einstellungen, Dresden 2010, S. 31–42; Kopke, Christoph/Rensmann, Lars: Die Extremismusformel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2000, S. 1451–1462. Eine ausführliche Kritik am Extremismuskonzept findet sich im Sammelband «Ordnung, Macht, Extremismus» des Forums für kritische Rechtsextremismusforschung, Wiesbaden 2011.
- 7 BMFSFJ 2014: Gesamtbericht, S. 36.
- 8 Vgl. Deutsches Jugendinstitut: Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN, Halle (Saale) 2013, S. 76–80.

Eine zweite Gruppe lehnte von Beginn an den Begriff Linksextremismus für ihre Maßnahmen ab. Zwei Projekte widmeten sich aus jugendkultureller Perspektive den Autonomen, ohne spezifischen Präventionsbedarf auszumachen, ein anderes bot Präventionsworkshops gegen israelbezogenen Antisemitismus an, den sie bei bestimmten linken Trägergruppen identifiziert hatte. Die dritte Gruppe der Projekte «bezog sich auf Linksextremismus als Programmgegenstand, äußerte jedoch Distanzierungen gegenüber den extremismustheoretischen Hintergrundannahmen und realisierte [...] eigene «Übersetzungen» der Begrifflichkeit.»⁹ Typisch für diese Projekte ist, dass sie sich bei der Umsetzung von Anti-Linksextremismus-Projekten zu Demokratieförderungsprojekten entwickelten. Da sie keine spezifisch linksextremen Einstellungen und Haltungen ausmachten, an welchen sie konkret ansetzen konnten, bestand die Praxis darin, allgemeine demokratische Werte zu vermitteln.¹⁰ Die bisherigen Erfahrungen, Linksextremismus in pädagogische Prävention zu überführen, zeigen drei gescheiterte Wege. Entweder wird der Begriff von Anfang an abgelehnt oder politische Bildung im Sinne der Sicherheitsbehörden und ihren stark umstrittenen Annahmen durchgeführt. Aufschlussreich ist vor allem die Arbeit jener Projekte, die versuchen, aus der abstrakt politikwissenschaftlichen Kategorie Linksextremismus Einstellungen oder Haltungen abzuleiten, an denen sie mit pädagogischer Praxis anknüpfen können. So resümieren die MitarbeiterInnen der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) nach drei Jahren Praxiserfahrung, dass sich «aus unserer Perspektive sagen lässt, dass sich ein Vorhandensein *linksextremer* Einstellungen und Haltungen im Sinne eines Rückgriffes aus [sic!] geschlossene *linksextreme* Welt- und Menschenbilder nicht konstatieren lässt».¹¹

Hier zeigt sich der entscheidende Unterschied zu Präventionsprojekten gegen Rechtsextremismus, die sich diese an einer ausgeprägten sozialwissenschaftlichen Forschung zu Einstellungen, Sozialisationswegen, Gewaltdynamiken etc. orientieren können. Einstellungen wie beispielsweise Antisemitismus, Rassismus oder Antiziganismus bieten Anknüpfungspunkte für eine Präventionspraxis gegen Rechtsextremismus, während vergleichbare Ansätze im Bereich Linksextremismus gänzlich fehlen. Deswegen kann bezweifelt werden, dass sich diese Kategorie für die pädagogische Praxis eignet, was auch das DJI in seiner Evaluation einräumt.¹² Da sich die schon im Vorfeld der IDS geäußerten Bedenken durch die Projektpraxis und die Programmevaluation bestätigt haben, lagen gute Argumente vor, das Vorhaben der Linksextremismus-Prävention begründet zurückzuweisen.

9 BMFSFJ 2014: Gesamtbericht, S. 39.

10 Vgl. BMFSFJ 2014: Gesamtbericht, S. 42; Lohe, Christian-Friedrich et al.: Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit 61 (6), 2013, S. 265–272.

11 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus, S. 271.

12 Deutsches Jugendinstitut: Kurzbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN. Berichtszeitraum 01.01.2011–31.12.2011, Halle (Saale) 2012.

Demokratie leben!

Wie eingangs erwähnt, äußerte sich Manuela Schwesig durchaus kritisch zum Programm ihrer Vorgängerin. Es gehörte nicht zur Kompromissformel der schwarz-roten Bundesregierung, die Linksextremismus-Prävention völlig aufzugeben. In den Leitlinien des Bundesprogramms «Demokratie leben!» heißt es: «Im Mittelpunkt der Förderung stehen Projekte zu Rechtsextremismus, Ultranationalismus, gewaltförmigen islamistischen Phänomenen bzw. Instrumentalisierungen «des» Islam sowie gewaltförmigen und demokratiefeindlichen Manifestationen linker Militanz. [...] Besonders förderwürdig sind Modellprojekte, die sich abzeichnenden Radikalisierungsprozesse unter jungen Menschen in den [...] drei Themenfeldern zuwenden und Strategien der Vermeidung von derartigen Radikalisierungsprozesse [sic!] bzw. der Distanzierung entwickeln und erproben.»¹³ Hier, wie auch im gesamten Bundesprogramm, taucht der Begriff Linksextremismus nicht mehr auf. Damit wird auf die Kritik, er eigne sich nicht für eine pädagogische Praxis, eingegangen. Es stellt sich jedoch die Frage, was genau unter «linker Militanz» verstanden wird und welche Folgen diese Begriffsverwendung hat.

Linke Militanz

In den Sozial- und Politikwissenschaften gibt es bislang keine klare und umfassende Definition von linker Militanz. Manche Wissenschaftler wie der Extremismusforscher Udo Baron verwenden die Begriffe Gewalt und Militanz weitgehend synonym.¹⁴ Der Bewegungsforscher Sebastian Haunss hebt hingegen den symbolischen Charakter linker Militanz hervor.¹⁵ Weitestgehend unstrittig dürfte sein, dass im Gegensatz zum Konzept Linksextremismus orthodox-kommunistische Strömungen, die sich parteiförmig organisieren und sich in der Tradition der DDR oder der Sowjetunion verorten, nicht unter den Begriff linker Militanz fallen. Uneinigkeit besteht jedoch darin, wie weit das gesellschaftliche Problem, das mit linker Militanz beschrieben werden soll, gefasst wird. Dies möchte ich an zwei Beispielen aufzeigen: Eine relativ enge Definition ging aus einem Hearing hervor, welches das Deutsche Jugendinstitut im Oktober 2011 veranstaltete. Es wurden drei problematische Kennzeichen linker Militanz ausgemacht: erstens Gewalt bei Großveranstaltungen wie den Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin, zweitens brennende Autos in deutschen Großstädten und drittens gewalttätige Konfrontationen im Zuge von Protesten gegen extrem rechte

13 BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Demokratie leben! Förderung von Modellprojekten zur Radikalisierungsprävention. Leitlinie, Berlin 2014, S. 3 f.

14 Vgl. Baron, Udo: Linksautonome auf dem Weg zum Linksterrorismus? Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2014, S. 137–160.

15 Vgl. Haunss, Sebastian: Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, in: Schultens, René/Glaser, Michaela Glaser (Hrsg.): «Linke» Militanz im Jugendalter, Halle (Saale) 2013, S. 36 f.

Demonstrationen.¹⁶ Bisherige Erhebungen zu diesen noch wenig erforschten Problembereichen lassen Zweifel an dem Adjektiv «links» der zweifellos militanten Vorkommnisse aufkommen.

Eine auf demselben Hearing vorgestellte Untersuchung zu Gewaltdynamiken am 1. Mai 2009 in Berlin von Klaus Hoffmann-Holland zeigt, dass die Tatbeteiligten meist alkoholisierte junge Männer waren, die aus erlebnisorientierten Gründen oder spontan an den Veranstaltungen teilnahmen.¹⁷ Die Beweggründe der festgenommen AutobrandstifterInnen lassen meist ein politisches Motiv vermissen.¹⁸ Über gewaltförmige Auseinandersetzungen am Rande von Demonstrationen ist wenig bekannt. Das Auftreten extrem rechter DemonstrantInnen und deren Routenwahl sowie die jeweilige Polizeistrategie müssten in einer Analyse entsprechender Gewaltdynamiken mit beachtet werden.

Deutlich wird, dass alle der genannten Felder linker Militanz die Handlungsebene problematisieren und nicht die zugrunde liegenden politisch-ideologischen Annahmen. Auch bei genauerer Betrachtung bleibt der Zusammenhang zwischen diesen Handlungsfeldern und linken Einstellungen unklar. In vielen Fällen – wie beispielsweise bei Autobrandstiftungen und den ritualisierten Ausschreitungen am 1. Mai – kann er gänzlich bezweifelt werden. Das Vorhandensein eines solchen Zusammenhangs wäre jedoch notwendig, um eine erfolgreiche Präventions- oder Deradikalisierungsarbeit umsetzen zu können. Gängige Radikalisierungstheorien sind in der Auseinandersetzung mit Islamismus und Rechtsextremismus entwickelt worden und gehen von gewissen Einstellungen oder Ideologien aus, die zu gewalttätigem Handeln oder dessen Legitimierung führen.¹⁹ Hier besteht der elementare Unterschied zwischen einer Deradikalisierungsarbeit gegen Islamismus und Rechtsextremismus einerseits und linker Militanz andererseits. Ebenso wie für eine Präventionsarbeit gegen Linksextremismus fehlen sinnvolle Anknüpfungspunkte für die Prävention gegen linke Militanz – zumindest in der relativ engen Form, wie der Begriff vom DJI umschrieben ist.

Einen weiter gefassten Begriff von linker Militanz präsentiert der Extremismusforscher Karsten Dustin Hoffmann. Er hält den Begriff Linksextremismus für wenig brauchbar, da er ihm zu eng erscheint, um das vermeintliche gesellschaftliche Problem zu beschreiben. Stattdessen macht er in einer Broschüre für die Hanns-Seidl-Stiftung einen Vorschlag zur Definition von linker Militanz: «Insofern dürfen nicht nur diejenigen zur militanten Linken gezählt werden, die selbst Straftaten begehen,

16 Glaser, Michaela: «Linke» Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, Schultens, René Schultens/ Glaser, Michaela Glaser (Hrsg.): Linke Militanz im Jugendalter, Halle (Saale) 2014, S. 6 f.

17 Hoffmann-Holland, Klaus: Fragen zur Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin – eine kriminologische Perspektive, in: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.): «Linke» Militanz im Jugendalter, Halle (Saale) 2013, S. 115–132.

18 Panorama: Sendung des ARD-Magazins Panorama vom 7.9.2011, unter: <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2011/brennendeautos101.html>.

19 Neumann, Peter: Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63, 2013, S. 3–10.

sondern auch alle Personen, die sich durch ihre Anwesenheit oder sympathisierende Äußerungen mit linken Straftätern solidarisieren.»²⁰ Streng genommen, umfasst diese Umschreibung von linker Militanz sämtliche Personen, die sich an Demonstrationen beteiligen, auf denen es zu strafrechtlich relevanten Handlungen kommt. Damit öffnet Hoffmann eine Kategorie, die sowohl militante AnarchistInnen als auch den ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) umfasst. In einem zweiten Schritt macht er diese Kategorie «militante Linke» als permanente Bedrohung aus und rechnet ihr schwere Straftaten wie versuchten Mord und Sprengstoffanschläge zu.²¹ Die Intention Hoffmanns ist klar: Indem er die relativ enge Kategorie Linksextremismus ablehnt und sich der wenig spezifischen Kategorie linker Militanz zuwendet, kann er durch seine eigenwillige Definition eine große Gefahr von links skizzieren. Wird auf Basis einer solchen Begriffsdefinition Präventionsarbeit betrieben, rücken weite Teile linker Gesellschaftskritik in den Fokus staatlicher Präventionsprogramme. Zweifellos ist Hoffmanns Definition weder hegemonial, noch wird sie in wissenschaftlichen Diskussionen ernsthaft Fuß fassen. Da aber die Gedenkstätte Hohenschönhausen, als deren wissenschaftlicher Berater Hoffmann zeitweise arbeitet, über das aktuelle Bundesprogramm ein Präventionsprojekt gegen linke Militanz umsetzt, ist nicht auszuschließen, dass Hoffmanns problematische Bestimmung dieses Phänomens Eingang in die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte findet.²² Durch die exemplarische Darstellung zweier verschiedener Bestimmungen von linker Militanz zeigt sich, wie uneindeutig dieser Begriff in der fachlichen Debatte definiert ist. In der engeren Fassung birgt er keinerlei Anknüpfungspunkte für eine Präventionsarbeit, in der weiteren Fassung läuft er Gefahr, Einfallstor für eine Delegitimierung linker Gesellschaftskritik zu werden. Eine Bestimmung von linker Militanz, die sich als Orientierungsrahmen für Präventionsprojekte eignet, ohne auszufransen, ist bisher noch nicht entwickelt worden.

Zwei Schritte zurück?

Aus einer Perspektive, die das Extremismuskonzept als Basis politischer Maßnahmen ablehnt, ist die Zurückweisung von Linksextremismus als Kategorie pädagogischer Praxis ein Schritt in die richtige Richtung. Deradikalisierungsmaßnahmen gegen lin-

20 Hoffmann, Karsten Dustin: Die militante Linke in Deutschland. Eine Annäherung, in: Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Linksextremismus in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, München 2014, S. 28.

21 Vgl. Hoffmann: Die militante Linke, S. 30 ff.

22 Schon im Bundesprogramm «Initiative Demokratie stärken» führte die Gedenkstätte ein Präventionsprojekt gegen Linksextremismus durch. In der Begleitbroschüre, deren Verfasser Hoffmann war, wird das Recht auf Eigentum zum Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erklärt. Vgl. Hohenschönhausen 2012 (= Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen): Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute, Berlin 2012, S. 8 f. Somit können all jene, die dieses Recht infrage stellen, als ExtremistInnen diffamiert werden. Dass selbst Verfassungsschützer und Extremismuskritiker betonen, Kapitalismuskritik und sozialistische Gesellschaftsvorstellungen seien nicht extremistisch (vgl. hierzu Pfahl-Traugber: Jahrbuch, S. 2 u. 11), scheint Hoffmann nicht zu stören. Der eigenwillige Umgang mit Definitionen, um den Raum zu bekämpfender Positionen linker Gesellschaftskritik auszuweiten, zieht sich durch seine ganze wissenschaftliche Arbeit.

ke Militanz als Folge dieser Zurückweisung beinhalten jedoch das Potenzial für zwei Rückschritte: Auf inhaltlicher Ebene wurde der Containerbegriff Linksextremismus durch den Containerbegriff linke Militanz ersetzt. Dieser neue Begriff liefert aber ebenfalls keine praktischen Anknüpfungspunkte für eine sinnvolle pädagogische Arbeit. Es gibt jedoch Anzeichen, dass dadurch ein breiteres Feld gesellschaftskritischer linker Positionen in den Fokus gerät, als dies durch die Linksextremismus-Prävention im Bundesprogramm «Initiative Demokratie stärken» der Fall war. Zudem droht im politischen Diskurs eine Auseinandersetzung auf Dauer verloren zu gehen, da sich abzeichnet, dass extremismustheoretische Annahmen im neuen Bundesprogramm «Demokratie leben!» nicht prinzipiell zurückgewiesen wurden. Auch wenn sich das Programm begrifflich vom Extremismuskonzept absetzt, besteht weiterhin der Eindruck, dass an allen Rändern des politischen Spektrums Probleme existieren, die pädagogisch bearbeitet werden könnten. Ohne Zweifel gibt es im linkspolitischen Bereich antisemitische oder autoritäre Positionen. Diese Probleme müssen jedoch konkret benannt werden, anstatt sie in Containerbegriffe wie links, linksextrem oder linksmilitant zu packen, was ihre Identifizierung stark erschwert. Denn in diesen Containern finden sich aktuell auch politische Positionen, die Freiheit und Gleichheit anstreben, weitreichende Demokratievorstellungen haben und auf humanistischen Werten beruhen. Durch entsprechende Präventionsprogramme werden auch solche Positionen aus ideologischen Gründen mit staatlichen Mitteln bekämpft. Um zu verhindern, dass die beiden genannten Rückschritte vollzogen werden, ist eine Kritik an «Demokratie leben!» notwendig und muss einhergehen mit der Entwicklung von Präventionsprogrammen, die sich endgültig vom Extremismuskonzept als Ideengeber lösen.

AKTUELLE PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZUM THEMA

Billmann, Lucie (Hrsg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, Reihe Materialien Nr. 8, Berlin, Mai 2015, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien8_Unheilige_Allianz.pdf.

Burschel, Friedrich (Hrsg.): Aufstand der «Wutbürger». AfD, christlicher Fundamentalismus, Pegida und ihre gefährlichen Netzwerke. Dokumentation des Gesprächskreises Rechts zu den Treffen in Halle und Rostock, Reihe Papers 7/2005, Berlin, unter: Download unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_GK-Rechts.pdf.

Candeias, Mario (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, Reihe Materialien Nr. 12, Berlin, Mai 2015, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien12_Rechtspopulismus.pdf.

Hoff, Benjamin-Immanuel/Kahrs, Horst/Stahl, Andreas: Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahnachtbericht und erste Analyse, Online-Publikation, Berlin, März 2016, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/2016-03-14_BW_RP_ST_WNB.pdf.

Kahrs, Horst: Zerfall des Mythos von der «Mitte» – Ausbreitung, eines «sozialen Nationalismus», Online-Publikation, Berlin, Januar 2015, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onl_Zerfall-Mythos-Mitte_Kahrs.pdf.

Kemper, Andreas: «... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebenzig Jahren befinden». Die Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der «historischen Mission» Björn Höckes (AfD), Jena, Februar 2016, unter: www.th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMission-Hoecke-Feb16.pdf.

Korsch, Felix/Wölk, Felix: Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der Alternative für Deutschland, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Reihe Analysen, Berlin, Dezember 2014, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen13_Nationalkonservativ.pdf.

Ders.: Pegida und der Verfassungsschutz, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin, Februar 2016, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen22_Pegida_2teAuff.pdf.

Lill, Max: Rechtspopulistische Früchte der Vermarktlichung. Ressentiments und Konzepte der Ausgrenzung verfestigen sich, Reihe Standpunkte 4/2015, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_04-2015.pdf.

Ders.: Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? Zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen im Alltagsbewusstsein der Deutschen. Empirische Befunde und Erklärungsansätze, Online-Publikation, Berlin, Januar 2015, unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls_onl_Truegerische_Ruhe_150106_Max-Lill.pdf.

Teidelbaum, Lucius: Das rechtspopulistische Potenzial der «Alternative für Deutschland», Online-Publikation, Berlin, Februar 2014, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/teidelbaum_afd.pdf.

Wiegel, Gerd: Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland? Die AfD und die Bundestagswahl 2013, Online-Publikation, Berlin, September 2013, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Aufstieg_des_Rechtspopulismus_auch_in_Deutschland.pdf.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Robert Andreasch dokumentiert als freier Fotojournalist und Rechercheur die Aktivitäten von Neonazis und anderen Rechten in Bayern und den angrenzenden Gebieten. Er ist Mitarbeiter der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e. V.). Der NSU-Untersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags hörte ihn im Jahr 2015 als Experten zu rechten Terrorkonzepten.

Andreas Bohne studierte Geografie, Afrikawissenschaften und Internationale Agrarwissenschaften und arbeitet zurzeit als Projektmanager Ostafrika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Daneben ist er seit vielen Jahren in entwicklungspolitischen und postkolonialen Initiativen wie dem Bündnis «Völkermord verjährt nicht!» ehrenamtlich aktiv. Er promoviert an der Universität Hamburg zu Burschenschaften und (Post-)Kolonialismus.

Friedrich Burschel ist Historiker und Politologe. Er arbeitet als Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Er ist akkreditierter Korrespondent des nicht kommerziellen Lokalsenders Radio Lotte Weimar im NSU-Prozess und Mitarbeiter des Internetprojektes NSU-Watch (nsu-watch.info).

Enrico Glaser ist Sozialwissenschaftler und freier Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung. Seit mehreren Jahren ist er hauptsächlich in Sachsen in der Erwachsenenbildung im Themenfeld geschlechterreflektierte Auseinandersetzung der Jugendhilfe mit Neonazismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit tätig.

Maximilian Fuhrmann ist Soziologe und seit 2003 in der politischen Bildung aktiv. 2011 arbeitete er am Deutschen Jugendinstitut in der Evaluation der «Initiative Demokratie stärken». Zurzeit promoviert er an der Universität Bremen zur Wirkmächtigkeit des Extremismuskonzepts.

Verena Grün ist Mitglied der Redaktion von *LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen*.

Kerstin Köditz ist Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, langjährige Abgeordnete im sächsischen Landtag und dort stellvertretende Vorsitzende des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses sowie Sprecherin für antifaschistische Politik ihrer Fraktion.

Christoph Kopke ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

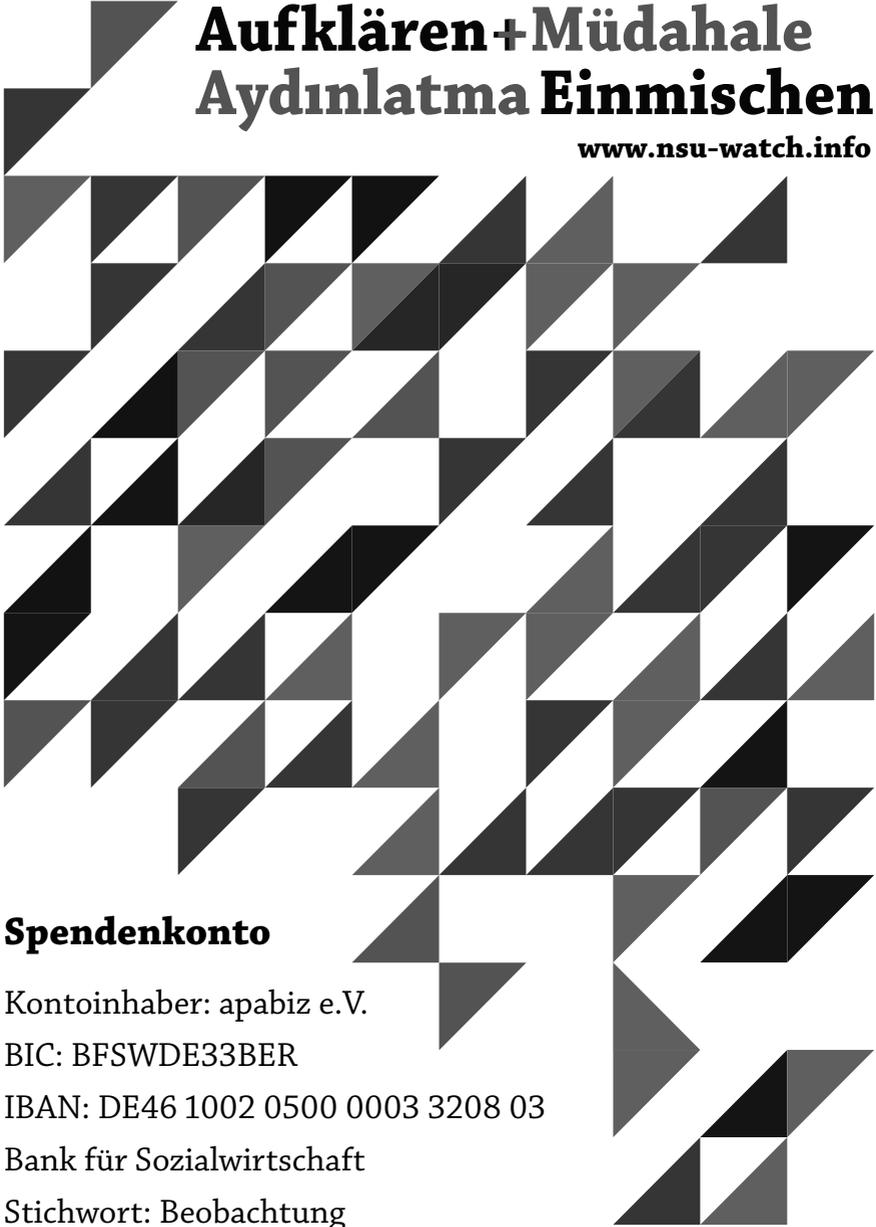
Felix Korsch ist Politikwissenschaftler und arbeitet als freier Journalist in Leipzig. Er forscht und publiziert schwerpunktmäßig zur außerparlamentarischen und extremen Rechten.

Esther Lehnert ist Professorin für Erziehungswissenschaften an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin.

Sara Madjlessi-Roudi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Düsseldorf und Redakteurin beim Online-Magazin *kritisch-lesen.de*. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen Rassismus und Postkolonialismus sowie deutsche Außen- und Entwicklungspolitik.

Regina Wamper ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Sie forscht und publiziert zu den Themen Diskurstheorie, extreme Rechte, Rassismus und Antifeminismus.

Volkmar Wölk ist Mitarbeiter von *Der Rechte Rand. Magazin von und für AntifaschistInnen* und ausgewiesener Spezialist für die Ideologie der Neuen Rechten.



Aufklären+Müdahale Aydınlatma Einmischen

www.nsu-watch.info

Spendenkonto

Kontoinhaber: apabiz e.V.

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: Beobachtung

AKTUELLE PUBLIKATIONEN

Bestellungen
aller Publikationen
unter
Tel. 030 44310-123
oder [bestellung@
rosalux.de](mailto:bestellung@rosalux.de)



Felix Korsch

PEGIDA UND DER VERFASSUNGSSCHUTZ

ANALYSEN Nr. 22, 2. Auflage, 44 Seiten
Dezember 2013, ISSN 2194-2951

Download unter:

www.rosalux.de/publication/41812



Philipp Ratfisch, Helge Schwiertz

ANTIMIGRANTISCHE POLITIK UND DER «SOMMER DER MIGRATION»

Rassistische Mobilisierungen, das deutsch-europäische Grenzregime und die Perspektive eines gegenhegemonialen Projekts
ANALYSEN Nr. 25, 42 Seiten
Januar 2016, ISSN 2194-2951

Download unter:

www.rosalux.de/publication/42062



Mario Candeias (Hrsg.)

RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA LINKE GEGENSTRATEGIEN

MATERIALIEN Nr. 12, 74 Seiten
August 2015, ISSN 2199-7713

Download unter:

www.rosalux.de/publication/41698

«In der politischen Auseinandersetzung um die sogenannte Flüchtlingskrise ist in der Bundesrepublik das erste Mal seit mehr als zwei Jahrzehnten eine soziale Bewegung von rechts hervorgetreten.» (Felix Korsch) Ihr wichtigstes Protestvehikel sind die Pegida-Demonstrationen, sie hat aber auch vielen anderen obskuren Gestalten aus der Neuen Rechten, dem organisierten Neonazismus, den Burschenschaften oder Gruppen wie den «Identitären» Auftrieb verschafft. Dieser Band ist eine Bestandsaufnahme des Gesprächskreises Rechts der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur veränderten politischen Lage in Deutschland, auf welche die Linke bislang eher hilflos reagiert.